

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Abnahme Geschäftsbericht 2006

Antrag:

Der Geschäftsbericht 2006 wird genehmigt.

Weisung:

In Anwendung von § 28 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung unterbreitet der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat den Geschäftsbericht für das Jahr 2006 zur Abnahme. Es handelt sich um den ersten Geschäftsbericht, der nach Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung WOV in der ganzen Stadtverwaltung erstattet wird. Gemäss §§ 17 bis 19 der Finanzhaushaltverordnung vom 31. Oktober 2005 wird ab diesem Jahr nebst dem Geschäftsbericht auch ein Kommentar zur Globalrechnung vorgelegt. Dem entsprechend haben Aufbau und Inhalt des Geschäftsberichts gegenüber den Vorjahren gewisse Änderungen – vor allem Straffungen – erfahren.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Stadtpräsidenten übertragen bzw. für die einzelnen Departemente den jeweiligen Departementsvorsteherinnen und Departementsvorstehern.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder

Beilage:

Geschäftsbericht 2006

Geschäftsbericht des Stadtrates 2006

Titelbild:

*Das Stadtzentrum von Winterthur. Die Verknüpfung der Areale
Sulzer Stadtmitte / Rudolfstrasse mit dem Bahnhofplatz / Archareal
ist einer der Schwerpunkte in der neuen Legislaturperiode.
2006 wurden mit dem Masterplan Bahnhof die ersten Schritte
eingeleitet. (Bild: Michael Lio)*

Inhalt

Seite

Stadtrat, Stadtkanzlei:

– Der Stadtrat 5

– Stadtkanzlei 6

Departement Kulturelles und Dienste 9

Departement Finanzen 27

Departement Bau 41

Departement Sicherheit und Umwelt 53

Departement Schule und Sport 69

Departement Soziales 77

Departement Technische Betriebe 97

Der Grosse Gemeinderat 111

Initiativen und parlamentarische Vorstösse 119

Behördenverzeichnis 123

Vertretungen der Stadt in handelsrechtlichen
Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen,
Kommissionen, Verbänden usw. 132

Organigramm der Stadt Winterthur 134

Inhaltsverzeichnis detailliert 136

An den
Grossen Gemeinderat Winterthur

In Anwendung von § 28 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung unterbreitet der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat den Geschäftsbericht der Stadtverwaltung Winterthur über das Jahr 2006.

Winterthur, 4. April 2007

Im Namen des Stadtrates

Der Stadtpräsident:
Ernst Wohlwend

Der Stadtschreiber:
Arthur Frauenfelder

Der Stadtrat

2006 stand im Zeichen des Legislaturwechsels. Stadtrat und Grosser Gemeinderat wurden neu gewählt. Noch im Vorjahr hatte der Stadtrat dem Parlament und der Öffentlichkeit Rechenschaft abgelegt über die Zielerreichung 2002–2006. Im Juli präsentierte dann der neugewählte Stadtrat seine Legislatorschwerpunkte 2006–2010.

Auf Ende der Amtsperiode war mit dem Rücktritt von Reinhard Stahel eine Vakanz entstanden. Die Winterthurer Stimmberechtigten sprachen bei den Neuwahlen Ende Februar allen bisherigen Stadtratsmitgliedern und dem Stadtpräsidenten das Vertrauen aus und wählten als neues Mitglied Matthias Gfeller in die Exekutive. In neuer Zusammensetzung nahm der Stadtrat am 1. Mai die Amtsgeschäfte auf. Die Konstituierung ergab, dass das neue Stadtratsmitglied das Departement Technische Betriebe übernimmt, dessen bisheriger Vorsteher in den Bau wechselt. Bei den übrigen Departementen gab es keine Veränderungen.

Bei der Erarbeitung der Legislatorschwerpunkte bezieht der Stadtrat die bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode eingeschlagene Grundausrichtung bei. Hauptstossrichtung ist generell die Stadtentwicklung, die wirtschaftliche Wiedererstarkung von Winterthur und die Verstärkung der spürbaren Aufbruchstimmung in der Stadt. Die Legislatorschwerpunkte 2006–2010 enthalten als neues Element folgende 21 Vorhaben von grosser Bedeutung:

1. Aufwertung Stadtzentrum (DB)
2. Förderung Entwicklungsgebiet Oberwinterthur (DKD)
3. Weiterentwicklung Sulzerareal Stadtmitte (DKD)
4. Ausgeglichener Finanzhaushalt (DFI)
5. Sicherheit in der Stadt (DSU)
6. Kompetenzzentrum Winterthur (DTB)
7. Verkehr bewältigen (DB)
8. Energiestadt und Klimaschutz (DSU)
9. Umsetzung Wohnungspolitik (DKD)
10. Entwicklungsimpuls Töss (DKD)
11. Immobilienmanagement (DFI)
12. Chancengleichheit in der Bildung (DSS)
13. Perspektiven für die Jugend (DSO)
14. Soziale und berufliche Integration (DSO)
15. Altersplanung (DSO)
16. Natur- und Erholungsräume aufwerten (DTB)
17. Kulturmeile Winterthur (DKD)
18. Stadtlicht Winterthur (DTB)
19. Kundenorientierte Verwaltung (DKD)
20. Effizientes Management (DFI)
21. Nachhaltiges Denken und Handeln (DSU)

Das in Klammern aufgeführte Departement trägt für die entsprechende Aufgabe die Gesamtverantwortung. Alle Vorhaben bedürfen jedoch einer intensiven departementsübergreifenden Zusammenarbeit.

Im Laufe des Jahres wurden für die 21 Vorhaben die ersten Umsetzungsmassnahmen ergriffen und bereits sind auch erste konkrete Ergebnisse erkennbar. Dies zum Beispiel bei der Aufwertung des Stadtzentrums (mit dem Masterplan Bahnhof), beim Entwicklungsgebiet Oberwinterthur (Eulachpark, S-Bahn-Station Hegi), bei der Sicherheit in der Stadt (Polizeireorganisation), beim Kompetenzzentrum Winterthur (Regionale Standortförderung), beim Entwicklungsimpuls Töss sowie beim Effizienten Management (Umsetzung von WoV).

Ein stetiges Thema war, ist und bleibt für den Stadtrat das erwähnte Hauptvorhaben 4: Ausgeglichener Finanzhaushalt. In dieses Thema investierte der Stadtrat sehr viel Kraft und Zeit, insbesondere auch im Rahmen der

Umsetzung des Projekts Haushaltsanierung 2007 (HS 07), wo mittlerweile rund 20 Projekte in Arbeit sind. Eines davon ist «Fokus», welches zum Ziele hat, mit einer Konzentration der Stadtverwaltung und der Zusammenführung von rund 800 Arbeitsplätzen – die heute an rund 30 verschiedenen Orten in der ganzen Stadt platziert sind – jährlich drei bis vier Millionen Franken einzusparen und effizientere Verwaltungsabläufe zu erreichen.

In Gesprächen mit dem Zürcher Regierungsrat, mit kantonalen und eidgenössischen Parlamentariern und Parlamentarierinnen sowie öffentlichen und privaten Institutionen versuchte der Stadtrat die Interessen Winterthurs einzubringen. Als Hauptanliegen der Stadt wurde dabei insbesondere auf die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse gedrängt, beim Individualverkehr auf die Planung der Südostumfahrung und die Kapazitätserhöhung der A1 und beim öffentlichen Verkehr auf die Beseitigung des Engpasses im Schienennetz zwischen Zürich und Winterthur. Ein weiteres Thema in diesen Gesprächen waren jeweils auch die Zentrumslasten, welche die Stadt in verschiedenen Bereichen finanziell belasten und für deren Abgeltung in den kommenden Jahren Lösungen gefunden werden müssen.

Grosse Bedeutung haben für den Stadtrat auch die regelmässigen Kontakte zur Wirtschaft. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Stadt Winterthur weist auf eine grundsätzlich positive wirtschaftliche Gesamtentwicklung hin.

Gepflegt wurde auch der Kontakt mit den umliegenden Gemeinden, sei dies im Rahmen der RWU (Regionalplanung Winterthur und Umgebung), des Gemeindepräsidentenverbandes oder anderer Körperschaften, oder sei dies im Rahmen von individuellen Kontakten mit einzelnen Gemeinden. Fortgesetzt wurden auch die regelmässigen Kontakte mit den Städten St. Gallen und Schaffhausen, mit dem Kanton Thurgau sowie mit der Stadt Zürich. Die Vertretung des Stadtrates im Schweizerischen Städteverband sowie im Vorstand des Gemeindepräsidentenverbandes des Kantons Zürich und in zahlreichen andern Organisationen und Verbänden sichert weitere Einflussmöglichkeiten auf verschiedenen Ebenen. Mit den traditionellen Partnerstädten La Chaux-de-Fonds, Yverdon, Hall im Tirol und Pilsen beschränkten sich die Kontakte auf die institutionellen Verbindungen im kulturellen Bereich oder auf Verwaltungskontakte. Mit La Chaux-de-Fonds ist die Kontinuität durch die Stiftung Winterthur–La Chaux-de-Fonds gewahrt. Nachdem es in Pilsen im Bürgermeisteramt erneut einen Wechsel gegeben hat, wird das weitere Vorgehen bezüglich dieser Städtepartnerschaft in den kommenden Jahren zu überprüfen sein.

Der Stadtrat erledigte seine Geschäfte an 41 ordentlichen Mittwochsitzungen. Zusätzlich führte er einmal monatlich sogenannte Donnerstagsitzungen durch, welche der vertieften Diskussion von wichtigen Themen dienen. Ferner zog er sich zu zwei Seminarien zurück, das eine diente der Erarbeitung der Legislatorschwerpunkte 2006–2010, am zweiten standen finanzpolitische Themen sowie Personalrechtsfragen im Mittelpunkt. Stark beansprucht wurde das Gremium auch durch das Haushaltsanierungsprojekt HS 07, wo die Projektleitung beim Gesamtstadtrat liegt.

Die nachfolgenden Berichte der einzelnen Departemente in diesem Geschäftsbericht enthalten ergänzende und vertiefende Informationen zu diesem Schwerpunkten der stadträtlichen Tätigkeiten.

Stadtkanzlei

Die Erneuerungswahlen für die städtischen Behörden, verschiedene Änderungen im kommunalen Einbürgerungsrecht und in der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates sowie die Erstbesetzung der Stelle Assistent Stadtschreiber waren für die Stadtkanzlei 2006 prägende Momente.

Mit dem Inkrafttreten der neuen Kantonsverfassung auf den Jahresbeginn wurden die bürgerlichen Abteilungen von Stadtrat und Grosse Gemeinderat automatisch aufgehoben, und ihre Zuständigkeiten gingen provisorisch auf die betreffenden Gesamtbehörden über. Gleichzeitig traten neue Bundesvorschriften über die Einbürgerungsgebühren in Kraft. Beides verlangte nach grösseren Anpassungen im kommunalen Einbürgerungsrecht. Die entsprechenden Vorlagen wurden durch die Stadtkanzlei vorbereitet und nach Gutheissung durch den Grossen Gemeinderat auf den Beginn der Amtsdauer 2006–2010 in Kraft gesetzt. Seit diesem Zeitpunkt werden als besonders augenfällige Neuerung die Bürgerrechtsgeschäfte im Parlamentsplenum öffentlich beraten. Die neuen bürgerrechtlichen Zuständigkeiten von Stadtrat und Grosse Gemeinderat bestätigten die Stimmberechtigten in der Volksabstimmung vom 24. September definitiv.

Mit der Amtsaufnahme des neu gewählten Parlaments im Mai trat die so genannte «Reform der Reform» in Kraft. Nach dieser ersten Teilrevision der gemeinderätlichen Geschäftsordnung von 2002 verfügt das Parlament nur noch über fünf ständige Kommissionen, die aber repräsentativer als bisher zusammengesetzt sind. Zudem wurden die Erweiterte Ratsleitung und das Instrument des Planungsbeschluss-Antrags ersatzlos aus der Geschäftsordnung gestrichen. Nach einer langen und wechselvollen Entstehungsgeschichte trat auf den Legislaturbeginn auch das neue Behördenentschädigungsreglement in Kraft. Dieser Erlass war ebenfalls durch die Stadtkanzlei ausgearbeitet worden und ist nun im Wesentlichen durch sie zu vollziehen.

Anfang April nahm Marc Bernhard bei der Stadtkanzlei als erster Stelleninhaber seine Arbeit als Assistent des Stadtschreibers auf. Er betreut insbesondere den Bereich Einbürgerungen und unterstützt den Stadtschreiber in dessen juristischen Aufgaben. Auf Vorschlag des Stadtrates hat ihn der Grosse Gemeinderat im Mai zudem zu seinem neuen Ratssekretär gewählt. Der Stadtschreiber selbst kann diese Aufgabe nach neuem kantonalem Recht wegen Unvereinbarkeit mit seiner Hauptfunktion nicht länger wahrnehmen.

Die Erneuerungswahl des Stadtrats führte in zwei Departementen zu einem Leitungswechsel und zu entsprechenden Anpassungen bei der Neukonstituierung. Stadtschreiber und Informationschef unterstützten die neu formierte Exekutive in der Folge auch bei der Erarbeitung ihrer Legislaturschwerpunkte.

Zu den ständigen Aufgaben des Stadtschreibers gehört die juristische Begleitung der Aufsichts- und Rechtsmittelverfahren, an denen die Stadt beteiligt ist. Im Berichtsjahr waren gut dreissig Anträge für Einspracheentscheide des Stadtrats sowie verschiedene Rechtsschriften in etwa einem halben Dutzend weiter führenden Verfahren zu begutachten. Besondere Beachtung fand dabei das Verfahren um die Standortentschädigung KVA, welches vom Bundesgericht im Herbst mit der Abweisung einer staatsrechtlichen Beschwerde der Stadt beendet wurde. Vom Stadtschreiber selbst bearbeitet wurde ein grösseres aufsichtsrechtliches Verfahren um die Chilbi-Organisation am Albanifest.

In Zusammenarbeit mit einem externen Anwalt betreute der Stadtschreiber weiter das Dossier «Lindberg».

Dabei konnte nach längeren Verhandlungen eine klärende Vereinbarung über die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Stadt und neuer Klinik-Trägerschaft erzielt werden.

Die Konferenz der Departementssekretärinnen und -sekretäre tagte unter dem Vorsitz des Stadtschreibers viermal und befasste sich dabei insbesondere mehrfach mit dem Geschäft «Wingever» (Einführung einer integrierten elektronischen Geschäftsverwaltung für Stadtkanzlei und Departementssekretariate). Bereits zum zehnten Mal traf sich die Konferenz zum jährlichen Erfahrungsaustausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Stadt Zürich.

Abstimmungen und Wahlen

Ende 2005 waren in Winterthur 27 626 (Vorjahr 27 117) Männer und 32 420 (32 108) Frauen, insgesamt somit 60 046 (59 225) Stimm- und Wahlberechtigte gemeldet. Im Stimmregister waren ausserdem 758 Männer und 764 Frauen, total 1522 Personen mit Wohnsitz im Ausland verzeichnet. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hatten an 5 (7) Urnengängen über 6 (5) eidgenössische, 3 (4) kantonale und 5 (8) städtische, total also über 14 (17) Sachvorlagen zu entscheiden.

Die Stimmbeteiligung lag dabei zwischen 30,4 Prozent (Gesetz über das Kantonsspital Winterthur/Bundesbeschluss über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung) und 52,6 Prozent (Änderung vom 16. Dezember 2005 des Asylgesetzes).

Am 12. Februar wurden die Erneuerungswahlen für den Grossen Gemeinderat und den Stadtrat durchgeführt. Die Wahl des Grossen Gemeinderates fand erstmals unter Einsatz des kantonalen Wahl- und Abstimmungsprogramms «Wabsti» und in Anwendung der Vorschriften des Gesetzes über die politischen Rechte statt. Neu wurde dabei vor allem die Sitzzuteilung im Divisorverfahren mit Standardrundung (Neues Zürcher Zuteilungsverfahren) ermittelt. Im Vergleich zum alten beseitigt dieses neue Verfahren die systematische Benachteiligung der kleineren Parteien, lässt aber andererseits keine Listenverbindungen mehr zu.

Gleichzeitig galt es, die Mitglieder der sieben evangelisch-reformierten Kirchenpflegen neu zu wählen. Fünf Mitglieder der Kirchenpflege Oberwinterthur und ein Mitglied der Kirchenpflege Töss mussten in einem zweiten Wahlgang am 21. Mai erkoren werden.

Am 21. Mai fanden die Erneuerungswahlen der sieben Kreisschulpflegen und der Stadtammänner/Stadtamtsfrauen der neu gebildeten Betreuungskreise statt. Sämtliche Sitze konnten im ersten Wahlgang besetzt werden. Es kamen ausschliesslich Wahlzettel mit gedruckten Wahlvorschlägen zum Einsatz.

Die Ersatzwahl für die zurückgetretene Regierungsrätin Dorothee Fierz wurde vom Kanton auf einen Separattermin am 9. Juli 2006 festgelegt und kam im ersten Wahlgang zustande.

In stiller Erneuerungswahl konnte der Stadtrat die Notare der Notariatskreise Winterthur-Stadt, Oberwinterthur und Wülflingen für die Amtsdauer 2006–2010 gewählt erklären. Ebenso erfolgten die Ersatzwahlen zweier Mitglieder der evangelisch-reformierten Kirchenpflege Wülflingen sowie eines Mitglieds der Kreisschulpflege Winterthur-Töss im stillen Verfahren. Ein Rücktritt in der Kreisschulpflege Mattenbach erfolgte innert sechs Monaten vor der Gesamterneuerungswahl der Behörde; der Bezirksrat sah deshalb davon ab, für diese Vakanz eine Einzeleratzwahl anzuordnen.

Sowohl für die evangelisch-reformierten Kirchgemeinden als auch für die katholische Kirchgemeinde wurden in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kirchenpflegen die

Bestätigungswahlen der Pfarrerinnen und Pfarrer für die Amtsdauer 2006–2012 durchgeführt. In beiden Fällen gingen keine Begehren um Durchführung eines Urnenganges ein.

Einbürgerungen

Im Berichtsjahr ging die folgende Anzahl Gesuche von Ausländerinnen und Ausländern bei der Stadt Winterthur ein:

Im Ausland Geborene (ausser 16–25 Jährige)	220 (Vorjahr 258)
Im Ausland geborene 16–25 Jährige	63 (70)
In der Schweiz Geborene	83 (123)
Total eingereichte Gesuche von Ausländerinnen und Ausländern	366 (451)

Bürgerrechtsgeschäfte des Stadtrates

Der Stadtrat hat in eigener Kompetenz 91 (95) in der Schweiz geborene ausländische Personen in das Bürger-

recht der Stadt Winterthur aufgenommen. Aufgrund von § 21 des Gemeindegesetzes wurden durch den Stadtrat zudem 62 (38) im Ausland geborene Personen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren, die in der Schweiz mindestens fünf Jahre die Volks- oder Mittelschule besucht hatten, in das Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen. Die Gesamtzahl der in der Kompetenz des Stadtrats eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländern beläuft sich somit auf **153 (133)**. Ebenfalls in eigener Kompetenz hat der Stadtrat 35 (58) Schweizerinnen und Schweizer in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen.

5 (10) Gesuche mit bedingtem Anspruch auf Einbürgerung (in der Schweiz geborene oder 16 bis 25-jährige Ausländerinnen und Ausländer mit mindestens fünf Jahren Schulbildung in der Schweiz) musste der Stadtrat wegen Einträgen im Straf- oder Betreibungsregister oder wegen fehlender wirtschaftlicher Selbsterhaltungsfähigkeit ablehnen.

Dem Grossen Gemeinderat unterbreitete der Stadtrat 210 (207) Weisungen um Aufnahme in das Bürgerrecht. 11 (12) Gesuche, die der Stadtrat negativ beurteilte, erledigten sich durch stillschweigenden Verzicht der Gesuchstellenden ohne Vorlage an den Grossen Gemeinderat.

Abstimmungen 2006

Städtische Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	eingegangen	ungültig eingelegt	leer	ungültig	gültig	Ja	Nein	%
12. Februar	1. Neufestlegung der Stadtmannamts- und Betreibungskreise	21 976	426	658	2	20 890	16 155	4 735	37,0
24. September	1. Erweiterungsbau der Maurerschule (Schule für cerebral gelähmte Kinder); Kredit von 9,44 Millionen Franken für den Erweiterungsbau am unteren Deutweg 83	30 324	672	494	1	29 157	26 028	3 129	50,7
	2. Übernahme der Haushilfe durch die städtische Spitex	30 237	672	719	0	28 846	26 050	2 796	50,6
	3. Definitive Einführung der Schulsozialarbeit; jährlich wiederkehrender Kredit von 960 000 Franken ab 2007	30 042	667	824	8	28 543	18 957	9 586	50,3
	4. VI. Nachtrag zur Gemeindeordnung (Bürgerrechtsbestimmungen)	29 631	652	2 738	4	26 237	21 428	4 809	49,6

Kantonale Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	eingegangen	ungültig eingelegt	leer	ungültig	gültig	Ja	Nein	%
21. Mai 2006	1. Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG) vom 19. September 2005	18 235	400	303	0	17 532	9 623	7 909	30,6
	2. Gesetz über das Kantonsspital Winterthur (KSWG) vom 19. September 2005	18 095	400	282	0	17 413	9 488	7 925	30,4
26. November	1. Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule»	29 011	654	334	4	28 019	13 651	14 368	48,4

Eidgenössische Vorlagen

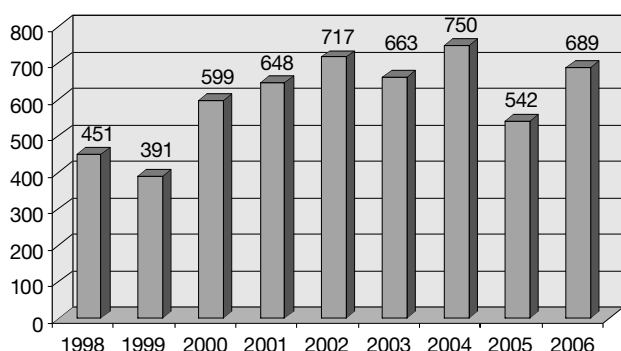
Datum	Abstimmungsvorlage	eingegangen	ungültig eingelegt	leer	ungültig	gültig	Ja	Nein	%
21. Mai	1. Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2005 über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung	18 569	426	281	0	17 862	15 350	2 512	30,4
24. September	1. Volksinitiative vom 9. Oktober 2002 «Nationalbankgewinne für die AHV»	31 973	735	639	3	30 596	13 922	16 674	52,2
	2. Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG)	32 144	733	465	0	30 946	19 635	11 311	52,5
	3. Änderung vom 16. Dezember 2005 des Asylgesetzes (AsylG)	32 212	737	370	0	31 105	19 202	11 903	52,6
26. November	1. Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas	29 929	693	425	1	28 810	18 093	10 717	48,7
	2. Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz, FamZG)	29 991	698	297	0	28 996	19 922	9 074	48,8

Bürgerrechtsgeschäfte des Grossen Gemeinderates

Der Grosse Gemeinderat hat an insgesamt 11 (11) Sitzungen 271 (237) Bürgerrechtsgesuche behandelt. An diesen 11 Sitzungen wurden 221 (186) Bewerberinnen und Bewerber ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen. Mit eingebürgert wurden dabei 82 (57) Ehepartner/innen und 233 (166) Kinder, insgesamt somit 536 (409) Personen. 40 (42) Gesuche wurden wegen offensichtlich ungenügender Kenntnisse um ein Jahr, 1 (3) Gesuch um zwei Jahre zurückgestellt und 9 (6) Gesuche mussten definitiv abgelehnt werden.

Die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller wurden vorgängig durch die Bürgerrechtskommission (BÜK) an 20 (20) Sitzungen mündlich befragt. Einige Bewerberinnen und Bewerber konnten gemäss Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Winterthur ohne Befragung zur Aufnahme empfohlen werden.

Einbürgerungen von Auländer/innen in Winterthur (Gesamtpersonenzahl)*



* Total der ordentlichen Einbürgerungen durch Stadtrat und Grossen Gemeinderat. In den aufgeführten Zahlen nicht enthalten sind die erleichterten Einbürgerungen, die gemäss Bundesrecht keinen Aufnahmeentscheid der Stadt voraussetzen.

Die neuen Bürgerinnen und Bürger stammen aus folgenden Ländern:

Serbien und Montenegro	301	Chile	2
Türkei	116	Österreich	2
Italien	55	Philippinen	2
Bosnien-Herzegowina	53	Polen	2
Mazedonien	53	Schweden	2
Sri Lanka	24	Somalia	2
Kroatien	16	Ungarn	2
Brasilien	8	Argentinien	1
Deutschland	8	Bolivien	1
Spanien	8	Finnland	1
Belgien	5	Laos	1
Irak	5	Libanon	1
Marokko	4	Pakistan	1
Portugal	4	Rumänien	1
Tschechische Republik	3	Slowenien	1
Afghanistan	2	Südkorea	1

Sekretariate

Das Sekretariat Grosser Gemeinderat nahm 80 (Vorjahr 100) Versände an den Grossen Gemeinderat (GGR), dessen Kommissionen, sowie Medien und Abonnenten vor. Die Auflage der Geschäfte des GGR (Weisungen und Vorstösse) konnte aufgrund des elektronischen Versandangebotes weiter auf 195 (205) Exemplare reduziert werden. Zusammen mit den übrigen Unterlagen für den GGR (Sitzungseinladungen, Sitzungsprotokolle, Kommissionsunterlagen usw.) bedeutete dies im Jahr 2006 eine Menge von 291 162 (284 278) Blatt Papier. Die Kopienzahl der Stadtkanzlei konnte weiter auf 505 203 (558 827) reduziert werden. Für den Druck der GGR-Geschäfte wird Recycling-Papier verwendet, für Archivdrucksachen weisses Papier (Universal-Ökopapier, hochweiss aus Altpapier und 100 % chlorfreiem Zellstoff/TCF).

Die Stadtkanzlei hat 41 (Vorjahr 43) Stadtratssitzungen vor- und nachbereitet und dabei 2312 (2721) Stadtratsgeschäfte verarbeitet. Zur Ausfertigung gelangten 589 (849) Stadtratsbeschlüsse und 490 (520) Stadtratsbriefe.

Informationsdienst

Der Informationsdienst veröffentlichte 354 (Vorjahr 366) Medienmitteilungen, lud zu 64 (78) Anlässen (Medienkonferenzen, Veranstaltungen, Präsentationen) ein und erteilte eine grosse Zahl von individuellen Auskünften. Die Herausgabe von sechs Ausgaben der Personalzeitung, die Koordination von zwei Abstimmungszeitungen, die laufende inhaltliche Aufbereitung der Informationen im Internet und im Intranet, die Organisation des Informationszentrums anlässlich der städtischen Wahlen sowie die interne Beratung in Kommunikationsfragen waren weitere Schwerpunkte.

Veranstaltungen

Die Stadtkanzlei organisierte rund 100 kleinere und grössere Anlässe für Behörden und Gäste aus dem In- und Ausland. Halbjährlich wurden im Stadthaus wieder die Empfänge für Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen durchgeführt, federführend organisiert vom Melde- und Zivilstandswesen.

Die Jungbürgerfeier wurde bereits zum siebten Mal nach dem mittlerweile bewährten zweiteiligen Konzept veranstaltet. Die Einladungen gingen an 808 Schweizerinnen und Schweizer, 165 Ausländer und Ausländerinnen mit Niederlassung C sowie 18 Ausländer und Ausländerinnen mit Aufenthaltsbewilligung B. Zum staatsbürgerlichen ersten Teil der Feier haben sich 523, zur anschliessenden Volljährigkeitsparty im Garden Club 692 Personen angemeldet.

Departement Kulturelles und Dienste

Ab 2006 wurde die Fachstelle Stadtentwicklung mit der Integration und der Quartierentwicklung zum Bereich Stadtentwicklung zusammengefasst. Einerseits weil die drei Organisationseinheiten Synergieeffekte nutzen können und andererseits weil sie im Gefolge von WoV zusammen eine Produktgruppe bilden.

Im Bereich Stadtentwicklung wurde die Testplanung Zeughaus und Teuchelweiher abgeschlossen. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen in einem nächsten Schritt umgesetzt werden, zuerst bei der Gestaltung des Wachter- und anschliessend des Zeughausareals. Im Sulzerareal Stadtmitte herrscht rege Bautätigkeit, ebenso im Gebiet Oberwinterthur. Allerdings sind in Oberwinterthur noch verschiedene Aufgaben zu lösen. Für Teilbereiche liegen zwar planerische Konzepte vor, aber es fehlen klare Vorstellungen für die angestrebte Gesamtentwicklung. Deshalb wird zusammen mit externen Fachleuten das Projekt Entwicklungsstrategie in Angriff genommen. Die Ergebnisse werden 2007 vorliegen. Sehr erfreulich entwickelt hat sich das Projekt Töss, wo es gelungen ist zusammen mit der Bevölkerung Vorstellungen über die Zukunft dieses Quartiers zu formulieren. Als erfolgreich darf auch die Umsetzung des stadträtlichen Konzepts bezüglich Wohnungspolitik bezeichnet werden. So konnte die Zahl der Wohnungen im gehobenen Segment deutlich vergrössert werden, ebenso das Angebot von günstigem Wohnraum für Studenten.

Die Quartierentwicklung hat besonders beim Projekt Töss tatkräftig mitgewirkt und nimmt auch in Oberwinterthur eine wichtige Funktion ein.

Die Integrationswoche im Herbst stiess auf reges Interesse und verzeichnete mehr als 1500 Besucher/innen bei rund 50 Veranstaltungen. Der Ausländerbeirat konnte sich nach einer erfolgreichen ersten Amtsperiode zum zweiten Mal konstituieren.

Im kulturellen Bereich konnte das Naturmuseum einen grossen Erfolg verzeichnen, indem es für die im 2005 neu eröffnete Dauerausstellung mit dem Prix Expo der Akademie für Naturwissenschaften geehrt wurde. Unabhängig davon erfreut sich dieses Museum grosser Beliebtheit. Ebenfalls einen markanten Zuwachs an Benutzer und Benutzerinnen können die Stadt- und Quartierbibliotheken

verzeichnen. Bereits stösst die Stadtbibliothek an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit.

Die Kunstmuseen in Winterthur finden noch nicht die Beachtung und den Zulauf, den sie verdienen würden. Deshalb wurden Überlegungen angestellt, wie die Situation verbessert werden könnte, damit die gesetzten Legislaturziele auch in dieser Hinsicht erreicht werden können. Zur Förderung des Interesses bei der jüngeren Generation wurde die Museumspädagogik ausgebaut. Das Modell Winterthur dient auch andern Städten als Vorbild.

Die Subventionsbeiträge wurden erstmals auf der Basis der neuen Verträge ausbezahlt.

Im personellen Bereich konnte die Anfang 2005 eingeführte lineare Lohnkürzung um 3 % auf Anfang Jahr wieder aufgehoben werden. Eine weitere Teilrevision des Personalrechts wurde in Angriff genommen. Angestrebt werden Anpassungen beim Kündigungsschutz und bei der Abfindungsregelung. Die Zahl der Lehrverhältnisse hat sich um weitere 9 % erhöht. Das Weiterbildungsangebot wurde noch besser genutzt als in den Vorjahren. Besondere Beachtung fand der Intensivkaderkurs. Insbesondere als Folge der verschiedenen Reorganisationen wurde die Mitarbeiter/innen-Beratung vermehrt um Rat angegangen. Auch beim Casemanagement war eine Zunahme der Fälle zu verzeichnen. Zur Sensibilisierung der Chancengleichheit von Frau und Mann wurde ein Controlling-Projekt gestartet.

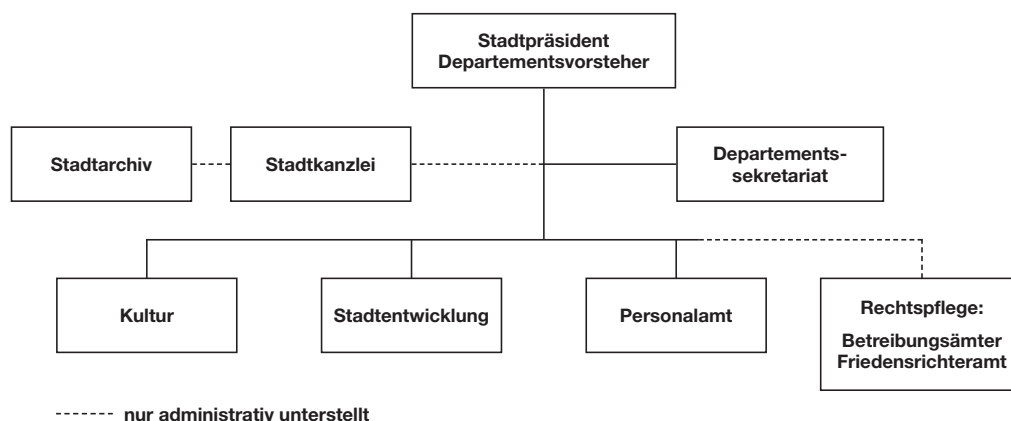
Abgeschlossen werden konnte die Revision der Pensionskassenversicherung für Stadträte. Mit der erfolgreichen Einführung eines neuen Systems konnte der Grundstein für ein modernes Personalinformations- und Abrechnungssystem (PIAS) in der Stadtverwaltung gelegt werden.

Die Überführung des Betreibungsamtes Seen in jenes der Altstadt und die Neuzuteilung des Quartiers Veltheim zum Betreibungsamt Wülflingen konnte planmässig abgeschlossen werden.

Das Stadtarchiv wurde auf Anfang 2007 administrativ der Stadtkanzlei zugeordnet.

Das Projekt Fokus schreitet planmässig voran. Angesichts der grossen finanziellen Bedeutung für die Stadtfinanzen – es handelt sich um das wichtigste Sparprojekt seit Jahren – hängt sehr viel von dessen Realisierung ab.

Departement Kulturelles und Dienste



Projekt Fokus

Im Rahmen des Sparprogrammes Haushaltsanierung 2007 (HS 07) ist im Departement Kulturelles und Dienste unter dem Namen «Fokus» ein Projekt in Arbeit, welches die Zusammenführung von grossen Teilen der Stadtverwaltung an einem Standort vorsieht. Damit sollen die Infrastrukturkosten gesenkt und die Effizienz der stadt-internen Zusammenarbeit gesteigert werden. Insgesamt werden rund 765 Arbeitsplätze, welche heute in rund 30 Liegenschaften untergebracht sind, vom Projekt Fokus berücksichtigt. Standortgebundene Arbeitsplätze (z.B. Feuerwehr, Museen oder Alters- und Pflegeheime) sind ausgenommen.

Nachdem im April das öffentliche Submissionsverfahren mit dem Zuschlagsentscheid an die Arbeitsgemeinschaft Basler & Hofmann / Reso Partners abgeschlossen werden konnte, begannen im Mai die konkreten Projektarbeiten. Bis zu den Sommerferien entstanden mehrere Grundlagenpapiere. Die zukünftigen Raum-, Arbeitsplatz- und Mobiliarstandards wurden festgelegt, damit der erforderliche Flächenbedarf berechnet werden konnte und bauliche Qualitätsanforderungen (Minergiestandard und Behindertengerechtigkeit usw.) definiert.

Nachdem im Juli und August 30 potentielle Verwaltungsstandorte überprüft wurden und die städtischen Dienststellen ihre Raumbedürfnisse definiert hatten, kristallisierten sich vier Varianten heraus: der Wintower in der Nähe der Schützenwiese, das Projekt Superblock auf dem Sulzerareal Stadtmitte, das Archareal beim Bahnhof sowie

eine Kombination dieser Standorte mit dem heute vom Sozialdepartement gemieteten Gebäude an der Lagerhausstrasse 6. Nur diese Standorte bieten eine Geschossfläche von mindestens 25 000 m² und können rund 765 Arbeitsplätze beherbergen. Ausserdem liegen diese Gebäude in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof bzw. zur Altstadt, was bei einer täglichen Frequenz von rund 1300 Kunden ebenfalls ein Musskriterium ist.

Mit den Grundeigentümern dieser Liegenschaften wurden intensive Gespräche geführt. Auf der Basis eines ausführlichen Baubeschriebs offerieren die Grundeigentümer je eine Variante für einen Grundausbau und eine Variante mit Mieterausbau. Ergänzt wurden die Mietangebote unter anderem mit technischen Angaben zur Gebäudestruktur, der Belegungsplanung und den Parkierungsmöglichkeiten. Alle Daten flossen in eine detaillierte Nutzwertanalyse ein, welche dem Stadtrat als Entscheidungsgrundlage diente.

Am 20. Dezember entschied sich der Stadtrat für den Standort Archareal.

Die Nutzwertanalyse zeigte, dass es am besten den Bedürfnissen einer Stadtverwaltung entspricht. Ausserdem ist das Archareal in der Gesamtbetrachtung die kostengünstigste Variante. Gleichzeitig hält sich der Stadtrat die Option Lagerhausstrasse 6 offen und beschliesst, das bestehende Stadthaus weiterhin zu nutzen. Das Projekt Fokus erhält zum Jahresabschluss den Auftrag, einzelne standortabhängige Fragen zu vertiefen und im kommenden Jahr für den Gemeinderat eine Weisung zu Händen des Volkes auszuarbeiten.

Kultur

Das vielfältige und hoch stehende Winterthurer Kulturangebot hat erneut eine grosse Beachtung gefunden. Der Geschäftsbericht kann hier nur unvollständig darüber Auskunft geben, weil er sich primär auf die Aktivitäten der städtischen Kulturinstitutionen beschränkt. Diese Aktivitäten werden durch ein beachtliches privates Engagement ergänzt und bereichert. Alle relevanten Angaben zu den Kulturveranstaltungen und der Kulturförderung sind umfassend im Internetportal kultur.winterthur.ch abrufbar. Diese Informationsquelle wird rege benutzt und ist seit Oktober in mehreren Sprachen aufgeschaltet. Die Informationen über Museen, Theater/Tanz, Musik/Konzerte, Film, Bibliotheken und Kulturzentren sind nebst Deutsch auch in Englisch, Französisch und Italienisch erhältlich.

Eine wertvolle Auszeichnung erhielt das Naturmuseum. Es durfte für die 2005 neu gestaltete Dauerausstellung den Prix Expo der Akademie für Naturwissenschaften entgegen nehmen. Die Ausstellung wurde auch von der Bevölkerung gut aufgenommen und erfüllt auch im Bereich der Museumspädagogik eine wichtige Aufgabe.

Nach einer Vielzahl von gescheiterten Versuchen in den letzten Jahrzehnten zur dringend notwendigen Sanierung und Erweiterung des Museums- und Bibliothekgebäudes wurden die Projektierungsarbeiten nun abgeschlossen. Dem Grossen Gemeinderat wird 2007 eine Kreditvorlage unterbreitet. Weil die Aufgabe für einen Architekturwettbewerb im herkömmlichen Sinne zu komplex war, wurde in einem Auswahlverfahren ein Architekturbüro gesucht, das zusammen mit den Verantwortlichen der Stadt, den Institutionsleitern und der Denkmalpflege das Projekt gemeinsam entwickelt.

Theater Winterthur

Das Theater am Stadtgarten ist das grösste Gastspieltheater der Schweiz und wurde in der Spielzeit 2005/2006 von rund 100 000 Personen frequentiert (inkl. Fremdveranstaltungen und Vermietungen). Die 114 eigenen Aufführungen wurden von 49 314 Personen besucht. Die durchschnittliche Publikumszahl pro Vorstellung konnte auf 433 gesteigert werden, der Bestand an Abonnentinnen und Abonnenten sank jedoch um 8,5 %.

Es wurden zwei Einführungen in den Spielplan durch den künstlerischen Leiter und eine Nachdiskussion über die Spielzeit durchgeführt. Die Einführungen jeweils vor der Vorstellung in Schauspiel- und Musiktheater gehören zum Standard und werden im Schnitt von 100 bis 200 Personen besucht.

Neu standen vier öffentliche Führungen mit dem technischen Leiter hinter die Bühne auf dem Programm. Sie kamen gut an.

Im Rahmen von Kunst am Bau wurde in der Spielzeit 05/06 der Freiraum im Foyer für eine biophile Installation genutzt. Die Zusammenarbeit mit Christoph Styger und seinen «paradiesischen Gärten» sowie mit seinem Fotografen Jürg Schmid ist beim Publikum gut angekommen.

Winterthurer Bibliotheken

Im Jahr 2006 konnten die acht öffentlichen Bibliotheken die Rekordergebnisse des Vorjahres annähernd egalieren. Dies trotz schwieriger Bedingungen, denn die Besuchs- und Ausleihwerte litten deutlich wegen der

Theater Winterthur	Saison 00/01	Saison 01/02	Saison 02/03	Saison 03/04	Saison 04/05	Saison 05/06
Anzahl Vorstellungen	130	158	155	131	144	114
Total Besucher	57 676	64 740	60 497	55 788	55 952	49 314
Durchschnitt Besucher pro Vorstellung	444	410	390	426	389	433
Anzahl Abonnentinnen/Abonnenten	5 934	5 899	5 474	5 317	4 964	4 542
Auslastung Gesamt	64 %	61 %	57 %	62 %	57 %	61 %
- Ballett/Tanztheater	78 %	86 %	63 %	76 %	59 %	70 %
- Oper/Operette/Musical	82 %	53 %	68 %	74 %	58 %	72 %
- Schauspiel	51 %	53 %	47 %	49 %	51 %	55 %
- Schauspiel Fremdsprachen	37 %	32 %	36 %	61 %	48 %	30 %
- Nocturne	100 %	100 %	52 %	49 %	42 %	-
- Jazz Matinée/Traditional Jazz	100 %	87 %	100 %	84 %	85 %	81 %
- New Jazzline	24 %	37 %	49 %	-	-	-
- Diverse	58 %	44 %	22 %	19 %	79 %	55 %
- KaffeeHausOrchester Matinée	-	-	-	-	-	76 %

Nutzungsstatistik der Winterthurer Bibliotheken 2005/2006

Bibliotheken	Bestand, total		Buchbestand		Ausleihe, total		Buchausleihe		Neuanmeldungen		Besucher/innen	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Hegi	5 345	5 887	4 591	5 107	14 073	13 668	10 897	9 986	45	56	12 897	11 735
Oberi	14 955	15 803	12 240	12 870	84 592	84 458	57 552	56 775	232	296	38 747	38 609
Seen	15 665	15 964	12 796	13 008	89 396	87 970	61 381	58 912	282	273	38 096	37 251
Töss	13 868	14 728	10 938	11 426	69 305	69 153	41 187	40 316	184	295	31 483	31 682
Veltheim	12 012	11 940	9 535	9 304	65 389	58 441	38 704	34 148	152	160	32 710	31 373
Wülflingen	16 882	16 135	12 941	12 137	107 084	104 844	57 489	57 103	349	302	50 860	45 909
Quartierbibliotheken	78 727	80 457	63 041	63 852	429 839	418 534	267 210	257 240	1 244	1 382	204 793	196 559
Stadtbibliothek	726 763	738 485	675 612	683 821	865 710	891 903	464 469	478 085	2 970	3 217	364 148	360 466
Studienbibliothek	270 347	271 894			3 326	5 284	150	1 076			17 518	12 282
Total Winterthurer Bibliotheken	1 075 837	1 090 836	738 653	747 673	1 298 875	1 315 721	731 829	736 401	4 214	4 599	586 459	569 307
aktive Kunden/innen									23 071	23 642		
Fluktuation zum Vorjahr (%)									- 17	- 17		

Fussballweltmeisterschaft und der Schönwetterperioden im Sommer und Herbst.

Insgesamt konnte die Ausleihe um ein Prozent (+16 846) auf 1 315 721 Medien gesteigert werden. Die Stadtbibliothek verzeichnet erneut eine Steigerung um drei Prozent und der Rückgang bei den Quartierbibliotheken konnte gebremst werden. Besonders erfreulich ist dabei die Entwicklung in Töss, wo die Ausleihe trotz widriger Umstände den Vorjahreswert erreichte. Der Rückgang von insgesamt 11 305 Ausleihen bei den Quartierbibliotheken geht vor allem zulasten der Bibliothek Veltheim, die wegen der Renovationschliessung im Juli und August 6948 Medien weniger als im Vorjahr entliehen hat. Bei der Ausleihe nicht digitaler audiovisueller Medien zeichnet sich ein markanter Rückwärtstrend ab. So ging die Videoausleihe bei den Quartierbibliotheken um 42 % und bei der Stadtbibliothek um 61 %, jene der Hörkassetten um 15 % respektive 7 % bei der Stadtbibliothek zurück. Gute Jahresergebnisse melden bei der Studienbibliothek die Sondersammlungen. Sie wurden im Vergleich zum Vorjahr deutlich stärker genutzt (+1958 Nutzungen), was einer Steigerung um 59 % gleichkommt. Auch die Zahl der Kundinnen und Kunden aller Bibliotheken ist um 571 auf 23 642 gestiegen (+ 2 %) und 4599 Personen haben sich neu registriert (+ 9 %). Lediglich bei den Besucherzahlen konnte der Frequenzeinbruch im Sommer und Herbst nicht mehr korrigiert werden, weshalb ein 3-prozentiger Rückgang zu verzeichnen ist. Die Tagesfrequenzen in der Stadtbibliothek blieben dennoch unvermindert hoch, durchschnittlich 1203 Zutritte pro Öffnungstag (2005: 1255) oder 132 Zutritte pro Öffnungsstunde. Der massive Rückgang der Besuchszahlen in der Studienbibliothek ist mit der Reduktion des Internetbetriebs von vier auf eine öffentliche Station zu erklären. Mit dieser Massnahme liess sich indes das Angebot in der Stadtbibliothek auf elf öffentliche Internetplätze erweitern. Diese Plätze werden seit April mit der Verwaltungssoftware Sitekiosk verwaltet, sie registrierte 20 052 Personen, die eine Internet-session eröffneten. Das sind durchschnittlich 120 bis 140 Logins pro Tag. Nicht mitgerechnet sind die Nutzungen in der Kinderbibliothek, der Studienbibliothek und den Quartierbibliotheken. Trotz einer zusätzlich bewilligten Stelle 2005 müssen die stark belastenden Besucherfrequenzen immer noch mit Temporäreinsätzen von Personen aus dem 2. und 3. Stellenmarkt bewältigt werden. Insgesamt arbeiten 13 Personen mit einem Gesamtarbeitspensum von 4,1 Vollzeitstellen in der Stadtbibliothek.

Das Jahr 2006 brachte auch Erneuerungen bei den elektronischen Diensten. Mit dem Systemupdate Anfang 2006 erhielt das Publikum eine neue Suchoberfläche im Katalog, die verschiedene Verbesserungen bietet. Mit der neuen Software ist auch die Übernahme von Katalog-fremddaten technisch machbar, was dem Personal rationelleres Arbeiten erlaubt, und die Mahnbriege können elektronisch versandt werden. Ab Ende Jahr ist als dritter elektronischer Katalog neben dem Bibliothekskatalog und dem Katalog der Winterthurer Bibliografie auch der Katalog der Sondersammlungen auf der Website online abrufbar. Im Mai nahm die Swisscom in der Stadtbibliothek ihren Hotspot in Betrieb. Nach der Eishalle Deutweg ist dies der zweite Standort in einem öffentlichen Gebäude der Stadtverwaltung. Damit können sich alle Kundinnen und Kunden mit entsprechender Ausrüstung in der Bibliothek drahtlos ins Internet einwählen. Die Datensicherung des Bibliothekssystems übernahm im November neu das Rechenzentrum der Informatikdienste.

Veränderungen gab es auch bei den Quartierbibliotheken. Die Bibliothek Veltheim konnte nach 25-jährigem Bestehen die Räumlichkeiten renovieren. Die Bibliothek Hegi wird seit Oktober als kombinierte öffentliche und Schulbibliothek weitergeführt, was den Schülern zugute

kommen wird. Auch vom Ausbau der Integrationsbibliothek profitieren hauptsächlich die Bewohnerinnen und Bewohner der Quartiere. Durch den forcierten Bestandsaufbau wurde es möglich, die Quartierbibliotheken mit fremdsprachigen Kinderbüchern auszustatten. Anlässlich der städtischen Integrationswoche im November wurde nicht nur dieses Angebot eröffnet, sondern auch ein Deutschlern-Themenschwerpunkt in der Stadtbibliothek. Sprachkurse auf allen Datenträgern und speziell für die Nutzung von Deutschkursen reservierte elektronische Arbeitsplätze bilden die wichtigsten Angebote.

Ein weiterer Meilenstein wurde in der Leseförderung gesetzt. Nach dreijähriger Arbeit konnte das Leseförderungspaket für Schulen «Bibliotheken machen Schule» den Lehrpersonen vorgestellt werden. Die didaktisch aufbereiteten Bibliotheksführungen, die Medienkisten für Klassenprojekte und die Lesetheater Angebote erfreuen sich grosser Beliebtheit und müssen bereits erweitert werden.

Zu den wichtigsten Veranstaltungen zählten der Zyklus «BuchOrt - BuchArt» rund um die internationale Leistungsschau im Buchbindergewerbe und die nationale Tagung «Bibliothek - Integration - Kulturaustausch» im Rahmen der Integrationswoche. Das Jubiläumsjahr der Bibliothek Veltheim wurde mit einer Vielzahl von Leseanlässen gefeiert und an den Musikfestwochen war die Stadtbibliothek drei Mal Veranstaltungsort.

Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Naturmuseum

Das neu eingerichtete Naturmuseum wurde gut aufgenommen und fand in der Fachwelt rege Beachtung. 27 323 (2005: 18 799) grosse und kleine Gäste besuchten 2006 die Ausstellung; weitere 17 253 informierten sich über die Homepage www.natur-winterthur.ch. 9022 Kinder spielten im Kindermuseum. Somit fand rund ein Drittel den Weg ins Museum über Kerala.

Die Akademie der Naturwissenschaften Schweiz zeichnete das Museum am 22. November mit dem Prix Expo 06 aus.

Die Museumsorganisation wurde angepasst und der traditionelle Fachbeirat aufgehoben.

Ausstellungstätigkeit

Die Wechselausstellung «Museums-geschichte(n)» war als dreidimensionale Festschrift zur Eröffnung des Natur-museums bis Ende Oktober zu sehen.



Die Akademie der Naturwissenschaften Schweiz zeichnete das Naturmuseum am 22. November mit dem Prix Expo 2006 aus.

Zur Eröffnung der Luzerner Ausstellung «Viehschau» am 5. November zeigte die Kuh Sybille von Bruno Isliker verblüffende Kunststücke auf dem Museumsplatz.

Am Cicerone-Informationsstand präsentierten Studierende an den Wochenenden Objekte und Spiele zu Themen wie Fische, Amphibien, Ruderalpflanzen, Schmetterlinge, Bausteine oder Haustiere und suchten das Gespräch mit den Gästen. Der Stand wurde von 1521 Erwachsenen und 1967 Kindern besucht.

Sammeln und Bearbeiten

Die Bergmodelle wurden neu ausgeleuchtet. Nachgeführt wurden die Drehbücher für die neue Dauerausstellung und die ausgestellten Objekte katalogisiert. Feuchtigkeitsschäden an wertvollen Saurierplatten wurden behoben und die Klimaüberwachung heikler Exponate verbessert.

Vorträge, Führungen und Kinderaktionen

Kerala-Nachmittage in mehreren Sprachen öffneten neuen Gästen den Zugang zum Museum. Gut besucht waren die beiden Führungen auf Türkisch und Tamil.

930 (Vorjahr: 1008) Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonen besuchten das Museum in 82 (75) Doppellektionen. Bis zu den Frühlingsferien wurde der Mittelstufen-Workshop «Waschbär, Fische, Kuh und Berg» angeboten, anschliessend «Fische, Krokodil und Ammoniten» für die Unterstufe.

6 Führungen für Lehrpersonen (54 Teilnehmende), 2 für Hortleiterinnen (42) und eine Führung für die Mittelstufenkonferenz Appenzell Ausserrhoden (17) fanden statt. Zur Ausstellung «Viehschau – Das Rind im Museum» und zum Thema «Säugetiere im Naturmuseum» wurden Schuldokumentationen zusammengestellt.

Durchschnittlich lernten 35 (Vorjahr: 20) Kinder mit ihren erwachsenen Begleitern an den 12 (8) «Kerala-kreativ»-Nachmittagen die neue Ausstellung kennen.

Rund 47 (Vorjahr: 27) Gäste besuchten die 12 (11) Museumsvorträge am Samstagnachmittag.

Gewerbemuseum

Das Gewerbemuseum präsentierte neun neue Ausstellungen. Grosse Beachtung in der Fachwelt fand die Ausstellung «DesignLabor», welche später auch noch im Kornhausforum in Bern präsentiert wurde. «UNIK: danish fashion», des Danish Design Centre hingegen fand weniger Beachtung. Auf grosses Interesse stiess «Face to Face – Dinge haben ein Gesicht». Eine markante Steigerung der Besucherzahlen brachten die Ende Jahr eröffneten Ausstellungen «Farbe materiell-virtuell» und «Farblabor», allein im Dezember konnte das Gewerbemuseum fast 3000 Eintritte verbuchen. Insgesamt besuchten im Jahr 2006 17 746 Personen das Gewerbemuseum.

Der Web-Auftritt des Gewerbemuseums wurde inhaltlich überarbeitet und neu gestaltet.

Ausstellungen

- DesignLabor, 30. Oktober 2005 – 26. Februar 2006, 12. Mai – 25. Juni in Bern
- Edizione Danese, 19. März – 5. Juni 2006
- Breakfast Design (im Forum), 19. März – 5. Juni 2006
- UNIK: Danish Fashion, 18. Juni – 3. September 2006
- Türen auf – Wohnkultur Ost/West (im Forum), 25. Juni – 30. Juli 2006
- Positionen zeitgenössischer Druckgrafik, 17. September – 22. Oktober 2006

- Face to Face – Dinge haben ein Gesicht, 27. August – 12. November 2006
- Farbe materiell-virtuell 19. November 2006 – 22. April 2007
- Farblabor 19. November 2006 – Frühjahr 2008
- Kaspar Diener Förderpreis 2006 (im Forum) 3. Dezember 2006 – 2. Januar 2007.

Museumspädagogik, Vermittlung

Für Schulklassen wurden zu folgenden Ausstellungen Workshops angeboten: «Danese, Dinge haben ein Gesicht» und zu den «Farb-Ausstellungen». Insgesamt besuchten 4047 Schülerinnen und Schüler das Gewerbemuseum, davon nahmen 1515 an 90 Workshop-Angeboten teil.

Uhrensammlung Kellenberger

Die Sonderausstellung «Horloges rustiques de la Gruyère» stand im Mittelpunkt des Jahres. Insgesamt sind ungefähr 50 Uhren aus dem Greyerzerland erhalten und dokumentiert. Etwa die Hälfte der zugänglichen Originale wird in der Ausstellung, die vom 16. September 2006 bis am 18. März 2007 dauert, präsentiert.

Ein weiterer Höhepunkt war die Übergabe der neu erworbenen Eisernen Konsolenuhr des Winterthurer Stadtuhrmachers Andreas I. Liechti am 2. Juni.

Die Broschüre «Die Uhrmacherfamilie Liechti von Winterthur und ihre Werke» von Adolf Schenk und Georg von Holtey wurde überarbeitet und ergänzt. Sie ist im November neu erschienen.

Münzkabinett und Antikensammlung

Ausstellungen und Sammlungen in der Villa Bühler zogen 2367 Besuchende an. Die Website des Münzkabinetts verzeichnete insgesamt 36 602 Besuche und durchschnittlich 586 Seitenansichten pro Tag. In der Ausstellung fanden 94 Führungen und Workshops statt, davon 22 im Rahmen von «Museum am Mittag» und «Museum am Sonntag». 786 Schülerinnen und Schüler in 59 Klassenführungen nutzten die Vermittlungsangebote der Museumspädagogik.

Ausstellungen, Veranstaltungen

- «Ausser Europa – fünf Filme» (3./10./17./24./31. Januar), in Zusammenarbeit mit dem Filmfoyer Winterthur
- Sonderausstellung «Neu in der Sammlung: Geschenke und Ankäufe 2005» (21. Januar – 5. März.)
- Wechsellausstellung «Herrschaft, Handel, Stadt: Geld im Mittelalter, 600–1200» (8. April 2006 – 4. März 2007)
- Sonderausstellung «Hoch oben: Frühe Burgen und ihr Geld» (8. April 2006 – 4. März 2007)
- Römertag Vindonissa, Münzen prägen (7. Mai)
- Museumskonzert «Sänger und Chronikschreiber im Kloster» (11. Juni)
- 3. Winterthurer Museumsbestimmungstag (25. November), in Zusammenarbeit mit Winterthurer Museen und Sammlungen

Sammlungen und Bibliothek

Die Sammlungen von der Bibliothek wurden von 352 Personen benutzt; die Bibliothek verzeichnete 1760 Ausleihen. Neben zahlreichen Auskünften wurden 53 wissenschaftliche Anfragen aus der Schweiz, den USA, Kanada, Grossbritannien, Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien, Italien, Griechenland und Israel beantwortet. Die

Museen Winterthur

Anzahl Besucher/innen	1986	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Technorama	135 854	142 283	158 729	238 940	247 213	231 407	204 224	236 898	251 464	255 892
Sammlung O. Reinhart «Römerholz»	33 699	36 839	31 117	31 798	30 072	35 134	34 456	35 552	38 081	31 214
Museum O. Reinhart am Stadtgarten	16 971	17 778	18 919	13 767	13 293	13 031	11 837	13 666	13 134	14 976
Kunstmuseum	17 380	19 201	19 055	36 319	26 382	23 004	21 253	36 074	25 967	21 051
Fotomuseum			22 300	26 800	28 650	28 850	31 500	50 800	49 100	40 850
Fotostiftung Schweiz (ab 14.11.03)							8 736	43 800	44 750	32 850
Villa Flora			10 446	10 424	9 698	16 835	11 772	18 649	7 573	6 374
Kunsthalle (ab 2006 Zählung)										2 365
«Gewerbemuseum/										
Uhrensammlung Kellenberger»	38 774	21 953	28 173	26 027	35 174	37 364	50 982	24 471	23 461	17 746
«Naturmuseum (ab 2003 teilweise										
geschlossen, Wiedereröffnung November 05)»	13 456	18 200	20 631	32 128	28 867	28 582	18 959	17 931	18 799	27 323
Museum Lindengut	2 707	3 366	4 635	5 275	4 368	7 164	3 588	3 112	5 057	9 437
Münzkabinett und Antikensammlung	1 141	1 254	2 355	2 421	2 700	2 703	2 457	2 433	1 670	2 367
Museum Briner und Kern	3 391	3 279	4 965	4 012	4 047	5 366	5 489	5 203	3 763	4 769
Mörsburg (Nov.–Feb nur So offen)	5 224	5 141	4 790	4 787	4 587	5 977	5 505	2 998	3 020	3 759
Schloss Hegi (März–Okt)	2 271	1 800	2 410	2 067	1 997	2 498	2 480	1 590	2 051	1 615
Museum Internationales Baum-Archiv				2 085	2 600	2 470	3 013	3 315	3 020	3 015
Total Jahr	270 868	271 094	328 525	436 850	439 648	440 385	416 251	496 492	490 910	475 603

Inventarisierung der numismatischen Sammlungen kam gut voran. In die Datenbank, die nun insgesamt 9779 Objekte enthält, wurden neu 2037 Münzen und Medaillen eingegeben.

Die numismatischen Sammlungen vermehrten sich um 1619 Objekte, davon waren 81 Ankäufe und 166 Geschenke (Münzen, Medaillen und Papiergeld); dazu kamen als Schenkung 1220 Siegellackabdrücke und 152 Gipsabgüsse von Münzen. Die wichtigsten Neuzugänge waren eine Sammlung von 86 Münzen aus der byzantinischen Zeit (Geschenk) und 31 griechische Münzen aus dem Peloponnes (Ankauf). Die Bibliothek wuchs um 871 Bücher, Broschüren und Zeitschriften.

Dienstleistungen

Im Rahmen des Dienstleistungsvertrags mit der Kantonsarchäologie wurden neue Münzfunde aus dem Kanton Zürich bearbeitet. Ein grösseres Lotteriefonds-Projekt zur Dokumentation eines Münzschatzfundes für die Kantonsarchäologie St.Gallen konnte abgeschlossen werden. Mit dem Kanton St.Gallen wurde ein dreijähriger Dienstleistungsvertrag für die Bearbeitung laufender Münzfunde abgeschlossen.

Schloss Hegi und Mörsburg

Nach dem Grossanlass im Jahr 2005 sind die Besucherzahlen im Schloss Hegi mit 1615 (2051) Gästen leicht gesunken. In der Mörsburg ist die Besucherzahl angestiegen 3759 (3020).



Das reichhaltige Angebot der Museumspädagogik wurde intensiv benutzt.

Museumspädagogik

Das Angebot der Museumspädagogik der Stadt Winterthur ist für Schul- und Kindergartenklassen sowie für Lehrpersonen ausgeschrieben. In folgenden Museen werden museumspädagogische Workshops und Führungen angeboten: Gewerbemuseum, Uhrensammlung Kellenberger, Naturmuseum, Münzkabinett und Antikensammlung, Sammlung Oskar Reinhart «Am Römerholz», Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, Kunstmuseum, Museum Briner und Kern, Villa Flora, Fotomuseum Winterthur, Fotostiftung Schweiz, Museum Internationales Baum-Archiv, Museum Lindengut und Museum Schloss Kyburg. Das Technorama bietet ganzjährig ein interaktives Programm für Schulklassen.

Im Berichtsjahr konnte ausgewählt werden aus 32 verschiedenen Angeboten für Schulklassen, 11 für Kindergartenklassen und 13 Einführungen für Lehrpersonen. 551 (547) Workshops und Führungen fanden für Winterthurer Schulklassen statt, an denen 8151 (7597) Schülerinnen und Schüler teilnahmen. Für auswärtige Schulklassen wurden 61 (138) Workshops mit 1225 (2520) Schülerinnen und Schülern durchgeführt. 12 (12) Einführungsveranstaltungen fanden für Lehrpersonen statt. 249 (200) Workshops konnten für Winterthurer und auswärtige Kindergartenklassen mit 2580 (2389) Kindern durchgeführt werden. Aus Kapazitätsgründen wurden 82 Schul- und Kindergartenklassen abgelehnt.

MuseumsTagNacht 2006

Die am 20. Mai durchgeführte MuseumsTagNacht haben rund 7000 Personen besucht. In den 16 Museen wurden verschiedenste zusätzliche Attraktionen geboten. Rege besucht war der bis morgens um zwei Uhr dauernde Schlusssanlass im Fotozentrum. Beeindruckend war auch das grosse Engagement der Mitwirkenden und Museen.

Alte Kaserne Kulturzentrum

Es wurden 80 Eigenveranstaltungen durchgeführt. Bewährt haben sich die im monatlichen Turnus organisierten Veranstaltungsreihen. Im Juni war die Fussball-WM Trumpf. Die Nachwuchsband, die das musikalische Duell an der Jugendveranstaltung «tontraeger» gewonnen hat, konnte anschliessend live am Radio Stadtfilter auftreten. Am 7. «Dialog-Festival für elektronische Musik und Medienkunst», das in Zusammenarbeit mit Studenten der Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich und der Fachhochschule Aarau organisiert war, gelang das Zusammenspiel von Kunst-Installationen, Musikprogramm und Raumgestaltung besonders gut. Kulturschaffenden

konnten für rund 1600 Einzelveranstaltungen Raum, Beratung und Infrastruktur geboten werden. Zu den 75 regelmässigen Mietern kamen täglich noch Anfragen für die unterschiedlichsten Bedürfnisse hinzu. Die Nachfrage nach Caterings für Anlässe im sowie ausser Haus blieb konstant.

Eigene Ausstellungen, Veranstaltungen

- monatlicher Turnus: «Frühschicht», «Kochen & Essen», «MusicaMundo», «Familienprogramm»
- taktvoll-Kulturabend am «Internationalen Tag der Gehörlosen» im September
- 7. «Dialog-Festival für elektronische Musik und Medienkunst»
- monatliche Ausstellungen im Bistro: Welt der Comics, Cartoons und Karikaturen
- Ausstellung von Künstlern aus Zemun/Serbien

Kunst- und Kulturförderung

Subventionsbeiträge

Die Unterstützung in Form von wiederkehrenden Subventionsbeiträgen ist ein wichtiger Teilbereich der städtischen Kulturförderung. Er wird ergänzt mit den Aktivitäten der städtischen Kulturinstitutionen und mit privaten Kulturprojekten, welche mit projektbezogenen Beiträgen unterstützt werden. Die Subventionsbeiträge wurden 2006 erstmals auf der Basis der neuen Subventionsverträge ausbezahlt. Auf eine Auflistung der Tätigkeiten dieser Institutionen wird verzichtet, weil die Subventionsempfänger mit detaillierten Jahresberichten über ihre Aktivitäten Auskunft geben.

Museen:

- Kunstmuseum Winterthur
- Technorama
- Museum Lindengut
- Fotomuseum Winterthur
- Kunsthalle Winterthur
- Villa Flora
- Fotostiftung Schweiz *

Musik/Konzerte:

- Musikkollegium Winterthur
- Musikverband der Stadt Winterthur
- Musikfestwochen
- Jazz in Winterthur
- Verein LMK (Live Musik Kultur)

Theater/Tanz:

- Sommertheater
- Kellertheater
- Marionettentheater
- Theater am Gleis
- Verein tanzinwinterthur
- Theater Kanton Zürich **

Film:

- Filmbulletin
- Filmfoyer
- Internationale Kurzfilmtage

Übrige:

- Astronomische Gesellschaft Winterthur

* Kein Subventionsvertrag. Rechtsgrundlage GGR-Beschluss vom 13.2.2002

** Genossenschaftsbeitrag

Projektbezogene Beiträge

Die Stadt Winterthur hat 2006 erstmals Eingabetermine für Gesuche der projektbezogenen Kulturförderung eingeführt. Die drei Eingabetermine im Februar, Juni und September wurden auf die Termine der Förderungsstellen von Kanton und Pro Helvetia abgestimmt. Die Zunahme der pendenten Gesuche lässt sich deshalb auch mit der Einführung dieser Eingabetermine erklären, sie betreffen alle die Eingabefrist vom Februar 2007.

Um im Bereich der Kulturförderung die Rahmenbedingungen und Kriterien möglichst transparent zu machen, wurde dieser Bereich auf der Homepage www.kultur.winterthur.ch ausgebaut.

Mit subsidiären Beiträgen, die oft mit Beiträgen von Dritten, vom Kanton oder andern Förderungsstellen ergänzt wurden, konnten auch dieses Jahr viele Projekte vom traditionellen bis experimentellen Kulturschaffen unterstützt werden.

Kultursparte	Total Gesuche	Beiträge	Gesamtsumme	
Total eingereichte Gesuche	163 (195)	100 (100)		
davon pendent per 31.12.2006	23 (5)			
Total unterstützte Gesuche	102 (102)	100 (102)	756 176	(786 816)
Bildende Kunst	6 (12)	4 (4)	17 000	(110 254)
Film	7 (11)	7 (5)	55 300	(127 400)
Literatur / Publikationen	18 (19)	12 (13)	75 500	(91 500)
Musik	79 (88)	46 (50)	238 225	(255 750)
Tanz / Ballett	11 (9)	8 (6)	42 500	(64 100)
Theater	13 (21)	6 (9)	79 250	(77 262)
Diverses / Spartenübergreifende	29 (35)	17 (15)	198 401	(60 550)

Ausbezahlte und zugesicherte Beträge 2006

1 Produktions-/Projektbeiträge	3 Druckkostenbeiträge	5 Preise / Stipendien
2 Defizitbeiträge	4 Investitionsbeiträge	6 Übernahme / Reduktion Raumkosten

Bildende Kunst				
Frehner Gregor und Henking Katharina	Doppel-Ausstellung, 17.11. – 24.12.2006	1	2 000	
jungkunst – die Ausstellung	Ausstellungsprojekt vom 26. bis 29. Oktober 2006, City Halle Winterthur	3	2 000	
Künstleratelier Berlin	Atelier für Kunschtschaffende in Berlin	5	8 000	
Verein Kunstkasten	Beitrag für 2006	1	5 000	
Film				
Lichtspieltage Winterthur	11. Lichtspieltage vom 1. bis 3. März 2007	2	5 000	
Ariadnefilm GmbH	Biografischer Dokumentarfilm über Max Bill	1	8 000	
art-tv.ch	Förderbeitrag für Filmportrait über Peter Stamm	1	2 800	
Kurzfilmtage Winterthur	10. Int. Kurzfilmtage Jubiläumsaktion Video-Safari	1	8 000	
Kulturbau	Filmprojekt «Die Bierkurve im Halbfinal»	1	1 500	
mestrovic filme	Dokumentarfilmprojekt Being Azem Maksutaj	1	10 000	
Zauberlaterne Winterthur	Programm 2006, Kinderfilmclub	1	20 000	
Literatur / Publikationen				
Bach Hans	Fotobuch zum Thema «Oedland»	3	4 000	
Edition Winterthur	Jahrbuch 2007	3	30 000	
EigenArt-Verlag	Publikation «Schachbrett-Variationen»	3	1 500	
Fotostiftung Schweiz	Projekt «vergessen & erkannt – aus der Sammlung der Fotostiftung»	3	10 000	
Freihart Alex	Lesung zu Heinrich Heine und Robert Schumann	2	4 000	
Glogger Beat	Werkbeitrag – Literaturförderung «Doping»	3	4 000	
Hausherr Stefan	Projekt «Traumgestalten». Das Ex Libris-Werk von Gregor Rabinovitch	3	3 000	
Literarische Vereinigung Winterthur	Internationale Lyriktag in Winterthur, 1./2. September 2006	2	3 000	
Markus Hodel	Publikation Ellis Island	3	5 000	
Schwager Christian	Buchprojekt «My Lovely Bosnia»	3	4 000	
Verein Frauenstadtrundgang Winterthur	Publikation «Jumpfer Doktor, Schwester Leonie und die Kräuterfrau»	3	5 000	
von Meiss Maja	Publikation Fotobuch «Winterthur – Stadt im Wandel»	3	2 000	
Musik / Konzerte				
art.l.schock GmbH	Slam-Tour 2005/06 Beitragsgesuch (Winterthur 3. Februar 2006)	1	1 000	
Blum Dominik	Vynil-Produktion des Trios AZEOTROP	1	2 500	
Brat Records	Albumproduktion und Promotionstour der Band Snotty Cheekbones	1	3 000	
Britt Steve	«Bach – im Fluss der Zeit», Konzert 24. März 2007 Dorfkirche Veltheim	2	5 000	

1 Produktions-/Projektbeiträge 2 Defizitbeiträge	3 Druckkostenbeiträge 4 Investitionsbeiträge	5 Preise / Stipendien 6 Übernahme / Reduktion Raumkosten	
Camerata Vitodurum Chorgemeinschaft Winterthur CulturAll Ensemble «Il desiderio»	Jahreskonzert, 14. Januar 2007 Konzert in Winterthur am 13. Mai, 20 Uhr Konzerte 2006, Klassische indische Musik Konzertreihe 2007: 27. Januar 2007 Dorfkirche Veltheim Produktionsbeitrag für zwei Projekte 2006 Dreikönigskonzert 2007	2 5 000 2 1 000 2 2 000 1 1 000 1 10 000 1 1 000	
Ensemble TaG EULACHvoices EulachVoices Singschule Winterthur Früh Ramona Girod Roger Horn Buser Classica	Erläss Saalmiete Altes Stadthaus CD-Produktion der Band Ladies'room Konzerte für Frühaufsteher/innen 2006 Bearbeitung und Tournee Antonio Carlos Jobim Konzert vom 5. November 2006, Ref. Kirche Rosenberg Innovantiqua Winterthur – das andere Alte Musik Festival, Januar 2007 Konzerte «Jazz in Seen» am 8. April und 28. Oktober 2006 Übernahme Saalkosten für Jodlerkonzert vom 25. Mai 2007 Konzert Theater Winterthur, 25. Juni 2006 Konzert Stadtkirche, 23. September 2006 Projekt 1. Kinder- und Familienmusikfestival in Winterthur, 2. Juni 2007 «an tasten» – Zeitgenössische Klaviermusik mit Uraufführungen	6 150 1 3 000 2 2 385 1 2 000 2 768 1 4 000 2 1 500 6 1 500 6 1 572 2 3 000 1 10 000 1 2 300	
I Cantiscolari Innovantiqua Winterthur Jazz in Seen Jodler Vereinigung Winterthur und Umgebung Kammerchor Winterthur Kammerchor Winterthur Kinder- und Familienmusikfestival Kordzaia Tamriko	Konzert vom 5. November 2006, Ref. Kirche Rosenberg Innovantiqua Winterthur – das andere Alte Musik Festival, Januar 2007 Konzerte «Jazz in Seen» am 8. April und 28. Oktober 2006 Übernahme Saalkosten für Jodlerkonzert vom 25. Mai 2007 Konzert Theater Winterthur, 25. Juni 2006 Konzert Stadtkirche, 23. September 2006 Projekt 1. Kinder- und Familienmusikfestival in Winterthur, 2. Juni 2007 «an tasten» – Zeitgenössische Klaviermusik mit Uraufführungen	1 2 000 2 768 1 4 000 2 1 500 6 1 500 6 1 572 2 3 000 1 10 000 1 2 300	
Kyburgiade, Kammermusikfestival Leidenschaftsverwaltung Booking & Management Lennox CF Leue Ten Sing Winterthur molton Museumskonzerte Winterthur musica aperta	Kyburgiade vom 4. bis 9. August 2006 Albumproduktion von «My Name is George» Jubiläums-CD «deutsch und deutlich» Leue Ten Sing Show 2006 Veranstaltungsreihe 2006/07 Museumskonzerte Saison 2006/07 Konzertreihe «musica aperta», Saison 2006/07 (7 Konzerte) Kinder- und Familienkonzert vom 5. bis 7.1.2006 im Theater Winterthur Schülerkonzerte vom 13./14. März 2006 im Theater Winterthur 15. Intern. Festival der gehobenen Unterhaltungsmusik Sponsoring MC Battle in Winterthur	1 35 000 1 2 000 1 2 500 6 1 000 1 2 000 2 6 000 1 8 000 6 5 000 6 6 400 1/6 60 000 1 2 000	
Musikkollegium Winterthur Musikkollegium Winterthur Orchester Reto Parolari Primestyle Battle Editino I Salzhaus Winterthur & Kulturmarathon Singfrauen Winterthur SJSO Schweizer Jugend- Sinfonie-Orchester SMPV Winterthur – Zürcher Oberland Stadtmusik Winterthur Stahel Andreas The Loops Tonabnehmer Turivox Vocalensemble	Kulturmarathon vom 29. September bis 1. Oktober 2006 Zwei Projekte (Frühjahr 2007 und 2. Hälfte 2007 / 1. Hälfte 2008) Unterstützung für Tournee 2006 Alter Stadthausaal für Musik-um-Fünf- Konzerte im 2006 Konzert 27. Januar 2007 im Theater Winterthur Projekt «Höhenrausch», 12. Mai, Ref. Kirche Arbogast CD-Produktion Tonabnehmer – improvisierte und experimentelle Musik Drei Konzerte 9. – 12. November 2006 in Winterthur und Zürich	1 5 000 1 6 000 1 3 000 6 450 6 1 600 1 5 000 1 3 000 1 1 500 2 1 000	
Verein für klassische indische Musik VKIM Vetsch Sandro Welti Franziska Winterthurer Symphoniker	5 Konzerte im 2006 Tonträgerproduktion «Summerday» Projekt «Millesfeuilles» Konzerte 1. Halbjahr 2007	1 8 000 1 2 000 1 2 500 2 5 600	
Tanz / Ballett aha! tanz, item tanztheater Christina Thoma Productions FAA-Zone Ltd. Freiluftspektakel Chamäleon Huber Jessica Projekt Voilà! Solodanza Tanzlicht Danse Contemporaine Theater «Master Davy» Casinotheater Winterthur Lenherr Eva Menschenschau – Produktion Theater Katerland / brave bühne Theaterchor Winterthur	Projekt «timing» Produktion: Petite Liaison dangereuse Produktion «Marathon», Ende Okt./ Anfang Nov. 2007 Veranstaltungen Saison 2007 Tanzproduktion «i spy with my little eye...» Voilà! ein Tanz-theater-Talkshow Event Produktion «God, shit happens!» Tanzprojekt «Ausverkauf», 2006 Konzertantes Erzähltheater «Master Davy» Eigenproduktion »Salzburger Nockerl«, Theatersaison 2006/2007 Marieluisse- oder die Rückseite der Rechnungen von Kerstin Specht Produktion 2006/2007 vom 17. bis 20. Jan. 2007 Kulturzentrum Gaswerk Werkbeitrag für 2006 Miete Alter Stadthausaal (Theaterproben, 2006)	1 12 000 1 5 000 1 12 000 1 1 000 1 4 000 1 1 000 1 5 000 1 2 500 1 3 000 1 10 000 1 12 000 1 2 000 1 50 000 6 2 250	

1 Produktions-/Projektbeiträge 2 Defizitbeiträge	3 Druckkostenbeiträge 4 Investitionsbeiträge	5 Preise / Stipendien 6 Übernahme / Reduktion Raumkosten	
Diverses und spartenübergreifende Projekte Antiquarische Gesellschaft Zürich Atelier Stipendium Berlin Atelier Varanasi (Indien) Eisblumen Förderpreise 2006 Frauen Nottelefon Gratzfeld Rachel Historischer Verein IBA Internationales Baum-Archiv Linn Carlehed Mefibo MuseumsTagNacht 2006 und 2007 Präsentation Projekt 9. Bieler Fototage 2005 Verein Organisation Afro-Pfingsten Weber Martin S. Winterthur Marathon 2007 Zigeuner-Kultur-Zentrum Winterthur	Publikation «Der Kanton Zürich im Spiegel seiner Bauten» Druckbeiträge Einladungskarten, Miete Vernissagelokal usw. Atelier vom Januar bis Juni 2007 Projekt «Eisblumen» 2006 4 Förderpreise Kostenerlass für den «Alten Stadthausaal» Beitrag an Lesereise von Peter Stamm nach Georgien 50 Jahre Museum Lindengut, 2. September 2006 Projektbeitrag 2006 Einweihung Kulturverein «Guantanamo», 3. März 2006 5. Intern. Festival für komische Künste vom 20. bis 28.10.2006 Honorare Musiker/innen, Autor/innen, Aufwand/Planung 2007 Projektunterstützung Afro-Pfingsten Festival 2006 DVD-Projekt «Euses Töss, 1952 bis 1972» Gratiseintritte in Winterthurer Museen, 20. Mai 2007 Beitrag an kulturelle Veranstaltung 2006	3 2 200 1 551 5 6 000 1 2 000 5 40 000 6 150 1 1 000 1 5 000 1 15 000 6 1 500 1 5 000 1/2 72 000 3 2 000 1 40 000 1 5 000 1 500 1 500	

Kunstkommission

Die Kommission traf sich an 2 Sitzungen zu Beratungen über Kunstankäufe und Aufträgen für Kunst im öffentlichen Raum. An der Dezemberausstellung der Künstlergruppe Winterthur und an Ausstellungen in privaten Galerien wurden Werke von folgenden Kunstschaffenden angekauft: Sarah Maurer, Hans Bach, Theo Hurter, Daniel Frietsch, Markus Fehr, Oliver Krähenbühl, Valentin Magaro, Vera Ida Müller, Ruedi Küenzi, Rainer Alfred Auer, Marcel Gähler, Othmar Eder, Duri Galler.

Kulturpreise

Kulturpreis der Stadt Winterthur

Der Kulturpreis 2006 der Stadt Winterthur wurde an den Musiker und Komponisten Max E. Keller (*1947) verliehen. Der Stadtrat würdigte damit das grosse musikalische Schaffen von M. E. Keller, das auch internationale Beachtung findet.

Förderpreis der Stadt Winterthur

Für den Förderpreis haben sich 17 Kunstschaffende aus den Kultursparten Musik, bildende Kunst, Film, Design, Tanz, Literatur und Fotografie beworben. Mit Förderpreisen ausgezeichnet wurden Vera Ida Müller (*1979), bildende Kunst; Christina Thoma (*1975), Tanz; Bernie Forster (*1976), Film und William White (*1972), Musik.

Stadtentwicklung

Anfang 2006 wurden die bisherigen Stabs- und Fachstellen Stadtentwicklung, Quartierentwicklung und Integration in den gemeinsamen Bereich Stadtentwicklung zusammengeführt. Insbesondere im Quartieraufwertungsprojekt Töss konnten diese Synergiepotenziale erstmals konkret genutzt werden.

Stabsstelle Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklung ist bei der Umsetzung der Legislaturschwerpunkte federführend bei folgenden Vorhaben: Förderung Entwicklungsgebiet Oberwinterthur, Weiterentwicklung Sulzerareal Stadtmitte, Umsetzung der Wohnungspolitik und Entwicklungsimpuls Töss. Beim Vorhaben Stadtlicht Winterthur ist die Stadtentwicklung in der ersten Phase federführend.

Geschäftsstelle der Stadtentwicklungskommission

Als geschäftsführende Stelle der stadträtlichen Stadtentwicklungskommission hat sie 16 Sitzungen vorbereitet. Dabei wurden zahlreiche Vorhaben wie die Testplanung für das Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher, die weitere Entwicklung auf dem Sulzerareal in Oberwinterthur oder Standortbegehren für verschiedene Projekte privater und öffentlicher Trägerschaften begleitet. Weitere Schwerpunkte bildeten Geschäfte der Verkehrsplanung, die regionale und überregionale Zusammenarbeit sowie die Vertretung der städtischen Interessen bei Bund und Kanton.

Gebietsentwicklung

Zeughaus-Teuchelweiher

In Zusammenarbeit mit der Stadtplanung wurde unter Einbezug von Quartier- und Interessensvertretenden und Fachkräften die Testplanung für ein «städtebauliches und freiräumliches Entwicklungskonzept» durchgeführt. Daraus resultierte das Konzept der «Schollen und Netze», welches auf der bestehenden Vielfalt an Nutzungen und Bildern im Quartier festhält und diese durch attraktive Bachläufe und Wege miteinander verbinden möchte.

Die bisherigen Überlegungen und Planungen im Gebiet werden nun in ein integrales Entwicklungskonzept zusammengeführt. Dieses soll den Planungsträgern als verbindliche Grundlage und den privaten Grundeigentümern als Richtschnur für geplante Aktivitäten dienen.

Umsetzungsmöglichkeiten werden sich demnächst auf dem Wachterareal und auf dem Zeughausareal bieten. Beim anvisierten Bau eines unterirdischen Parkhauses soll ein für die Öffentlichkeit vielseitig nutzbarer Freiraum geschaffen werden.

Beim Zeughausareal sollen gemäss der Testplanung zwei denkmalgeschützte Zeughäuser erhalten und für öffentliche und gewerbliche Zwecke umgenutzt werden. Ferner wird die Realisierung von hochwertigem Wohnraum und die Aufwertung des Mattenbachufers angestrebt. Die Neunutzung des Areals setzt eine Umzonung voraus, über die der Grosse Gemeinderat entscheiden muss.

Sulzer-Areal Stadtmitte

Sulzer hat auf ihrem Areal drei Testplanungsverfahren initiiert. Das erste auf dem ehemaligen Megalouareal (im Hinblick auf eine Überbauung der ZHW und der Berufsschule ZAG). Das zweite für die teilweise geschützten Gebäude 52/53 am Katharina-Sulzer-Platz. Das dritte für das

Lagerplatzareal, dort zusammen mit der Schweizerischen Post. Im Jahr 2006 wurden auf dem Areal 111 Wohnungen neu bezogen und 118 standen im Bau. Zudem will die zukünftige Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften den Standort Sulzer-Areal Stadtmitte in den nächsten Jahren mit der neuen Abteilung Gesundheit gezielt ausbauen.

Mit dem Projekt Masterplan Stadtraum Bahnhof soll das Entwicklungsgebiet besser an die Altstadt und das Arch-Areal angeschlossen werden.

Zentrumsgebiet Oberwinterthur

Auf dem einstigen Sulzer-Industrieareal und in seiner Umgebung sind mittlerweile die Ansatzpunkte einer zukünftigen Entwicklung erkennbar. Rund um den geplanten Eulachpark konnten über 200 Wohnungen bezogen werden. 150 weitere stehen im Bau. Mit der Parkarena entstand ein Veranstaltungsort für rund 1250 Personen. Die S-Bahn Station Hegi ist seit Dezember in Betrieb und die erste Etappe des Eulachparks steht kurz vor der Realisierung.

Für Teilbereiche des Gebietes liegen planerische Konzepte vor, bezüglich der angestrebten Gesamtentwicklung wird eine «Entwicklungsstrategie» erarbeitet zusammen mit betroffenen Ämtern, dem Kanton, externen Fachleuten und den wichtigsten Grundeigentümern.

Diese wird die Grundlage für politische und planerische Entscheidungsprozesse und für die Anpassung bestehender Planungen (z.B. Zonenplanänderungen) bilden.

Projekte

Entwicklungsimpuls Töss («Projekt Töss»)

Die Bevölkerung von Töss fasste ihre Wünsche an den Stadtrat an der Ergebniskonferenz Ende Januar zusammen. Diese Forderungen wurden im März dem Stadtrat zur Prüfung übergeben. Gleichzeitig wurde im Quartier der Verein «Tösslobby» gegründet, eine Dachorganisation, in der alle Vereine und wichtigsten Aktionen zusammengefasst sind und dessen Vorstand das Bindeglied zwischen Quartier und Stadtverwaltung bildet. Parallel dazu wurde unter Leitung der Stadtentwicklung seitens der Stadt eine Projektorganisation aufgebaut. Diese prüften die Vorschläge des Quartiers. Ende Juni hat der Stadtrat an einer öffentlichen Veranstaltung in Töss Stellung bezogen und zugesichert, 13 der 21 präsentierten Vorschläge rasch umzusetzen.

An den Mitgliederversammlungen der Tösslobby und in der Quartierzeitung wird darüber laufend orientiert. Zur Unterstützung des Prozesses wird die Quartierentwicklung eine 50 %-Stelle für zwei Jahre im Quartier aufbauen.

Wohnungspolitik

Bei der Umsetzung der stadträtlichen Wohnungspolitik war der Investorentag am 7. Juni ein Höhepunkt. Zusammen mit dem Stadtmarketing konnten rund 70 geladene Vertreter der grössten Immobilienanleger der Deutschschweiz auf dem Gelände von Karls Kühne Gassenschau in Oberwinterthur begrüsst werden. Verschiedene Referenten informierten über Winterthur mit seinen hervorragenden Potenzialen und stellten zukunftsweisende Grossprojekte und aktuelle Entwicklungsprognosen vor. Auf diesen Anlass hin erschien auch ein Sonderheft der renommierten Architekturzeitschrift Hochparterre mit dem Titel «Winterthur – eine Stadt im Wandel».

An einer Gesprächsrunde vertieften der Stadtrat und Vertreter aller grösseren Winterthurer Wohnbaugenossenchaften am 30. August die gegenseitigen Beziehungen.



Am Investorentag wurde Winterthur als idealer Standort für Unternehmen präsentiert.

Fortschritte in der Wohnungspolitik wurden bei der Bautätigkeit im gehobenen Segment, beim Angebot für studentisches Wohnen und beim Wohnen im Alter erzielt werden. Das Studentenwohnheim «Camp Maximus» wurde eröffnet und ein privates Baugesuch für ein weiteres Studentenhaus auf einem städtischen Grundstück im Tössfeld eingereicht. Im Bereich Alterswohnen sind grössere Projekte weiter vorangekommen oder neu in der Entstehungsphase.

Beleuchtungskonzept

Ein interdisziplinäres Projekt- und Expertenteam war mit der Erarbeitung des Grundkonzepts «Stadtlicht Winterthur» beschäftigt. Ende Oktober legte der neu eingesetzte Steuerungsausschuss den Realisierungsplan für Pilotprojekte fest. Für die Ausarbeitung des Gesamtkonzepts wurde ein Submissionsverfahren eingeleitet. Die Ausarbeitung wird im März 2007 starten.

Der Verein «Internationale Lichttage Winterthur» leitete die Vorarbeiten für die nächste Ausgabe im Spätherbst 2007 ein. Die Stadtentwicklung unterstützte deren Tätigkeit als Vertretung der Stadt.

Wirtschaftspolitik

Alle neu gegründeten Firmen wurden am Neugründerapéro in Winterthur willkommen geheissen. In Zusammenarbeit mit dem Stadtmarketing wurde begonnen, eine Übersicht über verfügbare Flächen zu erstellen, welche eine schnellere und gezieltere Vermittlung ermöglicht. Mit dem Aufbau einer Plattform aus Vertretern der Wirtschaft, der Zürcher Hochschule Winterthur und der Stadt soll versucht werden, einander gegenseitig beeinflussende Projekte besser abzustimmen und vorhandene Synergiepotenziale gegenseitig nutzbar zu machen (zum Beispiel beim Technologietransfer oder in der Öffentlichkeitsarbeit). An einem ersten Treffen wurde dieses Vorhaben von allen Beteiligten begrüsst und verschiedene gemeinsame Handlungsfelder bestimmt.

Agglomerationspolitik

Ende März tagten gegen 100 Vertreterinnen und Vertreter von Städten, Gemeinden und Kantonen des Metropolitanraumes Zürich in Winterthur. Die Beteiligten beauftragten eine engere Zusammenarbeit. Konkret soll nun die Einführung des Interkommunalkonferenzenmodells für die Region Winterthur geprüft werden.

Am 5. Oktober hat der Stadtrat die Zürcher Mitglieder der Eidgenössischen Räte anlässlich der Herbstsession in

Flims zu einem Arbeitslunch eingeladen und diese auf die dringendsten Anliegen Winterthurs aufmerksam gemacht. Dazu gehörten namentlich verkehrs- und sozialpolitische Fragen.

Güterverkehr

Die SBB hob die Bedienungspunkte Töss und Wülflingen im Wagenladungsverkehr Mitte Jahr auf. Die Stadtentwicklung analysierte im Rahmen einer Studie die tatsächlich auf der Schiene transportierten Transportmengen, die betroffenen Firmen und die Umschlagspunkte. Ziel ist es, langfristig entsprechende Umschlagspunkte und Anschlussgleise zu sichern, um für die aktuellen und möglichen zukünftigen Nutzer die notwendige Flexibilität beim Betrieb sicherzustellen.

Fachstelle Statistik und Grundlagen

Die Fachstelle hat ihren Internetauftritt «Winterthur in Zahlen» neu überarbeitet und aktualisiert. Gleichzeitig wurden die Grundlagen dazu geschaffen, in Zukunft aussagekräftigere räumliche Auswertungen vornehmen zu können.

Im Hinblick auf die vom Bundesamt für Statistik geplante Neuausrichtung der nächsten Volkszählung gilt es die für eine entsprechende Stichprobenerhebung notwendigen Grundlagen (Gebäude- und Wohnungsregister, Einführung der so genannten Physischen Wohnungsnummer) vorzubereiten.

Quartierentwicklung

Mit der Reorganisation in der Stadtentwicklung erhielt das ehemalige «Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen» den neuen Namen «Quartierentwicklung».

Quartierförderung und -entwicklung

In Hegi wurden zusammen mit dem Ortsverein Ideen entwickelt, wie das Zusammenleben der Einheimischen und mit den neu Zugezogenen gefördert werden kann. Es fanden zudem zwei Koordinationssitzungen statt, um den aktuellen Stand der Infrastrukturentwicklung und die Bedürfnisse in Hegi zu diskutieren sowie das Vorgehen zwischen den verschiedenen städtischen Dienststellen und dem Ortsverein gegenseitig abzusprechen.

Beim Projekt Töss spielt die Quartierentwicklung eine wesentliche Rolle; einerseits ist sie in der Projektarbeitsgruppe der Stadt vertreten, andererseits ist sie Projektverantwortliche für zwei wichtige Projekte: Der Bahnhof Töss wird zusammen mit dem Trägerverein als Gemeinschaftszentrum umgenutzt und aufgebaut. Die Drehscheibe, eine soziokulturelle Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstelle für den Stadtkreis Töss, wird mit einer zusätzlichen Stelle der Quartierentwicklung vor Ort aufgebaut. Die 50%-Stelle ist befristet auf zwei Jahre. Die Wirkung des Angebotes soll ausgewertet werden.

Zusammen mit dem Verein Gemeinschaftsanlage Steig wurde im Dezember ein neues Integrationsprojekt gestartet, welches zum Ziel hat, die Bewohnenden des Quartiers Steig vermehrt im Verein einzubinden und die Anlage wieder zu einem attraktiven Quartiertreffpunkt zu machen.

Im Hardau bildete sich wieder eine Spielplatzgruppe, welche die Pflege des Spielplatzes übernahm.

Mit dem Ortsverein Reutlingen wurde neu eine Vereinbarung abgeschlossen, um die «Reutlinger Post» finanziell zu unterstützen.

Im Quartierzentrum Gutschick-Mattenbach wurden drei Küchen ersetzt und eingeweiht.

In der Freizeitanlage Eichwäldli musste der Meteorwas-serkanal saniert werden. Zugleich wird die Möglichkeit ge-nutzt, den auffälligen Kleinkinderspielplatz zu erneuern. Mit der Fertigstellung wird im Frühling 2007 gerechnet.

In Iberg können dank dem Bau einer neuen Trafostation die Pläne für einen neuen Quartiertreffpunkt umgesetzt werden. Der Stadtrat stimmte dem Bauvorhaben und der Finanzierung im Dezember 2006 zu, die Realisation erfolgt 2007.

Besondere Ereignisse in der Quartierkultur

2006 war das Jahr der Jubiläen. Vier Quartiervereine, eine Freizeitanlage und eine Ludothek feierten insgesamt 330 Jahre.

Auf dem Spielplatz Hardau wurde der bestehende Spielturm ergänzt, die Freizeitanlage Nägelsee erhielt einen vandalensicheren Basketballkorb, der Spielplatz Talwiesen bekam ein neues Wipptier und insgesamt wurden neun Bänke auf diversen Aussenanlagen ersetzt.

Der diesjährige Anlass der Anerkennung für die frei-willig Tätigen in der Quartierkultur wurde ein Erfolg. Eben-falls gut besucht war die Präsidenten- und Präsiden-tinnenkonferenz zum Thema «Alt werden im Quartier». Die subventionierten Weiterbildungskurse und Workshops wurden von insgesamt 70 Personen genutzt.

Die Aufführungen des Theaters für den Kanton Zürich konnten dieses Jahr auf sechs erweitert werden.

Erfolgreiche Freizeitaktionen

Im Mai konnten die neuen Betreibenden die Töpfer-werkstatt «KeramikWerk» eröffnen. Für das Abenteuer Hüttenbau Eichwäldli wurden neue Leitende gefunden und damit die Durchführung gesichert. Die WCs der Musik-übungsräume an der Zürcherstrasse und in der Schützen-strasse erhielten eine Auffrischung, und durch den Umbau einer ungenutzten Küche in der Liegenschaft Zürcher-strasse konnte die Anzahl der Übungsräume auf 42 erhöht werden.

Integration

Beratung und Vermittlung

Auf der Fachstelle für Integration wurden 1440 persön-liche Kurzberatungen zu Migrationsfragen durchgeführt und etwa gleich viele telefonische Auskünfte gegeben. Die Anfragen betrafen vor allem die Bereiche Finanzen, Sozialversicherungen, Aufenthaltsrecht, Gesundheit und Familie. Rund 65 % waren muttersprachliche Beratungen in Serbisch/Kroatisch, Albanisch, Portugiesisch und Tür-kisch. Zusätzlich fanden 98 Deutschkurs-Beratungen statt. Bei der Vermittlung von interkulturellen Dienst-leistungen verzeichnete die Fachstelle eine markante Steigerung: 346 Vermittlungen von interkulturellen Über-setzerinnen und Übersetzer konnten getätigt werden. Dies sind über dreimal mehr als im Vorjahr. Schliesslich wurden rund 70 Beratungen für lokale Integrationsprojekte durch-geführt. Zentrale Themen waren die Realisierung von neuen Ideen, Budgetberatung und das Erstellen von Jah-resberichten.

Integrationswoche

Neben zahlreichen kleineren Projekten war die Inte-grationswoche Winterthur, welche vom 30. Oktober bis 5. November stattfand, der wichtigste Anlass. Er wurde von einer Kerngruppe bestehend aus Vertretenden der Stadtverwaltung (Fachstelle für Integration, Quartier-

entwicklung, Fachabteilung Jugendhilfe) und dem Inter-kulturellen Forum Winterthur, unter der Leitung der Inte-grationsdelegierten initiiert und koordiniert. Zusammen mit lokalen Vereinen, Organisationen und städtischen Institu-tionen wurden die einzelnen Veranstaltungen vorbereitet, organisiert und durchgeführt. In dieser Woche wurden zahlreiche Ausstellungen und über 50 Veranstaltungen zum Thema «Begegnung der Kulturen und Religionen» in der Alten Kaserne, den Bibliotheken und anderen Loka-litäten in der ganzen Stadt angeboten. Ziel dieser Woche war es, die vielfältige Integrationsarbeit sowie deren enga-gierte Personen sichtbar zu machen und Brücken zwis-chen der ausländischen und schweizerischen Bevöl-kerung zu schlagen. Rund 1500 Personen nutzten das vielseitige Angebot.

Zusammenarbeit mit der ZHW

Im Rahmen eines internationalen Kongresses zum The-ma Spracherwerb, welcher von der ZHW im Oktober durchgeführt wurde, fand unter der Leitung der Integra-tionsdelegierten ein öffentliches Atelier statt. Dabei dis-kutierten Fachleute und lokale fremdsprachige Personen die Fragen, ob Deutschkenntnisse der einzige Schlüssel zur Integration seien und welche Verantwortung fremd-sprachige Eltern für den Schulerfolg ihrer Kinder zu über-nehmen hätten.

Projekt Töss

Als Mitglied des Projektteams unterstützte die Integra-tionsdelegierte die Projektleitung und die Tösslobby für eine gebührende Partizipation der ausländischen Wohn-bevölkerung.

Ausländer/innen-Beirat

Im März 2006 haben sich die Ausländerbeiräte der Städte Zürich und Winterthur zu einem Erfahrungs-austausch getroffen. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden u.a. folgende Themen vertieft: Einbezug der aus-ländischen und einheimischen Wohnbevölkerung in den Integrationsprozess; Animierung der gut integrierten Aus-länderinnen und Ausländer zur Unterstützung neu zu-gezogener Familien; Ermunterung der ausländischen Wohnbevölkerung zur politischen Partizipation; Chancen-gleichheit in Arbeitswelt und Schule; Projekte im Bereich Elternbildung; dezentrale Infoveranstaltungen für Eltern über Schule, Erziehung und Wertevermittlung; frühzeitige Deutschförderung im Vor-/Kindergartenalter; Förderung von Tagesschulen und familienexterner Betreuung; Unter-stützung der Jugendlichen aus Migrantenfamilien beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt, sowie Infor-mation und Betreuung betagter Ausländerinnen und Aus-länder in ihrer Muttersprache.

Der Beirat befasste sich ferner mit der von der Fach-stelle veranlassten Evaluation des Integrationsleitbilds. Zur Aktualisierung des Leitbilds empfahl er, keine Neufassung zu erstellen, sondern Ergänzungen (Alter, Gesundheit) in einem Nachtrag festzuhalten.

Am 5. Juli 2006 fand die erste Sitzung der neuen Amts-zeit (2006–2010) statt. Hauptgeschäft war die Konsti-tuierung für die zweite Amtsdauer.

In weiteren Sitzungen befasste sich der Beirat mit der Integrationswoche und mit der Vorstellung des Beirats in Plakat- und Prospektform sowie mit zwei Lehrstellen-Pro-jekten. Betreffend Perspektiven und Ziele für die zweite Amtszeit (2006–2010) sammelte er die Anregungen der Fachkommissionen und der einzelnen Mitglieder und be-auftragte das Büro, diese aufzuarbeiten.

Personalamt

Personalrecht und Personalpolitik

Am 1. Januar trat der V. Nachtrag zur Vollzugsverordnung zum Personalstatut in Kraft, mit dem die Arbeitszeitregelung der Stadtverwaltung grundlegend revidiert und die Jahresarbeitszeit als Standardarbeitszeitmodell eingeführt wurde, soweit nicht feste oder besondere Arbeitszeiten gelten. Die individuelle Excel-Zeitbuchhaltung hat sich nach ersten Erfahrungen bewährt.

Am 23. Januar erliess der Grosse Gemeinderat die neue Verordnung über die Pensionsversicherung der Mitglieder des Stadtrates und setzte sie rückwirkend auf 1. Januar in Kraft.

Dem Stadtrat wurde am 23. Mai ein Grundlagenbericht zum Projekt «Personalrechtsrevision 2006/2007» vorgelegt. Ziel dieser Teilrevision des Personalrechts sind Anpassungen beim Kündigungsschutz und bei der Abfindungsregelung im Gefolge der Novelle zum kantonalen Personalgesetz vom 26. September 2005 sowie einige weitere Nachführungen des Personalrechts auf Grund der Erfahrungen seit 1999. Nach der Diskussion des Papiers in der Personalkommission, erteilte der Stadtrat dem Personalchef den Auftrag, das Konzeptpapier in einen Vernehmlassungsentwurf umzuwandeln. Am 15. November nahm der Stadtrat den Entwurf zur Kenntnis; derselbe setzt sich aus einem V. Nachtrag zum Personalstatut und einem VI. Nachtrag zur Vollzugsverordnung zusammen. Am 20. November wurde das Vernehmlassungsverfahren bei den Departementsleitungen und den Personalverbänden eingeleitet. Ziel ist die Verabschiedung der Vorlage an den Grossen Gemeinderat im Frühling 2007 und die Inkraftsetzung der Nachträge auf Mitte 2007.

Die Vergütung von Auslagen für dienstliche Anlässe, Personalveranstaltungen, Abschiedsfeiern, usw. und damit zusammenhängende Geschenke wurde am 24. Mai einheitlich für die gesamte Stadtverwaltung neu geregelt. Mit dieser Massnahme konnten sechs bisherige Beschlüsse in einem neuen Beschluss zusammengefasst werden.

Am 4. Oktober hob der Stadtrat die 2004 verfügte «Anstellungsbremse» auf, wonach bei wieder zu besetzenden Stellen eine zeitweilige Nichtbesetzung zu prüfen war und sämtliche Anstellungen vor der Stellenausschreibung von der Departementsleitung bewilligt werden mussten.

Am 1. November übertrug der Stadtrat dem Personalamt die Einrichtung und den Vollzug einer Stellenbörse. Dieses neue Instrument visiert eine systematische Stellenvermittlung für Mitarbeitende an, die sich aus unterschiedlichen Gründen innerhalb der Stadtverwaltung verändern möchten, ohne dass die Voraussetzungen zur Aufnahme in den Stellenpool gegeben sind. Personen, die sich für die Stellenbörse melden, werden den Dienststellen nach vorangegangener Abklärung ihrer beruflichen Fähigkeiten und Neigungen unverbindlich empfohlen. Das Instrument wird von den Beauftragten für Gleichstellung aufgebaut und betreut.

Am 13. Dezember erliess der Stadtrat, nach der Genehmigung des Budgets durch den Grossen Gemeinderat, den Beschluss über die Lohnrunde 2007 und genehmigte die Vollzugsweisung des Personalamts. Die Teuerung wurde per 1. Januar 2007 mit 0,1% ausgeglichen, entsprechend dem Stand des Zürcher-Indexes vom November mit 100,2 Punkten. Gleichzeitig wurde ein voller Stufenanstieg bei guter Qualifikation gewährt und eine Quote von 1 Mio. Franken für Leistungsanteile gesprochen und auf die Departemente verteilt.

Die BEREWI-Einsprachen konnten in diesem Jahr zwar immer noch nicht vollständig erledigt, aber substanziell

weiter vorangetrieben werden. Ende Jahr waren von den insgesamt 378 Einsprachen 265 Fälle durch Entscheid des Stadtrates und 49 Fälle durch Rückzug erledigt. Im Laufe des Jahres erstattete der Personalchef zu 32 (129) Anträgen Mitbericht.

Als Mitglied des Rechtsausschusses der Kerngruppe WOV betreute der Personalchef federführend die Erarbeitung der neuen Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung und der dazugehörigen Vollzugsverordnung. Jene wurde vom Grossen Gemeinderat am 10. Juli beschlossen, diese vom Stadtrat nach einem Vernehmlassungsverfahren bei den Departementen und der Personalkommission am 13. Dezember 2006 verabschiedet; beide sind am 1. Januar 2007 in Kraft getreten. Der Rechtsausschuss beschäftigte sich ferner intensiv mit der Entwicklung der Vollzugsverordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur.

Personalbestand und Funktionsbewertung

Die Personalstatistik (siehe im Anhang zum Geschäftsbericht des Personalamtes) erfährt im Gefolge der Einführung des neuen Personalinformations- und Abrechnungssystems (PIAS) Anpassungen und wird an diejenige des Kantons Zürich angeglichen. Insbesondere wird der Begriff «Beschäftigungsumfang» eingeführt (siehe Bemerkungen zur Statistik). Die Ausbildungsverhältnisse sind neu separat nach Kategorien ausgewiesen und nicht mehr in der Statistik des Verwaltungs- und Betriebspersonals enthalten. Angaben zu den Lehrkräften sind im Geschäftsbericht des Departement Schule und Sport zu finden.

Die Funktionsbewertungskommission trat zu 3 (3) Sitzungen zusammen. Insgesamt wurden 66 (68) Einreichungs-Anträge beurteilt, davon 65 (62) durch die Kommission und 1 (6) im summarischen Verfahren durch das Personalamt. Zur effizienteren Bewältigung der zeitaufwändigen Geschäfte führte der Stadtrat auf Antrag der Kommission das Zirkulationsverfahren für unbestrittene Fälle ein und ergänzte am 13. Dezember das Geschäftsreglement in diesem Sinne.

Löhne und Sozialleistungen

Die Anfang 2005 verfügte lineare Lohnkürzung um 3% wurde auf 1. Januar vorzeitig wieder aufgehoben. Für diejenigen Angestellten, deren Lohn erst ab 1. April 2005 gekürzt worden ist, entfiel sie allerdings ebenfalls erst wieder im April. Die Löhne wurden auf 1. Januar um 2,4% (Differenz gemäss Zürcher Städte-Index zwischen November 2002 bis 2005) an die Teuerung angepasst. Ferner konnte erstmals seit Inkraftsetzung der Lohnordnung «BEREWI» eine volle Lohnrunde, d.h. ein Stufenaufstieg (Erfahrungsanteil) bei guter Qualifikation und Leistungsanteile im Umfang einer Quote von 1 Mio. Franken, gewährt werden.

Die Bruttobezüge und Sozialleistungen des gesamten Personals ohne Gemeindeanteil an den Lehrerlöhnen für 2006 von 37 828 811 Franken (2005: 38 428 477 Franken inkl. Sozialleistungen) betrugen:

Jahr	Bruttobezüge	Sozialleistungen	Total	Mehraufwand 2006
2006	303 240 777	54 047 155	357 287 932	1 768 381
2005	302 975 738	52 543 813	355 519 551	

Personal- und Organisationsentwicklung

Einmal mehr hat die Nutzung des zentralen Weiterbildungsangebots gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Die Zahl der Teilnehmertage ist von 1128 auf 1231 gestie-

gen. Nicht enthalten in diesen und den nachfolgenden Zahlen sind die Veranstaltungen der Führungsgruppen sowie die Kurse der Beauftragten für Gleichstellung und der Informatikdienste. Es ist davon auszugehen, dass nach dem starken Anstieg der Nutzung in den vier Jahren seit der Neugestaltung des Weiterbildungsangebots der Plafond langsam erreicht wird, da auch die zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt sind.

90 % (91 %) der Teilnehmertage entfielen auf stadtteigene Kurse, 8 % (4,5 %) auf eingekaufte Kurse der Stadt Zürich und 2 % (4,5 %) auf Kurse des Kantons Zürich. Es wurden gezielt weniger Kurse des Kantons eingekauft, da diese vergleichsweise teuer sind und einen erheblichen Reiseaufwand erfordern. Neu ins Programm aufgenommen wurden unter anderem ein Kaderkurs zur Einführung in die städtischen Systeme und Verfahren sowie ein Kurs zum Thema Personalselektion für Linien- und Personalverantwortliche. Die Bedeutung einer qualifizierten Personalselektion kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Fehlbesetzungen – insbesondere im Kaderbereich – haben oft nachhaltige negative Folgen für ganze Organisationseinheiten und verursachen nicht selten enorme Folgekosten.

Gut etabliert hat sich der zum dritten Mal doppelt durchgeführte Intensiv-Führungskurs für neue Kaderangehörige, an welchem im vergangenen Jahr auch vier Schulpräsidenten bzw. -präsidentinnen teilgenommen haben. Es zeigt sich, dass insbesondere Themen wie das persönliche Führungshandeln, die Praxis der Information und Kommunikation sowie die Bewältigung von Veränderungen und kritischen Situationen auf Interesse stossen. Dementsprechend wird die Führungsschulung stark auf die Aspekte der sozialen Interaktion im Führungsprozess ausgerichtet.

Im Bereich der Organisationsentwicklung wurden Organisationseinheiten bzw. Klienteninnen und Klienten beraten, die mit Veränderungsprozessen konfrontiert waren oder vor komplexen (personellen) Entscheidungen standen.

Berufsbildung

Die Zahl der Lehrverhältnisse hat sich um weitere 9 % erhöht. Am Schluss des Berichtsjahres standen 186 (171) Personen in einem Ausbildungsverhältnis nach Berufsbildungsgesetz. Mit der Übertragung der Jugendhilfe, der Berufsberatung und des RAV sind mehrere KV-Ausbildungsplätze zum Kanton verschoben worden; sie bleiben zwar dem Lehrstellenmarkt insgesamt erhalten, fehlen aber der Stadtverwaltung. Der Stadtrat hat Anfang Jahr die Departemente beauftragt, die Schaffung weiterer KV-Ausbildungsplätze zu prüfen. Kurzfristig konnten drei zusätzliche Plätze geschaffen werden. Die Schaffung weiterer Ausbildungsplätze ist eine Daueraufgabe. Räumliche, personelle, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen setzen dabei aber Grenzen.

Die im Jahre 2002 vorerst auf vier Jahre beschlossene Massnahme «Rauchfrei durch die Lehre» wurde am 30. August vom Stadtrat definitiv eingeführt. Die Wirksamkeit der Massnahme lässt sich mit Rauchenden belegen, die erfolgreich das Programm beendet haben. Es soll an der Massnahme und an den festgelegten Belohnungsanreizen im bisherigen Umfang festgehalten werden. Mit der jährlich wiederkehrenden Verlosung und Preisübergabe mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit wird die Bewusstseinsbildung bei den Lernenden und den Lehrbetrieben weiter gefördert und das Thema bleibt aktuell.

Mitarbeiter/innenberatung

Mitte Jahr wurde eine neue, elektronisch geführte, Statistik eingerichtet, wobei verschiedene Begriffe geändert und Kriterien gestrafft wurden. Wo Vergleichbarkeit noch gegeben ist, werden die letztjährigen Zahlen in Klammern aufgeführt.

Es fanden 346 (226) Beratungsgespräche statt. Neu werden auch die Beratungstelefone von über 10 Minuten Dauer gezählt, es wurden 152 durchgeführt. Der Männeranteil war mit rund 56 % leicht höher als der Frauenanteil. Die Beratungen verteilten sich prozentual wie folgt auf verschiedene Themen:

– Arbeitsplatz	65 %
– Familie und Partnerschaft	2 %
– Gesundheit/Suchprobleme	11 %
– Finanzielles	12 %
– Sozialversicherungen	10 %

Das Thema Arbeitsplatz dominiert weiterhin. Bei den Spezialthemen «Reorganisationen» und «Mitarbeitergespräche» war eine weiterhin zunehmende Intensität zu beobachten.

Im Programm «Suchtprobleme am Arbeitsplatz» wurde neben der operativen Tätigkeit in Zusammenarbeit mit der neuen Leitung der Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme (WFA) innerhalb des obligatorischen Weiterbildungsprogramms für Vorgesetzte wiederum ein Tag für den Umgang der Vorgesetzten mit Suchtproblemen durchgeführt.

In dem mit 450 000 Franken dotierten Sozialstellenplan wurden sieben bisherige Fälle weitergeführt, einer davon nur teilweise und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht. Es wurden neu zwei weitere Fälle anhängig gemacht und in den Plan aufgenommen. Im Berichtsjahr musste der volle Kreditbetrag (421 000 Fr.) aufgewendet werden. Deshalb konnten weitere anstehende Gesuche nicht berücksichtigt werden. Der Stadtrat plant mit Wirkung auf 2008 eine Vorlage zur Erhöhung des Kredites.

Im Projekt Case-Management sind neben den bisherigen zwei Fällen acht neue anhängig gemacht worden. Drei konnten im 2006 abgeschlossen werden, sodass noch sieben offen sind.

Beauftragte für Gleichstellung

Der Start des Projektes Gleichstellungscontrolling, welches im Rahmen der laufenden Legislaturperiode umgesetzt wird, verlief erfolgreich. Die Reportings der Pilotorganisationen Bauamt, Spitex, Stadtbuss und Stadtpolizei zeigen, dass bereits mit der Umsetzung erster Massnahmen eine erhöhte Sensibilisierung im Bereich der Chancengleichheit von Frau und Mann stattgefunden hat. Erfolge zeigten sich insbesondere bei der Stadtpolizei und beim Stadtbuss, wo mit spezifischen Massnahmen der Frauenanteil leicht erhöht resp. stabil gehalten werden konnte. Nach einem Jahr ist festzustellen, dass Fortschritte im Gleichstellungscontrolling in kleinen, nicht unbedeutenden Etappen vorangehen.

Nachdem im Vorjahr die Broschüre «Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – Informationen und Leitfaden» erfolgreich lanciert wurde, stand 2006 die Information und Sensibilisierung zum Thema «Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz» in den Kaderrunden aller Departemente im Zentrum der laufenden Kampagne. Gleichzeitig wurden begleitend Schulungen für Vorgesetzte und Teams angeboten. Weitere Veranstaltungen sind geplant und sollen

mit entsprechenden Materialien (Plakate, Flyer, Giveaways) unterstützt werden.

Im Laufe der Zeit hat sich ein Mehrbedarf an Arbeitsberkrippenplätzen abgezeichnet. Per 31. Dezember waren die 10 (8) verfügbaren Betreuungsplätze besetzt. Zudem warteten 5 (6) Säuglinge und 3 (1) Kleinkinder auf einen Platz. Da es in der Stadt Winterthur und damit auch verwaltungsintern einen zunehmend ungedeckten Bedarf an Säuglings- und Kleinkinderplätzen gibt, hat der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat den Einkauf von 3 zusätzlichen Krippenplätzen für ihre Mitarbeitenden beantragt. Das Parlament befindetet hat Anfang 2007dem Antrag zugestimmt.

Die Anzahl der Beratungsgespräche ist erneut angestiegen. Spannungen, Konflikte und Verunsicherungen, ausgelöst durch laufende Reorganisationen in verschiedenen Bereichen, bilden nach wie vor die Schwerpunkte in den Beratungen. Der Druck auf die Mitarbeitenden nahm zu, was sich vermehrt auch auf ihre Gesundheit auswirkte. Aus diesem Grund mussten vier Mitarbeiterinnen an die städtische Case-Managerin weiter gewiesen werden. Infolge Reorganisation mussten neu ganze Teams während längerer Zeit durch den Veränderungsprozess begleitet werden. Gegen Jahresende wurde insbesondere Begleitung oder Unterstützung für die Vorbereitung von Qualifikationsgesprächen gewünscht. Daneben standen Themen wie persönliche Konflikte am Arbeitsplatz, sexuelle Belästigung, Entlassung, Lohnfragen, beruflicher Wiedereinstieg sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund. Es wurden 301 (207) Beratungsgespräche geführt. Insgesamt nahmen 85 (87) Frauen und 11 (16) Männer diese Dienstleistung in Anspruch. Die Beratungen waren komplexer und zeitlich intensiver. Die Gleichstellungsbeauftragten unterstützten bei 5 (6) Neueinstellungen die Vorgesetzten in Selektionsverfahren für Kaderstellen.

Das Weiterbildungsangebot im Bereich Gleichstellung wurde rege genutzt. Work-Life-Balance und die Autonomie am Arbeitsplatz entsprechen einem grossen Bedürfnis, so dass die zwei neuen Kurse zu diesem Thema mit Erfolg durchgeführt werden konnten. Aufgrund des Interesses bei Frauen und Männern konnte der Workshop «Gender Working» drei Mal angeboten werden. Im Rahmen des Projektes «sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz» fanden auf Wunsch von Teams individuelle Schulungen zum Thema «Grenzen setzen – Grenzen akzeptieren» statt. Die Kurse umfassten insgesamt 271 (242) Tage und es nahmen 154 (132) Personen daran teil.

Im Herbst erschien erstmals das verwaltungsinterne Informationsblatt «bfg news». Das jährlich zweimal erscheinende Kommunikationsmittel berichtet über die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten sowie über Themen rund um die Chancengleichheit von Frau und Mann.

Das Büro für Gleichstellung initiierte Anfang Jahr die erste Netzwerkgruppe für Kaderfrauen. Inzwischen bestehen 5 Gruppen in der Stadtverwaltung, welche sich zum Erfahrungsaustausch, zum Synergien nutzen, zur gegenseitigen Unterstützung und für gute Gespräche regelmässig treffen.

23 (34) Frauen haben ein Gesuch für ein Stipendium zum beruflichen Wiedereinstieg eingereicht. Aufgrund dieser Abklärungen wurde 10 (13) Frauen ein Unterstüt-

zungsbeitrag von total 18 600 Franken (24 700 Franken) zugesprochen.

Die Beauftragten für Gleichstellung waren neben ihren Kernaufgaben in unterschiedlichen Gremien aktiv und nahmen an zahlreichen Veranstaltungen und Sitzungen teil. Zudem waren sie im Rahmen zusätzlicher Stellenprozente für den Betrieb des Stellenpools verantwortlich: Mitarbeitende, welche durch Reorganisationsprojekte ihre Stellen verlieren, erhalten damit die Möglichkeit für gezielte Information, Beratung und Vermittlung innerhalb der Stadtverwaltung. Es wurden insgesamt 228 freiwerdende Stellen bearbeitet. Nachdem anfänglich kaum Stellenzuweisungen möglich waren, konnten im laufenden Jahr 18 Kontakte hergestellt und sechs Stellen vermittelt.

Verschiedenes

Mit der erfolgreichen Einführung von SAP HR per 1. Januar wurde der Grundstein eines modernen Personalinformations- und Abrechnungssystems (PIAS) in der Stadtverwaltung gelegt. Die Hauptfunktionen bei der Einführung waren die Personaladministration, die Personalabrechnung und das Organisationsmanagement. Für den Budgetierungsprozess wurde die Personalkostenplanung als weitere Komponente des SAP HR-Moduls im Frühjahr 2006 realisiert. Im Rahmen der win.03-Massnahme «Zusammenlegung und Optimierung der Organisationen der PIAS- und CS/2-Rechnungsführenden» und im Hinblick auf die Einführung des neuen Personalinformations- und Abrechnungssystems NOVE-PIAS wurde das Lohnwesen der Bibliotheken und des Theaters ebenfalls zum Personalamt verschoben.

Das Personalamt erstattete - nebst den Einspracheverfahren BEREWI - zu Handen des Stadtrates Mitbericht zu 40 (43) Personalgeschäften sowie zu 21 (27) Stellenplan-, Rechtsmittel- und weiteren Geschäften. Es erteilte seine Zustimmung zu 53 (19) Personalverfügungen und fertigte im Auftrag deren 40 (37) aus. Zu Handen des Stadtrats war eine Vernehmlassung an die kantonale Finanzdirektion betr. Richtlinien zum Vorgehen bei Stellenabbau und Entlassungen zu verfassen. Im Rahmen des Rechtsdienstes bearbeitete der Personalchef, nebst Rechtsauskünften per Mail oder Telefon, 20 (25) grössere Geschäfte. Er führte ferner 20 (22) Beratungsgespräche in Konflikt- und Mediationsfällen.

Die Personalkommission trat zu 4 (4) Sitzungen zusammen. Mit dem Kanton, der Stadt Zürich und den Zürcher Gemeinden fanden 2 (2) personalpolitische Koordinations-sitzungen statt. Die Konferenz der Personalverantwortlichen der Departemente und Ämter trat zu 4 (4) Sitzungen zusammen. Der Personalchef wirkte an der Selektion für 5 (1) Stellen im oberen Kader mit. Zusammen mit der Universität St. Gallen (Prof. Dr. Kuno Schedler) und dem Institut für Verwaltungsmanagement der Zürcher Hochschule Winterthur (Prof. Dr. Andreas Bergmann) organisierte er wiederum ein Weiterbildungsseminar für die Mitglieder des Stadtrats, das am 27./28. September stattfand. Der Personalchef leitete den Projektausschuss «Nove PIAS» und hatte im Rahmen des Projektes «Haushaltsanierung 07» die Teilprojektleitung «Retro 2000» inne.

Personalstatistik 2006 des Verwaltungs- und Betriebspersonal

	Beschäftigungsumfang	Anzahl Beschäftigte am 31. Dezember 2006				
		Total	Frauen	Männer	Teilzeit	Vollzeit
Stadtkanzlei						
Stadtkanzlei	17.3	27	11	16	16	11
Kulturelles und Dienste	171.3	377	258	119	314	63
Departementssekretariat	3.3	5	3	2	3	2
Personalamt	10.0	13	8	5	7	6
Stadtentwicklung	12.1	19	13	6	17	2
Bereich Kultur	115.7	301	210	91	271	30
Stadtamann- und Betreibungsamt	27.9	34	19	15	11	23
Friedensrichteramt	2.4	5	5		5	
Finanzen	157.7	239	136	103	141	98
Departementssekretariat	3.0	3	2	1	0	3
Finanzkontrolle	4.8	5	2	3	2	3
Finanzamt	15.4	19	11	8	7	12
Steueramt	56.0	55	39	16	25	30
Liegenschaftenverwaltung	38.8	113	77	36	94	19
Informatikdienste	39.8	44	5	39	13	31
Bau	298.2	291	39	252	52	239
Departementssekretariat	5.2	6	4	2	2	4
Stadtplanung	11.6	11	4	7	0	11
Tiefbau	210.4	197	10	187	21	176
Hochbau	24.8	26	6	20	11	15
Vermessungsamt	15.0	16	1	15	8	8
Baupolizeiamt	31.2	35	14	21	10	25
Sicherheit und Umwelt	328.2	400	158	242	140	260
Departementssekretariat	3.4	3	1	2	0	3
Polizeirichteramt	7.5	8	5	3	3	5
Stadtpolizei	222.2	278	107	171	102	176
Feuerwehr	35.5	37	5	32	3	34
Zivilschutzamt	17.3	19	4	15	4	15
Melde- und Zivilstandswesen	29.3	36	29	7	17	19
Umwelt- und Gesundheitsschutz	13.1	19	7	12	11	8
Schule und Sport	329.1	1 133	850	283	1 042	91
Departementssekretariat	3.6	7	7	0	7	0
Schulbehörden	8.7	15	11	4	15	0
Bereich Bildung	102.9	315	239	76	306	9
Bereich Zentrale Dienste	162.6	686	519	167	637	49
Bereich Berufsbildung	15.5	46	40	6	38	8
Bereich Sport	35.8	64	34	30	39	25
Soziales	837.8	1 245	1 023	222	1 019	226
Departementssekretariat	6.8	10	5	5	8	2
Vormundschaftsamt	15.3	20	18	2	20	0
Soziale Dienste	157.4	231	154	77	189	42
Alter und Pflege	604.8	921	812	109	761	160
KAP	53.5	63	34	29	41	22
Technische Betriebe	646.7	711	112	599	137	574
Departementssekretariat	2.0	3	1	2	2	1
Stadtwerk	299.0	343	59	284	80	263
Stadtbus	235.7	240	25	215	26	214
Forstbetrieb	23.0	25	1	24	3	22
Stadtgärtnerei	87.1	100	26	74	26	74
Gesamttotal	2 786.3	4 423	2 587	1 836	2 861	1 562
Ausbildungsverhältnisse	492.5	521	198	323	51	470
Berufslehre nach BBG	180.2	186	118	68	1	185
Praktika	66.5	88	65	23	44	44
Schutz und Rettung	17.4	17	6	11		17
MSW-Lehrwerkstätte	215.6	224	4	220		224
Übrige in Ausbildung	12.8	6	5	1	6	

Bemerkungen zur Personalstatistik siehe auch im Geschäftsbericht des Personalamtes:

Beschäftigungsumfang: Total der geleisteten Pensen aller während des Jahres beschäftigten MitarbeiterInnen (eingeschlossen alle während des ganzen Jahres und während nur einer beschränkten Dauer in Voll- und Teilzeit Beschäftigten, in Berücksichtigung von Ein- und Austritten sowie unbezahltem Urlaub, ausbezahlte Mehr- und Überstunden) umgerechnet auf Vollbeschäftigungen.

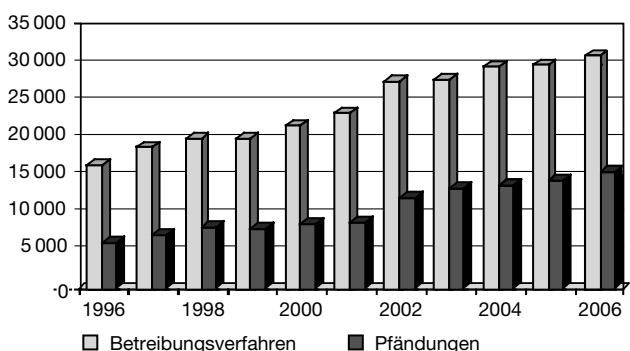
Anzahl Beschäftigte: wird per Stichtag 31. Dezember 2006 erhoben, wobei jede/r Mitarbeiter/in voll gezählt wird (Kopfzählung). Die Anzahl Anstellungsverhältnisse ist höher als die Gesamtzahl der beschäftigten Personen, da dieselbe Person verschiedene (Teilzeit)-Stellen innehaben kann und in diesem Fall mehrfach gezählt wird.

Rechtspflege

Stadtammann- und Betreibungsämter

2006 war für die Winterthurer Stadtammann- und Betreibungsämter aus statistischer Sicht ein Rekordjahr. Noch nie wurden so viele Zahlungsbefehle ausgestellt und Pfändungen vollzogen. Der Abbau des Mittelstandes zeigt sich immer deutlicher und die Jugendverschuldung nimmt zu. In der Stadt Winterthur wurden 2006 total 32 067 Betreibungsverfahren eingeleitet, was einer Zunahme von über 6 % entspricht. Die vollzogenen Pfändungen haben mit 15 701 um über 7 % zugenommen. Auch die Zahl der ausgestellten Verlustscheine ist mit 12 884 deutlich angestiegen. Bei den stadttammannamtlichen Geschäften wie Beglaubigungen, Befundaufnahmen, Hausdurchsuchungen, gerichtlichen Ausweisungen, allgemeinen Verboten, usw. gab es ebenfalls eine deutliche Zunahme. Insbesondere die gerichtlichen Ausweisungen von Mietern aus Miet- und Geschäftsliegenschaften haben um 48 % zugenommen. Die jährlich durch das Finanzamt der Stadt Winterthur, das Bezirksgericht Winterthur sowie das Betreibungsinspektorat des Obergerichts des Kantons Zürich durchgeführten Inspektionen ergaben durchwegs positive Ergebnisse.

Eingeleitete Betreibungs- und vollzogene Pfändungen in der Stadt Winterthur



Friedensrichteramt

2006 wurden 523 Fälle erledigt (2005: 482, 2004: 583). Dies entspricht einer Zunahme von knapp 10 %. Zugenommen haben insbesondere die gewöhnlichen Zivilklagen (371 und 70,9 % der Gesamtfälle, 2005: 329, 2004: 394). Ein Anstieg war ebenfalls bei den Scheidungsklagen zu verzeichnen, welche 93 Verfahren ausmachen (17,8 % der Gesamtfälle, 2005: 74). In beinahe 55 % der erledigten Scheidungsverfahren wurden Weisungen (50) ausgestellt, in 29 Fällen erfolgte nach Stellung eines gemeinsamen Begehrens auf Scheidung eine Überweisung an das Bezirksgericht und 14 Scheidungsklagen wurden zurückgezogen. Ausserdem wurden 15 Vaterschafts- und Unterhaltsklagen (2,9 % der Gesamtfälle; 2005: 21), 35 Kompetenzfälle (6,7 % der Gesamtfälle; 2005: 46) sowie 9 Ehrverletzungsklagen (1,7 % der Gesamtfälle; 2005: 12) erledigt. Bei den Kompetenzfällen musste in 7 Geschäften

ein Urteil gefällt werden, die restlichen 28 Fälle konnten einvernehmlich gelöst werden. Die Kompetenzfälle sowie die Ehrverletzungsklagen verzeichneten einen Rückgang der Geschäfte. Gesamthaft konnten 294 der 523 Fälle definitiv durch eine Verfügung erledigt werden (56,2 %, 2005: 58,1 %).

Bei den 222 Fällen, in denen eine Weisung an das Gericht ausgestellt werden musste, wurde die Klage in 116 Fällen bestritten. In 106 Fällen erschien die beklagte oder klägerische Partei nicht zur Sühnverhandlung oder es wurde ein schriftliches Verfahren durchgeführt. Insgesamt kann festgestellt werden, dass in 72,2 % der Fälle (2005: 72,4 %), bei welchen eine Verhandlung ordentlich durchgeführt werden konnte, eine definitive Erledigung der Streitsache vor der Friedensrichterin erzielt wurde, ohne dass die Parteien an die nächst höhere Gerichtsstanz gelangen mussten. Die Komplexität der Fälle nahm tendenziell zu bei nachbarrechtlichen Streitigkeiten, Klagen aus Erbrecht und solchen im Zusammenhang mit Stockwerkeigentum und Bauhandwerkerpfandrechten. Zudem sind mehrere Klagen mit Streitwerten in mehrfacher Millionenhöhe behandelt worden.

Erhöht hat sich auch die Zahl der allgemeinen Auskünfte (Audienzgespräche) mit 527 (2005: 486). Das Friedensrichteramt war oftmals die erste Anlaufstelle bei rechtlichen Problemen, vor allem bei Verfahrensfragen, und nahm so eine Triage-Funktion wahr.

Aufgrund verschiedener bedrohlichen Situationen auf dem Friedensrichteramt Winterthur in den Vorjahren, welche auch den Beizug der Stadtpolizei notwendig machten, sind Abklärungen in sicherheitstechnischer Hinsicht im Gange.

Friedensrichteramt

	Verfahren	Total
A. Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	66	543
2. Neu eingegangene Klagen	477	
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Rückzug oder Abschreibung	89	479
2. Durch Anerkennung	43	
3. Durch Vergleich	99	
4. Durch Weisung (davon 50 Scheidungen)	219	
5. Durch Überweisung (Scheidungen)	29	
Übertrag auf das folgende Jahr		64
B. Zivilprozesse bis Fr. 500.– Streitwert		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	3	38
2. Neu eingegangene Klagen	35	
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Urteil	7	35
2. Durch Verfügung	28	
Übertrag auf das folgende Jahr		3
C. Sühnverfahren über Ehrverletzungsklagen		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	1	9
2. Neu eingegangene Klagen	8	
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Vergleich	4	9
2. Durch Rückzug oder Abschreibung	2	
3. Durch Weisung	3	
Übertrag auf das folgende Jahr		0
D. Audienzgespräche		527
Total erledigte Fälle 2006		523
Vorjahr		482

Stadtarchiv

Neben amtlichen Ablieferungen im Stadtarchiv sind folgende Akzessionen erwähnenswert: Pflegerinnenschule, Familiaris (ehemals Frauenbund), Firmen Ernst, Lerch und Widmann, Genossenschaft Schützenwiese, Krankenunterstützungsverein Oberwinterthur, Kirchgemeindearchiv Seen (–1922). Im vorarchivischen Bereich wurden einige Registraturpläne und Ablieferungsvereinbarungen bearbeitet und ein neuer Anlauf unternommen, die Probleme der elektronischen Archivierung zusammen mit den IDW durch eine Vorstudie zu klären. Die Mikroverfilmung und Digitalisierung umfasste neben bereits laufenden Projekten vor allem die vom Zerfall bedrohten Geschäftsberichte des Stadtrates seit 1865, die häufig gefragten Weisungen an den Gemeinderat (1942) sowie die zum Einbinden vorbereiteten und mit Registern versehenen Protokolle der Baupolizei (1975-) und verschiedener Schulpflegen, insgesamt über 130 000 Aufnahmen. Daneben war eine grosse Zahl von Anfragen zu beantworten. Die Recherchen waren vielfältig und führten zu verschiedenen Publikationen oder Ausstellungen.

	2006	2005
<i>Akzessionen</i>		
amtliche und nichtamtliche (Anzahl / Laufmeter)	29 / 30	31 / 78
Handbibliothek Titel	119	61
Restaurierungen extern / intern	24 / 50	
Mikrofilmaufnahmen	132 000	75 000
Digitalisierungen	31 200	
abgegebene CDS / digitalisierte Dokumente	32 / 520	
<i>Benutzung und Auskünfte</i>		
Benützer		
aus der Verwaltung	480	503
zu wissenschaftlichen und privaten Zwecken	1 076	1 120
Total	1 556	1 623
<i>Benutzte Archivalien</i>		
Urkunden und Verträge	125	245
Protokolle, Register und weitere Archivbücher	1 689	1 792
Einzelne Aktenstücke	550	567
Ganze Aktenmappen	501	550
Pläne, Fotografien	907	703
Filme	603	725
Handbibliothek, Drucksachen	1 233	1 234
<i>Anfragen</i>		
Mündliche	451	472
Schriftliche	279	240
Führungen	4	1
Ausstellungen	1	3

Departement Finanzen

Rechnung

Die Rechnung 2006 schliesst trotz des unerwartet hohen Minderertrags beim Steuerkraftausgleich von 8,5 Millionen Franken dank einer ausgezeichneten Ausgaben- disziplin erfreulicherweise praktisch ausgeglichen – mit einem Aufwandüberschuss von 1,9 Millionen Franken – ab. Der Steuerfussausgleich wurde in der budgetierten Höhe von 45 Millionen Franken beansprucht. Die Neubewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens führte zu einem Aufwertungsgewinn, womit wieder Eigenkapital in Höhe von rund 37 Millionen Franken gebildet werden konnte. Obwohl die Konjunktur wieder deutlich angezogen hat und zu hoffen ist, dass die finanziellen Verhältnisse nun stabilisiert werden können, bleibt der finanzielle Spielraum der Stadt Winterthur nach wie vor eng und lässt wenig Raum für eine reale Ausweitung.

Aufgaben- und Finanzplanung

Die Budgetierung 2007 verlief problemlos. Es konnte ein ausgeglichener Haushalt präsentiert werden. Allerdings stellte man fest, dass für die Zukunft ein neues Vorgehen entwickelt werden muss, welches den Grundsätzen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung besser gerecht wird.

In der laufenden Legislatur muss zudem ein besonderes Augenmerk auf die Optimierung der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) sowie der Investitionsplanung inklusive eines effizienten Investitionscontrollings gelegt werden.

Steuern

Die Entwicklung der Steuereinnahmen ist enttäuschend verlaufen. Angesichts der positiven Konjunktur wurde eine Ertragssteigerung erwartet. Die gegenwärtige Entwicklung bereitet denn auch im Hinblick auf zukünftige Konjunkturschwächen einige Sorgen. Sie zeigt auch, dass der Strukturwandel von der ehemaligen Arbeiterstadt zum blühenden Technologiestandort und Dienstleistungszentrum

langwierig sein wird und die Stadt vor Rückschlägen nicht gefeit ist.

Landpolitik

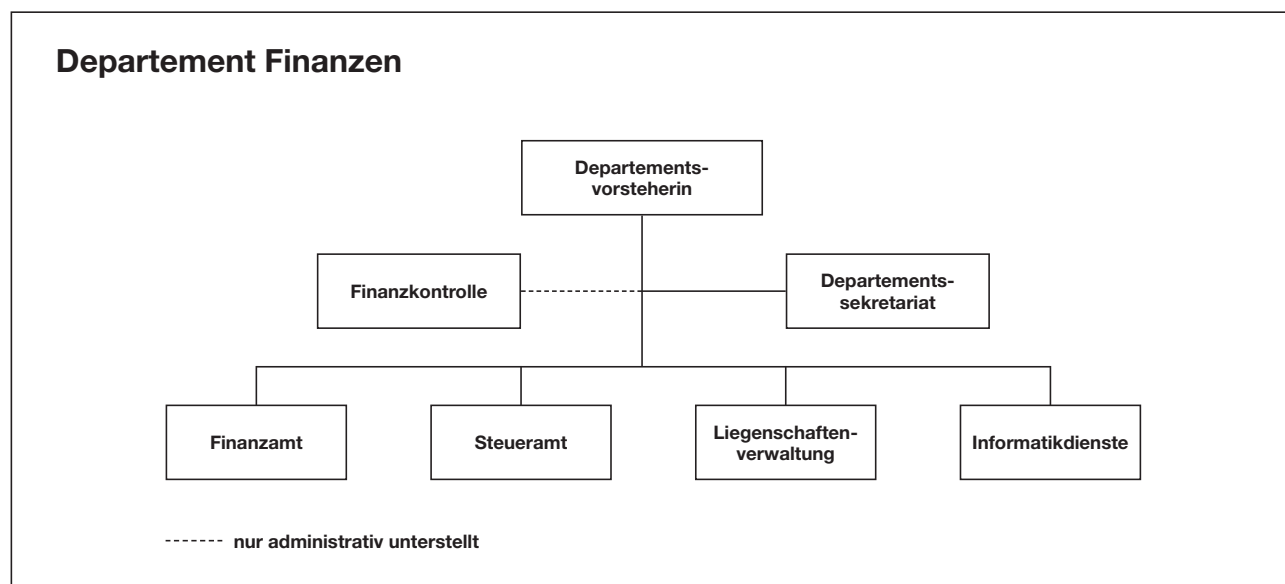
In den Legislaturzielen des Stadtrates wird eine aktive Landpolitik proklamiert mit dem Ziel, dass das Immobilienportefeuille der Stadt Winterthur mittelfristig an Qualität gewinnt. Immobilien, die nicht der Erfüllung von Verwaltungsaufgaben dienen, ungenügend rentieren sowie für Planungs- und Entwicklungsstrategien unbedeutend sind, sollen veräussert werden. Andererseits soll die Stadt Grundstücke erwerben, die attraktiv und von strategischer Bedeutung sind. Damit werden die Anstrengungen der Stadtentwicklung zur Verbesserung der Steuerkraft unterstützt und die Rendite auf den Liegenschaften des Finanzvermögens verbessert. Zu den Sparmassnahmen des win.03-Massnahmenkatalogs gehört unter anderem die Reduktion des Bestandes von Einfamilienhäusern und Gastronomiebetrieben. Mit diesen Verkäufen wird eine nachhaltige Verbesserung der Laufenden Rechnung gewährleistet.

Informatik

Die Informatikdienste verfolgen konsequent ihre Strategie, der Stadt Winterthur und ihren externen Kundinnen und Kunden zweckmässige und kostengünstige Informatik-Lösungen anzubieten. Sie empfingen in der Vergangenheit bereits mehrere Preise dafür, zuletzt den ersten Preis für das beste Preis-Leistungsverhältnis für öffentliche Informatik-Dienstleistungen (CASH TCO-Award).

Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)

Im Jahr 2006 wird erstmals – mit Ausnahme der Bildung – flächendeckend nach WoV Rechnung gelegt. Der administrative Prozess ist aufwändiger als die herkömmliche Art der Rechnungslegung. Trotzdem konnte die Rechnung termingerecht abgewickelt werden. Der politische Prozess der Beratung der Globalbudgets und



Globalrechnungen in den Kommissionen kann zielgerichteter und konzentrierter erfolgen. Die Diskussionen drehen sich stärker um die Leistungen der Verwaltungseinheiten und nicht mehr ausschliesslich um finanzielle Grössen. Bis WoV die volle Wirkung entfaltet, sind allerdings noch einige Hürden zu bewältigen. Im Zentrum stehen die Erhöhung der Aussagekraft der Indikatoren und die Stärkung des Zusammenhalts zwischen den Produktgruppen.

Haushaltsanierung 2007 (HS 07)

Im Jahr 2005 wurde ein Bündel von Folgeprojekten für die Entlastung des Finanzhaushalts der Stadt Winterthur unter dem Namen «Haushaltsanierung 07» gestartet. Das Schwergewicht dieser Projekte liegt auf grösseren strukturellen Veränderungen, wie z.B. auf der Zentralisierung eines Teils der Verwaltung (Fokus) oder auf der zusammengefassten Bewirtschaftung der städtischen Immobilien (Zentrales Immobilien Management, ZIM). Es ist festzustellen, dass die Einsicht in die Notwendigkeit der Projekte und das Engagement bei allen Projektteams hoch ist. Diese für den Erfolg unabdingbare Voraussetzung ist keine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, wie lange der Spardruck bereits anhält.

Im Zentrum des politischen Interesses stand gegen Ende Jahr das Projekt «Zentralisierung grosser Teile der Verwaltung an einem Standort (Fokus)». Aufgrund seiner zentralen Stellung ist es von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der Haushaltsanierung. Der Stadtrat hat am 22. Dezember 2006 bekannt gegeben, dass er das Areal «Arch» als Standort für das Verwaltungszentrum ausgewählt hat. Der endgültige Entscheid für die Durchführung liegt bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern.

Reform Zürcher Finanzausgleich (REFA)

Der Regierungsrat hat im Februar 2006 die wichtigsten Grundzüge für eine Neugestaltung der Reform des Finanzausgleichs festgelegt. Das Grundmodell sieht eine Stärkung des Ressourcenausgleichs sowie einen Lastenausgleich für die Städte Zürich und Winterthur vor. Gleichzeitig soll auf einen Steuerfussausgleich und auf einen Maximalsteuerfuss verzichtet werden. Das Modell setzt die richtigen Anreize und stärkt die Gemeindeautonomie. Erfreulich ist die Anerkennung und Abgeltung der Zentrumslasten der grossen Städte. Das neue Modell eröffnet für Winterthur die Chance einer eigenständigeren Finanzpolitik und ermöglicht die Bildung von Eigenkapital. Effizientes und sparsames Haushalten soll belohnt werden. Der Verzicht auf den Steuerfussausgleich und den damit verbundenen Maximalsteuerfuss birgt aber auch Risiken. Diese Bedenken wurden den zuständigen kantonalen Behörden bereits zur Kenntnis gebracht. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens, das der Kanton im Jahre 2007 geplant hat, gilt diesem Aspekt denn auch eine besondere Aufmerksamkeit.

Neugestaltung Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Die Anpassung der innerkantonalen Gesetzgebung an die NFA ist für die Städte und Gemeinden von grosser Bedeutung, weil bedeutende Kostenfolgen damit verbunden sind. Die Stadt Winterthur hat den Gesetzgebungsarbeiten eine hohe Aufmerksamkeit gewidmet und die zur Vernehmlassung vorgelegten Gesetzesvorschläge intensiv geprüft. Der Stadtrat hat zwei ausführliche Vernehmlassungsantworten formuliert: Die eine betrifft die 3. NFA-Botschaft des Bundes zur Festsetzung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs, die andere die innerkantonale Gesetzgebung zur NFA-Umsetzung im Kanton

Zürich. Die Departementsvorsteherin hat die Interessen der Stadt Winterthur im kantonalen Projektausschuss vertreten, das Departementssekretariat und das Finanzamt haben in der kantonalen Projektgruppe mitgearbeitet. Auch wenn die Vernehmlassungsarbeiten noch nicht vollständig abgeschlossen sind, darf festgestellt werden, dass sich der hohe Aufwand gelohnt hat. Gegenüber den ersten Gesetzesvorschlägen konnten sowohl materiell als auch finanziell bemerkenswerte Verbesserungen für die Städte und Gemeinden erzielt werden. Nicht zuletzt dürfte die enge Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich und mit dem Gemeindepräsidentenverband zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

Finanzamt

Rechnungsabschluss

Die Rechnung 2006 schliesst bei bereinigten Aufwendungen von 1014 Millionen Franken und bereinigten Erträgen von 1012 Millionen Franken leicht im Minus ab. Bei der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens stehen 82,6 Millionen Franken an bereinigten Ausgaben 20,2 Millionen Franken an bereinigten Einnahmen gegenüber, so dass netto 62,4 Millionen Franken investiert worden sind. Während davon 33,5 Millionen Franken ins Allgemeine Verwaltungsvermögen geflossen sind, beträgt der Anteil des Verwaltungsvermögens der städtischen Betriebe 28,9 Millionen Franken. Beim Finanzvermögen wurden netto 22,6 Millionen Franken desinvestiert. Das Verwaltungsvermögen beläuft sich nach Berücksichtigung der Abschreibungen auf 525,3 Millionen Franken; davon entfallen 324,5 Millionen Franken auf das Allgemeine Verwaltungsvermögen und 200,8 Millionen Franken auf das Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe.

Laufende Rechnung

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Veränderung
Aufwand (bereinigt)	1 014 184	1 007 260	6 924
Ertrag (bereinigt)	1 012 289	1 007 101	5 188
Ergebnis	- 1 895	- 159	- 1 736
Aufwand			
Personalaufwand	379 263	386 204	- 6 941
Sachaufwand	157 600	161 597	- 3 997
Passivzinsen	26 221	26 191	30
Abschreibungen	74 646	80 476	- 5 830
Energie-/Rohmaterialankauf	72 367	64 282	8 085
Entschädigungen an andere Gemeinwesen	42 075	40 944	1 131
Beiträge an Dritte	212 422	221 497	- 9 075
Durchlaufende Beiträge	4 418	3 338	1 080
Einlagen in Spezialfinanzierungen	45 172	22 731	22 441
Ertrag			
Steuern	288 482	295 110	- 6 628
Regalien und Konzessionen	1 097	1 159	- 62
Vermögenserträge	24 976	29 086	- 4 110
Entgelte	407 878	385 474	22 404
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	101 329	107 511	- 6 182
Rückstellungen von Gemeinwesen	58 691	57 338	1 353
Beiträge mit Zweckbindung	116 398	112 843	3 555
Durchlaufende Beiträge	4 417	3 338	1 079
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	9 021	15 242	- 6 221

Die Rechnung 2006 konnte durch grosse Ausgaben- disziplin gut abgewickelt werden. Das eigentliche Ergebnis entspricht fast dem Voranschlag. Allerdings war ein unerwarteter Minderertrag beim Steuerkraftausgleich von 8,5 Millionen Franken zu verzeichnen. Dennoch gelang es, die Rechnung fast auszugleichen. Der Steuerfussausgleich wird in der budgetierten Höhe von 45 Millionen Franken beansprucht. Der Gesamtaufwand ist um rund 6,9 Millionen Franken, der Gesamtertrag um rund 5,2 Millionen Franken höher als der Voranschlag. Das Gesamtergebnis weicht somit um rund 1,7 Millionen Franken

negativ vom Budget ab. Angesichts der Grösse des Haushalts kann dies als eine eigentliche «Punktlandung» angesehen werden.

Beim Ertrag sind folgende Positionen speziell zu erwähnen: Die budgetierten Steuereinnahmen wurden um rund 6,6 Millionen Franken verfehlt und erreichten den Totalbetrag von 288,5 Millionen Franken (dieser Betrag umfasst sämtliche Steuereinnahmen des laufenden Jahres und der Vorjahre). Im Vergleich zum Vorjahr wurden 3,8 Millionen Franken weniger an Steuern eingenommen. Die grössten positiven Abweichungen ergeben sich bei den Entgelten (+ 22,4 Mio.) und bei den Beiträgen mit Zweckbindung (+ 3,6 Mio.).

Beim Aufwand wurde das Budget recht gut eingehalten und bei verschiedenen Aufwandarten resultierte gegenüber dem Budget ein deutlich besseres Ergebnis. Beim Sachaufwand wurden 4 Millionen Franken weniger ausgegeben als veranschlagt. Dieses Ergebnis zeugt von einer grossen Zurückhaltung bei sämtlichen Ausgabenkategorien und stark verbesserter Budgetdisziplin. Der Personalaufwand weicht mit Minderausgaben von 6,9 Millionen Franken vom Voranschlag ab. Es scheint, dass die Budgets tendenziell zu hoch angesetzt waren. Die Abschreibungen sind um 5,8 Millionen Franken unter den Voranschlag gesunken, was auf die kleiner ausgefallenen Abschreibungen der Städtischen Werke wie auch die tiefen Investitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen in den Jahren 2005 und 2006 zurückzuführen ist. Die Beiträge an Dritte sind erstmals deutlich unter dem veranschlagten Wert (– 9,1 Mio.), was darauf hindeuten könnte, dass die Ausgaben für Sozial- und Wirtschaftshilfe nicht mehr steigen und sich sogar leicht zurückbilden.

Der Verlauf der Rechnung zeigt deutlich, dass der finanzielle Spielraum der Stadt Winterthur nach wie vor eng ist. Es bleibt sehr wenig Raum für eine reale Ausweitung. Die Konjunktur hat wieder deutlich angezogen und es ist zu hoffen, dass die finanziellen Verhältnisse stabilisiert werden können. Dazu sind aber nach wie vor Massnahmen vorzusehen. Die Abhängigkeit vom maximalen Steuerfussausgleichsbeitrag hat ausserdem zur Folge, dass der Kanton den Voranschlag genehmigen muss.

Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen liegen mit 62,4 Millionen Franken deutlich unter dem Voranschlag. Beim Allgemeinen Verwaltungsvermögen wurde

zwar mehr investiert als letztes Jahr; dennoch sind die Nettoinvestitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen mit 33,5 Millionen Franken immer noch sehr tief ausgefallen. Dies liegt an verschiedenen zeitlichen Verzögerungen von grossen Vorhaben. Der Realisierungsgrad liegt bei rund 54 Prozent des Programms. Die Nettoinvestitionen der städtischen Betriebe belaufen sich auf rund 28,9 Millionen Franken und liegen damit deutlich tiefer als angenommen (40,3 Mio.).

Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens

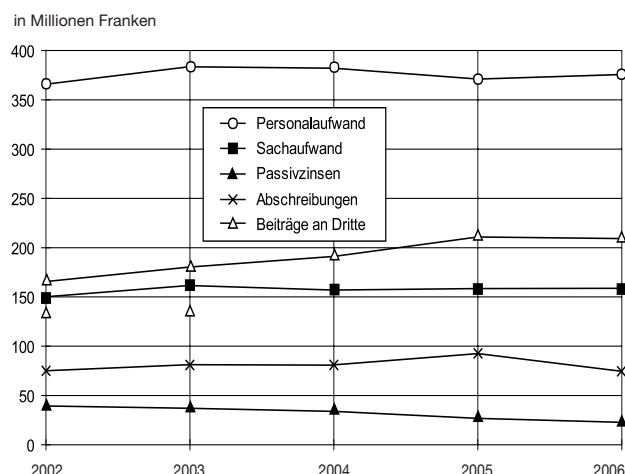
Beträge in tausend Franken	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Veränderung
Ausgaben (bereinigt)	82 581	128 155	– 45 574
Einnahmen (bereinigt)	20 177	25 605	– 5 428
Nettoinvestition	62 404	102 550	– 40 146
<i>Ausgaben:</i>			
Grundstückserwerb und Bauten	80 035	123 460	– 43 425
Darlehen und Beteiligungen	350	500	– 150
Investitionsbeiträge	1 264	3 165	– 1 901
übrige zu aktivierende Ausgaben	662	980	– 318
Einlagen in Spezialfonds	270	50	220
<i>Einnahmen:</i>			
Abgang von Sachgütern	0	0	0
Nutzungsabgaben/Vorteilsentgelte	5 662	4 800	862
Rückzahlung von Darlehen/Beteiligungen	923	230	693
Rückerstattung für Sachgüter	5 215	3 780	1 435
Rückzahlung von Investitionsbeiträgen	109	0	109
Beiträge mit Zweckbindung	6 222	10 338	– 4 116
Entnahmen aus Spezialfonds	2 047	6 457	– 4 410

Bei den Investitionen ins Finanzvermögen ergibt sich statt der erwarteten Nettoinvestition eine Sachwertverminderung von rund 22,6 Millionen Franken. Dieser Effekt resultiert aus dem Verkauf von Liegenschaften des Finanzvermögens (vgl. die Berichterstattung dazu bei der Liegenschaftenverwaltung). Im Berichtsjahr wurden die Liegenschaften des Finanzvermögens neu bewertet, wie dies der Kanton alle zehn Jahre vorsieht. Mit den Aufwertungsgewinnen konnte das überbewertete Grundeigentum abgeschrieben und das Eigenkapital in Höhe von 36,9 Millionen Franken geäußert werden.

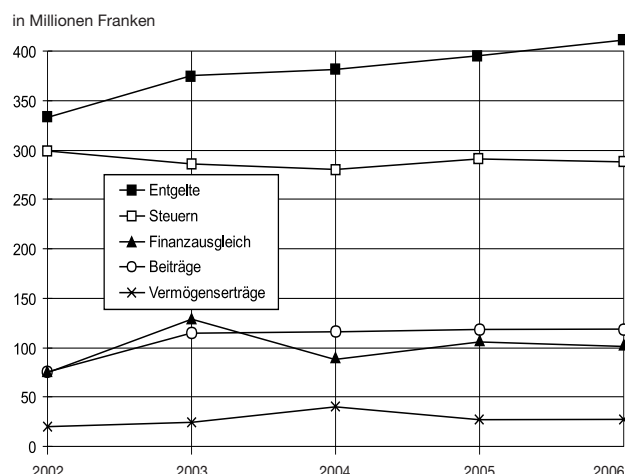
Investitionen ins Finanzvermögen

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Veränderung
Total Ausgaben	6 612	9 225	– 2 613
Total Einnahmen	29 226	7 300	21 926
Nettoinvestitionen	– 22 614	1 925	– 24 539

Entwicklung des Aufwandes

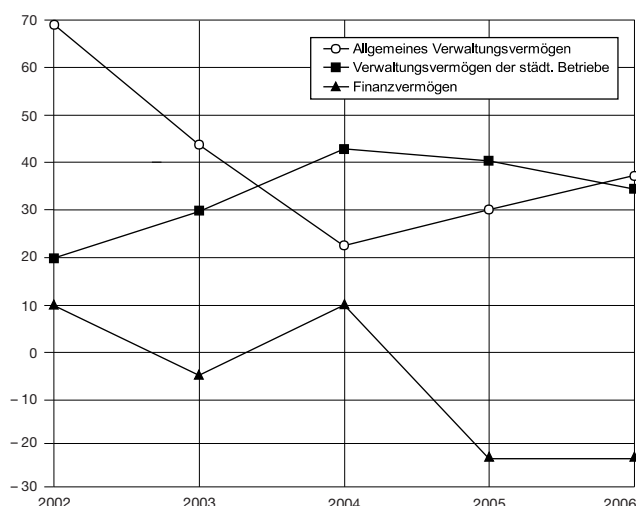


Entwicklung des Ertrages



Entwicklung der Nettoinvestitionen

in Millionen Franken



Bestandesrechnung (Bilanz)

Die Bilanzsumme hat wieder abgenommen (-41,3 Mio.). Dies liegt vor allem daran, dass am Ende des Vorjahres erhebliche Liquidität abgebaut werden konnte, indem die Verpflichtungen gegenüber der Pensionskasse verringert wurden. Das Allgemeine Verwaltungsvermögen sank um 3,4 Millionen Franken auf 324,5 Millionen Franken. Das Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe sank ebenfalls und zwar um 3,2 Millionen Franken auf 200,8 Millionen Franken. Das Eigenkapital, das aus den Aufwertungsgewinnen der Liegenschaften des Finanzvermögens gebildet worden ist, beläuft sich auf 36,9 Millionen Franken.

Beträge in tausend Franken	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung
Bilanzsumme	1 146 725	1 188 044	- 41 319
<i>Aktiven</i>			
Finanzvermögen	621 429	655 649	- 34 220
Verwaltungsvermögen	525 296	531 931	- 6 635
Spezialfinanzierungen	0	464	- 464
<i>Passiven</i>			
Fremdkapital	895 408	1 007 424	- 112 016
Verrechnungen	12 472	12 587	- 115
Spezialfinanzierungen	201 943	168 032	33 911
Eigenkapital	36 902	1	36 901

Finanzierungsrechnung

Der Finanzierungsbedarf stellte sich sehr viel tiefer als budgetiert. Dieser Effekt ist vor allem auf die stark zurückgenommenen Investitionen ins Verwaltungsvermögen und die Desinvestitionen im Finanzvermögen zurückzuführen. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt ohne Finanzvermögen 155,8 Prozent (ohne städtische Betriebe und Spezialfinanzierungen: 107,4 Prozent). Der sehr gute Wert beim Allgemeinen Verwaltungsvermögen kommt jedoch nur dadurch zustande, dass die Investitionstätigkeit recht niedrig ausgefallen ist und die Einlagen in die Spezialfinanzierungen substanziell ausfielen.

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2006	Voranschlag 2006	Veränderung
<i>Nettoinvestitionen ins allgemeine Verwaltungsvermögen</i>	33 524	48 000	- 14 476
+ Nettoinvestitionen der städtischen Betriebe	28 880	42 166	- 13 286
- Abschreibungen des allgemeinen Verwaltungsvermögens	36 959	37 000	- 41
- Abschreibungen der städtischen Betriebe	32 080	36 651	- 4 571
+ Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung	1 895	0	1 895
<i>Finanzierungsbedarf I</i>	- 4 740	16 515	- 21 255
- Einlagen in Spezialfinanzierungen	45 172	22 731	22 441
+ Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	9 021	15 242	- 6 221
<i>Finanzierungsbedarf II</i>	- 40 891	9 026	- 49 917
+ Nettoinvestitionen ins Finanzvermögen	- 22 614	1 925	- 24 539
- Abschreibungen Finanzvermögen	626	2 411	- 1 785
<i>Gesamter Finanzierungsbedarf</i>	- 64 131	8 540	- 72 671

Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP), Budgetierung

Die finanzielle Planung legte ihre Schwergewichte erneut auf die Investitionsvorhaben und auf das Erarbeiten von Szenarien für die Entwicklung der Laufenden Rechnung. Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) dient der mittelfristigen Steuerung. Allerdings wird immer noch häufig die Methode der Fortschreibung angewendet. Dies führt dazu, dass die Werte am Ende der Planperiode optimistisch eingeschätzt werden. Es ist allerdings zu vermerken, dass die Qualität der Daten stetig steigt und es kann damit gerechnet werden, dass gegen Ende der Legislaturperiode der IAFP ein griffiges Steuerungsinstrument darstellen wird.

Die Investitionsprogramme für die Jahre 2007–2011 wurden gestrafft und entlastet. Es müssen nach wie vor zwingend Anstrengungen zu einer weiter gehenden Priorisierung getroffen werden, da sich herausgestellt hat, dass die Realisierung von Investitionen schwierig zu lenken ist. Im Rahmen des Projektes HS 07 werden Überlegungen angestellt, wie die Investitionstätigkeit zu verstetigen ist. Ausserdem werden Wege gesucht, die ein effizientes Investitionscontrolling erlauben. Es muss wiederum festgestellt werden, dass Planung und Abwicklung im Berichtsjahr stark voneinander abgewichen sind.

Die Budgetierung für das Jahr 2007 verlief im Wesentlichen reibungslos und es konnte ein ausgeglichener Haushalt präsentiert werden. Allerdings stellte man fest, dass das Verfahren zur Erstellung des Voranschlags nicht mehr im hergebrachten Sinne vonstatten gehen kann. Für den Voranschlag 2008 musste ein neues Vorgehen entwickelt werden, bei dem Vorgaben für die einzelnen Produktgruppen vereinbart werden. Dies bedeutet eine Abkehr von Vorgaben genereller Art.

Finanz- und Rechnungswesen

Im laufenden Jahr konnten erneut verschiedene neue Applikationen erstellt und eingeführt werden: Im Vordergrund standen die Applikationen, die es erlauben, den Budgetierungsprozess zu verfolgen und optimal abzuwickeln. Diese Instrumente geben dem Parlament eine Übersicht über alle Veränderungen und damit die Sicherheit, dass sämtliche Budgetveränderungen dokumentiert sind. Die Kommissionen des Grossen Gemeinderats

wurden aber nicht nur mit diesem Instrument bedient, sondern auch die Begleitung durch das Finanzamt wurde intensiviert, was sich schliesslich in einer erstaunlich kurzen Debatte über den Voranschlag niedergeschlagen hat.

Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)

Die Arbeiten an der flächendeckenden Ausbreitung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in der ganzen Stadtverwaltung haben das Finanzamt ausserordentlich stark belastet, da verschiedene Mitarbeitende in den grossen Projekten an führender Stelle agieren. Die Fachgruppen, welche mit der flächendeckenden Einführung von WoV betraut sind, werden alle vom Finanzamt geführt und der entsprechende Koordinationsaufwand ist beträchtlich. Die Rechnung 2006 wird erstmals für die ganze Verwaltung nach den WoV-Grundsätzen abgewickelt (Ausnahme: die Schule, die zunächst das Volksschulgesetz umzusetzen hat). Die Produktgruppen haben die neue Art der Abwicklung gut gemeistert. Erfreulich ist auch, dass die meisten Produktgruppen eine positive Nettozielabweichung vorweisen konnten und damit Reserven angelegt werden konnten. Allerdings hat sich auch gezeigt, dass die exogenen Faktoren zu überarbeiten sind. Vor allem einnahmenseitig sind verschiedene Posten nicht beeinflussbar und müssen damit aus den Ergebnissen herausgerechnet werden.

Haushaltsanierung 2007 (HS 07)

Der aktuelle Stand des Projektes HS 07 entspricht in den wesentlichen Punkten der Planung. Das Finanzamt wirkt an diesen Projekten als Koordinationsstelle wesentlich mit.

Es stellt sich im Laufe der Arbeiten heraus, dass nicht alle Teilprojekte den erwünschten Erfolg bringen. Dies liegt daran, dass das Potenzial bereits ausgeschöpft ist. Bei der Autobeschaffung wurden beispielsweise die vorhandenen Spielräume bereits voll ausgenützt, somit kann sie nicht noch günstiger erfolgen. Ferner wurde die Forderung nach dem Ausgleich der Sonderlasten der Stadt Winterthur vom Kanton mit dem Hinweis auf den revidierten Finanzausgleich vorläufig zurückgewiesen.

Versicherungswesen

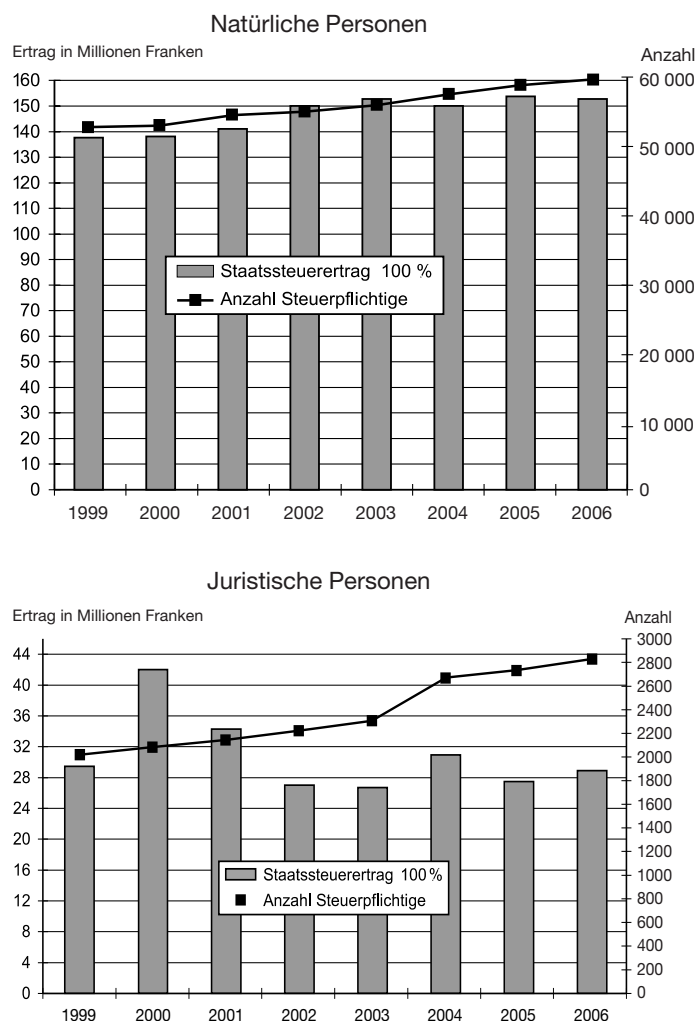
Im Berichtsjahr wurde das Mandat des Versicherungsmaklers neu ausgeschrieben. Der Stadtrat erteilte den Zuschlag für die kommenden Jahre Walser Consulting in Rüschlikon. Walser ist eine Firma mit grossen Erfahrungen in der Beratung von Gemeinden und Städten.

Steueramt

Gemeindesteuern

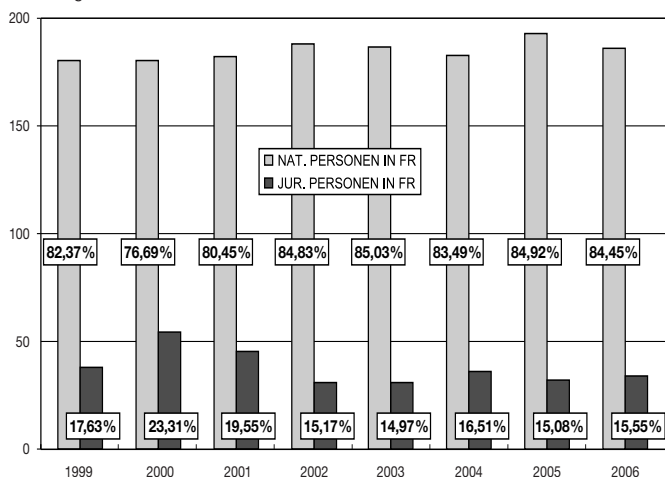
Die Gemeindesteuern sind mit einem Steuerfuss von 123 Prozent (126 %) eingezogen worden und brachten einen Ertrag von 224,1 Millionen Franken. Absolut verschlechterten sich die Steuererträge der natürlichen Personen um 2,73 Prozent (+ 6,16 %), diejenigen der juristischen Personen verbesserten sich um 0,90 Prozent (- 4,73 %). Hätte der Steuersatz wie im Vorjahr mit 126 Prozent gerechnet werden können, hätte der Rückgang bei den natürlichen Personen 0,36 Prozent und die Zunahme bei den juristischen Personen 3,37 Prozent betragen. Die Steuerprognose ist um - 4,61 Prozent verfehlt worden.

Entwicklung der Steuerpflichtigen und des Staatssteuerertrages



Anteil der natürlichen und juristischen Personen am Total der Gemeindesteuern

Ertrag in Millionen Franken



Steuerausscheidung

Ausscheidungen	Natürliche Personen		Juristische Personen	
	Anzahl	Fr.	Anzahl	Fr.
Aktive	560	6 479 558	108	1 874 697
Passive	261	2 683 089	47	2 654 240
Saldo zG Winterthur		3 796 469		-779 543
Total		3 016 926		

Quellensteuern

Die Anzahl der quellensteuerpflichtigen Personen ist erneut gewachsen; vor allem die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit Wohnsitz in Winterthur hat um rund 400 auf 6957 Personen zugenommen. Die 7807 Quellensteuerfälle brachten einen Steuerertrag von 10,6 Millionen Franken.

Nachsteuern und Bussen

In 46 Fällen wurden Einnahmen von 155 541 Franken erzielt.

Inventarisierung

Die Inventarabteilung hat bei 810 Todesfällen ein Inventar aufgenommen und 736 Inventare abgeschlossen.

Steuerbewertung der Liegenschaften

Auch im vergangenen Jahr hat das kantonale Steueramt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Experten der Firma Wüest und Partner eine generelle Liegenschaftsbewertung für die Steuerperiode 2006 geprüft. Aufgrund der Ergebnisse steht fest, dass keine generelle Neubewertung vorgenommen werden muss, da sich die Werte eher leicht nach oben verändert haben. Somit wird eine Neubewertung nur im Zusammenhang mit einer Handänderung erstellt.

Grundsteuern

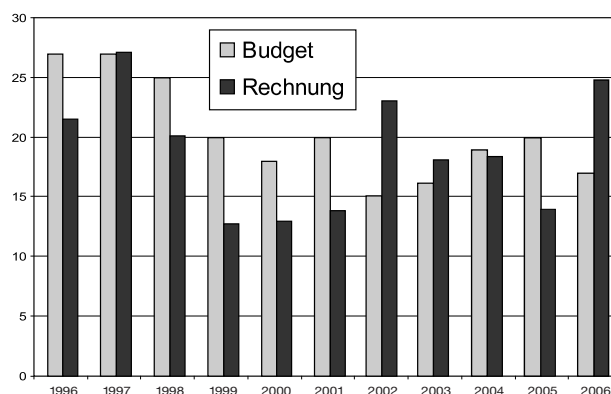
Aufgrund der guten Konjunkturlage war die Nachfrage nach Liegenschaften recht gross. Dazu trugen sowohl die moderate Entwicklung der Grundstückspreise als auch die tiefen Hypothekarzinsen bei. In Winterthur lagen die Immobilienpreise allerdings leicht über dem nationalen Durchschnitt. Nachdem etliche Steuerpflichtige wegen der

Abschaffung der Handänderungssteuer per 1. Januar 2005 die Eigentumsübertragung auf das Jahr 2005 verschoben haben, sind nun die Rechtsgeschäfte wieder zurückgegangen.

Grundstückgewinnsteuern

Insgesamt sind 1266 Handänderungen eingegangen (-8,3%) und 1444 Geschäfte erledigt worden. Die Zahl der steuerpflichtigen Geschäfte nahm markant zu (+50%). Der erzielte Ertrag von 24,7 Millionen Franken resultierte aus 957 Steuer tragenden Geschäften. Das Ergebnis liegt 7,7 Millionen Franken über dem budgetierten Betrag. Gegen die Entscheide des Grundsteuerausschusses der Stadt Winterthur sind fünf Einsprachen und ein Rekurs eingegangen. Zwölf Rechtsmittelverfahren wurden erledigt.

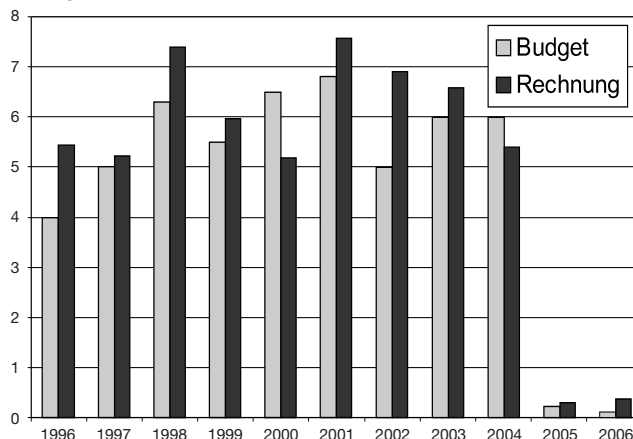
Ertrag in Millionen Franken



Handänderungssteuern

Nach der Abschaffung der Handänderungssteuer resultierten die Einnahmen aus nachträglichen Veranlagungen von steuerpflichtigen Rechtsgeschäften vor dem 1. Januar 2005. Die Einnahmen von 0,37 Millionen Franken übertrafen den budgetierten Ertrag um 0,27 Millionen Franken. Gegen die Handänderungssteuerentscheide sind drei Einsprachen und kein Rekurs eingegangen. Vier Rechtsmittelverfahren wurden erledigt.

Ertrag in Millionen Franken



Steuererlasse

Es wurde ein Teilerlass gewährt. Das Gesuch wurde von der Gemeinde abgelehnt, im Rekursverfahren hingegen teilweise gutgeheissen, was schliesslich zu einem hälftigen Erlass führte.

Steuerbezug

Die ständigen Rationalisierungsmassnahmen erlaubten es, die weiterhin wachsende Zahl der Steuerfälle zu bewältigen, die Qualität zu halten und dazu noch günstiger zu agieren. Insgesamt sind 97 Prozent aller Steuereinschätzungen der natürlichen Personen vom Steueramt vorgenommen worden.

Auch das Internetangebot ist erneut vermehrt genutzt worden; die interaktiven Teile ergaben 6213 Nutzungen. Zudem wird bereits zahlreiche Korrespondenz von den Steuerzahlenden mit dem Steueramt elektronisch abgewickelt. Diese erfreuliche Entwicklung eröffnet zusammen mit den aktuellen Projekten weitere Rationalisierungsmöglichkeiten.

Im Geschäftsjahr sind 130 198 Steuerrechnungen, 19 773 Mahnungen und 10 315 Betreibungsandrohungen verschickt worden. Das führte zur Ausstellung von 2522 Zahlungsbefehlen. In 118 Fällen wurde dagegen Rechtsvorschlag erhoben. In 2278 Fällen musste das Pfändungsbegehren gestellt werden, was 854 Lohn-, 18 Fahrnis- und 4 Grundstückpfändungen zur Folge hatte. Ferner mussten sechs Verwertungsbegehren gestellt werden. Total sind 1267 Verlustscheine ausgestellt worden, davon 14 Konkursverlustscheine.

Scanncenter Winterthur

Am Start des Scanncenters ist davon ausgegangen worden, dass das Steueramt Winterthur 18 Kundengemeinden betreuen wird. Ende 2005 waren es bereits 62 und Ende 2006 wurde die Zahl von 88 Gemeinden erreicht. Zukünftig sind – allerdings in einem kleineren Umfang – noch weitere Gemeinden zu erwarten.

Das Scanncenter Winterthur steht in Konkurrenz mit zwei weiteren Centern zürcherischer Gemeinden sowie einem privatrechtlichen Unternehmen. Es wird betriebswirtschaftlich mit einer Vollkosten-Rechnung geführt. Trotz enger werdendem Arbeitsmarkt ist es gelungen, Saisonhilfen zu rekrutieren.

Projekt «Meldewesen in der Gemeinde»

Das während drei Jahren als Pilot betreute Projekt «Meldewesen in der Gemeinde» ist auf alle zürcherischen Gemeinden ausgedehnt worden. Das Projekt beinhaltet den Austausch und die Auswertung von Steuerinformationen unter den Gemeindesteuerämtern via kantonales Steueramt. Beim Steueramt Winterthur gehen so jährlich zwischen 10 000 und 20 000 Meldungen ein, welche eine bessere Kontrolle und die Feststellung neuer Steuerfälle ergeben und damit zu einer korrekteren Einschätzung führen.

Projekte

Das Steueramt Winterthur arbeitet in zahlreichen kantonalen Projekten mit: Technisches Steuererklärungsverfahren, Scanning/Archivierung im Kanton Zürich (der Kanton hat das in Winterthur pilotierte Projekt übernommen), logisches Regelwerk, Indexierung, Liegenschaftsbewertung, Schnittstelle Zürich Primo und paritätische Arbeitsgruppe Steuerbezug bzw. Gesetzesrevision.

Im Steueramt sind weitere grössere Projekte im Gang: neues Betreibungsmodul und Verlustscheinbewirtschaftung, Regelwerk, Scanning+ (Digitalisierung aller restlichen Papierablagen) und Grundlagenwerkstatt Statistiken der Stadtentwicklung.

Informatikdienste (IDW)

Informatikstrategie

Ein Teil der vom Stadtrat per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzte Informatikstrategie der Stadt Winterthur wurde umgesetzt: Insbesondere sind die Pflichtenhefte für den Informatik-Lenkungsausschuss (ILA), die Informatikbeauftragten in den Departementen (IB), die Applikationsverantwortlichen und die IT-Supporterinnen und -Supporter, die Vereinbarung für die Zuständigkeit und Verwaltung der Daten sowie verschiedene Regelungen für die Informatik-Sicherheit und den Datenschutz erarbeitet und verabschiedet worden.

Die IDW sind in verschiedenen Vorständen von Informatik-Gremien vertreten: im schweizweit anerkannten Verein eCH, der eGovernment-Standards fördert, entwickelt und verabschiedet, sowie in der IG EDV, der EDV Interessengemeinschaft der Zürcher Gemeinden.

Security Policy

Im Bereich Security wurden zusammen mit einem externen Partner stadtinterne Hackingangriffe getätigt, um die eingebauten Schutzmassnahmen zu überprüfen. Es wurden keine nennenswerten Schwachstellen entdeckt. Weiter wurde im Bereich Informatiksicherheit die Zusammenarbeit mit anderen grösseren Schweizer Städten ausgebaut.

Eine Herausforderung waren der Aufbau und Betrieb einer Ausgabestelle für Zertifikate des Bundes. Das EJPD schreibt vor, dass der Zugriff auf seine Applikationen nur mit einer speziell sicheren Authentisierung erfolgen darf. Alle Mitarbeitenden der Stadtpolizei und des Melde- und Zivilstandswesens mussten deshalb mit elektronischen Zertifikaten (PKI, Public Key Infrastructure) des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation ausgerüstet werden. Aus Kostengründen wurde eine Ausgabestelle in den IDW eingerichtet. Diese erstellte über 400 Zertifikate für die Stadt Winterthur und die restlichen 169 Gemeinden des Kantons Zürich (ohne Stadt Zürich).

Auf kantonaler Ebene wirkten die IDW bei der Umsetzung der Network Security Policy (NSP) aktiv mit.

Rechenzentrum

Die Virtualisierung von Servern wurde bei den Windows-Betriebssystemen weiter geführt und bei den Unix-Betriebssystemen (AIX) neu begonnen. Durch die Inbetriebnahme eines leistungsfähigen und im Unterhalt viel günstigeren UNIX-Systems konnten vier ältere Systeme ausgeschieden und durch virtuelle Rechner ersetzt werden. Total sind rund 8000 Gigabytes Diskplatz belegt (8 000 000 000 Zeichen).

Für die Datensicherung wurde eine neue Backup-Infrastruktur in Betrieb genommen. Die ständig wachsende Datenmenge konnte in der verfügbaren Zeit bald nicht mehr gesichert werden. Die Datenhaltung ist jetzt dreistufig: aktuelle Daten auf den Disks im Rechenzentrum, eine erste Sicherungskopie auf Disks an einem zweiten Standort und eine zweite Sicherungskopie auf physischen Magnetbändern an einem dritten Standort.

Aufgrund der nötig gewordenen Umstellung der Microsoft-Version Exchange 5.5 auf Exchange 2003 wurde auch die Einführung von Outlook Web Access (OWA) möglich. Damit kann von jedem PC mit Internet-Anschluss auf der ganzen Welt rund um die Uhr auf die eigenen Outlook-Daten (Mails, Kalender, Adressen usw.) zugegriffen werden.

Eine Gemeinde hat neu den Betrieb ihrer Anwendungen dem IDW-Rechenzentrum übergeben. Total werden jetzt

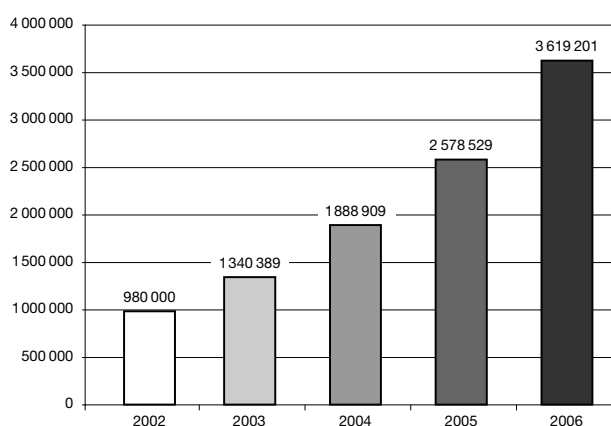
neun Gemeinden und vier Werke durch die IDW betreut. Für das Jahr 2007 wird mit drei bis vier neuen Gemeinden gerechnet.

Anwendungssysteme

Internet- und eGovernment-Auftritt der Stadt Winterthur

Die Nutzung des Internet- und eGovernment-Auftrittes der Stadt Winterthur nimmt weiter zu: Das Portal www.stadt.winterthur.ch oder einer der Sub-Auftritte wurden 3,62 Millionen Mal besucht. Als Besuch zählt jeder Aufruf einer Seite mit eigener URL-Adresse. Ebenfalls erfreulich ist die Nutzung der Online-Formulare. Diese elektronische Kommunikationsmöglichkeit wurde 25 838 Mal benützt (Vorjahr: 19 945). Dadurch ist eine klare Effizienzsteigerung in der Verwaltung möglich.

Besuchende des Internetportals
www.stadt.winterthur.ch



Diverse Sub-Auftritte wurden neu aufgeschaltet oder grundlegend überarbeitet:

- Erweiterung des Kulturportals Winterthur in englischer, französischer und italienischer Sprache
- Gewerbemuseum und Uhrensammlung Kellenberger
- Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule HFS
- Regionale Psychiatriekommission Winterthur
- Fachstelle Schule und Computer
- Sport Winterthur
- Stadtmagazin
- Stadtraum Hauptbahnhof usw.

Städtische Anwendungen

Neben der Wartung der rund 140 durch die IDW betreuten Fachanwendungen der städtischen Dienststellen wurden einige neue Lösungen oder Erweiterungen realisiert. So konnte unter anderem bei allen Departementssekretariaten nach entsprechenden Konzepten eine Standard-Geschäftsverwaltung eingeführt werden. Das gleiche Produkt wird 2007 in der Stadtkanzlei für die Geschäfte des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates eingeführt. Zusätzliche Weiter- oder Neuentwicklungen waren z.B. das WoV-Reporting, das GGR-Reporting, der Novemberbrief und das Managementsystem für das Finanzamt, die Kantonalisierung der Jugendberatung/des Jugendsekretariates für die Sozialen Dienste, die HR-Lösung für das Personalamt sowie die Logistikanwendung für die Materialverwaltung.

PC-Benutzerservice

Die rund 1000 im Jahr 2005 installierten PCs an den Primarschulen wurden in den ordentlichen Betrieb über-

nommen. Zudem boten die diversen Reorganisationen in der Stadtverwaltung sowie die verschiedenen Kantonalisierungen eine grosse Herausforderung (Zügel- und Umstellungsaktionen, Änderungen von Zugriffsberechtigungen, Neuanschaffungen von Arbeitsplatzinfrastrukturen, Installation von Software, Nachführung des Inventars, Verrechnung der Dienstleistungen).

Dank der automatisierten Software-Verteilung konnte das notwendige Rollout des Servicepacks 2 des Windows XP-Betriebssystems auf allen städtischen PCs ohne grössere Schwierigkeiten durchgeführt werden.

Die Zahl der vermittelten Anrufe an die Hotline erhöhte sich um rund 30 Prozent auf 8801; gleichzeitig ging die Anzahl der aufgelegten Anrufe zurück. Für das Jahr 2007 sind weitere Verbesserungen angestrebt.

Der IDW-Schulungsraum wurde mit demjenigen der KAP (Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte) zusammengelegt. Die KAP ist für die Räumlichkeiten und deren Administration, die IDW sind für den IT-Betrieb zuständig. Die eLearning-Plattform hat sich bewährt und wird laufend ausgebaut. Sie wird für die PC-Basisausbildung sowie für die Schulung neuer Anwendungen in der Stadtverwaltung benützt. Die Anzahl der besuchten Informatik-Schulungskurse ist allerdings weiterhin rückläufig (2006: 135, 2005: 193). Der Grund dafür ist der immer bessere Ausbildungsstand der Mitarbeitenden. Allerdings zeigt die Anzahl der Hotline-Anrufe, dass eine stärkere Sensibilisierung für Schulung und damit für einen effizienteren Computereinsatz nötig wäre.

Datenkommunikation und Telefonie

Datenkommunikation

Das Backbone-Netzwerk (Kernnetz der städtischen Netzstruktur) konnte über das gesamte Kalenderjahr störungsfrei betrieben werden. Insgesamt sind 2772 Geräte am Netzwerk angeschlossen.

Grössere Aufwendungen sind für die Betreuung der Firewallumgebung nötig. Zwar wird die eigentliche Firewall (Netzwerk-Sicherheitskomponente) von einer externen Firma betrieben, die immer häufigere Zusammenarbeit von städtischen Dienststellen mit externen Firmen und Personen über das Internet erfordert aber viele Abklärungen und Sicherheitsüberprüfungen.

Der Kanton Zürich hat seinen Knoten des Kantonalen Netzwerkes LEUnet in den Hauptknoten des städtischen Verwaltungsnetzwerks verlegt. Dadurch erhält Winterthur ab 2007 eine redundante Anbindung ans kantonale Netzwerk. Stadtwerk Winterthur konnte von der Verlegung ebenfalls profitieren und viele Standorte der Kantonalen Verwaltung über ihr City-Netz erschliessen. Die IDW engagieren sich weiterhin im LEUnet und sind in der kantonalen Betriebsgruppe LEUnet vertreten.

Planung und Realisierung von universellen Kommunikationsanlagen (UKV) wurden im Hinblick auf das Projekt FOKUS nur auf Sparflamme vorgenommen und betrafen grösstenteils nicht FOKUS-relevante Gebäude wie zum Beispiel die Werkstätten der KAP in Rümikon oder die Neubauten von Michael- und Maurerschule.

Telefonie

Im Bereich Telefonie standen zwei Projekte im Vordergrund: Zum einen die Ablösung des stadtweiten Voice-mail-Systems und zum anderen der Ersatz der Sprachaufzeichnung bei der Stadtpolizei. Der Ersatz Voicemail stellt hohe Ansprüche an die Integration. Das neue System kommt nicht mehr aus der klassischen Telefonwelt, sondern ist ein netzwerkbasierendes Computersystem mit Integration in die E-Mail-Umgebung der Stadt. Die produktive Freigabe erfolgt im ersten Quartal 2007. Ebenfalls einer Gesamterneuerung wurden die Schaltungen für die Notrufnummern unterzogen. Anlass dazu war die Ausgliederung des Feuerwehr-Notrufs 118 an die Regionale Alarmzentrale in Kloten. Durch die neuen Schaltungen entsteht eine deutlich höhere Ausfallsicherheit aller Notrufnummern.

Liegenschaftenverwaltung

Zentrales Immobilienmanagement (ZIM)

Das Projekt «Zentrales Immobilienmanagement (ZIM)» hat zum Ziel, alle immobilienbezogenen Leistungen in einem Kompetenzzentrum zusammenzuführen. Mit einem zentralen Immobilienmanagement soll eine nachhaltige Steigerung der Effizienz und Werthaltigkeit des städtischen Immobilienportfolios erreicht werden. Das Konzept wird in drei Phasen konkretisiert, wobei der Stadtrat nach jeder Phase auf Grund einer Nutzungsanalyse über die Fortführung des Projektes entscheiden wird. Für die Konzeption des Projektes und die Prüfung des Nutzens hat der Stadtrat die Firma Wüest & Partner als Beraterin beauftragt. Erste Resultate werden im Frühsommer 2007 erwartet.

Bewirtschaftung der Liegenschaften des Finanzvermögens

Die Liegenschaften des Finanzvermögens sind entsprechend den Vorschriften des Kantons neu bewertet worden. Mit der Neubewertung wurde das überbewertete Grundeigentum (Fr. 19 619 173.00) zu Lasten des Eigenkapitals aufgelöst sowie die Buchwerterhöhung (Fr. 58 761 094.46) dem Eigenkapital gutgeschrieben. Daraus resultiert für die Stadt neu ein Eigenkapital von rund 37 Millionen Franken.

Immobilienmarkt Winterthur

Der Leerwohnungsbestand ist in der Stadt Winterthur im Jahr 2006 (Stichtag 1. Juni) auf 0,45 Prozent des Gesamtbestandes leicht gestiegen (2005: 0,32 %; 2004: 0,67 %). Dies entspricht per Stichtag 208 leer stehenden Wohnungen. Von den Liegenschaften des Finanzvermögens und der Pensionskasse standen per Ende 2006 11 Wohnungen bzw. Einfamilienhäuser leer (1,64 % von total 670 Mietobjekten). Dabei handelt es sich vor allem um grössere Wohneinheiten im oberen Preissegment sowie um Objekte, die im Hinblick auf einen bevorstehenden Verkauf nicht mehr vermietet wurden. Insgesamt fanden 74 (83) Wohnungswechsel statt. Eine Wiedervermietung war mehrheitlich problemlos möglich.

Mietzinsentwicklung

Die unverändert tiefen Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt haben die Zürcher Kantonalbank dazu veranlasst, den mietrechtlich relevanten Hypothekenzinssatz im Jahr 2006 auf dem Vorjahresniveau von 3 Prozent zu belassen. Die Mietzinse der Liegenschaften des Finanzvermögens und der Pensionskasse erfuhren demzufolge keine relevanten Mietzinsanpassungen.

Sanierungen

Für die Sanierung von bestehendem Wohnraum sind entsprechende Sanierungsgutachten erstellt und die Verpflichtungskredite im Voranschlag 2007 eingestellt worden. In den Liegenschaften Freiestrasse 1/3 und Hörnlistrasse 25–29 sind Modernisierungen des Wohnraumes sowie der Aussenhülle vorgesehen. Diese Aktivität entspricht auch den Vorstellungen der stadträtlichen Wohnungspolitik.

Restaurantbetriebe

Im vergangenen Jahr gab es einen Pächterwechsel: Das Café Rathaus ist im Anschluss an die Betriebsaufgabe per Ende April 2006 saniert und attraktiver gestaltet worden. Die Wiedereröffnung unter dem neuen Namen «Bistro im Rathaus» erfolgte per 1. Dezember 2006.

Die Umsätze in den im Jahre 2005 renovierten und neu verpachteten Lokalen «Tres Amigos im Rheinfels» und «Schlosshalde Mörsburg» haben sich erfreulich entwickelt und widerspiegeln die hohe Kundenakzeptanz der beiden Gaststätten.

Bewirtschaftung der Landwirtschaftsbetriebe und der unbebauten Grundstücke

Landwirtschaftsbetriebe

Die Landwirtschaftsbetriebe werden durch Pächterfamilien bewirtschaftet, vorwiegend mit Tierhaltung und Ackerbau. Ökologische Bewirtschaftungsformen wie Bio oder Ökologischer Leistungsnachweis (ÖLN) haben sich in den vergangenen Jahren mit der Neuorientierung der Agrarpolitik durchgesetzt. Dabei werden die Landwirte verpflichtet, nebst umfangreichen Bewirtschaftungsaufgaben, welche eine naturnahe Landwirtschaft unterstützen, mindestens sieben Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche als ökologische Ausgleichsfläche auszuscheiden.

Die Wohn- und Ökonomiegebäude sind in der Vergangenheit ordentlich unterhalten worden. Für eine Neuausrichtung der städtischen Landwirtschaftsbetriebe sind eine Bestandesanalyse sowie eine zukunftsorientierte Planung in Arbeit. Ziel dieser Bestrebungen ist es, die Betriebe mit realen Perspektiven für die Zukunft zu wappnen im Sinne einer naturnahen, betriebswirtschaftlich sinnvollen sowie Existenz sichernden Landwirtschaft.

Bewirtschaftungsformen	ÖLN		Bio	
	2006	2005	2006	2005
Landwirtschaftsbetriebe der Stadt	9	9	1	1
Landwirtschaftsbetriebe in Winterthur	65	65	3	3

Pünten

Insgesamt wurden 78 Pünten gekündigt. Kündigungen und Neuverpachtungen von Pünten sind praktisch ausgeglichen. Der Umzug der Püntenanlage von der Frauenfelderstrasse nach dem Rietberg/Rietgraben hat sich um ein Jahr verzögert. Der Umzug wird somit erst Ende 2007 abgeschlossen sein.

Das städtische Püntenland in Zahlen

	Aren		Pünten	
	2006	2005	2006	2005
Eigentum Stadt Winterthur	5191	5215	3071	3080
Verwaltung durch Stadt	1123	1146	726	737
Verwaltung durch Püntenpächterverein (PPV)	3831	3831	2203	2203
Verwaltung durch Baugenossenschaft Union	69	69	29	29
Verein Pünten Vogelsang	169	169	111	111
Eigentum Private/SBB				
Verwaltung durch PPV	221	221	204	204

Ackerbaustelle

Die Ackerbaustelle ist für die agrarpolitischen Massnahmen auf Stadtgebiet zuständig. Sie bearbeitete 73 (76) Gesuche für Direktzahlungen und 65 (69) Gesuche für Zollrückerstattungen auf Treibstoffen.

Landwirtschaftskommission

Die Landwirtschaftskommission behandelte ihre Geschäfte in zwei Sitzungen.

Bewirtschaftung der Verwaltungsliegenschaften

Die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sind zu 100 Prozent belegt. Das Obergeschoss der Liegenschaft Hegfeldstrasse 4a (ehemals TMZ) wird nach erfolgter Renovation mit Anpassung an die feuerpolizeilichen Auflagen von der International School Winterthur (ISW) für Schulungszwecke genutzt. Der Alterstreffpunkt Königshof wurde vom Departement Soziales an die Pro Senectute untervermietet. Die 3. Etappe der Restaurierungsarbeiten an der Sandsteinfassade am Osttrakt des Stadthauses ist abgeschlossen. Die vierte und letzte Etappe, die Sanierung der Nordfassade mit Umgebung, wird im Herbst 2007 abgeschlossen sein. Im Rathaus fanden 66 Anlässe statt: davon 34 im Gemeinderatssaal und 32 im Festsaal. Im alten Stadthausaal fanden 210 Anlässe statt.

Betrieb Mehrzweckanlage Teuchelweiher

Die Mehrzweckanlage Teuchelweiher (MZA) wird sowohl für militärische als auch zivile Zwecke genutzt. Die zivilen Belegungszahlen bei den Unterkünften sind gegenüber dem Vorjahr wiederum rückläufig. Demgegenüber ist eine Zunahme von einwöchigen Stabskursen zu verzeichnen. Die Militärpolizei führte einen vierwöchigen WK durch. Die Reithallen sind gegenüber dem Vorjahr vermehrt für Veranstaltungen genutzt worden (vgl. nachstehende Aufzählung der grössten Veranstaltungen).

Die 2. Etappe der Lärmschutzmassnahmen in der grossen Reithalle ist abgeschlossen und die Schallmessungen ergeben markant bessere Werte. Damit ist die Belegung der grossen Reithalle mit den heute bekannten Veranstaltungen sichergestellt.

Militärische Einquartierungen der MZA Teuchelweiher

	2006	2005
Übernachtungen	8 897	5 565
Benützung Büro- und Theorieräume in Tagen	147	209
Benützung Reithallen in Stunden	122	201
Frühstücke	3 595	4 058
Mittagessen	4 712	5 104
Nachtessen	2 964	3 204

Zivile Nutzung der MZA Teuchelweiher

	2006	2005
Übernachtungen	6 622	10 251
Benützung Reithallen in Tagen	167	132
Benützung Reithallen in Stunden	110	18
Vermietungen Büro- und Theorieräume	154	154
Frühstücke	3 660	4 671
Küchen- und Essraumbenützung	133	133

Als grösste Veranstaltungen in den Reithallen sind zu erwähnen:

- Reithallengottesdienste der Stiftung Schleife
- Fussball WM Liveübertragung
- FAKOWI (Winterthurer Fasnacht)
- 7. Begegnungswoche Zirkus
- Rampenverkauf der Firma Hugi Decor
- Velobörse der IG Velo
- Pflanzenversand der Firma Samen Mauser
- Absolvententag der ZHW
- Kinderkonferenz der Stiftung Schleife
- 1. Maifeier der Gewerkschaft Unia
- 200-Jahrfeier der Offiziersgesellschaft Winterthur und Umgebung
- 8. Winterthurer Oktoberfest der Brauerei Heineken Switzerland
- Spielsachensammlung des Hilfswerkes Pro Adelpheos
- 1. Weinmesse des Weinbauvereins Winterthur und Umgebung sowie Weinland
- Juniorentag des FC Phönix

- Gottesdienst der Harvest Church
- Schulsylvester des Schulhauses Rychenberg
- Bazar der Rudolf Steiner-Schule
- Piccolo-Turnier des EHC Winterthur
- Kyburgiade Konzerte
- Rampenverkauf der Firma Angela Bruderer
- Schweizer Baptistentreffen an Pfingsten
- Jugendschachturnier
- Kaninchenausstellung
- Hallenflohmärkte, Ausstellungen, Anlässe usw.

Jugendunterkunft Löwengarten

Die als Übergangslösung eingerichtete Jugendunterkunft Löwengarten weist im sechsten Betriebsjahr eine Auslastung von 43 (48) Prozent aus.

	2006	2005
Betten	30	30
Gäste	1051	1081
Übernachtungen	2 349	2 614
Frühstücke	674	708

Wachterareal

Wiederum gastierten vier Zirkusse sowie das «Merlin-Ess-Theater» auf dem Wachterareal.

Liegenschaftshandel

Im Berichtsjahr wurden Verkäufe im Gesamtwert von 30 946 144 Franken vollzogen. Verglichen mit dem Vorjahr ist das Verkaufsvolumen um 4 Millionen Franken angestiegen. Verkauft worden sind: Zehn Wohn- und Geschäftshäuser (Vorjahr: 13), ein Ferienheim, sechs Einfamilienhaus-Baulandparzellen (13), ein Grundstück für Industrie- und Gewerbebauten (2), ein Wohnbauland-Areal (0), eine Landwirtschaftsparzelle (0), eine Ausnutzungsübertragung (0) und eine Baurechtsbaute (0). Drei Grundstücke wurden zum Arrondieren von angrenzendem Bauland veräussert. Insgesamt sechs Baurechte (2), fünf für Wohnbauten und eines für eine Gewerbebaute, sind aufgelöst und zwei neue (2) errichtet worden. Die gesamte Fläche des städtischen Grund- und Immobilienbesitzes beträgt neu 2948,2 Hektaren (2942,6).

Käufe Verwaltungsvermögen

Kaufobjekt	Verkäuferchaft
Kat. Nr. 9269, 1818,0 m ² , Tösstalstrasse, Acker und Wiese, E2	Erben Julius Stürzinger-Müller Tösstalstrasse 231 8405 Winterthur
Total Kaufsumme	Aus Datenschutzgründen muss auf die Bekanntgabe der Kaufsumme verzichtet werden.

Verkäufe Finanzvermögen

Kaufobjekt	Käuferschaft
L.-Nr. 148, via Crappun 10, 7503 Samedan 3177,0 m ² , Ferienhaus «Chesa Bellevue», Kernzone	Baugesellschaft Bellevue 7503 Samedan
Kat. Nr. 5058, Bachtelstrasse 51 305,0 m ² , Wohnhaus und Schopf, K III	Ch. Baumann u. F. Dubach Bachtelstrasse 51 8400 Winterthur
Kat. Nr. 12829, Pfaffenwiesenstrasse 67 616,0 m ² , Wohnhaus, W2/2,0	D. u. D. Rohner-Bärtschi Morgenweg 3 8404 Winterthur
Kat. Nr. 9334, Pfaffenwiesenstrasse 85 590,0 m ² , Wohnhaus, W2/2,0	P. Morassi u. L. Gwerder Pfaffenwiesenstrasse 59 8404 Winterthur
Kat. Nr. 10958, Waldeggrasse 59a 306,0 m ² , Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten, W2/1,2 (Auflösung Baurecht)	Th. Keller u. M. Wolfensberger Keller Waldeggrasse 59a 8405 Winterthur

Kaufobjekt	Käuferschaft
Kat. Nr. 10957, Waldeggrasse 59b 143,0 m², Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten, W2/1,2 (Auflösung Baurecht)	Silvia Stäheli Waldeggrasse 59b 8405 Winterthur
Kat. Nr. 10956, Waldeggrasse 59c 240,0 m², Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten, W2/1,2 (Auflösung Baurecht)	G. Bättig u. I. Spörri Bättig Waldeggrasse 59c 8405 Winterthur
Kat. Nr. 10955, Waldeggrasse 59d 240,0 m², Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten, W2/1,2 (Auflösung Baurecht)	Daniel u. Monika Allenbach-Frei Waldeggrasse 59d 8405 Winterthur
Kat. Nr. 10954, Waldeggrasse 59e 270,0 m², Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten, W2/1,2 (Auflösung Baurecht)	Walter Bösch Waldeggrasse 59e 8405 Winterthur
Kat. Nr. 16479, Hulmenweg 82 2211,0 m², Wohnhaus mit Scheune und Hühnerhaus, K IV / Lw; Kat. Nr. 16480, Hulmenweg bei 82 2932,0 m², Hofraum und Garten, Lw	Mathias Meier u. Andrea Vetter Meier Hulmenweg 82 8352 Ricketwil-Räterschen
von Kat. Nr. 5425, Schweikhofweg bei 2 237,0 m², Wiesen (Arrondierung), Lw	Walter Krebs Schweikhofweg 2 8408 Winterthur
Kat. Nr. 6949, Neuburgstrasse 53 374,0 m², Hofraum und Garten (Bauland), KIII	Thomas Ullmann Lindenstrasse 14 8307 Effretikon
Kat. Nr. 6950, Neuburgstrasse 59 407,0 m², Hofraum und Garten (Bauland), KIII	Eva Vohralik Oesch u. Heinz Oesch Madetswilerstrasse 1 8332 Russikon
Kat. Nr. 6951, Neuburgstrasse 61 348,0 m², Hofraum und Garten (Bauland), KIII	Thomas Gläser u. Johanna Meisser Mühlebrückestrasse 5 8400 Winterthur
Kat. Nr. 6947, Neuburgstrasse 57 336,0 m², Hofraum und Garten (Bauland), KIII	Peter Kyburz u. Peter Wolfensberger Etzbergstrasse 42b 8405 Winterthur
Kat. Nr. 6948, Neuburgstrasse 55 200,0 m², Hofraum und Garten (Bauland), KIII	Ulrike u. Daniel Krebs-Sinofzik Hinterdorfstrasse 21 8405 Winterthur
Kat. Nr. 15116, Haldenrainstrasse 84,0 m², Feuerwehrgeräteort, KIII	Verena Weidmann Breitenmoser u. Jakob Weidmann u. Heidi Kaufmann 8404 Stadel (Winterthur)
von Kat. Nr. 4898, Ausserdorfstr. bei 20 218,0 m², Acker und Wiese (Arrondierung), F(r)	Alfred Schaffner Schickstrasse 11 8400 Winterthur
Kat. Nr. 5777, Oberfeldstrasse bei 10 236,0 m², Hof und Garten (Arrondierung), E2	Salah u. Gertrud R. Yakoubi-Bardill Oberfeldstrasse 10 8408 Winterthur
Kat. Nr. 14457, Stäffelistrasse 6 1303,0 m², Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten, G (Auflösung Baurecht)	Vivaniro AG Stäffelistrasse 6 8409 Winterthur
Kat. Nr. 6864, Rappstrasse 23 561,0 m², Wohnhaus mit Schopf, K III Kat. Nr. 6863, 76,0 m², Weggebiet	Charlotte Gut-Müller Rappstrasse 23 8408 Winterthur
Kat. Nr. 6961, Oberfeldstrasse 115 731,0 m², Wohnhaus mit Schopf, KIII	Hermann u. Uta Romer-Rohde Färberstrasse 20 8400 Winterthur
von Kat. Nr. 10204, Ibergrein 80,0 m², Wiese (Ausnützungsübertragung), fW2/1,2	Loris R. Passerini und Ingrid Cerasa Wallrütstrasse 115/8 8404 Winterthur
Kat. Nr. 10835, Rispenweg (Im Boll/Kornweg) 613,0 m², Acker und Wiese (Bauland), W2/1,2	Urs Bänziger Fröhlichstrasse 51 8008 Zürich
Kat. Nr. 9655, Ohrbühlstrasse 30 2549,0 m², Wohnhaus und Scheune, I2	Baltensperger AG Hochbau Alte Poststrasse 31 8472 Seuzach
auf Kat. Nr. 9360, Brühlbergstrasse 0,0 m², Behindertenheim, Oe (Übertragung Baurechtsbaute)	Brühlgut-Stiftung für Behinderte Brühlbergstrasse 6 8400 Winterthur
Kat. Nrn 1873 und 1871, Zelgliareal 6229,0 m² & 17 192,0 m², ehem. Sportanlagen usw. (Bauland), W2/2,0	L + B AG, HGV Stationsstrasse 12 8406 Winterthur
Kat. Nr. 16518, Räterschenstrasse 5 944,0 m², Wohnhaus mit Scheune, KIV / Lw	Marcel u. Eva Ernst-Kessler Ricketwilerstrasse 81 8352 Räterschen
Kat. Nr. 281, Kanzleistrasse 2 150,0 m², Wohnhaus; Kat. Nrn. 4674 u. 4675 109,0 m² & 84,0 m², Garten, KIII	Josef u. Nicole Schwarz-Hunziker St.-Johann-Strasse 33 8500 Frauenfeld

Kaufobjekt	Käuferschaft
Kat. Nr. 15982, Sandgrubenstrasse 3000,0 m², Acker und Wiese (Bauland), G	Wenger Automation & Engineering AG Sandgrubenstrasse 1 8409 Winterthur
Kat. Nr. 1103, Im Kramer, Veltheim 1385,9 m², Acker und Wiese, Lw	Kaspar Stadler u. Karin Komar Stadler Sommerhaldenstrasse 20 8400 Winterthur
Total Verkaufsumme	Fr. 30 946 144.00

Neue Baurechte

Objekt	Baurechtsnehmer/-innen
Kat. Nr. 5165 Untere Schöntalstrasse 29 1323 m² Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten (SR-Nr. 5164)	Heinrich und Jasmin Schick geb. Loss Salomon-Hirzel-Strasse 6 8408 Winterthur
Kat. Nr. 9360 Brühlbergstrasse 6 6190 m² Gebäudegrundfläche und Umgelände (SR-Nr. 9800)	Brühlgut-Stiftung für Behinderte Brühlbergstrasse 6 8400 Winterthur

Zentrale Dienste

Die Abteilung Finanzen/Controlling wurde um die Abteilung Dienste erweitert und heisst neu Hauptabteilung Finanzen/Controlling/Dienste. Sie ist neben der gesamten Buchhaltungsabwicklung auch für die Personaladministration sowie den Empfang und die Telefonzentrale verantwortlich. Ausserdem obliegt ihr die zentrale Betreuung des Liegenschaftenbewirtschaftungs- und Inkassosystems «Immovision» sowie der verschiedenen nutzerdefinierten Intranetapplikationen. Die buchhalterisch relevanten Daten werden monatlich in elektronischer Form via Schnittstelle ins Stadtbuchhaltungssystem CS2 übermittelt. Die Abstimmung der Scharnierkonten wird dadurch monatsgenau sichergestellt.

Die Debitorenbewirtschaftung ist mit einem fixen Mahnlauf pro Monat standardisiert. Es wurden 1370 (1579) Mahnungen zugestellt. Für ausbleibende Miet- oder Pachtzinse mussten 12 (9) Betreibungen eingeleitet und sieben (4) Kündigungen ausgesprochen werden.

Liegenschaftenbestand

Die Liegenschaftenverwaltung verwaltet folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:

	2006	2005
Finanzvermögen		
Wohn- und Geschäftshäuser		
Wohnungsverträge	372	381
Einfamilienhausverträge	66	72
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	166	170
Garagenverträge	92	93
Parkplatzverträge	137	133
Sozialer Wohnungsbau		
Einfamilienhausverträge	23	23
Garagenverträge	2	2
Parkplatzverträge	21	21
Restaurants		
Restaurants (1 Verwaltungsvermögen)	12	12
Wohnungsverträge	25	25
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	8	6
Landwirtschaftliche Pachtbetriebe		
Bauernhöfe mit total 145 ha Land	10	10
Unbebaute Grundstücke des Finanzvermögens		
Land	358 ha	358 ha
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	520	520
Baurechte		
Baurechte für Wohnbauten	36	41
Baurechte für Industriebauten	43	44
Verwaltungsvermögen		
Verwaltungsliegenschaften		
Wohnungsverträge	9	9
Benützungsverträge Stadtverwaltung	99	99
Garagenverträge	24	24
Parkplatzverträge	75	75
Betrieb Mehrzweckanlage		
MZA Teuchelweiher (Alt- und Neubau)	1	1
Anlage Luftschutztruppen ALST Steinacker	1	1
Schiessanlagen (Ohrbühl / Wieshof)	2	2
Objekte (Plätze, Parkplätze usw.)	12	13
Übrige Liegenschaften des Verwaltungsvermögens		
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	26	26
Garagenverträge	5	5
Parkplatzverträge	24	24
Püntenverwaltung		
Pachtverträge (inkl. Arealpachtverträge)	772	772
Verwaltungsmandate		
Liegenschaften der Pensionskasse		
Wohnungsverträge	189	189
Einfamilienhausverträge	8	8
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	3	3
Garagenverträge	89	89
Parkplatzverträge	44	44
Diverse städtische Objekte		
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	55	39
Restaurants	4	1
Baurechte	7	7
Inkassomandat für diverse städtische Objekte		
Wohnungsverträge	141	145
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	19	30
Garagenverträge	29	29
Parkplatzverträge	94	160

Departement Bau

Am 3. Mai 2006 übernahm Stadtrat Walter Bossert die Führung des Departements von Reinhard Stahel. Die neue Organisation des Bereichs Tiefbau wurde am 1. März 2006 in Kraft gesetzt. Max Reifler übernahm die Leitung, Heinz von Moos als Nachfolger von Max Kummer die Leitung der Hauptabteilung Verkehrswege und Ueli Sieber die Leitung der Stadtentwässerung. Der Stadtarchitekt Alois Ulrich verunglückte tragischerweise im September 2006 tödlich. Mitte Jahr übernahm Barbara Oberholzer die Leitung der Feuerpolizei von Peter Vogel. Beim Stadtplanungsamt verliessen Helen Bisang, Leiterin Erschliessungsplanung, und Beatrice Aebi, Leiterin Siedlungsplanung, die Stadtverwaltung. Der Stadtrat hat Michael Hauser als Leiter des neuen Amts für Städtebau (ehemals Stadtplanungsamt und Bereich Hochbau) bestimmt. Er nimmt am 1. Februar 2007 seine Arbeit auf.

Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt bei folgenden Sachgeschäften:

- Am 22. März setzte der Stadtrat das Inventar der kommunalen Denkmalschutzobjekte fest. Darin sind noch 1156 Objekte enthalten. Es wurde von breiten Kreisen begrüsst, weil es insbesondere die Rechtssicherheit bei Bauvorhaben für die Planenden und die Bauherrschaften erhöht.
- Am 10. Mai stimmte der Grosse Gemeinderat dem privaten Gestaltungsplan Milchküche zu. Gleichzeitig wurde auch der Investitionsbeitrag von 1,36 Mio. Franken für ein Veloparking mit 800 Einstellplätzen und der jährlich wiederkehrende Nettokredit von 300 000 Franken für den Betrieb des Parkhauses, befristet auf drei Jahre, genehmigt.
- Am 13. Juli und am 1. November fanden Foren zum Masterplan Stadtraum Bahnhof Winterthur statt. Am 25. Oktober hat der Stadtrat das Departement Bau beauftragt, das Einwendungsverfahren über die Streichung der Rudolfstrasse aus dem kommunalen Verkehrsplan durchzuführen. Gleichzeitig wurde dem

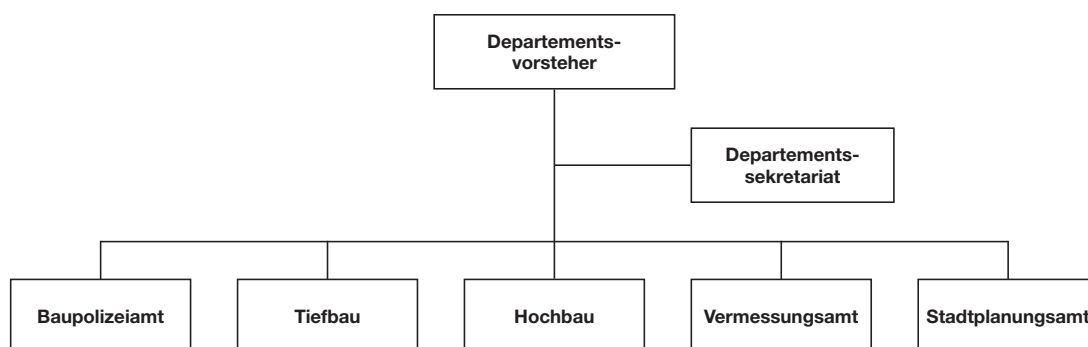
Grossen Gemeinderat für die Weiterführung der Arbeiten ein Kredit von 500 000 Franken beantragt.

- Im Sommer wurde das Einwendungsverfahren über verschiedene Änderungen und Nachführungen des kommunalen Richtplans und der Nutzungsplanung durchgeführt, u.a. auch die Streichung der Scheideggstrasse zwischen Industriestrasse und St. Gallerstrasse aus dem kommunalen Verkehrsplan. Der Stadtrat wird dem Grossen Gemeinderat Anfang 2007 die Änderungen und den Bericht zu den Einwendungen vorlegen.
- Aufgrund von statischen Mängeln verfügte der Vorsteher Ende Oktober einen Baustopp beim Schulhaus Sennhof. Das Projekt musste vollständig überprüft und überarbeitet werden. Anfang 2007 hat der Stadtrat 2,44 Mio. Franken als gebundene Ausgaben zur Deckung der Kosten für den Baustopp, für die Nachbesserungen und für weitere Arbeiten gesprochen. Eine Administrativuntersuchung wurde eingeleitet.
- Am 6. Dezember beantragte der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat einen Kredit von 2,49 Mio. Franken für die Erstellung von zwei Salzsilos und für die Zusammenlegung der Revierstützpunkte 84 und 86 in einem Neubau in Töss-Auwiesen.
- Am 7. Dezember 2006 wurde die neue Haltestelle Winterthur Hegi eingeweiht.

Zudem haben sich das Departement und der Stadtrat intensiv mit verkehrsplanerischen Fragen beschäftigt. Bei den Bundes- und Kantonsparlamentariern, der Regierung und in der Regionalplanung Winterthur und Umgebung wurde für die Verkehrsanliegen der Stadt geworben. Dabei standen die Kapazitätssteigerung bei der Bahn zwischen Winterthur und Zürich und die Autobahn-Südostumfahrung Winterthur im Vordergrund.

Gegen Vergabeentscheide des Stadtrats gingen drei Beschwerden beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich ein. Eine wurde zurückgezogen, eine weitere durch das Verwaltungsgericht abgeschrieben und die dritte zu Gunsten der Stadt entschieden.

Departement Bau



Stadtplanungsamt

Siedlungsplanung

Das 2004 vorbereitete Änderungspaket der Nutzungsplanung mit verschiedenen Umzonungen und technischen Änderungen konnte im Dezember der Baudirektion zur Genehmigung eingereicht werden. Für die im Herbst 2005 eingeleitete Änderung der Richt- und Nutzungsplanung (Revisionspaket 2006) läuft das Einwendungsverfahren, wie auch für die Streichung der Rudolfstrasse aus dem kommunalen Verkehrsplan. Das Testplanungsverfahren zum städtebaulichen und freiräumlichen Entwicklungskonzept Zeughaus-Teuchelweiher südlich der Altstadt wurde unter Federführung der Stadtentwicklung im November abgeschlossen und die Resultate des Verfahrens im Forum Architektur vorgestellt. Die Entwicklung der drei ehemals städtischen Areale (Schenkelwiese, Zelgli und Tägelmoo) sind weitgehend abgeschlossen. Das Wettbewerbsresultat Tägelmoo wurde im Forum Architektur der Öffentlichkeit präsentiert.

Die Baudirektion hat die privaten Gestaltungspläne «Milchküche» und «Spitalparking» im September respektive im Oktober genehmigt. Der private Gestaltungsplan «Pferdesportanlage Sporrer» sowie die damit verbundene Richtplananpassung liegen der Baudirektion zur Genehmigung vor. Die privaten Gestaltungspläne «Grienen» sowie «Sulzer-Areal Zürcherstrasse, Bereich 2» wurden der Baudirektion zur Vorprüfung eingereicht.

Die Verfahrenskostenabrechnung des Quartierplans «Maierenried» und des Quartierplans «Dätttau» wurden erstellt und vom Stadtrat genehmigt. Die Bauarbeiten im Quartierplangebiet «Iberg Südhang» sind bis auf den Feinbelag abgeschlossen. Der Quartierplan «Wyden» ist von der Baudirektion genehmigt. Die Teilrevision des Quartierplans «Kurlistrasse» wurde vom Stadtrat festgesetzt und dem damit verbundenen privaten Gestaltungsplan «Bäumliwiese» zugestimmt.

Der Grosse Gemeinderat hat die Baulinienvorlagen Weststrasse, Dätttauernstrasse mit Brüttenerfussweg, Wartstrasse mit Schloss- und Talhofweg, Technikum-/Lagerhaus-/Turmhaldenstrasse, Bahnhofplatz und Hörnlistrasse festgesetzt. Sie sind von der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons teilweise bereits genehmigt. Weitere Baulinienvorlagen nördlich der Station Töss, an der Bullingerstrasse mit Kreuzeggweg, am Traubenweg, an der Wieshofstrasse bei der Wespimühle und an der Iberg-/Weierstrasse wurden vom Grossen Gemeinderat festgesetzt.

Verkehrsplanung

Die periodische Erfassung der Verkehrsbelastungen an rund 70 Querschnitten des städtischen Hauptstrassennetzes wurde fortgesetzt. Zahlreiche zusätzliche Zählungen dienten der Beurteilung konkreter Probleme. Die erhobenen Durchfahrten in der Rudolfstrasse sowie des ganzen Gebiets südlich der Altstadt vermitteln Angaben über tatsächlich durchgeführte Fahrten. Die Zählergebnisse werden Ende Jahr zusammen mit weiteren Verkehrsdaten bezüglich Geschwindigkeiten, Strassenlärm

und Unfallgeschehen im «Verkehrsbericht 2006» veröffentlicht. Im Rahmen der Änderung der Richt- und Nutzungsplanung wurden auch die vier kommunalen Verkehrspläne überarbeitet. Beim Hochleistungsstrassennetz steht der definitive Entscheid betreffend Südostumfahrung Winterthur noch aus. Weitere Abklärungen waren daher sowohl in Oberwinterthur (Trasseesicherung), wie auch im Bereich des Stadtzentrums (Heiligbergtunnel) nötig. Die in diesem Zusammenhang aufwändig ermittelten Belastungswerte südlich des Stadtzentrums ermöglichten eine aussagekräftige Beurteilung.

Das kantonale Konzept für eine regionale Verkehrssteuerung (RVS) liegt vor. Konkrete Massnahmen zeigen auf, wie die Funktionsfähigkeit des bestehenden Hauptverkehrsstrassennetzes optimiert, und die Verlustzeiten des Busverkehrs minimiert werden können. Neben der alljährlichen Grobanalyse der Unfallschwerpunkte bilden Sicherheitsprobleme der Bevölkerung immer wieder Anlass zu Überprüfungen und Verbesserungsvorschlägen, so zum Beispiel an der Wülflinger-, Rümiker- und Schlossalstrasse. Aufgrund von Diskussionen in der Arbeitsgruppe Velo konnte das städtische Radroutennetz an zahlreichen Stellen sowohl bezüglich Sicherheit wie Qualität verbessert werden. Die Routen-Signalisation «Veloland» sowie der regionalen und kommunalen Verbindungen ist soweit fortgeschritten, dass die Fertigstellung innert Jahresfrist erfolgen kann. Mit der Verdichtung der Abstellsysteme im bahnhofnahen Abschnitt der Stadthausstrasse wurde die unbefriedigende Situation wesentlich entschärft.

Obwohl das Potential für weitere Tempo-30-Zonen auf Stadtgebiet nur noch bescheiden ist, hält die Nachfrage an. Neu sind die Tempo-30-Zonen Lindberg und Seen Zentrum signalisiert. Für die Gebiete Wyland, Heiligberg, Wildbach und Veltheim geben Gutachten Auskunft über gewünschte Tempo-30- oder Parkkartenregime. In den seit 1990 signalisierten rund 50 Tempo-30-Zonen hat die Stadtpolizei bei rund 190 Geschwindigkeitskontrollen rund 36 500 Motorfahrzeuge erfasst. Diese Messungen sind nicht nur für die Durchsetzung der Anordnung von Bedeutung, ihre Ergebnisse bilden auch eine unerlässliche Grundlage für künftige Vorhaben.



Veloständer an der Stadthausstrasse schaffen Ordnung.

Tiefbau

Per 1. März 2006 wurde der Bereich neu organisiert. Die Tore des Werkhofs wurden für die Winterthurer Bevölkerung am 8. Juli geöffnet. Zusammen mit dem Forstbetrieb und der Stadtgärtnerei stellten die Betriebe des Tiefbaus ihren täglichen Einsatz für eine saubere Stadt vor. Der Anlass war ein Erfolg. Weitere Schwerpunkte im Bereich Tiefbau waren die Eröffnung der Haltestelle Winterthur Hegi, die Bauarbeiten für die Sanierung der Deponie Riet, der Baubeginn bei der Gesamtanierung der Frauenfelderstrasse zwischen Seenerstrasse und Stadlerstrasse und der Baubeginn der Johannes-Beugger-Brücke. Zudem wurde dem Grossen Gemeinderat ein Kreditantrag für die Zusammenlegung der Revierstützpunkte 84 und 86 und der Bau von zwei Salzsilos im Auwiesen beantragt. Ein weiterer Kreditantrag an den Grossen Gemeinderat betrifft die Erstellung eines neuen WCs im Stadtpark. Der Handlungsbedarf für die im Generellen Entwässerungsplan (GEP) geforderten Massnahmen wurde mit dem im Herbst durchgeführten GEP-Check aktualisiert. Seit Ende Jahr wird die Sonderabfallsammelstelle Riet nicht mehr städtisch geführt, sondern auf privater Basis.



Erschliessung des Quartiers Niderfeld durch die Johannes-Beugger-Brücke.

Verkehrswege

Bau und Werterhalt des Strassennetzes sind die Kernaufgaben der neu zusammengesetzten Hauptabteilung Verkehrswege. Mitte Juli wurden die Sanierungsarbeiten der Frauenfelder/Seenerstrasse mit neuer Lichtsignalanlage und die Bauarbeiten für die Johannes-Beugger-Brücke aufgenommen. Im November beendete man die Arbeiten für die Instandsetzung und den Anprallschutz an der Brücke Frauenfelderstrasse über die SBB-Linie Romanshorn und die Instandsetzungsarbeiten an den Brücken über die Seenerstrasse, Höhe Sulzerallee/Bügel West.

Auf den Fahrplanwechsel nahm die neue Haltestelle Winterthur Hegi ihren Betrieb auf.

Seit 1981 führt die Hauptabteilung Verkehrswege die Naturflächenbilanz nach, diese kann bei Bedarf eingesehen werden.

Fertiggestellte Tiefbauten

- Bäumlistrasse, Rychenbergstrasse – Schulhaus; Strassensanierung und Werkleitungen
- Bushaltestelle im Oberen Gern; Neubau
- Dättnauerbach, öffentliches Gewässer Nr. 121; Offenlegung/Kapazitätsvergrösserung

- Diverse Verkehrsberuhigungen in den Quartieren
- Frauenfelderstrasse, Brücke SBB-Linie Romanshorn; Instandsetzung
- Lindbergstrasse, Römerstrasse – Rychenbergstrasse; Strassensanierung und Werkleitungen
- Riedhofstrasse, Im Sporrer – Oberradstrasse; Trottoir und Strassensanierung
- S-Bahn Haltestelle Hegi; Neubau SBB
- St. Gallerstrasse, Haltestelle Hegi – Stegackerstrasse; Redimensionierung
- Zürcherstrasse, Brühleck – Jägerstrasse; Strassensanierung
- St. Gallerstrasse, neue Bushaltestelle Gewerbeschule; Linie 5 und 11

Laufende Tiefbauten

- Agnesstrasse, Obere Briggerstrasse – Jägerstrasse; Strassensanierung und Werkleitungen
- Eulach/Riedbach, Eindolungen im Bereich Seenerstrasse; Instandsetzung
- Färberquartier, Färber-/Gerber-/Schleifestrasse; Strasseninstandstellung (Deckbelag)
- Frauenfelderstrasse/Seenerstrasse, Seenerstrasse – Bahnhof Oberwinterthur; Strassensanierung/LSA
- Johannes-Beugger-Strasse, Euelstrasse – Wässerwiesenstrasse; Strasse und Brücke
- Museumstrasse, Palmstrasse – Falkenstrasse; Strassensanierung
- Steglitobelbach, Waldeggstrasse – Mattenbach; Umlegung und Bachöffnung
- Sulzerallee, Bügel West – Giessereistrasse; Strasse
- Wasserfurristrasse, Zürcherstrasse – Agnesstrasse; Strassensanierung

Projektierungen Verkehrswege

- Bahnhofplatz Nord; Gestaltung
- Eichliackerquartier I: Reutgasse, Bütziackerstrasse, Hofstrasse, Freiestrasse; Strassensanierung
- Helmweg, Eidbergstrasse – Hirtenweg; Strassensanierung
- Hedy-Hahnloser-Strasse, Kehrplatz – Neubruchstrasse; Verbindung für Buslinie
- Hofackerstrasse, Ohrbühlstrasse – Hintermühlestrasse; Strassensanierung
- Inneres Lind I: Trollstrasse, Jakobstrasse, Nelkenstrasse; Strassensanierung
- Lagerhausstrasse, Brücke über Eulach; Bauwerksanierung
- Oberseener Dorfbach, öffentliches Gewässer Nr. 313; Sanierung
- SBB «Milchküchenareal»; Veloparking
- Schlosstalstrasse, Friedliweg – Schlachthofstrasse; Strassensanierung
- Seidenstrasse, Geiselweidstrasse – General-Guisan-Strasse; Strassensanierung
- St. Gallerstrasse, Stegackerstrasse – Stadtgrenze; Strassensanierung
- Taggenbergbach, Maienried; Offenlegung öffentliche Gewässer Nr. 101
- Technikumstrasse, Turmhaldenstrasse – Lagerhausstrasse; Strassensanierung
- Tösstalstrasse, Seenerstrasse – Oberseenerstrasse; Strassensanierung
- Turmhaldenstrasse; Neubau Radweg
- Wülflingerunterführung; Verbesserung Veloquerung
- Zürcherstrasse, Jägerstrasse – Obere Schöntalstrasse; Strassensanierung
- Zürcherstrasse/J.C. Heer-Strasse/Klosterstrasse, Knotenbereich; Strassensanierung



Der kalte Winter bescherte dem Strasseninspektorat viele Einsätze.

Strasseninspektorat

Der Winter war intensiv und lag deutlich über dem 10-Jahresmittel. Total waren 70 Einsätze nötig. Der Streusalzverbrauch lag bei 1385 Tonnen (651 Tonnen im 10-Jahreschnitt).

Die Länge und die Fläche des öffentlichen Strassennetzes haben sich wie folgt verändert:

Strassenlänge	31.12.2006	31.12.2005
Überkommunale Strassen	53 979 m	53 979 m
Kommunale Strassen und Wege	308 493 m	302 750 m
Total Strassenlänge	362 472 m	356 729 m
Strassenfläche	31.12.2006	31.12.2005
Fahrbahn-, Trottoir- und Radweggebiete	2 895 626 m ²	2 866 122 m ²
Böschungen, Bankette, Seitengräben, usw.	124 139 m ²	124 139 m ²
Total	3 019 765 m ²	2 990 261 m ²

Die Zunahmen der Strassenlängen und -flächen ist auf die beiden Quartierpläne Dättbau und Maierried zurückzuführen.

Werkhof Tiefbau

Die Nachrüstung der Maschinen mit Partikelfiltern ist im Gang. Bis Ende 2006 waren alle neueren Baumaschinen nachgerüstet, die älteren kommen nächstes Jahr an die Reihe. Ein zweites mit Gas betriebenes Abfallsammel-fahrzeug wurde beschafft.

Entsorgung

Der Gewerbekehricht macht 22 % der eingesammelten 17 789 Tonnen aus. Er hat um 94 Tonnen auf 3925 Tonnen zugenommen. 56 325 Betriebscontainer wurden geleert,

Abfall

Mengenbilanz Abfallentsorgung

Jahr	EW*	Kehricht T	kg/EW*	Papier	Glas t	Metall t	Blech t	Grüngut t	Total T	kg/EW*
2002	92 875	16 785	181	5 787	2 666	672	180	8 552	34 722	374
2003	94 081	16 835	179	5 539	2 722	620	180	8 588	34 484	367
2004	95 482	17 077	179	5 776	2 689	555	181	8 928	35 386	371
2005	96 230	17 475	182	5 765	2 583	469	180	8 895	35 386	371
2006	97 732	17 789	182	5 715	2 637	452	181	9 235	36 011	368

* Einwohner/Einwohnerin

2,5 % mehr als im Vorjahr. Der Kennwert für die Sammel-leistung beträgt bei 6550 Stunden 2,72 Tonnen pro Stun-de. Die Sammelleistung ist somit vergleichsweise hoch.

Ausser dem Stadtgebiet bedient der Sammeldienst auch die Gemeinden Zell, Elgg, Elsau, Wila und Wiesen-dangen. Die folgenden Mengen wurden in den letzten Jahren gesammelt:

Jahr	Kehricht Stadt t	Kehricht Gemeinde t	Total t
2002	16 785	2 920	19 705
2003	16 835	2 965	19 800
2004	17 077	3 118	20 195
2005	17 475	3 154	20 629
2006	17 789	3 252	21 041

Beim Sammeldienst mussten 3306 Abfallsäcke (ohne Marke) beanstandet werden. Bei knapp einem Viertel (1006) konnte ein Hinweis auf den Verursacher oder die Verursacherin gefunden werden. Die Anzahl der ein-gesammelten unfrankierten Säcke ist gegenüber dem Vor-jahr (745 Säcke) um 261 Säcke angestiegen.

Die wilden Ablagerungen an den Sammelstellen haben im Berichtsjahr auf 170 Tonnen zugenommen (2005: 160 Tonnen). Die Verzeigungen ab Videoband wegen Ablage-rungen ausserhalb der Benützungzeiten oder wegen widerrechtlichen Ablagerungen sind auf 587 angestiegen (2005: 517). Ausserdem erfolgte in 142 Fällen aufgrund von Adressmaterial eine Verzeigung (2005: 168). In-sgesamt wurden 729 Personen verzeigt, 53 mehr als im Vorjahr.

Es wurden 5715 Tonnen Papier gesammelt sowie 147 Tonnen Karton (2005: 152 Tonnen). Die Anliefermenge der städtischen Grüntour ist gegenüber dem Vorjahr um 1 % auf 9235 Tonnen angestiegen. Neben der Rückführung von organischen und mineralischen Stoffen in die Land-wirtschaft und den Gartenbau ist auch die Energiebilanz dieser Verwertung beachtlich: Aus den der Vergärung zugeführten knapp 9000 Tonnen Grüngut werden rund 900 000 m³ Biogas erzeugt. Der Nettoenergieüberschuss dieser Verwertung beträgt 5 Mio. kWh.

2006 wurden 2 Kompostierkurse durchgeführt. Ausser-dem organisierte die Stadt Winterthur wieder einen Clean Up Day im Mai. Diesmal waren 27 Schulklassen (ca. 500 Personen) im Einsatz, um den Wald vom Schmutz zu befreien. Zudem wurde ein erfolgreicher Wettbewerb für Plakate zum Thema Sauberkeit veranstaltet, an dem sich 13 Schulklassen beteiligten.

Deponie Riet

An der Annahmestelle der Deponie Riet wurde Material im Umfang von 40 712 Tonnen angeliefert (inkl. 12 531 Tonnen Grünabfälle). 7727 Tonnen vermischte Abfälle wurden am Triageplatz behandelt. Dadurch konnten 112 Tonnen Altmetall für die stoffliche Verwertung und 6437 Tonnen Brennbare für die KVA ausgeschieden werden. Der Sortierrest wurde deponiert. Insgesamt wurden auf der Deponie 22 354 Tonnen feste Abfälle eingebaut. Dies entspricht einem Deponieraumverbrauch von rund



Die Unterflursammelstelle beim Einkaufszentrum Seen verhindert Lärmemissionen und schafft Ordnung.

15 854 m³. Die der Deponie Riet zugeführte Schlacke wird zuerst zwischengelagert und dann vor Ort mit einer mobilen Anlage durch einen privaten Betreiber aufbereitet. So konnten 817 Tonnen Eisenschrott und 59 Tonnen Nicht-Eisen-Schrott (Alu und Buntmetalle) wiedergewonnen werden. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Metallrecycling geleistet. Auf der Teiletappe 6.2 wird als Zwischennutzung eine Aufbereitungsanlage für Bauschutt betrieben (WINREC; private Trägerschaft).

Die Sanierung Rietberg konnte wesentlich vorangetrieben werden. Die neue Oberflächenabdeckung ist fertig. Ende Jahr wurden die Bauarbeiten für den Grundwasserschirm und die Ergänzung der Deponiebasis West ausgeschrieben.

Stadtentwässerung

Bei der Umsetzung des Generellen Entwässerungsplanes wurde anlässlich des erstmals durchgeführten GEP-Checks eine erste Zwischenbilanz gezogen. Erste Erfolge zeigten sich bei der Elimination von Fremdwasser. Zur Erfolgskontrolle sollen die Fremdwassermessungen zu einem späteren Zeitpunkt wiederholt werden. Die Dokumentation der öffentlichen Abwasserleitungen im Geografischen Informationssystem (GIS) ist weitgehend abgeschlossen, diejenige der privaten Abwasserleitungen weiter vorangetrieben. Im Zusammenhang mit Instandstellungsarbeiten an der öffentlichen Infrastruktur wurden diverse private Abwasserleitungen mittels Kanalfernsehen kontrolliert. Vorhandene Mängel mussten behoben werden. Betroffen waren die Quartiere Hofurristrasse, Seidenstrasse, Johannis-/Friedheimstrasse und Stadlerstrasse. Im Tössfeld mussten im Zuge der Vergrößerung zweier öffentlicher Kanäle etliche Grundeigentümer ihre privaten Abwasserleitungen sanieren. Die Erneuerungen der Alarmierungen der Pumpwerke über Leitkabel und GSM/Funk ist fertig. In den Pumpwerken Ohrbühl, Kyburg und in den Messstellen Elsau und Tössstal sind die Elektroinstallationen und Messeinrichtungen erneuert. Das Abwasserpumpwerk Schooren ist saniert und ebenfalls mit einer Messeinrichtung ausgerüstet. Der betriebliche und technische Unterhalt des Kanalisationsnetzes und dessen Spezialbauwerke beanspruchte das Kanalunterhaltspersonal mit rund 65 % ihrer Ressourcen. Rund 22 % des Netzes oder 71 485 m Kanalisationsleitungen sind im 2006 mit Wasser-Hochdruck gereinigt worden. 18 305 m der begehbaren Strecken (> 1,2 m) wurden kontrolliert. Mit Kanalfernsehen untersuchte man insgesamt 16 720 m Abwasserleitungen. 116 Betriebsstörungen

(Alarme) der 25 Abwasserpumpwerke forderten 67 Sofort-einsätze.

Fertiggestellte Projekte Abwasseranlagen

- Aeckerwiesenstrasse, Aeckerwiesenstrasse – Wartstrasse; Kanalerneuerung
- Agnesstrasse, Jägerstrasse – Untere Briggerstrasse; Kanalvergrößerung
- Bahnquerung Ost-/Schwalmenackerstrasse, KS 38030 – KS 37995; Kanalneubau (Unterpressung)
- Bäumlistrasse, Rychenbergstrasse – Schulhaus; Kanalerneuerung
- Färberquartier, Färber-, Mittlere/Untere Gerberstrasse, Obere/Untere Schleifstrasse; Kanalersatz
- Leimeneggstrasse, Haus Nr. 10 – Römerstrasse; Kanalvergrößerung
- Lindbergstrasse, Rychenbergstrasse – Römerstrasse; Kanalerneuerung
- Riedhofstrasse, Lantig; Meteorkanal
- Riedhofstrasse/Taggenbergstrasse; Fremdwasserelimination
- Tobelstrasse, Turmstrasse – Rehweg; Kanalinnensanierung

Laufende Projekte Abwasseranlagen

- Adlerstrasse, Gärtnerstrasse – Tössstalstrasse; Kanalvergrößerung
- Frauenfelderstrasse, Seenerstrasse – Bahnhof Oberwinterthur; Kanalneubau
- Museumstrasse, Palmstrasse – Falkenstrasse; Kanalvergrößerung
- Pestalozzistrasse, Kirchweg – Römerstrasse; Kanalvergrößerung
- Sulzerallee, Verbindungsstrasse West – Else-Züblin-Strasse; Kanalinstandstellung
- Wasserfurristrasse, Zürcherstrasse – Agnesstrasse; Kanalvergrößerung

Projektierungen Abwasseranlagen

- Allmann-/Hörnlistrasse, Tössstalstrasse – Hörnlistrasse/Allmannstrasse – Talgutstrasse; Kanalersatz
- Archareal, Lagerhausstrasse/Untere Vogelsangstrasse/Archstrasse; Misch- und Regenwasserkanäle
- Bahnhofplatz, Museumstrasse – Rudolfstrasse; Kanaldüker unter SBB
- Eichliackerquartier I: Reutgasse, Bütziackerstrasse, Hofstrasse, Freiestrasse; Kanalersatz
- Hofurristrasse; Kanalerneuerung
- Inneres Lind I: Trollstrasse, Jakobstrasse, Nelkenstrasse; Ersatz Mischwasserkanalisation
- Irchelstrasse, Breitstrasse – Jonas-Furrer-Strasse; Kanalerneuerung
- Johannisstrasse, Friedheimstrasse – Talwiesenstrasse; Kanalerneuerung
- Kreuzstrasse, Theaterstrasse – Lindstrasse; Kanalerneuerung
- Nägelseestrasse, SBB Linie – Metzgerstrasse; Kanalersatz
- Obere Briggerstrasse, Agnesstrasse – Tössfeldstrasse; Kanalerneuerung
- St. Georgenstrasse, General-Guisan-Strasse – Sträulistrasse; Kanalerneuerung
- Seidenstrasse, Adlerstrasse – Geiselweidstrasse; Kanalvergrößerung
- Wylandstrasse, Breiteplatz – Untere Vogelsangstrasse; Kanalersatz Mischwasserkanalisation
- Wylandstrasse, Breiteplatz – Zürcherstrasse; Neubau Regenwasserleitung

Projektierungen Abwasseranlagen, Innensanierungen

- Am Buck, Wallrüti – Heiniweg; Umbau Schächte
- Ebnestrasse, Grenzstrasse – Wasserfurristrasse; Relining
- Else-Züblin-Strasse, Sulzerallee – Barbara-Reinhard-Strasse; Roboter
- Herrenrebenweg, Burgstrasse – Endschacht; Relining
- Obere Briggerstrasse, Agnesstrasse – Tössfeldstrasse; Relining
- Rebwiesenstrasse, Schlosstalstrasse – Regenauslass Rebwiesen, Innensanierung manuell
- Reutlingerstrasse, Haus Nr. 26 bis Dorf; Vorabklärungen
- Scheideggstrasse und Hörnlistrasse, Grüzefeldstrasse – Talgutstrasse; Relining
- Schlosstalstrasse, Autobahnunterführung – Wieshofstrasse, Roboter
- Schlosstalstrasse, KS Nr. R5560 – KS Nr. 55630; Innensanierung manuell
- Stadlerstrasse, Binzhofstrasse – Farmerstrasse; Roboter
- Unterwegli, Unterwegli – Frauenfelderstrasse; Roboter
- Weinbergstrasse, Haus Nr. 99 – 100; Relining

Im Rahmen der Umsetzung des WC-Konzepts wurde das WC Lindengut erneuert, beim Schulhaus Seen gab es aussen eine Pinselrenovation und beim Reitweg erhielt das WC eine neue Dachhaut. Momentan laufen Projekte betreffend den WC-Anlagen Schützenwiese, Flüeli, Büelwiese, Zinzikon, Reitplatz, Stadtpark und Bäuml. Bei der Haltestelle Winterthur Hegi wurde eine neue WC-Anlage in Betrieb genommen.

Die Überwachung der abwasserrelevanten Garagenbetriebe mit einer Überprüfung der Kanalisationspläne bildeten die Schwerpunkte der Fachstelle Industrieabwasser. Regelmässig analysiert wurde der Klärschlamm aus der ARA (einmal in zwei Wochen), das Waschwasser der KVA (zweimal wöchentlich eine Mischprobe), das Sickerwasser aus der Deponie (eine Analyse auf Schwermetalle und Anionen), das Sickerwasser aus der Anlage Harzach sowie dreimal im Jahr die Sielhaut. Die Ursache einer starken Cadmiumkontamination im Klärschlamm vom August konnte nicht eruiert werden. Ein weiterer Vorfall, der zur Schaumbildung in der Töss führte, wurde durch eine Belastung der Kanalisation mit Duschgel ausgelöst. Dieses konnte in der ARA nicht vollständig abgebaut werden.

Der Entscheid die Sonderabfallsammelstelle per Ende 2006 zu schliessen, führte zu einem Einbruch der abgegebenen Sonderabfälle auf 137 Tonnen oder 72 % des Vorjahrs. Die Stadtentrümpelung wurde zum letzten Mal durchgeführt. Während vier Tagen im Mai und September wurden jeweils 24 Standorte bedient.

Hochbau

Stadtgestaltung

Rund 650 Baugesuche wurden hinsichtlich städtebaulicher Einordnung und architektonischer Gestaltung beurteilt. Material- und Farbkonzepte der Bauvorhaben, Gesuche für Baureklame und Fassadenrenovationen mussten beurteilt und genehmigt werden. Der Trend zu mehr Farbigkeit am Bau beschäftigte die Stadtgestaltung und den Bauausschuss in zunehmendem Ausmass. In wenigen Fällen musste eine Anpassung verlangt werden oder es kam zu Schlichtungsgesprächen mit Nachbarn. Die Beratung von Bauwilligen vor der Eingabe eines Baugesuches in enger Zusammenarbeit mit dem Baupolizeiamt hat sich erfreulich entwickelt. In der Projektentwicklung wurde eine grössere Studie für die Depotentwicklung von Stadtbüs Winterthur bis 2020 bearbeitet. Für die Realisierung des Neubaus Schulhaus Niderfeld in Wülflingen wurde die Ausschreibung einer Gesamtleistungssubmission im selektiven Verfahren vorbereitet und gestartet. In Zusammenarbeit mit der Kunstkommission wurde für die Michaelschule, das Schulhaus Sennhof und die CP-Schule je eine eingeladene Konkurrenz unter Künstlerinnen und Künstlern vorbereitet.

Die von der Stadtgestaltung geleitete Fachgruppe hat sechs Einzelbauten und neun Arealüberbauungen sowie drei empfindliche Farbkonzepte von grösseren Arealüberbauungen nach architektonischen und städtebaulichen Gesichtspunkten geprüft und Empfehlungen zu Händen des Bauausschusses verfasst.

Denkmalpflege

2006 wurden 132 Baugesuche beurteilt. In 15 Fällen war die Erstellung eines Gutachtens, einer Schutzabklärung oder eines Schutzkatalogs erforderlich. Die Fachgruppe Denkmalpflege hat insgesamt acht grössere Bauvorhaben und Schutzabklärungen im Hinblick auf die denkmalpflegerischen Zielsetzungen geprüft und gewürdigt sowie Empfehlungen zu Händen des Bauausschusses der Stadt Winterthur abgegeben. Das neue Inventar der kommunalen Baudenkmäler wurde vom Stadtrat am 30. März 2006 in Kraft gesetzt. Um das es einfacher zugänglich zu machen, wurde es im Internet aufgeschaltet und wird bis Ende Januar 2007 in Buchform vorliegen.

Der Europäische Tag des Denkmals 2006 war Töss gewidmet und wurde gemeinsam mit der Kantonsarchäologie durchgeführt. Insgesamt wurden 1470 Besucherinnen und Besucher gezählt. Zur Besichtigung offen standen der Kindergarten an der Emil Klöti-Strasse, die reformierte Kirche Töss, die katholische Kirche Töss und die Kleinkraftwerke Nieder- und Obertöss. Ausserdem gab es Führungen zur Ortsgeschichte. Eine Filmvorführung machte die baulichen Veränderungen entlang der Zürcherstrasse im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bewusst. Die Veranstaltungen fanden beim Publikum grosses Interesse und Anklang. Die Mittagsführungen von April bis September waren Winterthurer Kirchenbauten des 19. und 20. Jahrhunderts gewidmet. Etwa 300 Personen beteiligten sich an den Führungen.

Von der Denkmalpflege begleitete grössere Umbau- und Renovationsprojekte waren u.a.:

- Wohn- und Geschäftshaus General Guisan-Strasse: Es steht unmittelbar an der ehemaligen Stadtmauer. Der gute Erhaltungszustand des Interieurs zeugt von der städtischen Wohnkultur im 19. Jahrhundert und begründet die Bedeutung des Baus als Baudenkmal.

- Objekt Marktgasse 40: Der älteste Baubefund zeigt ein dreigeschossiges Gebäude von 1356. Der Bauphase des 18. Jahrhunderts kann ein repräsentativer Wohnraum mit Stuckdecke, Deckengemälde und Täferung im dritten Obergeschoss zugerechnet werden. Nach einer archäologischen Untersuchung, der Renovation der Wohnungsoberflächen und dem Neubau von WC-Anlage und Küche konnte die barocke Stuckdecke im Wohnraum und das Deckengemälde fachgerecht restauriert werden.
- Gebäude Metzgasse 3: Das in der Planvedute von 1648 bereits ersichtliche Gebäude ist vermutlich um 1743 zu einem viergeschossigen Zeilenhaus erhöht worden. Im 19. Jahrhundert gestalteten die Eigentümer die Gassenfassade um und erstellten eine spätklassizistische Laden- und Eingangsfront. Die Renovation des Gebäudes konnte von einer recht intakten Grundsubstanz ausgehen.
- Wohnhaus Brühlbergstrasse 39: Es entstand als Teil der Wohnkolonie Brühlbergstrasse 1911/12 und wurde von Fritschi & Zangerl projektiert. Diese Siedlung steht am Anfang einer Bauentwicklung, die Winterthur zur Gartenstadt machte. Durch den Ausbau des Dachgeschosses Brühlbergstrasse 39 und damit der Erweiterung der Wohnung im dritten Obergeschoss konnte, unter Erhalt der originalen Fassadengestaltung und wichtiger innerer Bauteile, ein schonender Umgang gepflegt werden.
- Villa Sträuli: Die zweigeschossige, neubarocke Villa an der Museumstrasse 60 mit steilem Walmdach und Giebellukarnen wurde 1908–11 (im Auftrag des Seifenfabrikanten Carl Sträuli-Haggenmacher) durch die bekannten Architekten Bridler & Völki geplant und realisiert. Die intakte Bausubstanz wurde mit grosser Sensibilität und Sachkenntnis restauriert. Die Stiftung Sulzberg betreibt neu in der Liegenschaft das kulturelle Begegnungszentrum «Villa Sträuli, Kultursalon und Artists-in-Residence Winterthur». Zu diesem Zweck baute die Eigentümerin die bestehende Veranda zu einem Bistro um.
- Restaurant Schlosshalde; Innere Umbauten
- Schiessanlage Ohrbühl; Ersatz Trefferanzeige 300 m-Anlage
- Restaurant Rathaus; Innensanierung
- Gotzenwilerstrasse 32; Sanierung Küche und Dusche
- Obertor 32; Ersatz Aufzugsanlage
- Salzhaus; Energietechnische Massnahmen und Fassadensanierung
- Alte Bibliothek Wülflingen; Aussenrenovation und innere Umbauten
- Städtische Liegenschaften; Sicherheitsmassnahmen Stadtpolizei
- Schulhaus Heiligberg; Turnhallensanierung
- Kindergarten Inneres Lind; Gesamtrenovation
- Kindergarten Neuwiesen; Einbau zusätzliche Abteilung im OG/DG
- Kindergarten Emil Klöti; Gesamtsanierung
- Schulhaus St. Georgen; Sanierung Schulküche und Zeichnungszimmer
- Schulhaus Hegfeld; Flachdachsanieung
- Nachhaltigkeit:* Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Sportanlage Deutweg; Energietechnische Sanierung Tribünegebäude

Laufende Projekte

- Museum Lindengut, Spielzeugmuseum; Dachsanierung
- Marktgasse 25, Waaghaus; Erdgeschossige Umbauten
- MZA Teuchelweiher, Reithallen; Weitere Schallschutzmassnahmen
- Stadthaus; Fassadenrenovation
- Alte Schiessanlage am Schützenweiher; Altlastensanierung
- Hochwachtstrasse 20; Infrastrukturelle Anpassungen
- MZA Teuchelweiher, Wildbachstrasse 16; Flachdachsanieung
- Nachhaltigkeit:* Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Ausbildungszentrum Ohrbühl; Flachdachsanieung
- Nachhaltigkeit:* Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Turnhalle Geiselweid; Haustechnische Sanierung
- Turnhalle Bühlhofstrasse; Flachdachsanieung
- Schulhaus Heiligberg; Sanierung Werkstätten
- Schulhaus Wülflingerstrasse; Flachdachsanieung zweite Etappe
- Nachhaltigkeit:* Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Michaelschule; Erweiterungsbau
- Sportanlage Reitplatz; Aufstockung Garderobengebäude
- Kindergarten Steig; Flachdachsanieung
- Nachhaltigkeit:* Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Kindergarten Gutschick 1; Beton- und Fassadensanierung
- Nachhaltigkeit:* Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Altersheim «Rosental»; Flachdachsanieung
- Nachhaltigkeit:* Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- SH Iberg; Kanalisations- und Stützmauersanierung
- SH Langwiesen; Sanierung Turnhallenböden
- SH Langwiesen; Flachdachsanieung
- Schulhaus Oberwinterthur (TMZ); Flachdachsanieung und innere Anpassungen
- Freibad Wolfensberg; Betonsanierung

Hochbauten

Mehrheitlich konnten die Projekte im vorgegebenen Zeit- und Kostenrahmen abgewickelt werden. Für das Schulhaus Sennhof musste ein totaler Baustopp verfügt werden. Die gesamte Statik wurde nochmals auf Gebrauchstauglichkeit und Tragsicherheit überprüft. Aufgrund dieser Massnahme resultieren eine Bauverzögerung von 4 Monaten und erhebliche Mehrkosten.

Im Berichtsjahr konnten sechs Flachdächer nach den Minergiewerten für Einzelbauteile saniert werden. Beim Kindergarten Gutschick wird die Gebäudehülle gemäss den Primäranforderungen von Minergie saniert. Die Erweiterung der Maurerschule wurde per Volksabstimmung im September 2006 bewilligt und wird im Minergiestandard ausgeführt. Die im 2005 durchgeführte Zustandsanalyse der Gebäudehülle beim Schulhaus Schachen konnte zu einem Projekt ausgearbeitet werden. Bei diesem ergänzt sich die Gebäudehüllensanierung mit den anstehenden inneren Baumassnahmen (Heizung Beleuchtung) so ideal, dass eine Minergie-Zertifizierung für Umbauten möglich ist.

Fertiggestellte Projekte

- Freizeitanlage Gutschick; Sanierung Küche
- Königshof; Rekonstruktion Dekorationsmalerei im Treppenhaus
- Heiligbergstrasse 25; Sanierung Dach und Aussenfassade

Projekte in Vorbereitung

- Theater Winterthur; Überdachung Bühnenanlieferung sowie Renovation der sanitärischen Einrichtungen
- Museumsgebäude; Brandschutz Bibliothek und Infrastrukturverbesserungen
- Restaurant Goldenberg; Aus- und Umbau Innenbereich und Sanierung der haustechnischen Anlagen
- Museumstrasse 54; Fassaden- und Flachdachsanierung
Nachhaltigkeit: Dachdämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Schiessanlage Wülflingen; Sanierung Kugelfang
- Freiestrasse 3; Küchensanierung und Badezimmer-einbau
- Hörnlistrasse 25–29; Gesamtsanierung
- Buchackerstrasse 84–104; Gesamtsanierung
- MZA Teuchelweiher, Grosse Reithalle; Dachumdeckung
- Revierstützpunkt Auwiesen; Neubau
- Stadtgarten; Öffentliche WC-Anlage
- Schulhaus Geiselweid; Sanierung Werkstätten
- Schulhaus Schachen; Fassadensanierung
Nachhaltigkeit: Eine Zertifizierung für Umbauten nach Minergie ist möglich
- Schulhaus Schönengrund; Fassadensanierung
Nachhaltigkeit: Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Schulhaus Niederfeld; Neubau
Nachhaltigkeit: Es wird ein Bau nach Minergie geplant
- Schulhaus Wallrüti; Dach- und Fassadensanierung
- Schulhaus Feld; Neubau und Sanierungen
- CP-Schule; Neubau und div. Anpassungen in der bestehenden Schulanlage
Nachhaltigkeit: Die Ausführung erfolgt nach Minergie
- Schulhaus Zinzikon; Neubau
Nachhaltigkeit: Es wird ein Bau nach Minergie geplant
- Schulhaus Talhofweg; Sanierung Dach und Fassade sowie innere Umbauten
- Schulhaus Tägelmoss; Fassadensanierung und Umbauten Lehrkörperbereich
Nachhaltigkeit: Zustandsanalysen der Gebäudehülle
- Schulhaus Rychenberg; Fassadensanierung
Nachhaltigkeit: Zustandsanalysen der Gebäudehülle
- Schulhaus Ausserdorf Wülflingen; Fensterersatz
- Kindergarten Äusseres Lind; Flachdach- und Fassadensanierung
- Kindergarten Inneres Lind; Fassadensanierung
- Freibad Geiselweid; Gesamtsanierung
- Freibad Oberi; Gesamtsanierung
- Zentrum Adlergarten; Gesamtsanierung

Haustechnik

Der Piktetdienst behob 47 Störungen (650 städtische Gebäude). Zur Erfüllung der Luftreinhalteverordnung (LRV) wurden folgende Heizungssanierungen ausgeführt:

- Schulhaus Ausserdorf Wülflingen (Wassererwärmer)
- HPS Michaelschule
- Pachtgewerbe Hornsäge, Rämismühle
- Sportanlage Schützenwiese
- Schulhaus Gutenbergstrasse 11
- Kindergarten Neuwiesen

Für die Realisierung im Jahre 2007 sind die folgenden Sanierungen projektiert:

- Restaurant Frohsinn Eidberg: Heizungssanierung (LRV)
- Gärtnerei Büel: Heizungssanierung LRV und Gewächshausanierung
- Schulhaus Wülflingerstrasse 42: Ersatz Badewasser-aufbereitung
- Wohnhaus Heiligbergstrasse 25: Neue Wärme-erzeugung
- Restaurant Goldenberg: Ersatz der Lüftungsanlage
- Stadtpolizei Obertor 11/13: Raumkühlung Fotolabor/ Dunkelkammer
- Stadtpolizei Obertor 17: Lüftungsanlage Garderoben
- Restaurant Zum Strauss: Erweiterung Kühlanlage
- Restaurant Rössli: Ersatz Kühlstellen warme Küche
- Schulhaus Hegfeld: Ersatz Schnitzelaustragung/ Elektro-Schaltschrank
- Schulhaus Mattenbach: Ersatz Druckhalte- und Entgasungsanlage
- Kindergarten Schützenstrasse 66: Heizungssanierung (LRV)
- Obere Hohlgrasse 4/6: Heizungssanierung (LRV)
- Mehrfamilienhaus Frauenfelderstrasse 45: Heizungs-sanierung (LRV)
- Mehrfamilienhaus Römerstrasse 115/117: Heizungs-sanierung (LRV)
- Waldeggrasse 1+3: Heizungssanierung (LRV)
- Frobergstrasse 5/7/11: Heizungssanierung (LRV)
- Kindergarten Unteres Büel: Fernwärmeanschluss

Folgende haustechnische Anlagen wurden in Zusammenarbeit mit der Abteilung Hochbauten saniert:

- IDW Rechenzentrum: Teilersatz Klimaanlage
- PK Häuser Reutlingerstrasse 15/17: Sanierung Lüftung
- Post- und Bürogebäude Obertor 32: Belüftung Lichtschacht
- Restaurant Obergasse: Erweiterung Kühlung/ Schnellkühler
- Eissporthalle Deutweg: Ergänzung Abluftanlage (Küche)
- Museum Lindengut: Anpassungen Heizsystem
- Restaurant Rheinfels: Änderung Lüftung und Klimaanlage

Folgende Objekte der Abteilung Hochbauten wurden fachtechnisch begleitet:

- Naturmuseum
- HPS Michaelschule (Erweiterungsbau)
- Schulhaus Sennhof
- Turnhalle Geiselweid
- CP-Schule Maurerschule: Erweiterungsbau/ Sanierung Therapiebad
- Schulhaus Feld: Umbau / Neubau
- Sportanlage Reitplatz: Erweiterungsbau

Vermessungsamt

Die beiden Vermessungssektionen Ost und West wurden zur Abteilung Vermessung zusammen geführt. Dies vereinfacht die internen Abläufe und ermöglicht gewisse Optimierungen bei der Aufgabenzuweisung. Die Abteilung GIS-Dienstleistungszentrum wurde umbenannt in «Fachstelle Geoinformation». Das neue Arbeitssicherheitskonzept wurde im November vom Gesundheitsamt abgenommen und unmittelbar danach im Vermessungsamt eingeführt. Fünfzehn am Beruf des Geomatikers interessierte Jugendliche haben eine zweitägige Schnupperlehre absolviert. Für das Lehrjahr 07/08 wurde ein Auszubildender angestellt.

Gegenüber dem Vorjahr hat das Auftragsvolumen trotz starker Bautätigkeit in den Bereichen der Bau- und Ingenieurvermessung sowie der amtlichen Vermessung (Grenzmutationen, Situationsnachführungen) um 12 % abgenommen.

Beispiele für weitere Vermessungsarbeiten:

- Hangkontrolle in Iberg
- Fassadenvermessung im Rohbau
- Gleisüberwachung während Pressvortrieb einer Kanalleitung unter SBB Trasse
- Bestimmung der Lotabweichung des Kamins auf dem Sidi-Areal
- Mutationsakten für die Quartierpläne Dätttau und Wyden
- Einmessen und Nachführen der Leitungen von Swisscom Fixnet AG
- Einmessen und Nachführen der Kanalisationschächte für die Stadtentwässerung
- Einmessungen von Grünanlagen für die Stadtgärtnerei
- Bauvermessungsarbeiten bei den Überbauungen Haldengutareal, Schlosstal, Rychenberg, Oberes Alpgut, Terrassensiedlung Rainstrasse, Eulachgarage, Espenstrasse, usw.

Die im Jahre 1999 begonnenen Erneuerungsarbeiten am Werk der amtlichen Vermessung wurden Mitte 2007 abgeschlossen. Das Amt für Raumordnung und Vermessung hat die Arbeiten Ende Jahr verifiziert und dem Bund zur Anerkennung eingereicht. Die Schlussabrechnung wird im Jahr 2007 erfolgen, ein Jahr früher als geplant.

Im Januar wurde die Dienstanweisung zur Ersterhebung der amtlichen Vermessung im Altstadtkern unterzeichnet und die Arbeiten sogleich in Angriff genommen. Die Ersterhebung muss bis Ende 2008 abgeschlossen sein. Mit dem Erwerb eines Waldstücks im Tägerlen und dem Vollzug der Grundstückmutation wurde die seit längerem (im Zusammenhang mit der Sanierung der Deponie Rietberg) vorbereitete Gemeindegrenzregulierung und der damit verbundene Landhandel mit der Gemeinde Wiesendangen abgeschlossen. Die Gemeindefläche von Winterthur wuchs infolge um rund 13 Hektaren.

Folgende Strassenbenennungen wurden vorgenommen: Claisstrasse, Elisabethenweg, Hedy-Hahnloser-Strasse, Julie-Bikle-Strasse, Maria-Kübler-Weg, Oberes Alpgut und Terrassenweg. Weiter wurde dem Amt für Raumordnung und Vermessung Antrag für eine Postale Ortschaft 8352 Ricketwil (Winterthur) gestellt.

Das städtische Geografische Informationssystem wurde von einer externen Firma einem Datensicherheitsaudit unterzogen. Im resultierenden Sicherheitsattest wird die Sicherheitssituation mit der Note «gut» bewertet. Erste Sofortmassnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage wurden umgesetzt. Weitere Massnahmen sind in Arbeit oder in Planung.

Die Vorbereitungsarbeiten zum Aufbau eines städtischen Gebäudestamms haben viel Aufmerksamkeit verlangt. Im Hinblick auf die registerbasierte Volkszählung, aber auch zur Vereinfachung der Vernetzbarkeit von städtischen Daten und Anwendungen, wird ein koordinierter zentraler Gebäudestamm Winterthur (GSW) aufgebaut.

Baupolizeiamt

Die Bautätigkeit in Winterthur bewegt sich auf einem sehr hohen Niveau, was sich sowohl in der gesamthaft veranschlagten Bausumme (638 Millionen Franken) als auch in der hohen Zahl von 857 Baugesuchen (Vorjahr 886) ausdrückt. Dies gilt auch für bezogene baubewilligte Wohnungen (945 gegenüber 1101 im Vorjahr). Obwohl keine grossen Baulandreserven neu erschlossen wurden, kann bei der weiterhin bestehenden Nachfrage nach Wohnraum in allen Preissegmenten nach wie vor mit einer intensiven Bautätigkeit gerechnet werden.

Die Baudirektion hat den von allen Seiten massiv kritisierten Entwurf für ein neues Planungs- und Baugesetz nicht weiter verfolgt und will sich auf eine (Teil-) Revision beschränken. In der von der neuen Baudirektorin eingesetzten Expertengruppe wirkt neben dem Stadtpräsidenten (als Vertreter der Gemeindepräsidenten) auch der Bausekretär (als Vertreter der Stadt Winterthur und der Gemeindeschreiber) mit.

Die Reorganisation der Organisation Bauaufsicht wurde wegen den laufenden bzw. anstehenden personellen und organisatorischen Änderungen in den Bereichen Hochbau, Stadtplanung und Tiefbau um ein Jahr verschoben.

Der Bauausschuss der Stadt Winterthur, dessen Sekretariat durch das Baupolizeiamt geführt wird, hat in 17 Sitzungen 169 Geschäfte konferenziell behandelt.

Bauinspektorat

Die Anzahl der Ende 2006 beim Bauinspektorat pendenten Geschäfte hat sich gegenüber dem Vorjahr um 43 erhöht.

Übersicht über die letzten 5 Jahre

Jahr	Eingereichte Baugesuche		Neubauwohnungen		Bausumme (in Mio. Franken)	
	Total	davon für EFH MFH	be- willigt	be- zogen	definitiver Entscheid	Vorentscheid
2002	820	25 15	905	189	619	72
2003	901	32 19	426	596	580	14
2004	872	22 24	512	993	621	36
2005	886	40 20	1 101	418	855	43
2006	857	30 19	945	713	638	3

Baubewilligungsverfahren

	2005	2006
Bestand Vorjahr	276	256
Neueingänge	886	857
Total anhängig	1 162	1 113
Bewilligungen im ordentlichen Verfahren	463	455
davon bewilligte neue Wohnbauten	218	177
davon total bewilligte Wohnungen	1 101	945
Bewilligungen im Anzeigeverfahren	370	291
Rückzüge	21	10
Eröffnungen Entscheid Baudirektion	1	6
Verweigerungen	17	21
Wiedererwägungsentscheide	14	12
Wiederherstellungsbefehle	5	3
Abbruchentscheide	1	1
Vorentscheide	11	10
Sonderbewilligungen	0	0
Präsidialverfügungen	0	0
Entschiedene Gesuche	906	814
Ende Jahr pendent	256	299
Audienz Verfahren / neue Baugesuche	22	26
Audienz Verfahren / Projektänderungen	194	223

Ausnahmebewilligungen/ Verfahrenskoordination

	2005	2006
Bezüglich Bauordnung/Baugesetz	26	22
Beurteilung zusätzlicher kantonaler Instanzen (z.T. mehrere Beurteilungen pro Baugesuch)	63	86

Tätigkeit der Baukontrolle

	2005	2006
Abnahme von Bauvisieren	477	520
davon waren zu beanstanden	47	57
Bezugsbewilligungen	71	108
Weiterbaubewilligungen / Rohbauabnahmen	77	106
Schlussabnahmen	845	690
Baustellenbesuche bewilligter Bauten	1 138	945
Baustellenbesuche nicht bewilligungspflichtiger Bauten	131	109
Überwachung von Gebäudeabbrüchen	23	29
<i>Ferner festgestellt:</i>		
nicht bewilligte Bauarbeiten	92	65
nicht ordnungsgemäss gemeldete Bauarbeiten	145	147

Rechtsdienst

Ein wesentlicher Teil der Rechtsmittelverfahren konnte wie in den vergangenen Jahren formell, mittels Einigung der Parteien bzw. über Rekursrückzüge, erledigt werden. Auch bei materiellen Rechtsmittelscheiden wurden die Beschlüsse und Verfügungen der Baubehörde weitestgehend geschützt. Als überdurchschnittlich aufwändig gestalten sich diejenigen (Rechtsmittel-)Verfahren, welche UVP-pflichtige Bauvorhaben betreffen, so etwa die Überbauung des «Arch-Areals» oder das Einkaufszentrum Rosenberg. Beim Rekursverfahren gegen die Arealüberbauung auf dem «Scheco-Areal» konnten sich die Parteien nach dem Augenschein der Baurekurskommission IV einigen. Das Beschwerdeverfahren betreffend das Überbauungsprojekt auf dem «Sidi-Areal» wurde durch den Einzelrichter des Verwaltungsgerichts als gegenstandslos abgeschrieben.

Ende 2006 waren insgesamt folgende Verfahren pendent:

- 7 Rekursverfahren beim Regierungsrat
- 36 Rekursverfahren bei der Baurekurskommission IV
- 2 Verfahren bei der Baudirektion
- 2 Beschwerdeverfahren beim Verwaltungsgericht
- 1 Verfahren beim Bundesgericht
- 1 Rekursverfahren beim Bezirksrat
- 2 Verfahren beim Bundesamt für Verkehr
- 3 Strafverfahren beim Statthalteramt/
bei der Staatsanwaltschaft
- 17 Strafverfahren beim Baupolizeiamt

Der Entwurf der Richtlinien für die Nutzung des öffentlichen Grundes in der Altstadt liegt vor und wurde bei Verbänden und Altstadt-Vereinigungen in die Vernehmlassung gegeben. Der Rechtsdienst beschäftigte sich zudem in verschiedenen Fällen mit den Rechtsfolgen von Altlasten auf Grundstücken.

Reklamen

32 (Vorjahr 40) Reklamebewilligungen wurden mit Entscheid des Bauausschusses und 90 (Vorjahr 79) Reklamebewilligungen mit Verfügung des Bausekretärs erledigt, davon wurden 5 teilweise bzw. 3 befristet bewilligt. 5 Reklamegesuche mussten verweigert werden (Vorjahr 2). 6 Reklamegesuche wurden zurückgezogen. Mit 128 war die Zahl der eingegangenen Reklamegesuche gegenüber dem Vorjahr (179) wieder etwas rückläufig. Über 30 (20) Bauherrschaften wurden aufgefordert, Gesuche einzureichen bei unbewilligten Reklameanlagen bzw. nicht bewilligte Reklamen zu entfernen.

Feuerpolizei

Die Zahl der zu begutachtenden Baugesuche war im Vergleich zum Vorjahr mit 494 (527) leicht rückläufig. Es sind jedoch zahlreiche Anfragen für Bewilligungen der Sondernutzungen von Bauten eingegangen (Turnhallen und Zivilschutzanlagen).

Die Tätigkeit der städtischen Feuerpolizei als kantonale Fachstelle für die periodischen feuerpolizeilichen Gebäudekontrollen im gesamten nördlichen Kantonsteil wurde auf zusätzliche 9 Gemeinden des Bezirkes Uster ausgedehnt.

Projektbegutachtungen, Bewilligungen und Abnahmen:

	2005	2006
Begutachtungen von Baugesuchen	527	494
Bewilligungen von Feuerungsanlagen, Lager mit brennbaren Flüssigkeiten/ Gasen, Dekorationen, Feuerwerk usw.	669	674
Kontrollen von Fall zu Fall	177	133

Periodische Gebäudekontrollen:

Feuerpolizeilicher Kontrollturnus	Gebäude-Bestand 2006	Anzahl Kontrollen 2005	2006
2 Jahre	107	26	58
4 Jahre	491	31	34
6 Jahre	1 684	149	89
8 Jahre	193	7	7
Bauten mit Eigenkontrollpflicht	16 326	166	116

Die Feuerungen werden im 2-jährigen Turnus kontrolliert (Messungen der Abgasgrenzwerte nach Luftreinhalteverordnung):

	2005	2006
Anlagebestand / messpflichtig	10 902	10 611
davon Low-NOx Anlagen in %	67,6	73,3
Kontrollierte Anlagen	4 524	4 256
Beanstandungen in %	3,9	5,3
Aufforderungen zur Sanierung von Feuerungsanlagen infolge Überschreitung der Abgas-verlust- und Stickoxidgrenzwerte	44	179

Abnahme von neuen und sanierten Anlagen (Kontrolle nach Luftreinhalte-, Energienutzungs- und Brandschutzvorschriften):

	2005	2006
Anzahl Abnahmen	509	573
Beanstandungen %	31	30

Zusätzlich zur Kontrolltätigkeit in Winterthur erfolgten in den Gemeinden Seuzach und Pfungen aufgrund von Anschlussverträgen 85 Abnahmen von neu installierten Feuerungsanlagen. Mit der Verschärfung der Abgasgrenzwerte nach Luftreinhalteverordnung des Bundes (LRV) im Jahre 2004 ist die Zahl der beanstandeten, messpflichtigen Öl- und Gasfeuerungen stark angestiegen. Gemäss dem Teilmassnahmenplan Feuerungen für den Kanton Zürich (TFZH) müssen alle Anlagen mit Jahrgang 1986 und älter mit zu hohen Abgasverlusten und Stickoxidwerten bis Ende Jahr 2008 saniert werden. Entsprechend den Auswertungen der Messprotokolle aus den periodischen Abgasmessungen wurden im Berichtsjahr 179 Sanierungsaufforderungen ausgestellt. Aus verschiedenen Gründen wurden insgesamt 380 Altanlagen, Jahrgänge 1992 und älter, saniert. Dies entspricht einem Anteil von 11,8 % des Altbestandes im Jahre 2005.

Geschäfte der Aufzugskontrolle: Bewilligungen und Abnahmen von Neuanlagen

	2004	2005	2006
auf Stadtgebiet Winterthur			
Bewilligungen	96	124	99
Abnahmen	194	42	69
in 60 Gemeinden (Vertrag vorsorglich gekündigt)			
Bewilligungen	146	17	7
Abnahmen	96	57	125

Periodische Kontrollen von Altanlagen

	2004	2005	2006
auf Stadtgebiet Winterthur			
Kontrollen	64	334	288
in 60 Gemeinden (Vertrag gekündigt)			
Kontrollen	2	–	–

zu betreuende Beförderungsanlagen

	2004	2005	2006
auf Stadtgebiet Winterthur			
Anlagenbestand	*2 988	*3 024	*3 431
in Betrieb	2 523	2 680	2 676
ausser Betrieb	100	119	131
zur Abnahme bereit	80	63	112
in Montage	285	162	128
noch offene Eingaben		4	8
projektierte Anlagen	281	355	376
in 60 Gemeinden (Vertrag vorsorglich gekündigt) Anlagenbestand	*3 460	–	–

* Die EDV-mässige Erfassung aller Anlagen ist abgeschlossen. Es sind nur noch kleinere Korrekturen im Anlagenbestand zu erwarten durch nicht erfasste oder längst abgebrochene/ersetzte Anlagen. Im Berichtsjahr abgebrochene Anlagen werden nicht separat erfasst.

Die Anzahl der zu bewilligenden Neuanlagen verläuft parallel zur intensiven Bautätigkeit. Nebst eigentlichen Neuanlagen werden vermehrt Altanlagen mit Baujahr 1950 – 1979 ersetzt. Die periodische Kontrolle von Ältestanlagen konnte bis zum Kontrolljahrgang 1981 mehrheitlich erledigt werden. Mitte 2004 hat der Stadtrat die Anschlussverträge gekündigt. Für 272 durch die Aufzugskontrolle bewilligte Anlagen ist die Abnahmekontrolle und Betriebsfreigabe noch ausstehend. Die periodischen Kontrollen der Feuerwehraufzüge werden weitergeführt und deren Benutzung durch die Berufsfeuerwehr systematisch geschult. Ebenso wird die Personenrettung aus Aufzugsanlagen mit der Berufsfeuerwehr geübt.

Energie

Die Aufgabenbereiche der Fachstelle konzentrierten sich vermehrt auf den Vollzug und die Kontrolle der gesetzlichen Anforderungen. Die massiv gestiegen Energiepreise führten dazu, dass die Stelle eine noch nie da gewesene Anzahl von Energieberatungen durchführte.

Die Fachstelle Energie vollzog einen grossen Teil der gesetzlichen Auflagen im Bauaufsichtsverfahren. Auflagen in den Baubewilligungen, Kontrollen von Projektunterlagen sowie Baustellenbesuche gewährleisteten die Einhaltung der Vorschriften. Zur Sicherstellung der Vorgaben der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) wurden die technischen Projektgrundlagen der Mobilfunkantennen überprüft. Total wurden 19 Gesuche für Mobilfunkanlagen bearbeitet.

Die gestiegenen Energiepreise motivierten die Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer Massnahmen an Gebäuden und Anlagen in Betracht zu ziehen. In Winterthur konnte ein weiterer Minergie®-P-Kurs, welcher durch die Energiefachstelle in Zusammenarbeit mit dem Energieforum Zürich organisiert wurde, mit mehr als 30 Teil-

nehmenden durchgeführt werden. Das kantonale Energiegesetz verlangt für Grossverbraucher mit mehr als 5 GWh/a Wärmeverbrauch oder 0,5 GWh/a Elektrizitätsbedarf eine Vereinbarung mit der kantonalen Baudirektion zur Senkung des spezifischen Energiebedarfs um rund 1 bis 2 % pro Jahr. 30 Grossverbraucher haben nun mit der kantonalen Baudirektion eine Vereinbarung abgeschlossen, 10 haben sich entschlossen, eine Energieverbrauchsanalyse zu erarbeiten, um anschliessend ökonomische Massnahmen umzusetzen. Die Projektziele im Bereich der Grossverbraucher konnten erreicht werden. Es sind nur noch einzelne Unternehmen mit der Deklaration ihrer Vorgehensweise im Verzug.

Die massgebende Frist für die Alarmwert- und Immissionsgrenzwert-Sanierungen beim Lärmschutz entlang der Hauptstrassen ist vom Bundesrat bis ins Jahr 2018

verlängert worden. Der Schallschutzfenstereinbau an den Alarmwertstrecken wurde jedoch mit denselben Prioritäten weiter verfolgt. Die Einbauten der Schallschutzfenster entlang der Tösstalstrasse, der Römer-/Frauenfelderstrasse, der Schaffhauser-/Lindstrasse und der Wülflingerstrasse sind abgeschlossen. Als Nachfolgeprogramm muss das Sanierungspaket entlang der Strassen mit Immissionsgrenzwert-Überschreitungen in Angriff genommen werden.

Die Überwachung der Asbestsanierung in belasteten Gebäuden und die Kontrolle der Inspektionsbefunde der Spritzasbestvorkommen weist einen Rückstand auf. Die noch nicht sanierten Asbestvorkommen sollten gemäss dem vom Kanton verlangten Ablauf regelmässig inspiziert und wenn erforderlich mit Messungen überwacht werden.

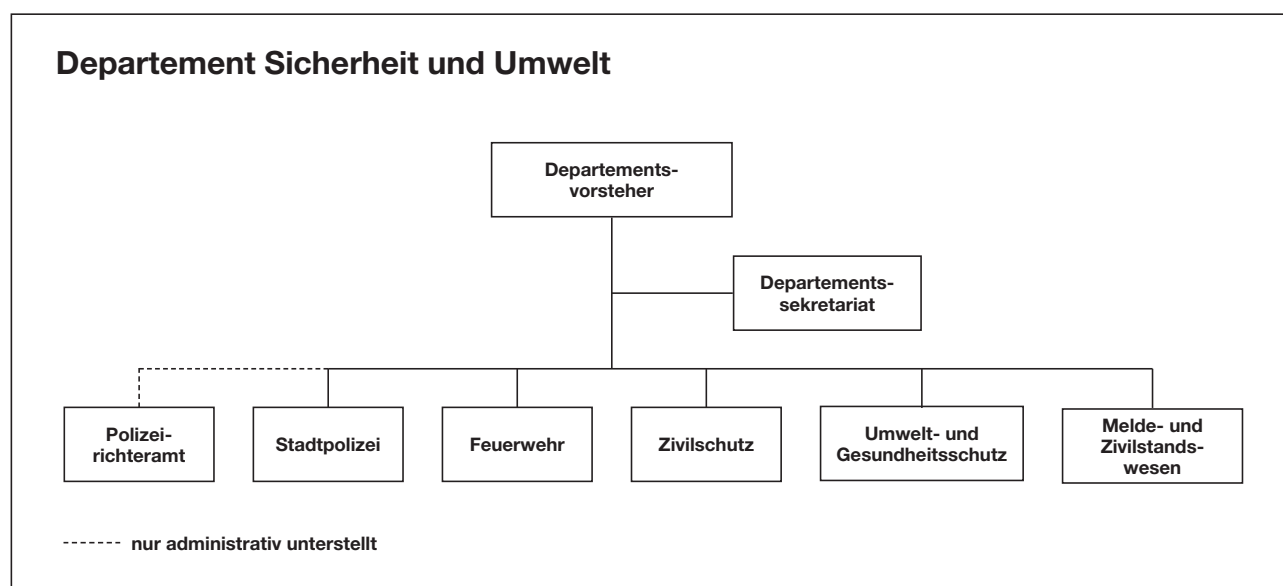
Departement Sicherheit und Umwelt

Das Departement Sicherheit und Umwelt steht im Dienst einer sicheren und lebenswerten Stadt. Ein besonderer Einsatz gilt dabei der Förderung der nachhaltigen Entwicklung. Dieser Leitidee wurde, auf der Grundlage von Legislaturplanung und Jahreszielsetzungen, konsequent nachgelebt. Einen hohen Stellenwert genießt die Zufriedenheit der Mitarbeitenden. Denn auch erstklassig qualifizierte Mitarbeitende können nur dann ihre volle Leistung erbringen, wenn sie mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden sind.

Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung ist in den letzten Jahren sowohl international wie auch national zu einem neuen integrierten Leitbild für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft geworden. Sein Ziel ist es, ein qualitatives Wachstum zu erreichen, das die Befriedigung der Bedürfnisse heutiger Generationen gewährleistet, ohne unseren Nachkommen die Möglichkeit zu nehmen, ihre eigenen gleichberechtigt zu befriedigen. In seinen Legislaturzielen hat der Stadtrat das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung als eine grundlegende Richtlinie für seine Regierungstätigkeit definiert. Damit will er der Tatsache Rechnung tragen, dass die langfristige Lebens- und Standortqualität einer Stadt wie Winterthur, die sich in einem kontinuierlichen Wandel und Wachstumsprozess befindet, nur gewährleistet werden kann, wenn im Rahmen der Steuerung der städtischen Gesamtentwicklung eine Balance zwischen Ökonomie, Ökologie und gesellschaftlichen Belangen angestrebt wird. Dabei stehen nachhaltige Entwicklung und ökonomisches Wachstum entgegen anders lautenden Befürchtungen keineswegs in einem unauflösbaren Zielkonflikt. Bei richtiger Weichenstellung stellt der Nachhaltigkeitsbegriff vielmehr sowohl für das Gemeinwesen wie auch für gewinnorientierte Unternehmungen eine Wachstumsformel dar, die neben der Quantität verstärkt auch die Qualität in den Vordergrund rückt und auf dieser Basis einen langfristigen Mehrwert verspricht. Richtig gesehen, verursacht die Rücksichtnahme auf gesellschaftliche Ansprüche und die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen also nicht nur Kosten, sondern auch handfeste ökonomische Chancen. Im Wissen um die Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen,

gesellschaftlichen und ökologischen Aspekten haben denn auch heute schon zahlreiche Gemeinwesen und Unternehmungen Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt oder sind daran, solche Vorhaben in ihrer Verwaltungs- bzw. Geschäftstätigkeit umzusetzen. Das Konzept der Nachhaltigkeit hat mit andern Worten mit verantwortungsvoller Planung zu tun; den Lebensbedingungen von morgen soll dank einem vorausschauenden Umgang mit unserem natürlichen und gesellschaftlichen Umfeld eine solide Grundlage gegeben werden. Diesen Gedanken gilt es in allen Bereichen unseres Departements noch verstärkt zu verankern.

Im Speziellen ist der Nachhaltigkeitsgedanken auch Grundlage für die Dienstleistungen zugunsten der Sicherheit, zumal die Sicherheit zweifellos einer der zentralen Schlüsselfaktoren für die Lebensqualität und wirtschaftliche Prosperität ist. Bei der Stadtpolizei war das Berichtsjahr vor allem durch das Reorganisationsprojekt WINPOL geprägt, welches beträchtliche Personalressourcen beansprucht hat. Ausgangspunkt für dieses Vorhaben war das Haushaltssanierungsprogramm HS 07, das für die Stadtpolizei eine Reduktion des Aufwandüberschusses von vier bis sechs Millionen Franken vorsah. Gleichzeitig ging es bei WINPOL aber auch darum, die Korpsstruktur und die innerbetrieblichen Prozesse noch verstärkt auf die aktuellen und künftigen Anforderungen an die Polizeiarbeit auszurichten. Die Ergebnisse der Projektarbeiten wurden in einem Detailkonzept mit 17 Einzelmassnahmen zusammengefasst, das der Stadtrat Ende Dezember genehmigt hat. Erfreulicherweise kann der stadträtliche Sparauftrag erfüllt werden, ohne dass der hohe Sicherheitsstandard in der Stadt Winterthur abgebaut werden muss. Der Projektleitung ist es trotz erheblichem Kostendruck gelungen, die betrieblichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass die Stadtpolizei ihre vielfältigen Dienstleistungen zur Gewährleistung der Sicherheit auch weiterhin in der gewohnt hohen Qualität erbringen kann. Andererseits haben eine umfassende Situationsanalyse und detaillierte Bedarfsabklärungen aber auch gezeigt, dass die Stadtpolizei den von Jahr zu Jahr zunehmenden Sicherheitsbedürfnissen der wachsenden Stadtbevölkerung nicht auf Dauer ohne



zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen gewachsen ist. Die Belastung durch das Alltagsgeschäft hat erneut zugenommen. Unter anderem fällt dabei auf, dass polizeiliche Hilfe vermehrt auch im Umgang mit psychisch kranken Personen verlangt wird. Eine Herausforderung stellten ferner die Einsätze der Sicherheits- und Verkehrspolizei wegen Verkehrs- und Ruhestörungen im Zusammenhang mit der Fussballweltmeisterschaft dar. Hingegen sind Kundgebungen mit gewaltsamen Ausschreitungen glücklicherweise ausgeblieben.

Erneut hat auch die Feuerwehr erheblich zur Sicherheit in unserer Stadt beigetragen. Wie bei der Stadtpolizei ist auch bei ihr ein Anstieg der Geschäftsbelastung festzustellen: Die Gesamteinsatzzahlen im Zusammenhang mit Bränden, Elementarereignissen, schweren Verkehrs- und Arbeitsunfällen, ABC- Verschmutzungen und anderen Schadenereignissen haben sich nahezu verdoppelt. Ursache dafür ist einerseits, dass witterungsbedingt wiederum deutlich mehr Sturmschäden und Wasserwehren zu verzeichnen waren. Andererseits haben auch die Öl-/Chemiewehr bzw. Biologieeinsätze zugenommen; zu erinnern ist an die verschiedenen Schutzvorkehrungen im Zusammenhang mit der Vogelgrippe im Frühjahr. In organisatorischer Hinsicht ist zu vermerken, dass die Berufsfeuerwehr in den kommenden drei Jahren neun zusätzliche Vollzeitstellen erhält, die vollumfänglich von der Gebäudeversicherung Zürich (GVZ) finanziert werden. Sie dienen zum Betrieb eines «Kompetenzzentrums Material», das für die GVZ und umliegende Feuerwehren verschiedene Dienstleistungen im Ausrüstungsbereich erbringt. Unsere Feuerwehr wird dadurch in ihrer regionalen Zentrumsfunktion und Einsatzbereitschaft gestärkt.

Als wichtiger Partner des Bevölkerungsschutzes blieb auch der Zivilschutz nicht vor Ernstfalleinsätzen verschont. So musste das Zivilschutz-Stützpunkt-Rettungsdetachement im Frühjahr nach intensiven Regenfällen ins Gebiet Maienried-Taggenberg ausrücken, um an einem mit Wasser unterspülten Hang mit Hilfe geeigneter Massnahmen eine weitere Erosion zu verhindern. Ferner leistete der Zivilschutz erneut dringend benötigte Instandstellungsarbeiten in Meiringen und war auch für Institutionen im Pflegebereich tätig. Im Infrastrukturbereich sei insbesondere die umfassende Erneuerung der Sirenenalarmierung erwähnt. Der Zivile Stadtführungsstab (ZGF) absolvierte im Verlauf des Jahres eine Stabs- sowie eine Stabsrahmenübung; zudem waren Teilstäbe zur Vogelgrippebekämpfung und zur Brandvorbeugung im trockenen Sommer im Einsatz.

Schliesslich hat das Zivilschutzamt im Herbst einen Behördentag organisiert, um seine breite Dienstleistungspalette einem interessierten Publikum aus Politikerinnen und Politikern sowie Vertretern aus verschiedenen Fach- und Behördenorganisationen zu präsentieren.

In einem weiteren Sinn trägt auch das Polizeirichteramt zur Sicherheit bei, indem es mit einer beförderlichen Verfahrenserledigung und materiell sorgfältigen Rechtsprechung in seinem Zuständigkeitsbereich für ein hohes Mass an Rechtssicherheit sorgt. Bemerkenswert ist, dass das Polizeirichteramt, bedingt durch die Zunahme der polizeilichen Verzeigungen wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen, deutlich mehr Bussenverfügungen erlassen hat, als je zuvor.

Seit jeher nimmt im Departement Sicherheit und Umwelt die Präventionstätigkeit einen hohen Stellenwert ein. Es entspricht der Erfahrung, dass durch gezielte und beharrliche Schadensvorbeugung viel menschliches Leid verhindert, aber auch viel Geld gespart werden kann. Denn Präventivmassnahmen kosten in der Regel einen Bruchteil dessen, was sonst für die Schadenbehebung aufzuwenden wäre, abgesehen davon, dass gewisse körperliche und seelische Beeinträchtigungen mit Geld gar nicht aufzuwiegen sind.

Was den Umweltschutz betrifft, wird 2006 wegen der bedenklichen Luftqualität in Erinnerung bleiben. Zum Jahresbeginn waren aussergewöhnlich hohe Konzentrationen an Feinstaub und Stickoxiden zu verzeichnen, welchen auf kantonaler Ebene mit einer zeitweiligen Geschwindigkeitsreduktion auf Autobahnen begegnet worden ist. Im Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz wurden in Umweltbelangen zahlreiche departementsübergreifende Aktivitäten koordiniert und speziell in den Sachgebieten nachhaltige Entwicklung, Mobilität, Energie und Klimaschutz neue Projekte initiiert. Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt war erneut die Fluglärmpolitik. Nachdem im Verlauf dieses Jahres zwar die Gemeinde Neftenbach aus der Region Ost ausgetreten, dafür aber die Stadt St. Gallen dazugekommen ist, umfasst diese Behördenorganisation, die vom Departementsvorsteher Sicherheit und Umwelt präsiert wird, nunmehr 84 Städte und Gemeinden mit rund 450 000 Einwohner/innen. Ihr zentrales Anliegen ist es, zu verhindern, dass die Bevölkerung im Osten des Flughafens bei der Festlegung des An- und Abflugregimes gegenüber anderen Himmelsrichtungen benachteiligt und einseitig mit noch mehr Fluglärm belastet wird. Im Vordergrund der Aktivitäten stand in diesem Jahr die Beteiligung an zwei Behördeninitiativen sowie der gemeinsame Auftritt mit dem Fluglärmforum Süd zugunsten einer möglichst raschen Einführung des Gekröpften Nordanflugs. Die Region Ost wehrt sich gegen jeglichen weiteren Pisten- ausbau und befürwortet mit Nachdruck eine Rückkehr zur historischen Nordausrichtung für Landungen sowie einen nachhaltigen Flugbetrieb, der mit einer Obergrenze von 320 000 Flugbewegungen den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ansprüchen gleichermassen Rechnung trägt.

Die Arbeit im Bereich Melde- und Zivilstandswesen wurde in diesem Jahr massgebend durch den Bevölkerungsanstieg geprägt. Ein Schwerpunkt der diesjährigen Berichtsperiode war der Aufbau eines integrierten Managementsystems, das in allen betrieblichen Belangen eine dauerhafte Qualitätssicherung gewährleistet.

Als Dienstleistungsabteilung der Departementsleitung war der Departementsstab mit der administrativen Bearbeitung und juristischen Begleitung zahlreicher Geschäfte im Zuständigkeitsbereich des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates beschäftigt. Der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden kommt traditionell ein hoher Stellenwert zu. Erfreulicherweise ist bei der diesjährigen Polizeischule ein höherer Frauenanteil gegeben als je zuvor. Dem oberen Kader bot sich die Gelegenheit aktuelle führungsrelevante Themen wie Qualitätssicherung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sowie Sicherheits- und Krisenkommunikation zu behandeln und diesbezügliche Erfahrungen auszutauschen.

Umwelt- und Gesundheitsschutz

Per 1. Januar 2006 wurden das Gesundheitsamt und die Umweltschutzfachstelle zum Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGS) zusammengelegt. Für den neuen Bereich galt es zunächst, organisatorisch zusammenzuwachsen und trotz Personalreduktion die gewohnt hohe Dienstleistungsqualität zu bieten. UGS umfasst das Lebensmittelinspektorat, das Arbeitsinspektorat sowie die Fachstelle Umwelt. Die Tätigkeitsschwerpunkte betreffen verschiedene Bereiche der gesundheitlichen Prävention, den Einsatz für die Umwelt sowie die nachhaltige Entwicklung in der Stadt und Region Winterthur.

Nachhaltige Entwicklung

Im Vorjahr wurde die Situationsanalyse zum Umsetzungsstand der stadtträtlichen Nachhaltigkeitsstrategie abgeschlossen. Die darin enthaltenen Empfehlungen flossen in die aktuellen stadtträtlichen Legislatorschwerpunkte (LSP) 2006–2010 ein und mündeten in der Kernaussage, wonach der Stadtrat bei sämtlichen Handlungen und Entscheidungen wirtschaftliche, soziale und ökologische Anliegen möglichst gleichermassen berücksichtigen will. Wo der Stadtrat in der aktuellen Legislatur konkrete Handlungsschwerpunkte setzt, gelangt in den 21 Vorhaben von hoher Bedeutung zum Ausdruck. Eines dieser Vorhaben ist die Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens in den Verwaltungsabläufen: Eine ganzheitliche Betrachtung anhand der drei Zieldimensionen «Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit», «Gesellschaftliche Solidarität» und «Ökologische Verantwortung» soll es den Verwaltungsstellen erleichtern, in komplexen Fragestellungen langfristig tragfähige Entscheidungen zu treffen. Dieses Anliegen wird in den nächsten Jahren mittels verschiedener Projekte umgesetzt. Hierzu ist UGS mit dem Institut für Nachhaltige Entwicklung der Zürcher Hochschule Winterthur (ZHW) eine Partnerschaft eingegangen. Die Erfahrungen der Winterthurer Verwaltung dienen als Fallbeispiele im ZHW-Forschungsprojekt «Nachhaltigkeitsorientierte Gemeindeführung» (weitere Informationen: www.nogf.ch).

Rund 50 interessierte Gemeindevertreter aus dem ganzen Kanton beteiligten sich am «Praxisseminar Nachhaltige Gemeindeführung», welches UGS in Kooperation mit der ZHW, dem Verein Impuls Agenda 21 ZH sowie der Stiftung Oekopolis am 14. November 2006 in Winterthur veranstaltete.

Umweltschutz

Koordination Umweltaktivitäten

In der Organisation Umwelt und Energie sind 9 städtische Stellen aus drei Departementen vertreten: UGS (Dept. Sicherheit und Umwelt), Stadtplanung, Baupolizeiamt, Tiefbau, Energieberatung und Haustechnik (Dept. Bau) sowie Naturschutz, Forstbetrieb und Stadtwerk Winterthur (Dept. Technische Betriebe). Die Organisation umfasst drei Gremien, in welchen die städtischen Umweltaktivitäten koordiniert und Erfahrungen ausgetauscht werden. Der Departementsvorsteher Sicherheit und Umwelt leitet die drei Gremien, und der Bereich UGS amtiert als Geschäftsstelle. Haupttraktandum der strategischen Kommission Umwelt und Energie war, ausgehend von den neuen LSP, das «Strategiepapier Umwelt & Energie 2007–2010» zu erarbeiten, das der Stadtrat im Dezember genehmigt hat. Der darin aufgeführte Massnahmenkatalog dient als wichtiges Arbeitsinstrument für übergeordnete,

gemeinsame Aktivitäten. Im Hinblick auf das Re-Audit für das Label Energiestadt aktualisierte die Fachgruppe Energie das Aktivitätenprogramm zur weiteren Umsetzung des stadtträtlichen Energiekonzepts. Es enthält zielgruppenorientierte Projekte und Massnahmen, die sowohl den Vollzug wie auch die Öffentlichkeitsarbeit betreffen. Schwerpunktthemen in der Fachgruppe Umwelt waren die Veröffentlichung des Umweltberichts 2005, die Vorgehensweise zur Festlegung der Parkplatzzahl bei Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) und das Feinstaubproblem.

Energiestadt und Klimaschutz

Die folgende Abbildung vermittelt einen Überblick über die Projekte, die im Berichtsjahr von verschiedenen Verwaltungsbereichen durchgeführt worden sind.

Federführend war UGS bei folgenden Projekten:

- Das KMU-Programm Energie-Effizienz unterstützt kleine und mittlere Unternehmen bei ihren Bestrebungen, Energie und damit auch Kosten zu sparen. Im Berichtsjahr profitierten weitere 6 Unternehmen von diesem Angebot.
- Erneut auf eine gute Resonanz gestossen ist die Mobilitätsberatung für Unternehmen. In der Region Winterthur wurden rund 150 Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden angeschrieben. Die Mobilitätsberater führten bis Ende Jahr 6 Erstgespräche mit interessierten Unternehmen; weitere Erstgespräche stehen an. Auch die Stadtverwaltung ist daran, ein eigenes Mobilitätskonzept auszuarbeiten.



Energiestadt Winterthur

Wirtschaft:

- Vollzug Energie-Grossverbraucher (Fachstelle Energieberatung)
- KMU-Programm Energie-Effizienz (Umwelt- und Gesundheitsschutz)
- Informationsveranstaltungen (Stadtwerk Winterthur)

Private Haushalte:

- Energieberatung im Kundenzentrum Stadtwerk (Fachstelle Energieberatung)
- Ökostrom (Stadtwerk Winterthur)
- Mobilitätsdurchblick Schweiz (Umwelt- und Gesundheitsschutz)

Verkehr:

- Mobilitätsberatung für Unternehmen (Umwelt- und Gesundheitsschutz)
- Imageförderung Busfahren (Stadtbus Winterthur)
- Eco-Drive: GentleDriver-Kurse (Umwelt- und Gesundheitsschutz)
- Erdgas-Autos (Stadtwerk Winterthur)
- Führungen Velo-Stadt (Verkehrsplanung)

Öffentliche Hand:

- Energiesparwochen in der Verwaltung (Umwelt- und Gesundheitsschutz)
- Bau Solarstromanlage in Schulen (Stadtwerk Winterthur)
- Holzschnitzelanlagen (Stadtwerk Winterthur)

Öffentlichkeitsarbeit der Energiestadt Winterthur im Jahre 2006



Zertifikatsübergabe an weitere Teilnehmer des KMU-Programms Energie-Effizienz an der Generalversammlung des KMU-Verbandes Winterthur und Umgebung

- Am 22. September, dem europäischen Aktionstag «In die Stadt – ohne mein Auto», wurde mit einer Standaktion auf das neue Angebot Mobilitätsdurchblick Schweiz aufmerksam gemacht. Im Berichtsjahr konnten 46 private Haushalte individuell beraten und in den meisten Fällen kostengünstigere sowie umweltfreundlichere Alternativen zur bisherigen Verkehrsmittelwahl empfohlen werden.
- Engagiert beteiligten sich die städtischen Mitarbeitenden an den Energiesparwochen in der Verwaltung. Einfache Tipps genügten bereits, um den Energieverbrauch am Arbeitsplatz um 5–10 % zu senken.

Luftreinhaltung

Gestützt auf die erneuerte Leistungsvereinbarung mit der kantonalen Baudirektion wurden die Vollzugsaufga-

Einfach Energiesparen: Die wichtigsten Tipps

Elektrogeräte

- ✓ Computer, Notebook, Drucker ab einer Stunde, Bildschirme ab 5 Minuten ausschalten
- ✓ über Nacht ausstecken
(Ausnahme: PC am Arbeitsplatz)

Papier

- ✓ doppelseitig und auf Recyclingpapier drucken oder kopieren
- ✓ mehrere Seiten auf ein Blatt drucken

Licht

- ✓ natürliche Lichtquelle Tageslicht nutzen
- ✓ nicht benötigte Beleuchtung ausschalten

Heizung

- ✓ Thermostat maximal auf Stufe 3 einstellen
- ✓ über Nacht / Wochenende Storen schliessen
- ✓ täglich 4- bis 5-mal kurz durchlüften

Wasser

- ✓ Toilettenspülung unterbrechen, wenn sinnvoll
- ✓ Wasserspardüsen montieren (Zuhause)

Mobilität

- ✓ möglichst Velo / ÖV benutzen oder zu Fuss gehen
- ✓ im Auto: EcoDrive®-Fahrstil anwenden

ben zur Luftreinhaltung mit der Feuerpolizei Winterthur, der Stadt Zürich und dem Kanton harmonisiert. Zu den Aufgaben im Zuständigkeitsbereich von UGS gehören die Kontrolle grösserer Feuerungen, die Kontrolle der Tankstellen sowie die Prüfung von VOC-Bilanzen (VOC: flüchtige organische Verbindungen).

UGS betreut insgesamt 145 Feuerungsanlagen. Von den 34 Feuerungen mit über 1 Megawatt Leistung wurden 9 neu bewilligt, 16 Betriebe zur periodischen Emissionsmessung aufgefordert, 10 eingegangene Messberichte beurteilt, 2 Betriebe zur Sanierung gemahnt sowie 7 Begehungen durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit dem Autogewerbeverband Schweiz (AGVS) werden die insgesamt 44 Tankstellen periodisch hinsichtlich ihrer Gasrückführungssysteme kontrolliert. Die im Berichtsjahr erfolgten 24 Kontrollen führten zu keinerlei Beanstandungen.

Gestützt auf die Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen reichen in Winterthur 6 Betriebe jährlich ihre VOC-Bilanzen zur Prüfung ein.

Immissionsschutz

Die Luftqualität im Jahr 2006 war geprägt von langen Perioden mit teils sehr hohen Schadstoffgehalten. Zum Jahresbeginn reicherten sich Verkehrs- und Heizungsabgase unter der Hochnebeldecke zu bedenklichen Konzentrationen an Feinstaub und Stickoxiden an. Derart hohe Werte waren seit Jahren nicht mehr erreicht worden. Grossflächige Spitzenbelastungen wurden im Juli auch für Ozon gemessen. Die Messergebnisse belegen eindrücklich, dass der Schadstoffausstoss noch immer viel zu hoch ist.

Die Messstation Obertor ermittelte für den lungengängigen Schwebstaubanteil PM₁₀ (Partikeldurchmesser von weniger als 10 Mikrometer) einen Jahresmittelwert von 25 µg/m³, also 25 % über dem Grenzwert der Luftreinhalte-Verordnung von 20 µg/m³. Insgesamt waren 33 Überschreitungen des Tagesmittelgrenzwertes zu verzeichnen – so viele wie noch nie seit Beginn der Messung im Jahr 1999. Der höchste Mittelwert wurde mit 147 µg/m³ im Januar gemessen (im Vergleich dazu 2005: 7 Überschreitungen und ein Höchstwert von 66 µg/m³ im Februar).

Der 1-Stunden-Grenzwert von 120 µg/m³ für Ozon wurde insgesamt 218 Mal an 37 Tagen überschritten, bei der Messstation Oberseen gar 276 Mal an 49 Tagen. Die Grenzwertüberschreitungen waren somit deutlich häufiger als in den letzten Jahren. Der höchste am Obertor gemessene Stundenmittelwert lag mit 182 µg/m³ gleich hoch wie im Vorjahr, also weiterhin deutlich über dem Grenzwert.

Für die Belastung mit Stickstoffdioxid (NO₂) verzeichnete die Messstation Obertor in der Altstadt einen Jahresmittelwert von 30 µg/m³. Im Vorjahresvergleich ist er somit leicht rückläufig und entspricht seit 2004 erstmals wieder dem Langzeitgrenzwert. Der Tagesmittelgrenzwert von 80 µg/m³ wurde dreimal überschritten und erreichte ein Maximum von 87 µg/m³. Die an fünf Standorten über das gesamte Stadtgebiet verteilten NO₂-Passivsammler registrierten Jahresmittelwerte zwischen 20 µg/m³ (Sägeweg) und 57 µg/m³ (Technikumstrasse). Die Schwefeldioxidmesswerte (SO₂) liegen seit Jahren deutlich unter den Grenzwerten, weshalb das in die Jahre gekommene Messgerät nicht mehr ersetzt und die Messung Ende Jahr eingestellt wurde.

Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)

Im Berichtsjahr wurde die Voruntersuchung mit Pflichtenheft für das Geschäftshaus Grüzefeldstrasse geprüft;

im 2007 wird die Hauptuntersuchung folgen. Für die UVP betreffend den Ersatz der Verbrennungslinie 1 der Kehrichtverbrennungsanlage Winterthur wurden ergänzende Unterlagen eingefordert. Sobald diese vorliegen, wird die Prüfung weitergeführt.

Fluglärm

Als Reaktion auf das Projekt «Relief», das einen Ausbau des Zürcher Flughafens auf jährlich 420 000 Flugbewegungen (derzeit sind es rund 260 000), eine verlängerte Piste 28 und die Konzentration der Landungen im Osten vorsah, schlossen sich Gemeindeexekutiven im Osten des Flughafens im Juni 2004 zur Interessengemeinschaft Region Ost zusammen. Ihr Präsident ist seither der Departementsvorsteher Sicherheit und Umwelt, und der Bereichsleiter UGS führt die Geschäftsstelle. Im September trat erfreulicherweise auch die Stadt St. Gallen der Region Ost bei, während die Gemeinde Neftenbach im Verlauf dieses Berichtsjahres überraschend ihren Austritt bekannt gegeben hat. Per Ende 2006 umfasst die Interessengemeinschaft 84 Gemeinden mit rund 450 000 Einwohnerinnen und Einwohnern in den Kantonen Zürich, Thurgau und St. Gallen. Sie setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, dass die Bevölkerung im Osten nicht einseitig mit Fluglärm belastet wird. Die Region Ost befürwortet eine Rückkehr zum historisch gewachsenen Flugregime mit Nordausrichtung für Landungen und einen nachhaltigen Flughafenbetrieb: wirtschaftlich auf lange Sicht lebensfähig, gesellschaftlich akzeptiert und umweltverträglich.

Die Region Ost hatte auch in diesem Jahr verschiedentlich Anlass, zu wichtigen Ereignissen in der Flugverkehrspolitik Stellung zu beziehen: Der Regierungsrat präsentierte mit dem Zürcher Fluglärmindex (ZFI) einen Gegenvorschlag zur sog. Flughafeninitiative, die eine Begrenzung der Flugbewegungen auf 250 000 pro Jahr und neun Stunden Nachtruhe fordert (Januar); das Bundesamts für Zivilluftfahrt (BAZL) genehmigte auf Antrag von Unique (Flughafen Zürich AG) eine Projektierungszone für den Anflug auf Piste 28 (Februar); das BAZL verfügte eine Absenkung des Luftraums für Anflüge auf Piste 28 (März); Regierungsrätin Rita Fuhrer stellte in Winterthur den ZFI vor (August). An einer Medienkonferenz im Juli forderten die beiden Behördenorganisationen Region Ost und Fluglärmforum Süd gemeinsam mit der Stadt Zürich die schnelle Einführung des Gekröpften Nordanflugs.

Das Region Ost-Mitglied Kloten und die IG Ost haben erfolgreich gegen die Projektierungszone im Anflugbereich der Piste 28 prozessiert; im Dezember hat das Bundesgericht diese Zone als rechtswidrig befunden. Die vorbereitende Kommission Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) des Zürcher Kantonsrates erachtet die unter anderem von der Region Ost postulierte Beschränkung der jährlichen Flugbewegungen auf 320 000 als zielführenden Lösungsansatz in der Flughafendiskussion: Verknüpft mit einer siebenstündigen Nachtruhe beantragt sie diesen Bewegungsplafond dem Kantonsrat als Gegenvorschlag zur Flughafeninitiative. Dieses Geschäft wird voraussichtlich im Februar 2007 im Kantonsrat behandelt.

Wesentliche Entscheide zum künftigen Flugregime am Flughafen Zürich werden auch auf Bundesebene im sog. SIL-Prozess fallen (SIL: Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt), wo die raumplanerischen Randbedingungen für das Flughafenbetriebsreglement festgelegt werden. Inzwischen wurden 19 technisch machbare Betriebsvarianten ausgearbeitet, die seit Dezember 2006 vorliegen und als Basis für die politische Diskussion dienen. Der Regierungsrat hat in einer ersten Stellungnahme dazu verlauten lassen, er favorisiere eine Lösung ohne zusätzlichen Pistenausbau. Dies entspricht auch einem wichtigen

Anliegen der Region Ost.

Die Stadt Winterthur hat die kantonale Behördeninitiative mit lanciert, die eine Begrenzung auf 320 000 Bewegungen und acht Stunden Nachtruhe verlangt. Sie wurde im Juli von 69 Gemeinden dem Kantonsrat eingereicht. Der Stadtrat hat auch die im November eingereichte Behördeninitiative gegen einen Ausbau des Pistensystems unterstützt. Getreu dem Nachhaltigkeitsgedanken mit seinen drei Zieldimensionen wird im Zentrum der stadträtlichen Flugverkehrspolitik auch weiterhin das Bestreben stehen, für den künftigen Flugbetrieb eine ausgewogene Regelung zu erreichen, die dem Schutz der Bevölkerung vor übermässiger Fluglärmbelastung in gleicher Weise Rechnung trägt wie der Tatsache, dass es sich beim Flughafen um eine verkehrs- und wirtschaftspolitische Schlüsselinfrastruktur von nationaler Bedeutung handelt.

Gesundheitsschutz

Lebensmittelkontrolle

In Winterthur unterliegen insgesamt 1007 Betriebe den Lebensmittelvorschriften. Im Jahr 2006 wurden 1017 Inspektionen in Lebensmittel verarbeitenden Betrieben, Restaurants, Kantinen, an Festanlässen etc. durchgeführt. Dabei kam es in 565 Fällen, also mehr als der Hälfte der Untersuchungen, zu Beanstandungen. In 432 Fällen wurde direkt mit Verfügungen vor Ort geahndet, in 15 Fällen schriftlich verwandt und in 24 Fällen Strafanzeige an den Polizeirichter erstattet. In zehn Fällen mussten Lebensmittel beschlagnahmt werden, da sie in ihrem Wert vermindert, verdorben, über ihrem Verfallsdatum oder mangelhaft deklariert waren. Zudem wurden auf Stadtgebiet insgesamt 605 Lebensmittelproben erhoben, wobei die Beanstandungsquote wie im Vorjahr bei rund 23 % lag.

Die Lebensmittelkontrolle in den 39 Partnergemeinden hat sich auch in diesem Berichtsjahr bestens bewährt und weiter etabliert. Der Anteil der Beanstandungen liegt hier mit rund 43 % etwas tiefer als in Winterthur. Kontrollpflichtig waren in den Gemeinden insgesamt 2232 Betriebe, was in Relation zum vorangegangenen Jahr einer Zunahme von 4 % entspricht.

Das Jahr 2006 war ein gutes Pilzjahr, was sich im Geschäftsgang der städtischen Pilzkontrolle entsprechend niederschlug. 405 Besucherinnen und Besucher brachten insgesamt 521 kg Pilze zur Prüfung, gegenüber 291 kg im Vorjahr. Es mussten 68 kg Pilze als ungeniessbar oder giftig konfisziert werden.



Bei der Lebensmittelkontrolle mussten viele Betriebe wegen ungenügender Hygiene oder verdorbener Ware beanstandet werden.

Öffentliche Hygiene

Ein spezieller Einsatz galt im Frühling den Präventionsmassnahmen gegen die weitere Verbreitung der Vogelgrippe. Im Rahmen des zivilen Gemeindeführungsstabs (ZGF) leistete die Tierkadaverentsorgungsstelle die nötige logistische Unterstützung zur fachgerechten Zwischenlagerung von Vogelkadavern mit dem Verdacht auf Virusinfektion.

Zur Wohnhygiene, beispielsweise bei Schimmelpilzproblemen oder Belastung mit Elektrosmog, wurden im Berichtsjahr 57 Privatpersonen beraten, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr.

UGS übernahm wiederum das Patronat für die Sonderchau «Xund und Fit» an der Winterthurer Messe. Neu dauerte die Messe nicht mehr neun, sondern fünf Tage. Wie bereits in den Vorjahren ist das Angebot des Gesundheits-Test-Parcours auf grosses Interesse gestossen. Über 900 Personen haben sich testen lassen und konnten ihre Messresultate von Blutdruck, Cholesterin, Blutzucker, Kreatinin, Körperfett-Anteil sowie den Bodymass-Index mit medizinischen Fachpersonen besprechen. Die gegen 2500 Messungen führten der Schweizerische Rotkreuzdienst, die Samaritervereinigung Winterthur und die Ärztesgesellschaft Winterthur-Andelfingen durch.

Arbeitssicherheit

In Vollzug des Arbeitsrechts, des Unfallversicherungsgesetzes sowie der Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten wurden 176 Betriebe kontrolliert. Dabei wurden in 130 Betrieben, die einer Umsetzungspflicht unterliegen, Betriebskontrollen nach der Richtlinie über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit (ASA) durchgeführt. Von diesen Betrieben verfügten 76 über eine ausreichende Dokumentation, die entweder auf einer Branchen- oder einer individuellen Lösung basiert. Bei weiteren 54 Betrieben erfolgten Vorabklärungen und wurden die Verantwortlichen mit umfassendem Informationsmaterial sowie individueller Beratung unterstützt. Zudem wurden 100 Betriebe schriftlich zu ihrem Umsetzungsstand bezüglich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz angefragt.

Von den kontrollierten Betrieben mussten 13 auf Missstände hingewiesen und deren Behebung gemahnt werden. Die häufigsten Beanstandungsgründe waren mangelnde Sicht ins Freie, keine getrennten Toiletten für Frauen und Männer, fehlende Treppenhandläufe sowie nicht optimale ergonomische Arbeitsplätze.

Von 76 städtischen Ämtern und Bereichen, welche der ASA-Richtlinie unterliegen, erfüllen bereits 61 die Anforderungen. 10 Bereiche befinden sich noch in der Umsetzungsphase, während 5 trotz wiederholter Ermahnung die nötigen Anpassungen bis zum Jahresende noch nicht in Angriff genommen haben.

Neben den eigentlichen Betriebsbesuchen erfolgten 126 Planbegutachtungen für gewerbliche Betriebe, zwei Plangenehmigungen sowie eine Bewilligung für Änderungen bei industriellen Betrieben.

Campingplatz

In den Sommermonaten haben rund 1400 Touristen und Touristinnen den Campingplatz am Schützenweiher besucht. Die Anzahl Übernachtungen bewegt sich mit rund 23 000 auf dem Niveau des Vorjahres. Während der Sommersaison wurde erstmals eine Umfrage zur Kundenzufriedenheit durchgeführt. Bewertet wurden Infrastruktur, Sauberkeit/Ordnung, Preis/Leistung und Personal. Dabei zeigten sich 66 % der befragten Gäste mit dem Campingplatz zufrieden; beanstandet wurden u.a. Mängel der Infrastruktur, die im kommenden Jahr behoben werden.

Ebenfalls im kommenden Jahr soll für den Campingplatz ein zeitgemässes Betriebs- und Nutzungskonzept erarbeitet werden.

Weitere Informationen

Auf www.ugs.winterthur.ch finden sich weitere Informationen zu den Aktivitäten des Bereichs Umwelt- und Gesundheitsschutz. Mehr zur Fluglärm-Interessengemeinschaft Region Ost ist auf www.region-ost.ch zu finden.

Statistische Angaben

Lebensmittelkontrolle	2005	2006
Anzahl Kontrollen	1 516	1 017
Beanstandungen	48 %	56 %

Lebensmitteluntersuchungen/Analysen

Anzahl Proben	584	605
davon Beanstandungen	23 %	23 %
Beschlagnahmungen	7	10

Arbeitssicherheit

Planbegutachtungen	144	126
Plangenehmigungen	1	2
Schriftliche Vorabklärungen ASA	127	100
Betriebsbesuche/Kontrollen	158	177

Luftqualität

Messstationen	Jahresmittelwerte (µg/m³)	
	2005	2006
Obertor (Altstadt)	SO ₂ 5	SO ₂ 3
	NO ₂ 31	NO ₂ 30
Stickstoffdioxid-Passivsammler	NO ₂ 56	NO ₂ 57
Höchster Jahresmittelwert	18	20
Tiefster Jahresmittelwert		
Ozon, Messstation Obertor	182	182
Max. Stundenmittel (µg/m³)	114	218
1-Stunden-Grenzwertüberschreitungen	27	37
Tage mit Grenzwertüberschreitungen		
Ozon, Messstation Oberseen	184	216
Max. Stundenmittel (µg/m³)	162	276
1-Stunden-Grenzwertüberschreitungen	34	49
Tage mit Grenzwertüberschreitungen		
Schwebestaub, Messstation Obertor (TEOM-Messgerät)	22	25
Tage mit Grenzwertüberschreitungen	7	33
LRV-Grenzwerte		
Schwefeldioxid	SO ₂ 30 µg/m³	Jahresmittelwert
Stickstoffdioxid	NO ₂ 30 µg/m³	Jahresmittelwert
Ozon	O ₃ 120 µg/m³	1-Stunden-Grenzwert
Schwebestaub	PM10 20 µg/m³	Jahresmittelwert
	PM10 50 µg/m³	Tagesmittelwert

Vollzug Luftreinhaltung

Feuerungsgesuche	—*	9
Begehungen	—*	1
Beurteilte Messberichte	—*	8
Messaufforderungen	—*	16

* keine Angaben vorhanden

Campingplatz	2005	2006
Sommerbetrieb:		
Gäste	1 850	1 379
Übernachtungen	10 499	8 552
Winterbetrieb:		
Gäste	687	715
Übernachtungen	12 660	14 037
Total		
Gäste	2 537	2 094
Übernachtungen	23 159	22 589
Dauerstandplätze:		
Belegung Standplatzparzellen (Maximal 8 Plätze)	6,5	5

Tierkadaverentsorgung

Umgeschlagene Tonnen	55	72
Öffentliche Sammelstellen	14	14

Polizeirichteramt

Das Polizeirichteramt war in erster Linie damit beschäftigt, die angestiegene Geschäftslast zu bewältigen, wurden doch rund 29 % mehr neue Fälle verzeichnet als im Vorjahr. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Vorbereitung auf die Inkraftsetzung des neuen Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches und der damit einhergehenden Änderungen der kantonalen Gesetzgebung.

Der Bundesrat wird den revidierten Allgemeinen Teil des Schweizerischen Strafgesetzbuches und weitere damit zusammenhängende bundesrechtliche Erlasse auf den 1. Januar 2007 in Kraft setzen. Im Hinblick darauf musste der Kanton Zürich kantonale Gesetze und Verordnungen überarbeiten. Dabei wurden auch weitere Revisionsanliegen berücksichtigt. Für das in die Kompetenz des Polizeirichteramtes fallende Übertretungsstrafverfahren ergeben sich aufgrund des geänderten übergeordneten Rechts insbesondere folgende wichtige Neuerungen:

- Die Verfügung, mit der eine Busse verhängt wird, heisst nicht mehr «Bussenverfügung», sondern neu «Strafverfügung».
- In einer Strafverfügung ist neben der Busse auch die Ersatzfreiheitsstrafe für den Fall der schuldhaften Nichtbezahlung der Busse festzulegen. Dabei wird grundsätzlich von einem Umrechnungssatz von einem Tag Ersatzfreiheitsstrafe je Fr. 100.– Busse ausgegangen. Separate Umwandlungsverfügungen (mit dem gesetzlichen festgelegten Umwandlungssatz von einem Tag pro Fr. 30.– Busse) sind nur noch bei Nichtbezahlung der nach bisherigem Recht verfügten Bussen zu erlassen.
- Spätestens im Einspracheverfahren oder im Verlauf des Inkassos einer rechtskräftig verfügten Busse ist die gebüsste Person auf die Möglichkeit hinzuweisen, anstelle der ausgesprochenen Busse die Anordnung gemeinnütziger Arbeit von maximal 40 Stunden zu beantragen. Über solche Gesuche ist mittels besonderer Verfügungen, den so genannten Nachentscheiden, zu befinden.
- Wenn jemand zunächst die gerichtliche Beurteilung einer Strafverfügung verlangt, also Einsprache erhebt, dann jedoch trotz zweimaliger Vorladung unentschuldigt nicht zur Einvernahme erscheint, gilt die Einsprache als zurückgezogen. Damit wird die angefochtene Strafverfügung rechtskräftig und vollstreckbar.

Um die neuen gesetzlichen Vorgaben ab Anfang des Jahres 2007 ohne Verzug umsetzen zu können, waren vor allem zwei Massnahmen nötig. Einerseits mussten die Mitarbeitenden instruiert werden. Andererseits galt es, das EDV-System des Amtes in Zusammenarbeit mit der beauftragten Softwarefirma den neuen Gegebenheiten anzupassen.

2006 erliess das Polizeirichteramt insgesamt 2627 Verfügungen mehr als im Vorjahr. Bei den Bussenverfügungen im Besonderen ist gegenüber dem Vorjahr sogar ein Anstieg um 2674 Verfügungen auf eine Höchstmarke

von 10 804 Bussenverfügungen zu verzeichnen. Hauptursache dafür ist die Zunahme der polizeilichen Verzeigungen wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen, die von rund 1000 auf über 3000 angestiegen sind. Zugenommen haben auch die Strafklagen der öffentlichen Transportunternehmen (VZV, SBB, Turbo AG) wegen Verstössen gegen das Transportgesetz infolge Benützung öffentlicher Verkehrsmittel ohne gültige Fahrscheine («Schwarzfahren»). Demgegenüber bewegen sich die Zahlen der Verzeigungen bzw. Verfügungen wegen anderer Übertretungen in ähnlichen Grössenordnungen wie in den letzten Jahren. Trotz des Anstiegs bei den erlassenen Bussenverfügungen um rund 33 %, wurden im Vorjahresvergleich lediglich 3 % mehr Einsprachen erhoben. Dies erlaubte es, die Zahl der pendenten Einsprachen trotz zunehmend komplizierterer Beweisverfahren nur leicht ansteigen zu lassen.

Bussenverfügungen

	2006	2005
<i>Tatbestände</i>		
Strassenverkehr:		
Verkehrsunfälle	771	856
Geschwindigkeit	3 321	1 038
Parkierungsübertretungen	1 179	1 046
nicht betriebssichere Fahrzeuge	171	241
Rotlicht	131	112
Fahren ohne Ausweis	31	42
Fahrverbot	43	83
Abgaswartung	25	21
Arbeits- und Ruhezeitvorschriften	116	127
Übrige SVG Übertretungen	1 587	1 500
Total Verkehrsübertretungen	7 375	5 066
<i>Sonstige Übertretungen:</i>		
Strafgesetzbuch	432	419
Betäubungsmittelgesetz	649	495
Transportgesetz (Schwarzfahren)	1 561	1 245
Allgemeine Polizeiverordnung	190	273
Ausländergesetz	229	156
Einwohnerkontrolle	23	27
Gewerbegesetz (AHV, AVIG, etc.)	3	10
Gastgewerbe und Lebensmittel	117	81
Feuerwehr und Feuerpolizei	11	19
Hundehaltung	39	23
Übrige Bestimmungen	175	316
Total sonstige Übertretungen	3 429	3 064
Total erlassene Bussenverfügungen	10 804	8 130
Einstellungen, Abtretungen	679	726
Total bearbeitete Fälle	11 483	8 856

Einsprachen auf Bussenverfügungen

	2006	2005
Eingegangene Einsprachen	584	567
– in % aller Bussenverfügungen	5,4	7,0
Pendente Einsprachen aus Vorjahr	107	91
Total zu behandelnde Einsprachen	691	658
<i>Art der Erledigung</i>		
Nichteintreten/Sonstige Erledigungen	116	92
Rückzüge vorbehaltlos	239	251
Rückzüge nach Änderung der Verfügung	86	95
Aufhebungen	109	93
– % der zu behandelnden Einsprachen	15,8	14,1
– % aller Bussenverfügungen	1,0	1,1
Überweisungen ans Bezirksgericht	23	20
Pendente Einsprachen Ende Jahr	118	107

Stadtpolizei

Auf den 1. Januar 2006 ist im Kanton Zürich das neue Polizeiorganisationsgesetz in Kraft getreten. Danach ist auf dem Gebiet der Stadt Winterthur die Stadtpolizei für die polizeiliche Grundversorgung zuständig. Weil dazu auch die Bekämpfung der lokalen Kleinkriminalität gehört, hat die Stadtpolizei durch eine interne Reorganisation einen eigens auf diese Aufgabe spezialisierten Ermittlungsdienst ins Leben gerufen. Von Beginn weg nahmen die Ermittlerinnen und Ermittler ihre Aufgabe beherzt an die Hand, was auch den lokalen Medien nicht verborgen blieb: Bereits drei Wochen später war im Landboten zu lesen, das Winterthurer Rotlichtmilieu habe «in den letzten Wochen gleich mehrmals Besuch von Zivilfahndern der Stadtpolizei erhalten...». Die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei gemäss bereinigter Zuständigkeitsordnung nach neuem Polizeiorganisationsgesetz hat bestens funktioniert und keine nennenswerten Schnittstellenprobleme ergeben.

Einen Vorgeschmack auf die kommende Fussball-Europameisterschaft 2008 gaben die lokalen Geschehnisse rund um die diesjährige Weltmeisterschaft: Während der Spieltage herrschte auch bei den Fussballfans in Winterthur ausgelassene Feierstimmung. Leider war jedoch in mehreren Fällen der Leidenschaft zuviel: Wiederholt musste die Sicherheits- und Verkehrspolizei ausrücken, weil fanatische Fussballbegeisterte teils erhebliche Verkehrs- und Ruhestörungen verursachten. Glücklicherweise kam es jedoch zu keinen gravierenderen Zwischenfällen, was angesichts des zum Teil leichtfertig abgebrannten Feuerwerks nicht selbstverständlich war.

Für einigen Gesprächsstoff sorgten im Berichtsjahr die Arbeiten am Reorganisationsprojekt WINPOL, dem Beitrag der Stadtpolizei zum städtischen Haushaltssanierungsprogramm 07. Nach Bekanntwerden der Projektziele wurden in der Öffentlichkeit kritische Stimmen laut, die einen Sicherheitsverlust und Abbau von hoheitlichen Aufgaben befürchteten; der städtische Polizeibeamtenverband seinerseits wehrte sich gegen allfällige Entlassungen und Sozialabbau. Im Rahmen der Detailplanung gelang es der Projektleitung indessen, das geforderte Einsparungs- bzw. Einnahmepotential ohne die Gefahr von Leistungseinbussen und Personalabbau zu orten. Gleichzeitig wurde die Chance wahrgenommen, mit internen Umstrukturierungen mehr Wirkung an die Front zu bringen. Auf dieser Grundlage konnten die geäusserten Bedenken im Laufe des Berichtsjahres grösstenteils ausgeräumt werden. Nach seiner Zustimmung zum Grob- und

Detailkonzept WINPOL hiess der Stadtrat Ende Dezember auch den Umsetzungsplan gut, womit nunmehr nicht nur die Voraussetzungen für eine Kostenoptimierung vorliegen, sondern auch die Rahmenbedingungen für eine zukunftsgerichtete Modernisierung der Korpsstruktur.

Korpsbestand

Im Berichtsjahr sind 18 Aspirantinnen und Aspiranten, 1 Polizistin und 6 Zivilangestellte in den Dienst der Stadtpolizei getreten. Ausgetreten sind insgesamt 10 Mitarbeitende (2 Offiziere, 3 Polizisten, 3 Verkehrsbeamtinnen, 1 Aspirantin und 1 Zivilangestellte). Dazu kamen 9 Pensionierungen, davon 7 ordentliche und 2 vorzeitige. Die durch Krankheit bedingten Abwesenheiten sind im Berichtsjahr leicht angestiegen (1599 Tage gegenüber 1405 Tagen im Vorjahr), ebenso die Abwesenheiten infolge Unfalls (von 507 auf 615 Tage). Im Vergleich zum Vorjahr hälftig abgenommen haben aufgrund der neuen Arbeitszeitregelung die angefallenen Überstunden (von 17 191 auf 8701 Stunden).

<i>Korpsbestand</i> (Stellenprozente am 31. Dezember)		2006
Beamtinnen/Beamte		169.75
Verkehrsbeamtinnen/Verkehrsbeamte		17.10
Aspirantinnen/Aspiranten		17.00
Zivilangestellte		16.27
Total		220.12

Der Stellenbestand wurde im Rahmen des Reorganisationsprojekts WINPOL auf die heutigen Sicherheitsbedürfnisse abgestimmt. Hält das starke Bevölkerungswachstum der Stadt Winterthur an, wird eine Anpassung der Korpsgrösse in Betracht gezogen werden müssen, damit die Polizei ihre Dienstleistungen weiterhin in der gewohnt hohen Qualität erbringen kann.

Sicherheits- und Verkehrspolizei

Die Anzahl Geschäfte und Dienstleistungen der Sicherheits- und Verkehrspolizei bewegt sich auf konstant hohem Niveau. Die Stadtpolizei hat im Berichtsjahr in 16 361 (16 528) Fällen rapportiert. 36 000 Personalstunden wurden rund um die Uhr für die ordentliche, uniformierte und zivile Patrouillentätigkeit in der Innenstadt und in den Aussenquartieren aufgewendet. Daneben hatte die Stadtpolizei erneut zahlreiche Spezialeinsätze zu bewältigen: Aufgrund von Alarmen musste 515 (464) Mal ausgerückt werden. Für die Bewachung der Sitzungen des Grossen Gemeinderates wurden 243 (262) Personalstunden aufgewendet. 16 (22) Mal wurden Beamtinnen und Beamte für Ordnungsdienst-Einsätze (u.a. auch für Sportveranstaltungen) in Bereitschaft gestellt. Die Polizeigrenadiere, welche zusammen mit der Spezial-Einheit der Kantonspolizei Zürich, der Einsatzgruppe Diamant, ausgebildet werden und trainieren, wurden für 35 (28) Einsätze aufgeboden. Gesamthaft war in der Einsatzzentrale der Stadtpolizei ein merklicher Anstieg der Arbeitslast auf 17 911 (14 315) disponierte Einsätze zu verzeichnen. Dem erhöhten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung wurde auch mit zahlreichen ergänzenden Präventivmassnahmen, wie Schwerpunktkontrollen an Wochenenden, Dämmerungspatrouillen und zusätzlicher Präsenz in der Altstadt in der Vorweihnachtszeit begegnet.

Die beiden stationären Geschwindigkeitsmessgeräte an der Salomon Hirzel-Strasse haben während insgesamt 7670 (7524) Kontrollstunden bis Ende des Jahres 27 576 (15 476) Geschwindigkeitsübertretungen aufgezeichnet; die erhebliche Zunahme der Übertretungen ist damit zu erklären, dass im Vorjahr 2005 aufgrund von Bauarbeiten nicht alle Messorte überwacht werden konnten. Zusammen-



Kommandant Fritz Lehmann spricht vor geladenen Gästen an der Gründungsfeier des Ermittlungsdienstes im Rathaus.

men haben die – teils neu installierten – stationären Geschwindigkeitsmessgeräte auf Stadtgebiet (Salomon Hirzel-Strasse, Tösstalstrasse, Steigstrasse und Zürcherstrasse) während 29 454 Kontrollstunden insgesamt 90 427 Geschwindigkeits-Übertretungen registriert. Gesamthaft wurden somit deutlich mehr Ordnungsbussen ausgestellt als im Vorjahr (159 331 gegenüber 104 742 im 2005). Das Büro Ordnungsbussen / Parkbewilligungen stellte im vergangenen Jahr 9131 (9615) Spezialbewilligungen (Sperrzone, Schulhäuser, Anwohner usw.) aus. Ferner wurden in Winterthur rund 150 Fälle von häuslicher Gewalt gemeldet. Aus diesen Einsätzen resultierten 92 (86) polizeiliche Anzeigerapporte; in den restlichen Fällen handelte es sich um Antragsdelikte, bezüglich welcher auf einen Strafantrag verzichtet wurde. Eine Zunahme der Arbeitslast war auch bei den Zustellungen von Zahlungsbefehlen (2777 [2377]) und Vorführungsaufträgen der Betreibungsämter (3297 [2841]) zu verzeichnen.

Diensthundewesen

Die Diensthunde der Stadtpolizei kamen im Berichtsjahr 191 (111) Mal zum Einsatz. Die Diensthundegruppe wurde mit zwei neuen Junghunden aufgestockt. Einer von ihnen erwies sich indessen als nicht einsatzfähig und musste ausgemustert werden. Dank tatkräftiger Mithilfe des Drogenspürhunds Eyik vom Klabautermann konnten im Verlauf des Berichtsjahres 6810 Gramm Betäubungsmittel (Kokain, Heroin, Marihuana und Haschisch) sicher gestellt werden.

Ermittlungsdienst

Im Rahmen seiner Ermittlungs- und Fahndungstätigkeit hat der neu gegründete Ermittlungsdienst in seinem ersten Jahr insgesamt 507 tatverdächtige Personen verhaftet, welchen verschiedenste Delikte hauptsächlich aus den Bereichen Strafrecht, Betäubungsmittelrecht und Ausländerrecht zur Last gelegt werden. Die Arbeitsaufnahme des Ermittlungsdienstes auf Anfang des Berichtsjahres hat auch wesentlich dazu beigetragen, dass die Zahl der registrierten Drogendelikte in Winterthur im Vorjahresvergleich deutlich gestiegen ist.

Die Drogensituation hat sich im Jahr 2006 gegenüber den Vorjahren nicht wesentlich verändert. Nach wie vor werden gerade beim Musikpavillon häufig Betäubungsmittel gehandelt und konsumiert. Deshalb ist diese Örtlichkeit auch ein besonderer Kontrollschwerpunkt. Seit März hat der Ermittlungsdienst in Anwendung von Art. 16 der Allgemeinen Polizeiverordnung insgesamt 66 Personen (Drogenhändler/innen sowie auswärtige Drogenkonsumentinnen und -konsumenten) vom Pavillon wegweisen und mit einem zeitlich befristeten Rayonverbot belegt.

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt des Ermittlungsdienstes bildeten die Kontrollen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, die im vorliegenden Berichtsjahr schwergewichtig im Gast- und Baugewerbe, daneben aber auch im Milieu durchgeführt worden sind.

Jugenddienst

Im vergangenen Jahr war in der Stadt Winterthur – wie in den meisten anderen Bezirken des Kantons Zürich auch – ein signifikanter Anstieg der Jugendgewalt (Schwerpunkt Delikte gegen Leib und Leben) zu verzeichnen. Diese Besorgnis erregende Entwicklung stellte die Mitarbeitenden des polizeilichen Jugenddienstes vor grosse Herausforderungen: Insgesamt erfolgten 560 Interventionen, wobei in 215 Fällen Anzeige- oder Berichtsrapporte erstellt wurden. Besonderes Gewicht wurde auf

die Präsenz an polizeilichen Brennpunkten (2150 Personalstunden) sowie auf die Vernetzung und Kontaktpflege mit anderen Behörden, Fachstellen sowie Jugendtreffs und den Jugendlichen selber gelegt.

Um dem Problem der zunehmenden Jugendgewalt und dem damit verbundenen polizeilichen Mehraufwand auch organisatorisch Rechnung zu tragen, wird der Stellenetat beim Jugenddienst auf den 1. Januar 2007 von 3 auf 4 Vollzeitstellen aufgestockt.

Quartierpolizei

Die Tätigkeitsschwerpunkte der Quartierpolizei lagen wie in den vorangehenden Jahren einerseits bei der Gewährleistung einer kontinuierlichen, sichtbaren Polizeipräsenz in den verschiedenen Stadtquartieren (12 825 Personalstunden gegenüber 12 112 im Vorjahr), andererseits bei der Kontaktpflege zur Bevölkerung sowie bei der Erarbeitung nachhaltiger Problemlösungen im niederschweligen Bereich. Weiter führte die Quartierpolizei auch sicherheitspolizeilich motivierte Kontrollen sowie Präventionsaktionen durch.

Verkehr

<i>Übertretungen im Strassenverkehr</i>	2006	2005
Rotlichtmissachtungen	2 522	2 271
Geschwindigkeitskontrollen mob. (Kontrollstunden)	1 305	1 398
Geschwindigkeitskontrollen stat. (Kontrollstunden)	29 454	8 220
Überschreiten der Geschwindigkeit mob. Messung	21 955	30 985
Überschreiten der Geschwindigkeit stat. Messung	90 427	17 846

Wie bereits im Vorjahr hat die Stadtpolizei 197 Fahrzeuglenker/innen in alkoholisiertem Zustand angetroffen; davon waren 80 (59) in einen Verkehrsunfall verwickelt. Ferner wurden 24 (23) Verkehrsteilnehmer/innen kontrolliert, die unter Drogeneinfluss einen PW oder ein Motorrad lenkten; 1 (7) davon war an einem Verkehrsunfall beteiligt. 20 Verkehrsteilnehmende standen gleichzeitig unter dem Einfluss von Drogen und Alkohol; von diesen waren 5 in einen Verkehrsunfall involviert.

Auf dem Stadtgebiet Winterthur (ohne A1 und A4) ereigneten sich in diesem Berichtsjahr – wie die folgende Übersicht zeigt – 53 Verkehrsunfälle mehr als im vergangenen Jahr. Die Zahl der Verletzten hat ebenfalls leicht zugenommen. Leider kam es 2006 wieder zu einem Verkehrsunfall mit Todesfolge:

<i>Verkehrsunfälle</i>	2006	2005
Verkehrsunfälle	1 429	1 439
Stadtgebiet ohne A1/A4	1 243	1 296
Verletzte	459	423
Stadtgebiet ohne A1/A4	410	396
Tote	1	1
Stadtgebiet ohne A1/A4	1	0
Sachschaden (in Mio. Fr.)	11,8	13,1
Stadtgebiet ohne A1/A4	5,9	6,5

Sach- und Fahrzeugfahndung

Im Fundbüro der Stadtpolizei wurden im Jahr 2006 insgesamt 2184 Fundfälle bearbeitet. Unter anderem konnten Handys, Ausweise, Portemonnaies, Schlüssel und Bargeld an die Eigentümer/innen zurückgegeben werden. Die Fahrzeugfahndung hat im Rahmen von täglich stattfindenden Kontrollen insgesamt 1989 entwendete oder herrenlose Fahrräder eingezogen, davon 604 im Bahnhof Ost. 810 Fahrräder konnten an ihre rechtmässigen Eigentümer/innen vermittelt werden. Zusätzlich wurden im Verlauf des Berichtsjahres insgesamt 11,6 t Schrott-Velos eingesammelt.

Medien- und Präventionsarbeit

Die Abteilung Medien und Kommunikation war gleich zu Beginn des Jahres mit der Organisation und Durchführung zweier Medienkonferenzen beschäftigt. Gegenstand waren der Start der Polizeischule mit dem für Winterthur bis anhin höchsten Frauenanteil sowie der neu geschaffene Ermittlungsdienst. Zwischen diesen beiden Anlässen trug sich ein weniger erfreuliches Ereignis zu, nämlich eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Links- und Rechtsextremen, die es ebenfalls kommunikativ zu bewältigen galt. Die Schliessung eines illegalen Privatclubs hielt den Mediendienst Ende Februar auf Trab. Kommunikative Herausforderungen bildeten zudem die zahlreichen polizeilich relevanten Ereignisse rund um die Fussballweltmeisterschaft und die kontroversen Diskussionen im Zusammenhang mit den Laser-Geschwindigkeitsmessgeräten. Mit insgesamt 269 Meldungen berichtete der Mediendienst über weitere Vorfälle, Fahndungserfolge oder Kontrolltätigkeiten. Nebst zahlreichen Interviews und Statements wurden ferner rund 450 Auskünfte an Medienschaffende erteilt. Mit 289 Mail-Kontakten, mehrheitlich Anfragen zu verschiedensten polizeilichen Themen, bewegte sich der diesbezügliche Aufwand auf dem Vorjahresniveau. Erneut wurden auch verschiedenste Präventiv- und PR-Aktionen geplant und durchgeführt: Die Kampagne «Abstand und Aufmerksamkeit» wandte sich an Autofahrer/innen, um sie noch verstärkt für die Gefahr von Auffahrunfällen zu sensibilisieren. «Hallo Velo» lautete der Slogan einer Schwerpunkt-kampagne, die zum Ziel hatte, die Velofahrenden daran zu erinnern, dass die Verkehrsregeln auch für sie gelten. Hinzu kamen weitere Präventivaktionen wie «Schulanfang», «Kei Gwalt» oder «Diebe erkennt man nicht». Daneben war die Abteilung Medien und Kommunikation mit einer Vielzahl

anderer Projekte aus den verschiedensten Bereichen befasst. Es liegt nicht zuletzt in dieser aktiven und transparenten Informations- und Präventivarbeit begründet, dass die Stadtpolizei mit ihren Dienstleistungen bei der Bevölkerung grosses Vertrauen geniesst.

Verkehrslenkung

Die Hauptabteilung Verkehrslenkung hat im abgelaufenen Jahr 2006 nebst der Neugestaltung verschiedener Strassen (Zürcherstrasse; Bereich Brühlegg/Jägerstrasse, Riedhofstrasse; Höhe Lantig mit Trottoir, Lindberg-/Bäumlistrasse und Agnesstrasse) auch zwei weitere Tempo-30-Zonen («Seen Zentrum» und «Lindberg») realisiert. Mit diesen Massnahmen wurde in den betreffenden Quartieren der Verkehr beruhigt und eine Verbesserung der Verkehrssicherheit erreicht. Auch wurden in dieser Berichtsperiode zahlreiche Bauvorhaben verkehrstechnisch begleitet, was erhebliche Ressourcen in Anspruch nahm: So war die Abteilung Verkehrstechnik schwerpunktmässig mit Verkehrsbelangen im Zusammenhang mit den Filialeneröffnungen von «OBI» und «Aldi», der Bewirtschaftung des «Reitweg-Parkplatzes», der neuen Bushaltestelle «im Oberen Gern» und der neuen S-Bahn-Station «Hegi» beschäftigt. Insgesamt wurden 532 (567) Aufträge für Markierungen und Signalisationen erteilt. Ferner entfiel ein erheblicher Teil der Arbeitsbelastung auf die Behandlung von Verkehrsanliegen aus der Bevölkerung; die Suche nach tragfähigen Lösungen war dabei oft sehr aufwändig.

Zu den Hauptaufgaben der Abteilung Verkehrssteuerung gehörten auch in diesem Jahr Arbeiten wie der Neubau bzw. die Erneuerung dreier stationärer Lichtsignalanlagen, die Bereitstellung diverser Baustellenlichtsignale sowie die Wartung und Sicherstellung des störungsfreien Betriebs technischer Einrichtungen (Lichtsignalanlagen, Parkleitsystem, Baustellenanlagen und Verkehrszähler). Insgesamt hat sich die Arbeitslast der Hauptabteilung Verkehrslenkung im Vorjahresvergleich auf hohem Niveau stabilisiert.

Parkplätze, Parkhäuser und Parkplatzvermietung

Die Auslastung der Parkhäuser Technikum Nord, Theater und Winterthur Versicherungen mit insgesamt 324 Parkplätzen konnte im Vorjahresvergleich um rund 4% gesteigert werden, was unter anderem auf die erneuerten Anlagen zurückzuführen ist. Zudem fördern verschiedene Unterhaltsarbeiten sowie ansprechende, helle Farbanstriche die objektive und subjektive Sicherheit. Im Bereich Nachtparkierung erfolgten die Erhebungen und Kontrollen im geplanten Ausmass. Es zeichnet sich der Trend ab, dass Fahrzeuge über Nacht zunehmend auf privaten Abstellplätzen parkiert werden.

Motorfahrzeugbestand

Der Motorfahrzeugbestand in der Stadt Winterthur nahm im Vergleich zum letzten Jahr sowohl bei den Personenwagen (0,85%) als auch bei den Motorrädern (1,25%) erneut zu.

Motorfahrzeugbestand in Winterthur

	August 2006	August 2005
Motorwagen		
a) leichte Motorwagen (PW, Kombi, Lieferwagen, Kleinbusse)	43 991	43 619
b) schwere Motorwagen (LW, Sattelschlepper, Traktoren, Car)	502	533
c) übrige (Arbeitsmotorwagen, u.ä.)	312	308
Total (ohne Landwirtschaftsfahrzeuge)	44 805	44 460



Kampagne «Hallo Velo»

	August 2006	August 2005
Motorräder		
a) Motorräder und Dreiräder	5 552	5 383
b) Kleinmotorräder	573	667
Total	6 125	6 050
Total aller Motorfahrzeuge	50 930	50 510

Informatik

Nach dem Altersrücktritt des bisherigen Informatikbeauftragten und der damit verbundenen Neubesetzung wurden die Projekte und Vorhaben im Informatikbereich einer Gesamtbeurteilung unterzogen und neu priorisiert. Unter anderem sind im vorliegenden Berichtsjahr folgende Projekte realisiert worden:

- Einführung einer Hard- und Software, die den Zugang zu eidgenössischen Polizei-Datenbanken (Ripol, Janus usw.) nur noch mittels persönlicher Zertifikatskarte und Passwort gestattet;
- Erneuerung der Notrufaufzeichnung in der Einsatzzentrale;
- Vorbereitungen für die Einführung einer neuen Software zur Zeit- und Tätigkeitserfassung (projekto/presento).

Wirtschaftspolizei

Die Wirtschaftspolizei nahm erneut deutlich mehr schriftliche Verzeigungen vor, obwohl im Vorjahresvergleich bedingt durch personelle Vakanzen weniger kontrolliert werden konnte. Jedoch erwies sich, dass gezielte Kontrollen und die Bildung von Schwerpunkten Wirkung zeigen. So wurde unter anderem der unerlaubte Alkoholverkauf an Jugendliche erneut systematisch kontrolliert; in diesem Zusammenhang mussten ca. 50 Betriebe zur Anzeige gebracht werden.

Die Anzahl Patente für den Klein- und Mittelverkauf von alkoholischen Getränken blieb mit einer leichten Zunahme von 5 Betrieben in etwa konstant bei rund 150 Betrieben. Bei den Patenten für Gastwirtschaften war gar eine leichte Abnahme zu verzeichnen: Auf dem ganzen Stadtgebiet waren per 31. Dezember 459 (484) Gastwirtschaften registriert, davon 4 (6) mit provisorischer Bewilligung. Gesamthaft betrachtet macht es den Anschein, als seien neue Räumlichkeiten, welche sich für eine Nutzung als Gastgewerbebetrieb eignen, nur noch schwer zu finden. Wohl aus diesem Grund ist ein Trend zu nicht bewilligten Lokalen, die als «Privatclub» geführt werden, feststellbar. Ein grosser Anstieg ist für das Jahr 2006 bei den Festwirtschaftspatenten zu vermerken: Nachdem in den Jahren 2004/2005 jeweils ca. 450 Bewilligungen ausgestellt worden waren, mussten in dieser Berichtsperiode nicht weniger als 703 Gesuche für Festwirtschaften bearbeitet werden. Die Gesuche um vorübergehende Ausnahmen von der Schliessungszeit sind gegenüber dem letzten Jahr leicht auf 870 (944) gesunken.

In politischer Hinsicht ist mit Blick auf das abgelaufene Jahr schliesslich besonders erfreulich, dass bezüglich der umstrittenen Gebühren für Strassencafés auf öffentlichem Grund im Zusammenwirken mit den Gewerbetreibenden eine einvernehmliche Lösung gefunden worden ist, die sämtlichen Interessen ausgewogen Rechnung trägt.

Gewerbepolizei

Auch im Jahr 2006 hatte sich die Gewerbepolizei mit zahlreichen Lärmklagen zu befassen. Zwar handelte es sich dabei meistens um Bagatellen, jedoch mussten in einzelnen Fällen umfangreiche Abklärungen getätigt und dazu auch andere städtische Ämter mit einbezogen werden.

Auch in diesem Jahr wurden während der Musikfestwochen die Schallgrenzwerte jederzeit eingehalten, so dass keine Verwarnungen ausgesprochen werden mussten. Kontrollmessungen erfolgten zudem bei den Vorführungen der beiden Freiluftkinos «Kino Parkdeck Maag Areal» und «Kino über den sieben Gleisen». Wie bereits im Vorjahr gaben diese Veranstaltungen kaum Anlass zu Lärmklagen aus der Bevölkerung; die festgelegten Grenzwerte haben sich somit offenkundig auch in dieser Berichtsperiode bewährt. Darüber hinaus wurden wieder in zahlreichen Musiklokalen verdeckte Schallmessungen gemäss Schall- und Laserverordnung vorgenommen. Solche Kontrollen erfolgten auch am Albanifest, an den Dorfeten sowie mehreren Technopartys. Die total 51 (39) Messungen führten zu 17 (4) Verzeigungen und 2 (10) Verwarnungen.

Auch die Bewirtschaftung des öffentlichen Grundes erforderte einen grossen Arbeitseinsatz: Im Berichtsjahr wurden in der Sommersaison 74 Strassencafés bewilligt (rund 30 % mehr als im Vorjahr), davon 14 Betriebe mit Wintersaison. Zudem wurden für die Geschäfte mit unbefriedigten oder bedienten Auslagen 304 Bewilligungen erteilt. Grosser Nachfrage erfreuten sich im vergangenen Jahr wiederum die Floh- und Trödlermärkte: Für alle zwölf Markttag konnten sämtliche Plätze vergeben werden. Merkllich rückläufig ist die Zahl der Bewilligungen für vorübergehende Nacht- und/oder Sonntagsarbeit. Alles in allem erstellte die Gewerbepolizei 40 (29) im Berichtsjahr Verzeigungen/Anzeigen.

Polzeischule

Am 3. Januar begann die Polzeischule 2006/2007 mit 7 Aspirantinnen und 11 Aspiranten. Nachdem eine Aspirantin die Ausbildung Ende Mai vorzeitig abgebrochen hat, werden an der Vereidigungsfeier vom 2. März 2007 voraussichtlich 17 Aspirant/innen teilnehmen. Im bereits laufenden Auswahlverfahren für die Polzeischule 2007/2008 konnten zwölf Aspirantinnen und Aspiranten rekrutiert werden. Zusätzlich werden zwei Mitarbeitende der Bahnpolizei ausgebildet.

Verkehrsinstruktion

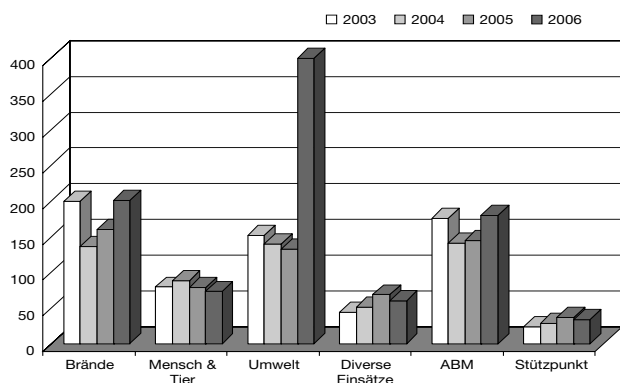
Auch in diesem Jahr vermittelten die vier Verkehrsinstruktoren im Dienst der Unfallprävention in allen Schulstufen wichtige Grundkenntnisse zum korrekten Verhalten im Strassenverkehr. Zudem wurden Aspirantinnen und Aspiranten der Polzeischule, Verkehrskadetten und Feuerwehrleute während insgesamt rund 150 Stunden in der Verkehrsregelung ausgebildet. Weiter waren die Verkehrsinstruktoren im Berichtsjahr schwergewichtig mit Referaten, Schulwegsicherungen und -kontrollen, der Ausbildung und Betreuung der Lotsendienst-Angestellten sowie Nachinstruktionen im Zusammenhang mit Verkehrsübertretungen, Unfällen und nicht bestandenen Veloprüfungen beschäftigt. Daneben wurden auch Velokurse der IG Velo im Verkehrsgarten sowie eine Verkehrssicherheitsschulung für knapp 50 Kinder des Familienvereins Rickenbach unterstützt.

Feuerwehr

Die Berufsfeuerwehr leistete im Berichtsjahr 2006 insgesamt 915 (587) Einsätze im Zusammenhang mit Bränden, Elementarereignissen, schweren Verkehrs- und Arbeitsunfällen, ABC-Verschmutzungen und anderen Schadenereignissen. Sie wurde dabei in 153 (142) Fällen von der Freiwilligen Feuerwehr unterstützt. Im Mittelpunkt des Einsatzgeschehens standen im Frühjahr die Elementarereignisse (Schneedruck und Schmelzwasser) und die B-Einsätze im Zusammenhang mit der Vogelgrippe (H5N1-Virus), welche die Einsatzkräfte stark forderten und wesentlich zur markanten Erhöhung der Einsatzzahlen (+155%) beitrugen. Insgesamt haben die Öl-/Chemiewehr- bzw. Biologieeinsätze ABC in Relation zum Vorjahr um 79 % zugenommen. Bei den Sturmschäden und Wasserwehren war gar ein vierfacher Anstieg zu verzeichnen, während sich die Anzahl Brandeinsätze um 25 % erhöht hat. Glück im Unglück hatten am 9. März die Insassen eines Forstfahrzeuges auf der Ricketwilerstrasse. Eine Nassschneelawine riss den Personenwagen von der Strasse in das 20 m tiefer liegende Bachbett. Glücklicherweise wurde dabei niemand verletzt. Bei 13 (7) mittelgrossen Bränden auf Stadtgebiet konnte dank schnellem Eingreifen Schlimmeres verhindert werden. Grossbrände sind im Jahr 2006 auf Stadtgebiet glücklicherweise ausgeblieben.

Gegenüber dem letzten Berichtsjahr erhöhten sich die reinen Personal-Einsatzstunden, ohne Retablierungsaufwand, insgesamt um 25 % auf total 8513 (2005: 6782h/ Mittel der letzten 4 Jahre: 6680 h).

Vergleich Feuerwehrstatistik 2003 bis 2006



Einsatzstatistik

	2006	2005
Brände	201	161
- 0 (1) Grossbrand		
- 13 (7) Mittelbrände		
- 109 (76) Kleinbrände		
- 12 (6) Wald-, Flur- und Abräumbrände		
- 27 (17) Motorfahrzeugbrände		
- 0 (1) Kaminbrände		
- 38 (44) Rauchentwicklungen (inkl. ABM)		
- 1 (3) Explosionen		
- 1 (6) andere Brandfälle		
Alarmer automatischer Brandmelde- und Löschanlagen (ABM)	152	137
Öl- und Chemiewehreinsätze	134	75
- 38 (36) Ölunfälle		
- 26 (39) C-Wehr (Chemie) und Gaswehr		
- 69 (0) B-Wehr		
- 1 (0) Strahlenwehr		
Technische Einsätze	428	214
- 2 (7) Pioniereinsätze bei schweren Verkehrsunfällen		
- 13 (10) Personenbergungen aus Gebäuden		
- 17 (21) Lifteinsätze		
- 40 (38) Tierrettungen		
- 75 (42) Wasserwehreinsätze		
- 191 (16) Sturmschadeneinsätze, Schneedruck		
- 90 (80) Diverse Einsätze		
Total der Einsätze	915	587



Pionier- und Ölwehreinsatz: Pw wird auf der Ricketwilerstrasse von Nassschneelawine erfasst und in den Krebsbach geschleudert.

Feuerwehrkonzept 2010

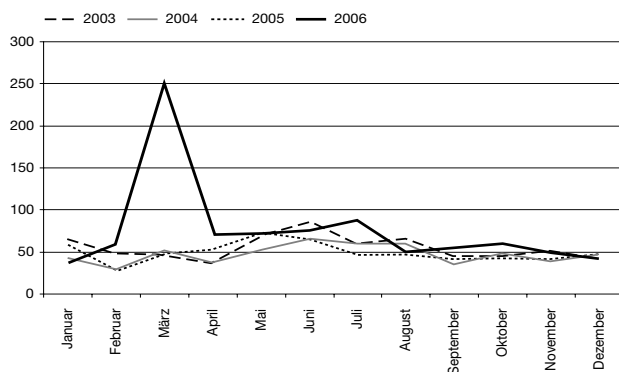
Der Vernehmlassungsrücklauf zum Feuerwehrkonzept 2010 aus den Gemeinden und Verbänden hat ergeben, dass der konzeptionelle Inhalt der Feuerwehrreform bei mehr als 90 % der Gemeinden auf eine sehr gute Akzeptanz stösst. Auch die Stadt Winterthur hat sich in ihrer Stellungnahme überwiegend positiv geäussert. Im Verlauf des Jahres wurde dann im Rahmen einer Arbeitsgruppe unter Leitung der Gebäudeversicherung Zürich (GVZ) mit der Anpassung der Rechtsgrundlagen begonnen. Allerdings konnte bis Ende Jahr noch kein verbindlicher Zeitplan erstellt werden, da die legislatorische Umsetzung der Reform stark vom Ausgang der politischen Diskussionen abhängig ist, die dazu nach wie vor teils im Gang sind. Grundsätzlich gilt deshalb für das Feuerwehrwesen einstweilen der Status Quo, der auf dem Konzept 2000 beruht.

Ende 2006 stimmte der Stadtrat einer neuen, auf das Feuerwehrkonzept 2010 ausgerichteten Leistungsvereinbarung (LV) für Feuerwehrstützpunkte mit der GVZ zu. Darin verpflichtet sich letztere unter anderem, der Berufsfeuerwehr Winterthur zum Betrieb eines «Kompetenzzentrums Material» voraussichtlich insgesamt 9 zusätzliche, unbefristete Vollzeitstellen zu finanzieren, die in mehreren Schritten bis zum Jahr 2009 geschaffen werden sollen. Dank dieser Personalaufstockung wird die Berufsfeuerwehr zugleich in die Lage versetzt, die im Feuerwehrkonzept vorgesehene Leistungsnorm für den Ersteinsatz in dicht besiedeltem Gebiet zu erfüllen.

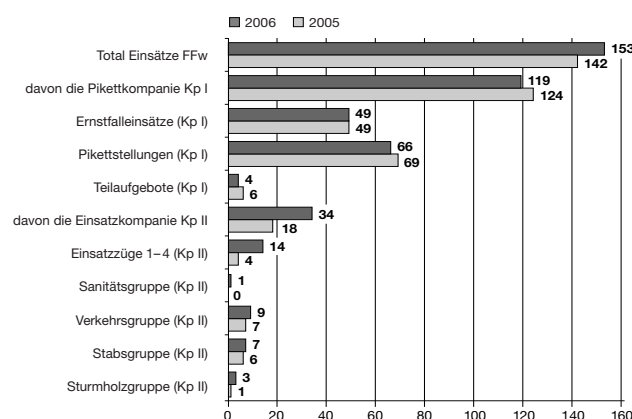
Die grösseren Ereignisse in der Zusammenfassung

- Mittelbrand; zerstörtes Wohnzimmer nach Christbaumbrand (02.01.)
- Mittelbrand; Wohnungsbrand in MFH (29.01.)
- Technische Einsätze Bäume; die grosse Schneelast auf den Bäumen führt innert 48 Stunden zu 123 Einsätzen der Feuerwehr (04./05.03.)
- Wasserwehr; Grosseinsatz von total 78 Feuerwehrleuten zum Auffangen, Eindämmen und Abpumpen von Oberflächenwasser in einer einzelnen Überbauung (09.03.)
- Chemiewehreinsatz A1; auf der Fahrbahn sind nach einem Selbstunfall ca. 8 Tonnen Farbe ausgelaufen (16.03.)
- Mittelbrand; zwei Kellerbrände innerhalb 20 Stunden im selben Mehrfamilienhaus mit jeweils mehrfachen Personenrettungen (01.05.)
- Stützpunkteinsatz; Chemiewehreinsatz auf Abfallsammeldeponie in Bassersdorf (01.07.)

Einsatzzahlenvergleich nach Monaten



Einsatzzahlen der Freiwilligen Feuerwehr (FFw)



- Stützpunkteinsatz SBB; Zisternenwagen rammt selbständig Prellbock und stösst diesen auf eine Durchgangsstrasse (01.07.)
- Pioniereinsatz; Personenbergung nach Verkehrsunfall (21.07.)
- Pioniereinsatz; Person aus der Töss gerettet (13.08.)
- Mittelbrand; Dachstockbrand nach Blitzeinschlag (20.08.)
- Gasexplosion; Personenbergung nach einer Gasexplosion ohne Brand in einer Wohnung (29.08.)
- Fahrzeugbrand; Brand eines Personenwagens nach einem Selbstunfall im Bahnhofparkhaus (03.09.)
- Mittelbrand; Wohnungsbrand in Mehrfamilienhaus (14.12.)
- Stützpunkteinsatz; Personenbergung nach Verkehrsunfall auf der A1 (20.12.)

Ausbildung und Technik

Im Rahmen ihrer Aus- und Weiterbildung absolvierten die Kader und Feuerwehrleute insgesamt 311 (331) ordentliche Übungsanlässe, wovon die Berufsfeuerwehr 202 (213) und die Freiwillige Feuerwehr 109 (118). Hinzu kamen 10 (6) Spezialübungen mit Betriebsfeuerwehren, Stützpunktgemeinden, Partnerorganisationen aus dem Bevölkerungsschutz (Kantons- und Stadtpolizei, Militär sowie Rettungsdienst) und der SBB (Lösch- und Rettungszug Betriebswehrstützpunkt Winterthur). Diese praxisbezogenen Anlässe wurden ergänzt durch die Aus- und Weiterbildungskurse der GVZ mit 112 (85) Kurstagen für die Berufsfeuerwehr und deren 92 (120) für die Freiwillige Feuerwehr. Absolviert wurden ferner berufsspezifische Sonderlehrgänge in den Bereichen Tunnelbrandbekämpfung (RISC Dortmund), Chemiewehr (Lonza Visp), Fahrzeuge mit alternativen Antriebsarten (Schweizerischer Feuerwehrverband, SFV), Feuerwerk (SFV), Atemschutz-



Vorbereitung für den Ernstfall: Übungseinsatz in einem umgekippten Eisenbahnwagen.

gerätemechanik, Einsatz bei A/B/C-Terrorereignissen (Labor Spiez), Transporthelfer (Rettungsdienst Kantons- und Flughafenstation) und Sturmholz-Einsatz (Holzkurs für Waldwirtschaft).

Prävention

Um das korrekte Verhalten im Brandfall theoretisch und praktisch zu erlernen und in den wichtigsten Massnahmen zur Brandverhütung geschult zu werden, absolvierten 197 Personen aus verschiedensten städtischen und privaten Betrieben (KMU, Sozialbereiche und Schulen) sowie die Lernenden der Landwirtschaftlichen Schule Strickhof/Lindau bei dienstfreien Feuerwehrmitarbeitenden eine Brandschutzausbildung. Gesamthaft wurden im vorliegenden Berichtsjahr 14 (13) Halb- und Ganztageskurse erfolgreich und unfallfrei durchgeführt.

Einen weiteren Ausbildungsschwerpunkt bildete in diesem Jahr die Prävention an der Schule: Wie soll man sich im Brandfall verhalten, und wie lautet die Notrufnummer der Feuerwehr? Wo werden diese Tipps und Hinweise am besten aufgeschrieben, so dass sie auch später noch jeden Schultag präsent sind (Repetition)? Alle diese Unklarheiten können mit dem «Präventionsmassstab» der Feuerwehr auf einen Schlag ausgeräumt werden. Nachdem im vorliegenden Berichtsjahr sämtliche Unterstufenschülerinnen und -schüler einen solchen Massstab erhalten haben, soll er 2007 auch in den Klassen der Mittel- und Oberstufe abgegeben werden.

Dienstleistungen Kantonale Atemschutzwerkstatt

Die Atemschutzwerkstatt erbrachte für die GVZ und zahlreiche Feuerwehren im Kanton gegen Verrechnung folgende Dienstleistungen:

- 97 (83) Prüfungen und Revisionen von Langzeitempfehlungsgeräten BG 174
- 614 (373) Prüfungen und Revisionen von Atemschutzgeräten PA (davon 100 eigene Geräte)
- 104 (105) Retablierungen und Prüfungen von Chemiewehr-Vollschutzanzügen
- 1470 (1715) Füllungen von Atemluftflaschen (davon 556 eigene Flaschenfüllungen)
- 331 (316) Füllungen von Sauerstoffflaschen
- 974 (3243) Ventilumrüstungen auf Sicherheitsventile für Atemluftflaschen im Kanton Zürich

Personalbestand am 1.1.	2006	2005
Feuerwehrkommando/Stab	8	11
Berufsfeuerwehr	30	30
Stützpunktkompanie (Pikett)	30	30
Einsatzkompanie	106	107
Rekrutenzug	7	10
Total	181	188

Zivilschutz

Die Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung leistete im Jahr 2006 rund 4200 Dienstage in Form von Wiederholungskursen und Einsätzen zu Gunsten der Gemeinschaft. Im März wurde das Zivilschutz-Stützpunkt-Rettungsdetachement zu einem Ernstfalleinsatz im Gebiet Maienried-Taggenberg aufgebildet. Die Sirenenfernsteuerung auf dem Gebiet der Zivilschutzorganisation wurde komplett erneuert und einzelne Sirenen ersetzt. Am 19. September präsentierte der Zivilschutz sein breites Leistungsspektrum Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Partnerorganisationen.

Zivilschutzorganisation (ZSO)

Die Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung umfasst neben der Stadt Winterthur die Gemeinden Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon. Insgesamt leistete die Organisation 4148 Dienstage.

Am 9. März wurde nach intensiven Regenfällen an einem mit Wasser unterspülten Hang im Gebiet Maienried-Taggenberg die Hilfe des Stützpunkt-Rettungsdetachements benötigt. Hier ging es darum, das unterhalb eines Strommastes aus dem Hang austretende Wasser zu fassen und über eine improvisierte Leitung direkt in die Kanalisation zu führen, um eine weitere Erosion des Hangs zu verhindern. Zur gleichen Zeit wurde die Feuerwehr beim Auspumpen von Kellern unterstützt.

Im Mai hat der Zivilschutz mit rund 180 Manntagen Instandstellungsarbeiten zu Gunsten des städtischen Forstbetriebes geleistet. In den Gebieten Eschenberg-Sennhof und Wülflingen wurden Treppen saniert, und auf dem Brühlberg war ein Fussweg zu entwässern. Zivilschutzpflichtige der Betreuungszüge 20, 23 und 24 absolvierten im selben Zeitraum einen Einsatz im Alterszentrum im Geeren, Seuzach.

Vom 12. bis 16. Juni leistete die Unterstützungs-Kompanie 10 Instandstellungsarbeiten in Meiringen. Dabei konnten die Zivilschutzpflichtigen ihr Können im unwegsamen und steilen Gelände unter Beweis stellen. Der Kompanieführung ihrerseits bot sich die Gelegenheit, einen überörtlichen Zivilschutzseinsatz umfassend zu planen und durchzuführen.

Zivilschutzpflichtige wurden sodann auch in diesem Berichtsjahr für verschiedene Dienstleistungen zu Gunsten der Gemeinschaft eingesetzt. Dazu zählen unter anderem die Verkehrsregelung anlässlich des Winterthurer Marathons sowie die Auf- und Abbauarbeiten anlässlich der Musikfestwochen und an der Seemer Dorfet. Ausserdem führte das Sportamt Winterthur in Tenero ein Sportlager durch, an welchem rund 80 Kinder aus Winterthur teilnahmen. Für die gesamte Verpflegung war die Zivilschutzorganisation besorgt.

Ferner hat der Zivilschutz wieder verschiedene Institutionen tatkräftig unterstützt, die im Bereich Pflege und Betreuung von Heimbewohnern/innen tätig sind. Anfang September führte die Ergotherapie des Alters- und Pflegezentrums Adlergarten für dessen Bewohner/innen erneut eine Ferienwoche in Gais/Al durch. Mitgereiste Zivilschutzpflichtige halfen dem Pflegepersonal bei der Betreuung der betagten Feriengäste. Im gleichen Rahmen und ebenfalls mit Unterstützung des Zivilschutzes fanden Ende September Ferien auf dem Twannberg statt. Zudem begleiteten Zivilschutzangehörige Bewohnerinnen und Bewohner des Alters- und Pflegezentrums Adlergarten auf Tagesausflügen.

Wie jedes Jahr wurde am ersten Mittwoch im Februar ein Sirenen-Test ausgelöst. Sämtliche Sirenen funktionier-

ten einwandfrei. Im späteren Jahresverlauf wurde die Alarmerung auf dem Gebiet der Zivilschutzorganisation komplett erneuert. Zwei Motor-Sirenen wurden durch neue elektronische Geräte mit grösserer Reichweite ersetzt und 15 Sirenen, die teils nicht mehr an der Fernsteuerung angeschlossen waren, wurden entfernt. Zudem wurden die Sirenen der Gemeinden Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon an die zentrale Steuerung in Winterthur angeschlossen, die ebenfalls erneuert worden ist. Künftig können die verbliebenen 41 Sirenen sowohl vom KP Aussersdorf als auch von der Einsatzzentrale der Kantonspolizei in Zürich aus in Betrieb gesetzt werden.

Der Behördentag vom 19. September 2006 bot dem Zivilschutz eine ideale Plattform, um sein breites und modernes Dienstleistungsspektrum einem interessierten Publikum aus Politikerinnen und Politikern der Stadt Winterthur sowie der angeschlossenen Gemeinden, Vertretern der Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst, Technische Betriebe und Militär sowie fachkundigen Gästen von Bund und Kanton vorzustellen. Verstärkt mit Stabsassistenten der Kompanie 1, präsentierte das Stützpunkt-Rettungsdetachement unter anderem das neue Wassertransportsortiment, den Einbau von Wassersperren, das Füllen von Sandsäcken, Stollenbauarbeiten sowie den Aufbau und Betrieb eines Kommandopostens mit Funknetz. Zudem wurde über den Betreuungs- und Anlagendienst informiert. Am Schluss der Veranstaltung kamen die Gäste in den Genuss einer Zivilschutzverpflegung aus der Nataküche.

Im Berichtsjahr erhielt die Zivilschutz Big Band neue Uniformen, in welchen sich das Orchester am Galakonzert zum Jubiläumsanlass «100 Jahre Kantonaler Feuerwehrverband Zürich» erstmals präsentierte. Darüber hinaus war die Big Band für die musikalische Untermalung des 200jährigen Jubiläums der Offiziersgesellschaft Winterthur und Umgebung sowie der nationalen Bevölkerungsschutzkonferenz in Rüschlikon besorgt. Mit ihrem Auftritt unter dem Motto «Elvis, die Legende lebt» am diesjährigen 15. Internationalen Festival der gehobenen Unterhaltungsmusik in Winterthur setzte die Zivilschutz Big Band einen weiteren musikalischen Glanzpunkt.

Die Werterhaltung der Anlagen und des Materials durch die ca. 100 eingeteilten Anlagewarte beanspruchte im Berichtsjahr insgesamt rund 570 Dienstage. Unter anderem wurden die Wassertanks in den Anlagen gereinigt und teilweise Sicherheitsbeleuchtungen und Rauchmelder installiert. Drei Anlagen wurden vom kantonalen Amt für Militär und Zivilschutz auf ihre technische Einsatzbereitschaft überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass Ausbildung und Können der Miliz-Anlagewarte den Anforderungen entsprechen und die Einsatzbereitschaft der Anlagen gewährleistet ist. Kleinere, nebensächliche Mängel oder technische Unzulänglichkeiten wurden behoben.



Das Stützpunkt-Rettungsdetachement demonstriert am Behördentag wie eine Wassersperre erstellt wird.



Am Behördentag wurde gezeigt, wie mit einem Dreibein Lasten gehoben werden.

Personelles

	Bestand 30.12.2006	30.12.2005
Zivilschutzpflichtige		
– Soll-Bestand (gemäss Richtlinien des Kantons)	900	900
– Ist-Bestand	812	859
davon nicht in Winterthur wohnhaft	76	70
Überörtlich Eingeteilte, Zweitkontrolle	136	104

An der Entlassungsfeier vom 15. Dezember wurden 28 Schutzdienstpflichtige mit Jahrgang 1966 und älter aus der Schutzdienstpflicht entlassen.

Bauliches

Von den 691 kontrollierten Schutzräumen (Winterthur: 430; Seuzach 107; Wiesendangen 120; Bertschikon 34) mit insgesamt 18 158 Schutzplätzen (Winterthur: 13 728; Seuzach: 1558; Wiesendangen 2178; Bertschikon 694) mussten rund 4 % beanstandet werden. Für 28 Schutzräume wurden Verfügungen zur Mängelbehebung erlassen. In verschiedenen Räumlichkeiten führten Zivilschutzpflichtige Unterhaltsarbeiten aus. Zwei bis anhin als sanitätsdienstlich genutzte Anlagen sind zu geschützten Unterkünften für Partnerorganisationen umgenutzt worden.

Ferner wurde das Flachdach des Schulungsgebäudes Ohrbühl grossteils saniert. Neben der Abdichtung wurden auch die Lichtkuppen und die Wärmedämmung erneuert, was zu einem wesentlich geringeren Energieverbrauch führen soll.

Übernachtungen in Zivilschutzanlagen (zivile Nutzung) sowie Vermietung

Die Zahl der Übernachtungen in Zivilschutzanlagen ist gegenüber dem Vorjahr um 362 auf 832 gestiegen. Diese markante Zunahme ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Anlagen, nachdem sie den einschlägigen Sicherheitsvorschriften entsprechend ausgerüstet worden sind, vermehrt vermietet werden können.

Zivilschutzamt

Baulicher Zivilschutz

Das Kontrollorgan für den baulichen Zivilschutz bearbeitet sämtliche Baugesuche hinsichtlich Schutzraumbaupflicht für die Stadt Winterthur sowie die angeschlossenen Gemeinden Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon.

Die Ausgleichsgebietsplanung (AGB) für Wiesendangen wurde im Berichtsjahr überarbeitet. Die AGB dient der

Steuerung des Schutzraumbaus und wird alle fünf Jahre aktualisiert.

	2006	2005
Baugesuche betreffend Schutzraumbaupflicht beurteilt	396	411
Geschäfte (Vernehmlassungen, Bewilligungen)	111	106
Baugesuche (die zum Bau von Schutzräumen führten)	75	58
Schutzraumabnahmen	50	39

Zentrumsbelegung

Das Übungsgelände war im vergangenen Jahr gut ausgelastet. Der Kanton führte 10 zweitägige Schlussübungen der Pioniergrundausbildung und 3 Inspektions-Wiederholungskurse durch. Weitere Zivilschutzorganisationen haben ihren WK auf dem Übungsgelände durchgeführt, um sich auf die Inspektion vorzubereiten.

Technischer Betrieb

Seit August absolviert im Zivilschutzamt ein Lehrling die 2-jährige Berufsausbildung zum Fahrzeugwart. Wie bereits im Jahr 2003 konnte in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz eine Serie von Kompressoren zu Notstromgruppen «Geno 03» umgebaut werden. Dieses Projekt wird sich bis ins Jahr 2007 hinziehen. Die neue kantonale Materialbewirtschaftung hat zur Folge, dass Einkleidung und Retablierung künftig für alle Zivilschutzangehörigen im Kantonalen Zeughaus in Zürich stattfinden werden.

Geschäftsstelle ZGF (Ziviler Stadtführungsstab)

Im Berichtsjahr absolvierte der Zivile Stadtführungsstab neben einer Stabsübung, die sich mit den vorhandenen Mitteln und ihrem Ernstfalleinsatz befasste, wiederum eine Stabsrahmenübung, welche die Bewältigung eines Grossereignisses zum Gegenstand hatte. Im Zusammenhang mit der Vogelgrippebekämpfung sowie zur Vorbeugung von Waldbränden im trockenen Sommer waren jeweils Teilstäbe des ZGF im Einsatz. Sie koordinierten die Umsetzung der von Bund und Kanton angeordneten Massnahmen und stellten die Verbindung zur Kantonalen Führungsorganisation (KFO) sicher. Der gut besuchte Jahresschlussrapport war zwei aktuellen Themen gewidmet: Dr. Ulrich Erlinger vom Kantonsärztlichen Dienst stellte die Pandemieplanung im Kanton Zürich vor und Urs Scherrer, Swiss Reinsurance Company, referierte zum Thema Business Continuity Management – Ziviles Notfall- und Krisenmanagement.

Rettungsdienst Region Winterthur und Umgebung

Der regionale Rettungsdienst besorgt als Blaulichtorganisation den Transport von kranken oder verunfallten Personen für 51 Gemeinden in der Region Winterthur. Er leistete 2006 insgesamt 6653 Einsätze, wovon 3418 als Notfalleinsätze mit Martinshorn. Auf die Stadt Winterthur entfielen 3289 Einsätze; die Zahl der Notfalleinsätze belief sich hier auf 2047. Zudem wurde an mehr als zwanzig Anlässen Notfallbereitschaftsdienst geleistet. Bei der Fortbildung des Personals lagen die Schwerpunkte in den Bereichen Kata-Organisation und Fahrtraining. Alle Fahrzeuge wurden mit neuen Defibrillatoren ausgerüstet, die eine digitale Übermittlung der EKG-Daten ins Spital ermöglichen. Ferner wurde ein neuer Krankentransportwagen evaluiert, dessen Inbetriebnahme im Jahr 2007 erfolgen wird. Insgesamt umfasst die Fahrzeugflotte des regionalen Rettungsdienstes 6 Kranken- und Rettungstransportwagen. Ferner ist die Erstellung eines eigenen Dienstgebäudes in Planung.

Melde- und Zivilstandswesen

Die Bevölkerung der Stadt Winterthur ist auch 2006 gestiegen, und zwar um 1,7 % von 96 143 auf 97 732 Personen. Davon sind 23,6 % (Vorjahr 23,5 %) ausländische Staatsangehörige. Mit einer Zunahme von 1589 Personen wurde der grösste jährliche Zuwachs erreicht, den Winterthur je verzeichnet hat. 2006 haben 62 871 Kundinnen und Kunden die Dienstleistungen der Einwohnerkontrolle in Anspruch genommen. Ein Anteil von 12 % wählte den elektronischen Weg über das Internet, was im Vergleich zum Vorjahr einer Zunahme von 50 % entspricht. Falls die Entwicklung hin zur elektronischen Geschäftsabwicklung in den kommenden Jahren weiter anhält, gehören Wartezeiten am Schalter der Einwohnerkontrolle bald der Vergangenheit an. Die Online-Dienstleistungen sind denn auch für alle Beteiligten mit Vorteilen verbunden: Während die Kundschaft vom 24-Stunden-Service profitiert, können die Mitarbeitenden die eingehenden Aufträge dann erledigen, wenn wenig Kundschaft am Schalter wartet. Nicht in den vorerwähnten Zahlen eingeschlossen sind die rund 25 000 telefonischen Auskünfte sowie die schriftlichen Aufträge, welche die Einwohnerkontrolle nebst dem üblichen Tagesgeschäft auch erledigt hat.

Die meistgefragte Dienstleistung der Einwohnerkontrolle war erneut die Antragstellung für schweizerische Reisepapiere: 5038 Identitätskarten, 3015 Pässe (wovon 47 Anträge für den Pass 06 mit biometrischen Daten), 6596 Kombi-Anträge (Pass und Identitätskarte gemeinsam) und 292 Notpässe wurden insgesamt bearbeitet. Neben den 14 941 Anträgen für schweizerische Reisepapiere wurden 14 405 Bestätigungen aus dem Einwohnerregister erstellt. In paralleler Richtung zum Bevölkerungswachstum verlief die Entwicklung bei den Mutationen. In Zahlen bedeutet das, dass 22 987 Zuzüge, Wegzüge und Adresswechsel verarbeitet worden sind; insgesamt verzeichnete die Einwohnerkontrolle nicht weniger als 36 643 Mutationen. Das Projekt zur elektronischen Erfassung aller Registerkarten der Jahre 1921 bis 1984, welches 1999 in Angriff genommen worden war, konnte inzwischen erfolgreich abgeschlossen werden. Damit sind heute alle Personen, die im fraglichen Zeitraum in Winterthur gewohnt haben, elektronisch erfasst.

Die Aufnahme der in der Schweiz lebenden Personen in die Zivilstandsdatenbank Infostar kommt weiterhin gut voran. Gesamtschweizerisch sind bereits knapp 4 Millionen Personen erfasst worden; davon entfallen etwas mehr als 17 000 Personen auf das Zivilstandsamt Winterthur.

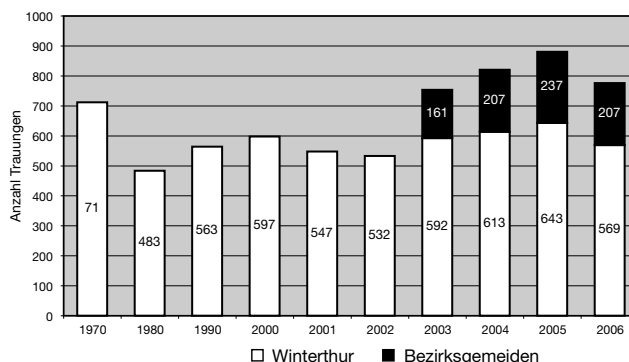
2006 liessen sich lediglich 3 gleichgeschlechtliche Paare nach kantonaler Regelung registrieren, nachdem in den beiden Vorjahren noch 15 bzw. 16 Paare von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht hatten. Ursache für diesen Rückgang ist vermutlich, dass die meisten interessierten Paare zuwarten, bis per 1. Januar 2007 das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare in Kraft tritt, welches diese Form des Zusammenlebens gesamteinwohnerisch regelt. Erstmals seit 2002 ist auch die Anzahl der Trauungen gesunken. Wurden 2005 noch 880 Paare getraut, so waren es in der aktuellen Berichtsperiode nur 776, was im Vorjahresvergleich einer Abnahme um 12 % entspricht. Die meisten Paare (56 %) waren schweizerischer Nationalität. Der Anteil der binationalen Ehen belief sich auf einen Drittel (33 %), jener der rein ausländischen Paare betrug 11 %. Insgesamt 9 Paare gaben sich in den Gemeinden Seuzach, Wiesendangen und Elgg das Ja-Wort. Auch für Heiratswillige von ausserhalb des Zivilstandskreises Winterthur wird das Museum Lindengut als Trauungsort immer beliebter; in diesem Jahr haben 56 auswärtige Brautpaare ihren Ehebund in dessen historischen Trau-

zimmer geschlossen. Gegenüber 2005 ist die Anzahl der Paare, die an Samstagen geheiratet haben, erneut leicht gestiegen. Insgesamt wurden 107 Samstagstraungen gezählt.

Ausserdem wurden 11 654 Auszüge aus Zivilstandsregistern ausgestellt, was dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Knapp 6 % aller Bestellungen erfolgten via Internet, 28 % mehr als im Vorjahr. Eine Zunahme war bei den Kindesanerkenntnissen zu verzeichnen, die um 7 % auf insgesamt 219 angestiegen sind. Ferner wurden 1773 Geburten registriert. In der Hitparade der Vornamen konnte bei den Mädchen Sarah (Sara) mit 17 Nennungen wie schon im Vorjahr den ersten Rang für sich beanspruchen; bei den Knaben musste der letztjährige Sieger Tim den Spitzenplatz an Lukas bzw. Lucas (15 Nennungen) abgeben.

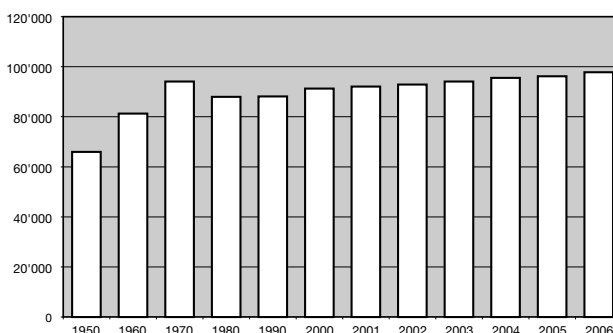
Ein wichtiges Projekt war der Aufbau eines integrierten Managementsystems. Dieses unterstützt die kontinuierliche und systematische Verbesserung der Arbeitsabläufe und dient damit einer dauerhaften Qualitäts- und Wissenssicherung in allen Sachbereichen sowie auf allen betrieblichen Ebenen. Ein systematisches und transparentes Qualitätsmanagement macht den Bereich Melde- und Zivilstandswesen auch als Dienstleistungszentrum für umliegende Gemeinden attraktiv.

Eheschliessungen Zivilstandskreis Winterthur



Die Entwicklung der Trauungen seit 1968 verlief sehr unterschiedlich, wobei das Hoch der siebziger Jahre nie mehr erreicht wurde. Seit 2003 sind nun auch die Trauungen für die Gemeinden des Bezirks Winterthur in den Zahlen enthalten.

Bevölkerungsentwicklung 1950 – 2006



Im Jahr 2006 ist die Bevölkerung der Stadt Winterthur gewachsen wie noch nie zuvor.

Departement Schule und Sport

Im Vordergrund standen im Departement die Arbeiten zur Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes und die Sportstättenplanung. Ergänzend zur kantonalen Volksschulgesetzgebung sollen in der Stadt Winterthur die aktuellen Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner abgedeckt werden. So wurde ein Experimentierartikel für die familienergänzende Kinderbetreuung geschaffen und die Weiterführung der bisherigen teilautonomen Volksschulen sowie die stufenweise Einführung weiterer geleiteter Schulen vom Grossen Gemeinderat bewilligt. Das Volk stimmte der definitiven Einführung der Schulsozialarbeit zu und bewilligte den Erweiterungsbau der städtischen Maurerschule. Die Zentralschulpflege erliess Legislaturziele und konkretisierte damit die Planung für die laufende Legislaturperiode. Dabei stehen vier Entwicklungsschwerpunkte im Vordergrund:

1. Schule als Lebensraum verstehen und gestalten;
2. Schulen entwickeln ihre Identität;
3. Schulen werden kompetent im Umgang mit Heterogenität;
4. Die Führungsstrukturen der Volksschule der Stadt Winterthur werden vereinfacht.

Im Sportbereich wurde ein Sportleitbild erarbeitet und dem Grossen Gemeinderat unterbreitet. Der Stadtrat erstellte eine Sportstättenplanung für die nächsten 10 Jahre und leitete darauf basierend die nächsten Schritte ein. Der Grosse Gemeinderat bewilligte die Erweiterung des Garderobengebäudes auf dem Reitplatz und den Bau einer Kunstrasenfläche auf dem Flüeli.

Ende des Jahres wurden zwei Volksinitiativen eingereicht: Die «Schwümbi-Initiative», welche den Erhalt und die Sanierung der bestehenden Winterthurer Schwimmbäder verlangt sowie die Volksinitiative «Mehr Kinderbetreuungsplätze für Winterthur».

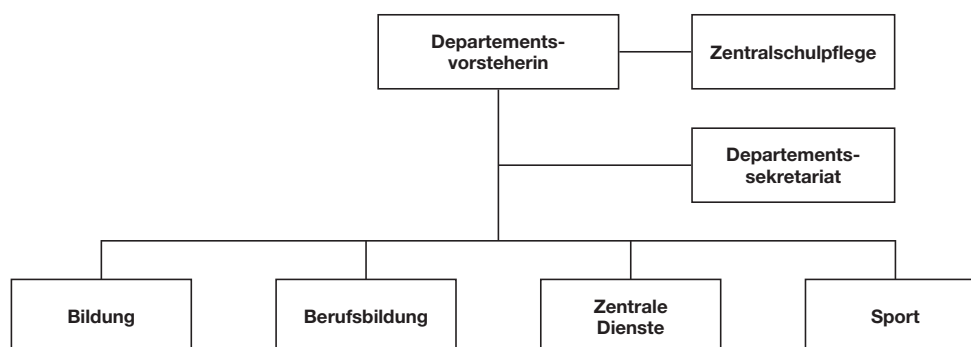
Behörden

Zentralschulpflege

Das Jahr 2006 war gekennzeichnet durch mehrere Meilensteine. Im Frühjahr wurden die Primarlehrpersonen für den Start der integrativen Förderung in der ganzen Stadt Winterthur vorbereitet. Dabei wurde mit pro Schulkreis kreisweise organisierten Grossgruppenworkshops Neuland in der Lehrerbildung betreten. Das Echo auf diese Ausbildungsform war sehr positiv. Mit der integrativen Förderung werden die Kleinklassen (ehemals Sonderklassen) zum grössten Teil aufgelöst und die Schülerinnen und Schüler in Regelklassen mit Unterstützung durch Heilpädagoginnen und Heilpädagogen unterrichtet. Seit Beginn Schuljahr 2006/07 wird in der ganzen Stadt in der Primarschule integrativ unterrichtet. Damit gehört Winterthur zu den führenden Gemeinden und ist gegenüber dem Fahrplan des Volksschulgesetzes gar voraus. Die Sekundarstufe startet im Schuljahr 2007/08.

Im Weiteren war das Jahr geprägt durch die Neuwahlen. Sie verliefen ruhig. Das Präsidium der Kreisschulpflege Winterthur-Stadt wechselte, zwei Lehrpersonenvertretungen und die Vertretung aus der Schulleiterkonferenz sind neu in der Zentralschulpflege. Nach den Wahlen wurden zum zweiten Mal Legislaturziele formuliert. Diese gingen an alle Lehrpersonen und wurden an einer Blickpunkt Schule Veranstaltung vorgestellt. Ein wichtiger Meilenstein war die Abstimmung über die Erweiterung der Schulsozialarbeit. Mit einem erfreulichen Resultat hat der Souverän ein deutliches Zeichen für diese Unterstützungsform für Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen, Kreisschulpflegen und Eltern gesetzt. Man begann sofort mit der Umsetzung des Volksentscheids.

Departement Schule und Sport



Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes prägte das Jahr ebenfalls. Ein Projektleiter, der den ganzen Prozess über die Stadt Winterthur steuert und koordiniert, konnte Anfang August seine Arbeit aufnehmen. Zuerst wurden die Strukturen für den mehrjährigen Umsetzungsprozess geschaffen, dann erfolgte die Standortbestimmung und die eigentliche Umsetzungsarbeit. Unruhe löste die Kantonalisierung des Kindergartens aus. Der anfänglich befürchtete, einschneidende Stellenabbau kann nach einem Entgegenkommen des Kantons über zwei Jahre abgedeckt werden.

Kreisschulpflegen

Das Berichtsjahr 2006 war für alle Kreisschulpflegen stark geprägt von umfangreicher Projekt- und Konzeptarbeit. Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes sowie die Einführung der Schulleitungen mussten vorbereitet, organisatorische Strukturen gelegt und eine optimale Vernetzung zwischen allen Beteiligten ausgearbeitet werden.

Die Einführung der Integrativen Förderung auf der Primarstufe sowie die Einführung von Englisch an der Primarschule forderten von allen Beteiligten viel Einsatz und zeitliche Ressourcen.

Kreisschulpflege Winterthur-Stadt

Im vergangenen Jahr wurde alles in die Wege geleitet, damit die Sekundarstufe ab 2007 als Geleitete Schule starten kann. Die Integrative Schulungsform und die Blockzeiten werden weiter gefestigt und Tagesstrukturen an den Schulen vorbereitet. Mit Wohlwollen werden auch verschiedenste pädagogische Projekte der Schulen begleitet und unterstützt. Die Schulpflege bereitet sich selbst an Weiterbildungstagen auf ihre veränderte Rolle in der Schulführung vor.

Kreisschulpflege Mattenbach

Das Primarschulhaus Gutschick arbeitet weiterhin im Projekt Quims. Die Schule Schönengrund hat wie die Sekundarschule Mattenbach ab dem Schuljahr 2006/07 eine Schulleitung. Für beide Schulleitungen stand die Regelung der Kompetenzen im Vordergrund. Ebenfalls war für beide Schulen der Umgang mit Gewalt ein wichtiges Thema. Dazu wurde gezielte Weiterbildung organisiert.

Kreisschulpflege Oberwinterthur

Das Berichtsjahr war geprägt durch Projektarbeit: Einführung der Schulversuche Grundstufe, die Neugestaltung des 9. Schuljahres sowie die Konzeptarbeit für die stufenübergreifende Sucht- und Gewaltprävention. Mit dem Beginn des Schuljahres 06/07 konnte der Umbau des Schulhauses Hegi-TMZ abgeschlossen werden. Es beherbergt seither zusätzlich die Internationale Schule Winterthur.

Kreisschulpflege Seen

Im Hinblick auf die Einführung der geleiteten Schulen ab Schuljahr 2008/09 wurde in der Schuleinheit Tägemoos im August 2006 eine Schulleitung eingesetzt. Man fasst den Beschluss, die Schuleinheit Büelwiesen im

nächsten Schuljahr unter eine Leitung zu stellen. Wermutstropfen im Berichtsjahr war die Einstellung der Bautätigkeit im geplanten Schulhausneubau in Sennhof infolge gravierender Berechnungsfehler in der Statik des Gebäudes.

Kreisschulpflege Töss

Gemäss Beschluss der Kreisschulpflege werden auf Schuljahr 07/08 die Primarschulhäuser Rebwiesen, Gutenberg/Zelgli, Eichliacker und Laubegg als geleitete Primarschuleinheit Töss geführt. Auf das Schuljahr 06/07 wurden die Blockzeiten auf der gesamten Primarstufe nochmals angepasst und auf Beginn des Schuljahres 08/09 wird die Sekundarschule Rosenau als geleitete Schule starten.

Kreisschulpflege Veltheim

Zusätzliche Beanspruchung brachte das Einrichten eines Mittagstisches für die Sekundarschülerinnen und -schüler sowie die Evaluation und Anpassung der Talentförderung Veltheim. An der Oberstufe wie in der Schule Schachen wurden auf Mitte Jahr Schulleitungen eingesetzt. Kurz vor den Sommerferien musste wegen rückläufiger Schülerzahlen eine halbe Stelle an der Sekundarstufe gestrichen werden, neue Stundenpläne wurden erstellt und Schülerinnen und Schüler umgeteilt.

Kreisschulpflege Wülflingen

Der anhaltend intensiven Bautätigkeit und dem damit zusammenhängenden knappen Schulraum in Wülflingen wird mit der konkreten Inangriffnahme der Projektierung eines neuen Schulhauses im Niderfeld begegnet.

Unselbständige Aufsichtskommissionen

Aufsichtssektion der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule (HFS)

In drei Sitzungen genehmigte die Aufsichtssektion 19 Beurteilungen für Mitarbeitende, die Aufgabenbeschreibungen für die Schulleitungsmitglieder, die neue Fachgruppenstruktur und die Sachbearbeitung für das Kurswesen und die Werbung. Das Konzept «Deutsch für fremdsprachige Frauen» und der Erlass für Kursgelder wurden eingehend diskutiert und genehmigt. Die entsprechenden Anträge gingen an die Zentralschulpflege. Diese genehmigte sie.

Aufsichtskommission der msw-winterthur

In einer ersten Sitzung genehmigte die Aufsichtskommission den Budgetantrag 2007. In den kommenden Jahren werden mehrere msw-Lehrpersonen pensioniert. Um den Know-How-Transfer sicher zu stellen, werden zusätzliche Massnahmen beschlossen. Alle Mitarbeitenden erstellen ihr persönliches Portfolio, in dem über spezielles Wissen Auskunft gegeben wird. In einer zweiten Sitzung genehmigte die Aufsichtskommission den Aktivitätenplan für das Jahr 2007 und eine Ausbildungszusammenarbeit mit der SWISS.

Selbständige Aufsichtskommissionen

Aufsichtskommission Berufswahlschule Winterthur (BWS) und Werkjahrschule (WJS)

Die Aufsichtskommission genehmigte an ihrer ersten Sitzung den Budgetantrag 2007. Das Kantonale Projekt «Harmonisierung der Brückenangebote» erfordert Strukturanpassungen der bestehenden drei 10. Schuljahre. Die Aufsichtskommission begrüsst den eingeschlagenen Weg. In einer zweiten Sitzung genehmigte die Aufsichtskommission den Aktivitätenplan für das zweite Semester des Schuljahres 06/07.

Aufsichtskommission Sonderschulen

Das Geschäftsjahr war unter anderem geprägt durch Konzeptarbeit. Der Kanton verlangt für alle Sonderschulen standardisierte Konzepte. Daneben hat sich die AK intensiv mit einem Rekursverfahren im Zusammenhang mit der Zuteilung eines Kindes gegen den Willen der Eltern in die anthroposophisch geführte Michaelschule befasst. Sie hat auswärtige Sonderschulen besucht und sich mit den Fragen der Ausrichtung von Sonderschulen befasst. Im Dezember hat die AK schliesslich beschlossen, das Angebot der Michaelschule zu erweitern. Damit die Schule weiter als öffentliche Sonderschule geführt und alle Winterthurer Kinder mit entsprechenden Bedürfnissen dieser Schule zugewiesen werden können, muss ein neues Schulkonzept erarbeitet werden, das sich nicht mehr an der Anthroposophie orientiert. Das führt zu einer Erweiterung der Lehr-, Lern- und Therapieformen mit entsprechendem Weiterbildungsbedarf der Lehrerschaft. Der Veränderungsprozess wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Bildung

Integrative Förderung

An der Primarschule war das Jahr 2006 geprägt durch die flächendeckende Einführung der «Integrativen Förderung» (IF). Da die beiden Kreise Töss und Altstadt bereits Erfahrungen mit IF hatten, waren es noch fünf Kreise, welche den grossen Reformschritt machten. Die Lehrpersonen und Kreisschulpflegen wurden an Informationsveranstaltungen und an fünf je für einen Kreis organisierten Grossgruppen-Workshops auf ihre neue Aufgabe vorbereitet. Zusätzlich bot man für die einzelnen Primarschulen zweitägige Ausbildungen an. Insgesamt wurden zehn Sonderklassen aufgehoben und zwei Kleinklassen für Schülerinnen und Schüler mit besonders hohem Förderbedarf mit total 24 Plätzen geschaffen.

Die Integrative Förderung führt zu ganz neuen Zusammenarbeitsformen. Heilpädagogische Lehrpersonen unterrichten nicht mehr ihre Kleinklasse, sondern sie beraten neu die Regel-Lehrpersonen in sonderpädagogischen Fragestellungen, unterrichten gemeinsam mit einer Klassenlehrperson (Teamteaching), arbeiten mit einer Schülergruppe oder stellen zuhause der Klassenlehrpersonen Fördermaterialien zusammen. Die Arbeit des Schulpsychologischen Dienstes wandelt sich von der von der Schule örtlich getrennten, diagnostizierenden Abklärungen zur beratenden Tätigkeit vor Ort. Dazu gehören vermehrt Schulbesuche, Beobachtungsaufträge und Gespräche mit heilpädagogischen Lehrpersonen und Regel-Lehrpersonen im Schulhaus.

Umsetzung neues Volksschulgesetz (nVSG)

Auf Beginn des Schuljahres 2006/07 setzte der Regierungsrat die erste von drei Tranchen des neuen Volksschulgesetzes vom Februar 2005 in Kraft. Die ganze Umsetzung dauert bis Ende 2010. Die grössten Projekte, welche dadurch ausgelöst werden, sind die flächendeckende Einführung der geleiteten Schulen, die Einführung der integrativen Förderung, die flächendeckende Einführung des vier Stunden Blockunterrichts an der Volksschule, die Kantonalisierung des Kindergartens sowie die Bedarfserhebung für Tagesbetreuungsstrukturen für Schülerinnen und Schüler. Damit Winterthur diese Projektfülle in allen Kreisen koordiniert bewältigen kann, wurde im Departement Schule und Sport auf den 1. August 2006 die befristete Stelle des Projektleiters Umsetzung nVSG geschaffen und besetzt. Eine städtische Projektorganisation wurde implementiert und die Arbeit in den Kreiskoordinationsgruppen lief an. In Winterthur werden bis im Sommer 2007 zwei Drittel der Schulen geleitet und IF wird auf dieses Datum hin auch an der Sekundarstufe eingeführt werden. Dank etappierter Einführung von Schulleitungen können die Reformprojekte nun kontrolliert umgesetzt werden. Trotzdem zeigen erste Erfahrungen, dass alle Beteiligten auf allen Stufen durch die grosse Zahl von Teilprojekten stark gefordert sind.

Qualität im Einsatz der Computer an der Primarschule

Nebst dem Sicherstellen des Betriebs der Infrastruktur (Netzwerk, Computer und Software) und der Unterstützung von Informatikverantwortlichen und Lehrpersonen waren folgende Schwerpunkte prägend für die Arbeit der Fachstelle für Schule und Computer (SCHU::COM):

- Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen: Nach den Sommerferien ist die Weiterbildung «ECDL-Start» für den Grossteil der Winterthurer Primarlehrpersonen angelaufen. Sie stösst bei den Kursteilnehmenden fast ausschliesslich auf positive Resonanz.
- Aus- und Weiterbildung der Informatikverantwortlichen: Im Spätherbst führte man für die Informatikverantwortlichen eine einwöchige Ausbildung im Bereich Erwachsenenbildung, Kursplanung und -leitung durch. Die Ausbildung wird nächstes Jahr durch einen Folgetag abgeschlossen und danach jährlich durch zwei gemeinsame Vertiefungs- und Planungstage weitergeführt. Ziel ist es, die Informatikverantwortlichen zu befähigen, den sinnvollen Einsatz der Computer in den Klassen der Primarschule zusammen mit den Lehrpersonen und der Fachstelle SCHU::COM zu fördern.

Schulgesundheits

Die gesetzlich vorgegebenen Aktivitäten im Schulärztlichen und im Schulzahnärztlichen Dienst waren begleitet von einer weiteren Sensibilisierung in Bezug auf Fragen der Gesundheitsförderung und Prävention. Beispiele dazu sind die Präsentation von Zahlen zum Übergewicht bei Schülerinnen und Schülern, Informationen zur Zeckenimpfung, ein Ausbau des Sportangebotes «rund und bewegt» für übergewichtige Kinder und Jugendliche und eine Pausenapfelaktion. Die über längere Zeit vorbereitete sanfte Reorganisation der Schulzahnpflege, mit neuen Abläufen und Klassenzuteilungen, wurde zu Beginn des Schuljahres realisiert.

Die Bewilligung einer temporären Zahnarztstelle durch den Stadtrat ermöglichte es der Schulzahnklinik, die Wartezeiten massiv zu reduzieren. Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Unterstützung von Eltern bei der Übernahme von Eigenverantwortung. Das Prophylaxezentrum beobachtete im Berichtjahr, dass mehr Eltern ihre Kinder zur Intensivprophylaxe begleiteten.

Schulgesundheits

Schulärztlicher Dienst	Schuljahr 2005/06	Vorjahr
Anzahl Untersuchungen total	3 296	3 242
Privatarzt-Wahl	15,5 %	14,5 %
Kopflausbefall		
Kinder/betroffene Klassen	162/160	337/254
Freiwillige Hepatitis B Impfung	42 %	39 %
Total ärztliche Befunde	814	882
Schulzahnärztlicher Dienst	Schuljahr 2005/06	Vorjahr
Anzahl Untersuchungen total	7 531	7 118
Privatzahnarzt-Wahl	27,9 %	28,5 %
Karies- und füllungsfreie Schüler/innen (nur Schulzahnklinik)	32,5 %	25,9 %
Behandlungsnotwendigkeit konservierend (nur Schulzahnklinik)	1 734	1 872
Zahnreinigungsinstruktionen	638	559

Die Winterthurer Volksschule in Zahlen (Anzahl Kinder/Jugendliche resp. Abteilungen)

Öffentliche Kindergärten	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06
Regelklassen	1 758	1 807	1 764	1 709	1 704	1 719
Sprachheil-Kindergarten	48	40	46	44	52	49
Stufen-Kindergarten	34	47	41	47	38	29
Grundstufe ab 05/06						21
Total	1 840	1 894	1 851	800	1 794	1 818
Abteilungen	110	113	114	111	109	109
Primarstufe						
Unterstufe	2 638	2 646	2 669	2 624	2 626	2 653
Mittelstufe	2 572	2 633	2 721	2 680	2 693	2 733
Kleinklassen	395	392	381	381	419	314
Total	5 605	5 671	5 771	5 685	5 738	5 700
Abteilungen	286	289	296	291	289	293
Sekundarstufe						
Abteilung A	1 075	946	857	742	742	785
Abteilung B	810	722	701	700	669	718
Abteilung C	155	163	148	133	141	150
Gegliederte Sek.	338	507	675	846	817	859
Kleinklassen	104	89	68	64	71	66
Total	2 482	2 427	2 449	2 485	2 440	2 578
Abteilungen	138	138	140	140	138	141

Die Schülerzahlen der Stadt Winterthur sind in den letzten Schuljahren konstant geblieben. In nächster Zeit ist nicht mit einem Rückgang zu rechnen. Im Gegenteil, einzelne Quartiere wie Hegi oder Wülflingen wachsen. Das bestätigt den Trend, dass die Schülerzahlen in den ländlichen Gegenden eher zurückgehen, in Städten aber eher konstant bleiben.

Schule in Kleingruppen (KGS)

Mit 7 Neuaufnahmen (4 Mädchen und 3 Knaben) für das Schuljahr 06/07 startete die Schule in Kleingruppen KGS bereits in ihr 10. Betriebsjahr. Der frühzeitige Aufnahmeentscheid für das folgende Schuljahr (vor den Frühlingferien) hat sich bewährt. Bei einem Angebot von 18 Schulplätzen war die Schule in Kleingruppen KGS während des ganzen Jahres mit 19 Jugendlichen belegt. Für alle sieben ausgetretenen Jugendlichen konnten adäquate Nachfolgelösungen gefunden werden. Deren Spanne reicht von einer Gartenbaulehre in der freien Wirtschaft über eine Mechapraktikerausbildung in einer Institution bis hin zum Besuch des 10. Schuljahres. Mit der Einreichung des überarbeiteten Konzeptes bei der BiD im Dezember



Szene aus dem Musical «Fahrtkarte nach Anderland» zum 50-Jahre-Jubiläum der Maurerschule.

2006 ist die Schule in Kleingruppen KGS auf anstehende Veränderungen optimal vorbereitet.

Heilpädagogische Schule, Michaelschule

Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler betrug Anfang Schuljahr 102 (Vorjahr 97) Kinder, verteilt auf 16 (16) Abteilungen. Davon wurden 19 (13) Kinder integrativ in einem Regelkindergarten oder einer Regelklasse geschult.

Termingerecht übergab das Departement Bau Mitte November den Erweiterungsbau nach anderthalbjähriger Bauzeit dem Departement Schule und Sport. Damit konnten alle Provisorien aufgehoben werden und die Schule hat nun ein zweckmässiges Raumangebot, um ihre verschiedenen Aufgaben wahrzunehmen.

Auf Grund eines Rekurses gegen die Zuweisungspraxis der Stadt Winterthur, der auch in zweiter Instanz durch die kantonale Bildungsdirektion gutgeheissen wurde, hat die Aufsichtskommission Sonderschulen Ende Jahr eine Neuausrichtung der Michaelschule beschlossen. Die bisherige Ausrichtung der Schule an die anthroposophische Heilpädagogik verletzt nach juristischer Einschätzung die Glaubens- und Gewissensfreiheit und das Diskriminierungsverbot, wenn den Eltern keine freie Schulwahl zusteht.

Städtische Schule für cerebral gelähmte Kinder, Maurerschule

Mit einem Musical, an dem alle Schülerinnen und Schüler der Maurerschule beteiligt waren, wurde im Frühjahr das 50-Jahre-Jubiläum gefeiert. Im Juni wurde anlässlich eines Jubiläumsfestes die Öffentlichkeit in die Schule eingeladen, wo Einblick in die Bereiche Unterricht, Therapie und Begleitung sowie in die integrierte Sonderschulung gegeben wurde.

An der Volksabstimmung im September stimmte die Bevölkerung der Stadt Winterthur mit grossem Mehr dem geplanten Erweiterungsbau für die Oberstufe zu.

Die Förderung von Kindern mit Autismus bildete in der Weiterbildung ein Schwerpunktthema, da vermehrt Kinder mit dieser Beeinträchtigung angemeldet wurden. Mit 24 Neuaufnahmen startete die Maurerschule mit insgesamt 90 Schülerinnen und Schülern ins Schuljahr 06/07 (81 im Vorjahr). 71 Kinder und jugendliche (Vorjahr 69) besuchten die Tagessonderschule. In der integrierten Sonderschulung wurden 19 (12) Kinder und Jugendliche begleitet.

Mit der Zunahme der integrierten Sonderschulungen ist der Austausch zwischen der Regel- und der Sonderschule intensiver geworden. Öfters werden Fachpersonen der Maurerschule für Beratungen angefragt.

Für 15 Kinder und Jugendliche fand man auf den Sommer Anschlussinstitutionen in Form von weiterführenden Sonderschulen, Ausbildungsinstitutionen für die erste berufliche Ausbildung oder betreutes Wohnen.

Zentrale Dienste

Personalabteilung

Die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule wurde per 1.9.2006 vom Kanton in die Stadtverwaltung Winterthur reintegriert. Die Personalabteilung wirkte in einer Projektgruppe zur Festlegung der Überführungsbestimmungen mit und unterstützte die Abteilungsleitung bei Personalfragen.

Für die Kantonalisierung der 162 (158) Kindergärtnerinnen per 1. Januar 2008 erfolgten bereits dieses Jahr die Vorbereitungen für die Personaldatenübermittlung an den Kanton.

Im Schuljahr 2006/07 arbeiteten in den städtischen Schulen (Sonderschulen, Brückenangebote, msw) 242 Lehrpersonen (210 Schuljahr 05/06).

Schulbauten

Die Schulraumplanung wurde mit der Prognose 2006 zum Schulraumbedarf aktualisiert. Die Bautätigkeit in den Schulkreisen Oberwinterthur (die beiden Teilgebiete Zinzikon und Hegi) und in Wülflingen (Teilgebiet Niederfeld) ist unverändert hoch. Der Handlungsbedarf für das Bereitstellen von zusätzlichem Schulraum wurde bestätigt.

Für das Umsetzen des neuen Volksschulgesetzes untersuchte man die schulraumrelevanten Elemente. Die künftigen Anforderungen an den Schulraum für geleitete Schulen, Blockzeiten, Tagesstrukturen, sonderpädagogische Angebote und die Kantonalisierung der Kindergärten wurden in einer separaten Arbeit ermittelt.

Schulbauvorhaben 2006

Kreis Stadt

Kindergarten Inneres Lind
– Umbauten und Renovationen

Kindergarten Neuwiesen
– Einbau zusätzliche Abteilung und Renovationen

Turnhalle Geiselweid
– Sanierung der haustechnischen Anlagen

Schulhaus Tössfeld
– Sanierung der Laufbahn

Schulhaus Heiligberg
– Sanierung der Holz- und Metallwerkstätten

Schulhaus St. Georgen
– Sanierung des Lehrpersonenbereiches

Kreis Oberwinterthur

Kindergarten Unterwegli
– Einbau Hort

Kindergarten Schooren
– Fassadensanierung

Schulhaus Stadel

– Fassadensanierung

Schulhaus TMZ in Hegi

– Bezug aller Räumlichkeiten im Erdgeschoss und Einzug der Internationalen Schule ISW im 1. Obergeschoss

Kreis Seen

Kindergarten Wingertli

– Flachdachsanieierung

Schulhaus Iberg

– Sanierung der Stützmauern und Kanalisationen

Schulhaus Sennhof

– Der Baubeginn mit einem Spatenstich ist im Mai erfolgt

Kreis Töss

Kindergarten Emil Klötistrasse

– Gesamtansanierung

Kreis Wülflingen

Kindergarten Wieshofstrasse

– Fassadensanierung

Turnhallen Langwiesen

– Renovation beider Turnhallen

Städtische Schulen

Michaelschule Altbau

– Sanierung der haustechnischen Anlagen im Therapiebad

Michaelschule Erweiterungsbau

– Bezug der neuen Räume erfolgte im November
Maurerschule Erweiterungsbau
– am 24. September 2006 stimmten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Baukredit von Fr. 9 440 000.– zu. Die Bauarbeiten beginnen im Juni 2007.

Weitere Projekte der Abteilung Schulbauten

Alle grösseren Bauarbeiten für den allgemeinen baulichen und gärtnerischen Unterhalt wurden in den Frühjahrs- und Sommerferien abgeschlossen.

Materialverwaltung

Die Einrichtung der in der Primarstufe stadtweit eingeführten IF-Räume sowie ein weiterer Teil von Schulleitungsbüros standen im 2006 an. Von den weiteren einzurichtenden Objekt-Projekten sind u.a. das Schulhaus Hegi TMZ und der Kindergarten Inneres Lind zu erwähnen, die im Jahr 2006 zum grossen Teil abgeschlossen werden konnten.

Durch ständige und konsequente Aufklärungsarbeit in der Stadtverwaltung konnte der Anteil der über die Drucksachenzentrale bearbeiteten Drucksachenaufträge in Bezug auf die gesamten Drucksachenaufträge der Stadtverwaltung wiederum leicht erhöht werden.

Berufsbildung

Berufswahlschule Winterthur (BWS)

Die Schülerinnen und Schüler des Jahrgangs 05/06 haben alle eine Berufslösung (Lehre, Praktikum) oder die Prüfung in eine weiterführende Schule bestanden. ECDL-, Tastatur-, Pet-Cambridge und DELF-Diplome sind BWS-Hits. Die vielen Anmeldungen für das Jahr 06/07 konnten im Rahmen des Bereiches Berufsbildung zur Zufriedenheit bearbeitet werden. Der neue Jahrgang 06/07 hat gut begonnen. Schwierigkeiten bereiten teilweise die zum Teil frühe Vergabe der Lehrstellen.

Werkjahrschule (WJS)

Das neue Angebot in Form von Gestaltungsklassen hat sich bewährt. Der Stoffplan wurde weiterentwickelt und den Bedürfnissen der Arbeitswelt angepasst. Schwerpunkte in dieser Ausbildung bilden die Themen der technischen, räumlichen und bildnerischen Gestaltung. Der Bezug zur Praxis wurde durch verschiedene Teamarbeiten verstärkt. Für die meisten Schülerinnen und Schüler konnte eine Anschlusslösung, sei es in einer Lehre oder in einer fortführenden Schule gefunden werden.

Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS)

Die HFS ist seit Beginn des Schuljahres 2006/2007 wieder aus der kantonalen Berufs- und Fortbildungsschule herausgelöst und in die städtischen Strukturen reintegriert. Dieser Übergang brachte für alle Betroffenen Neuerungen mit sich. Gleichzeitig änderte sich teilweise die Ausrichtung der Hauswirtschaftlichen Jahreskurse: Im Vordergrund steht die Vermittlung eines grösseren Praxisbezugs durch die Zubereitung von Mahlzeiten oder Apéros



Ein Lernender der msw-winterthur gewann zum dritten Mal in Folge die Schweizermeisterschaft der Automatiker.

für städtische Anlässe, das Kochen für den Mittagstisch Rychenberg und die Herstellung von Gegenständen für Kindergärten. Diese Neuerungen stossen bei den Schülerinnen und Schülern wie auch bei den Lehrpersonen auf grosses Interesse.

msw-winterthur

Das vierte Lehrjahr der msw-winterthur endete am 6. Juli 2006. 47 (im Vorjahr 54) Auszubildende konnten die msw mit dem Eidgenössischen Fähigkeitsausweis und einem Gesamtnotendurchschnitt von 4,9 (4,8) verlassen. Um die wirtschaftliche Situation der msw-winterthur weiter zu verbessern, wurde das Haushaltsanierungsprojekt HS07 j fortgesetzt. Mit Massnahmen auf allen Ebenen konnte der Aufwandüberschuss von 5 292 000 Franken auf 4 162 298 Franken vermindert werden. Eine gut besuchte Projektvernissage rundete das erfolgreiche Jahr mit ausgezeichneten Resultaten ab.

Sport

Ein Schwerpunkt war die Fertigstellung der neuen Homepage www.sport.winterthur.ch und deren Anbindung an das bestehende Raumverwaltungsprogramm. Das neue Leitbild zur Sportförderung in der Stadt Winterthur wurde vom Stadtrat genehmigt und vom Grossen Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

Im Auftrag des Stadtrates wurde eine Strategie- und Investitionsplanung über alle Sportanlagen der Stadt Winterthur für die nächsten zehn Jahre erstellt. Für die Planung der Investitionen in eine zeitgemässe Sportinfrastruktur musste sowohl der Zustand der bestehenden Sportanlagen als auch die Bedürfnisse der Sportvereine ermittelt werden.

Sportanlagen

Die Sportanlagen wurden im Rahmen eines Facility Managements auf ihren Zustand untersucht. Auf dieser Grundlage kann langfristig die Zustandsentwicklung dokumentiert werden. Die Anlagen sind generell in einem guten Zustand. Die Rasenflächen hingegen wurden in den letzten Jahren durch die ansteigende Anzahl Kinder und Jugendliche in den Vereinen überstrapaziert. Dies führte zu einem Qualitätsverlust und bedingte einen erhöhten Unterhaltsaufwand.

Schwimmbäder

Die Projektierung des Freibades Geiselweid ist abgeschlossen, ein entsprechender Kreditantrag in Erarbeitung. Das Hallenbad Geiselweid wurde im Detail bautechnisch untersucht. Die notwendigen Sanierungsmassnahmen müssen etappiert in den nächsten Jahren ausgeführt werden. Der Sanierung des Schwimmbades Oberwinterthur wurde im Rahmen der Investitionsplanung eine höhere Priorität zugeteilt. Erste Gespräche betreffend der Sanierung wurden mit der Genossenschaft geführt. Beim Schwimmbad Wolfensberg wurde die erste Etappe der Gebäudesanierungsarbeiten in Angriff genommen.

Sportpark und Eishalle Deutweg

Die Rasenflächen werden durch Cricket, Baseball und American Football immer stärker beansprucht und stossen bezüglich Grösse an die Grenzen. Die Anzahl in der Eishalle Deutweg stattfindenden Grossveranstaltungen stieg erneut leicht an. Zu den Höhepunkten zählten das Eishockeyländerspiel und diverse Konzerte, welche bis zu 4500 Zuschauerinnen und Zuschauer anzogen. Die Atmosphäre auf dem zweiten Ausseneisfeld, welches dem öffentlichen Eislauf zur Verfügung steht, wurde in dem ersten Schritt verbessert. In Zukunft soll dadurch die Anzahl Besucherinnen und Besucher erhöht werden.

Ein aus Sicherheitsgründen sanierungsbedürftiger Hartplatz bei der Leichtathletikanlage Deutweg wird Anfang 2007 in eine Multifun-Anlage umgebaut.

Fussballanlagen

Mit den Bauarbeiten für die Erweiterung des Garderobengebäudes des FC Töss im Reitplatz wurde Ende August begonnen. Für den Einbau einer Kunstrasenfläche auf der Sportanlage Flüeli hat der Grosse Gemeinderat einen Kredit von 2 425 000 Franken bewilligt. Das Baugesuch wurde eingereicht. Das Stadion Schützenwiese muss den Anforderungen der Swiss Football League angepasst werden. Ein Architekturbüro erarbeitet die hierfür notwendigen Unterlagen.



Das Fussball-Hallenmaster im Januar war eine der zahlreichen Grossveranstaltungen in der Eishalle.

Nutzung

Schwimmbäder

Dank den besten Zutrittsfrequenzen der vergangenen zehn Jahre im Monat Juli konnte der aufgrund des Wetters schlechte Saisonstart kompensiert werden. Die Besucherzahlen aller städtischen Schwimmbäder sowie die Einnahmen fielen durchschnittlich aus. Der Sportpass berechtigt ab dieser Saison erstmals zum Zutritt in die Schwimmbäder in Schlatt und Elsau. Diese Zusammenarbeit wird von den Winterthurer Kundinnen und Kunden als auch von den betreffenden Gemeinden geschätzt.

Turnhallen

Die Auslastung der Turnhallen ist weiterhin sehr gut. Unter der Woche sind im Winter praktisch keine freien Trainingseinheiten mehr verfügbar. Mit der flächendeckenden Einführung des so genannten Dreierhythmus (drei



Die neue Beachvolleyballanlage auf dem Deutweg wird rege benützt.

Vereinslektionen pro Abend an Stelle von zwei Lektionen) konnte die Kapazität an Turnhalleneinheiten vergrössert werden. Dank den neuen Onlinebelegungsplänen können die Nutzenden rund um die Uhr die Verfügbarkeit der Hallen selbstständig abklären und die gewünschten Objekte reservieren. Die Nachfrage nach Dreifachhallen kann mit dem vorhandenen Angebot nicht abgedeckt werden.

Dienste und Information

Freiwilliger Schulsport

Die zahlreichen Sportkurse waren gut besucht. Der Umfang wurde leicht ausgebaut und das Angebot mit der Trendsportart «Inline» ergänzt. An jedem Mittwochnachmittag findet an zwei Orten im Stadtkreis Töss ein offenes Sportangebot für Schülerinnen und Schüler statt. Falls sich die Anzahl der teilnehmenden Kinder positiv entwickelt, wird eine Ausweitung des Projektes auf weitere Stadtkreise geprüft. Neu sind Anmeldungen für den freiwilligen Schulsport online möglich.

Aquafitness

Die Aquafitnesskurse in den Schulschwimmanlagen und im Hallenbad Geiselweid verzeichnen weiterhin sehr gute Teilnehmerinnen- und Teilnehmerzahlen. Neu sind Anmeldungen für die Kurse online möglich.

Hochschulsport

Im Auftrag der Zürcher Hochschule Winterthur (ZHW) organisierte das Sportamt bereits im fünften Jahr ein attraktives und offenes Sportangebot für die Angehörigen der Fachhochschule. Die Kurse sind den aktuellen Trends angepasst. Es wurde eine neue Leistungsvereinbarung ausgearbeitet. Die Dienstleistungen werden der Hochschule verrechnet.

Jugendsportförderung

Im Rahmen der Jugendsportförderung bezahlt das Sportamt seit Jahren 110 000 Franken an Winterthurer Sportvereine aus. Sonderleistungen und neue Projekte der Sportvereine zur Jugendsportförderung wurden entsprechend honoriert. Unter den Subventionstiteln «Besondere Leistungen» und «Veranstaltungen» im Rahmen der Jugendsportförderung wurden etwas weniger Gesuche gestellt.

Diverse Sportförderungsanlässe

- Joutes Intervilles vom 28. und 29. Januar 2006
- Schneesporttag vom 30. Januar 2006
- Richtig Schwimmen vom 6.–17. Februar 2006
- Schwimmstars in der Schule, Mai 2006
- Tössstafette vom 13. Juni 2006
- Powerday vom 7. Mai 2006
- Jugendsportlager in Tenero vom 8.–13. Oktober 2006

Departement Soziales

2006 war für das Departement Soziales ein Jahr der Konsolidierung: Im Bereich Alter und Pflege wurden die neuen Grundsätze gefestigt, die im Rahmen der Reorganisation definiert worden waren. In der Spitex konnten die Schnittstellen zur Pro Senectute Kanton Zürich geklärt werden. Mit dem Übergang der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) vom Departement Sicherheit und Umwelt ins Departement Soziales befinden sich nun Anbieter von Arbeitsprojekten und Auftraggebende für Arbeits- und Integrationsmassnahmen unter einem Dach. Erstmals seit langem gehen in der Sozialhilfe die Fallzahlen wieder zurück. Im Departementssekretariat erfolgte mit der Bildung der Fachstelle Gesundheit die längst nötige Schaffung einer Koordinationsstelle für Fragen der Gesundheit und Prävention in der Stadt Winterthur.

Nach Umsetzung der organisatorischen Neuerungen im Bereich Alter und Pflege im Vorjahr galt es nun, die Unternehmenskultur zu festigen und zu leben, Standards zu definieren und umzusetzen und damit eine einheitlich hohe Qualität der Betreuung und Pflege der Bewohnerinnen und Bewohner in allen Alters- und Pflegezentren zu gewährleisten. So wurden beispielsweise Massnahmen zur Qualitätssicherung wie das Bezugspersonensystem vorbereitet.

Im Bereich der temporären Angebote für pflegebedürftige Menschen, wie z.B. in der Überbrückungspflege oder der Tagesklinik, erfolgte eine bedarfsgerechte Ausrichtung und Abstimmung der Angebote. Das Angebot an Pflegeplätzen konnte zudem erweitert werden, weil keine bestimmten Eintrittskriterien für Heime bestehen und somit die bisherigen reinen Altersbereiche auch für pflegebedürftige Menschen erschlossen werden konnten.

Nach rund 30-jähriger Tätigkeit wurde die städtische Schule für Pflegeberufe aufgelöst, weil die Stadt Winterthur mit der Eröffnung des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen (ZAG) und der Schaffung eines Departementes Gesundheit an der ZHW über ein hervorragend ausgebautes Angebot an Bildungsmöglichkeiten im Gesundheitswesen verfügt. Es machte vor diesem Hintergrund keinen Sinn, weiterhin eine eigene städtische Schule für Pflegeberufe zu führen, die überdies einem moder-

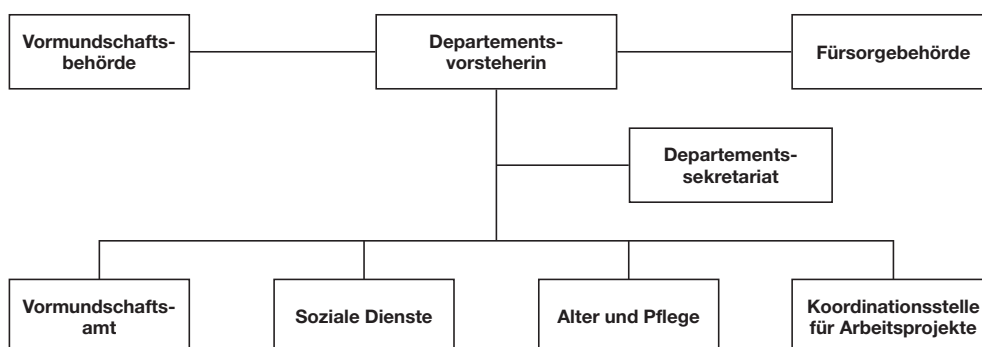
nen Schulbetrieb ohne erhebliche Investitionen nicht mehr zu genügen vermöchte. Die letzten Unterrichtseinheiten in der Schule für Pflegeberufe wurden deshalb mit dem letzten Schuljahr abgeschlossen.

Die Integration der KAP ins Departement Soziales hat sich problemlos vollzogen. Im personellen und inhaltlichen Bereich wurden Synergien gewonnen. Die Themen Arbeits- und soziale Integration, Abklärung sowie Jugendarbeitslosigkeit konnten zusammen mit den Sozialen Diensten bearbeitet werden, was zu neuen Projekten zur Integration von erwerbslosen Personen führte. Beispielsweise sei das Projekt «Teillohnarbeitsplätze in der Privatwirtschaft» erwähnt, welches im Herbst mit Vertreterinnen und Vertretern der Winterthurer Wirtschaft diskutiert und anschliessend gestartet wurde. Das vorgestellte Winterthurer Modell richtet sich an Sozialhilfebeziehende, die arbeitsfähig sind, aber nur eine verminderte Leistung erbringen können. Mit der angestrebten Integration in die Privatwirtschaft soll erreicht werden, dass diese Gruppe von Personen einen Teil ihres Unterhalts wieder selber erarbeiten kann. Es ist zudem damit zu rechnen, dass einzelne Teillohnbeschäftigte über ihren Teillohnjob wieder den Einstieg in den normalen Arbeitsmarkt schaffen. Entscheidend ist eine gute Zusammenarbeit mit der Wirtschaft in diesem Projekt. Nur wenn die Unternehmen einen Nutzen für ihre eigene Tätigkeit erkennen können und dadurch bereit sind, niederschwellige Arbeitsplätze bereit zu stellen und die effektiv erbrachte Leistung der Sozialhilfebeziehenden zu entgelten, kann dieses Modell funktionieren.

Unter dem Titel «Perspektiven für die Jugend» – einem Projekt der Legislatorschwerpunkte – wurden zwei Integrationsprojekte in Angriff genommen: die Fachstelle für junge Erwachsene unterstützt junge Sozialhilfebeziehende in enger Begleitung darin, den Anforderungen der Arbeitswelt bzw. einer Ausbildungssituation gerecht zu werden. Für das Projekt «Trampolin» hat die zukünftige Betreiberin KAP, das sozialpädagogische und betriebliche Konzept erarbeitet.

Bereits seit längerer Zeit war die Notwendigkeit einer zentralen Anlauf- und Koordinationsstelle im Gesundheitsbereich erkannt. Die vielfältigen Angebote im Bereich Ge-

Departement Soziales



sundheitsförderung und -versorgung sowie Prävention wurden bis anhin innerhalb der Stadtverwaltung von verschiedenen Departementen zwar bestens erfüllt aber nicht vernetzt und in eine Strategie einbezogen. Die bessere Koordination und Information im Gesundheitsbereich war denn auch ein Projekt im Rahmen der Legislaturziele. Vor diesem Hintergrund hatte der Stadtrat entschieden, eine Fachstelle Gesundheit zu schaffen. Diese wurde im Departementssekretariat des Departements Soziales angesiedelt. Die verantwortliche Mitarbeiterin hat ihre Tätigkeit per 1. September 2006 aufgenommen. Sie wird die Aufgaben rund um die Gesundheitsversorgung, Gesundheitsförderung und Prävention koordinieren und Projektarbeiten veranlassen. Sie leitet zudem die Geschäftsstelle der Kommission Gesundheit und Prävention, die als Vernetzungsorgan zwischen den privaten, städtischen und kantonalen Akteuren wirken und den Wissenstransfer zwischen den verschiedenen Organisationseinheiten sicherstellen soll.

Vormundschaftsamt

Das Jahr 2006 erwies sich wiederum als äusserst arbeitsintensiv. Gesamthaft konnten 2070 (1857) vormundschaftliche Verfahren abgeschlossen werden, 2104 (1752) neue wurden eröffnet. Per Ende Jahr waren 534 (500) Verfahren pendent. Trotz leichtem Rückgang im Bestand der vormundschaftlichen Kindesschutzmassnahmen war eine Zunahme von Verfahren und Beschlüssen zu verzeichnen, was auf eine erhöhte Fluktuation bei den vormundschaftlichen Massnahmen hinweist. Der Abwärtstrend bei den Kindesschutzmassnahmen lässt sich am ehesten mit der Kantonalisierung der Jugendhilfe und der daraus resultierenden Zusammenführung von freiwilliger Beratung und gesetzlicher Mandatsführung in derselben Institution erklären.

Die Fachstelle für private Mandate wurde vom Vormundschaftsamt abgelöst und in die Sozialen Dienste überführt, wo sie dem Gesetzlichen Betreuungsdienst angegliedert wurde. Dies hatte zur Folge, dass Abläufe und Schnittstellen bei der Einsetzung von privaten Mandatspersonen und beim Controlling neu definiert werden mussten. Im Vormundschaftsamt führte die Umteilung zu einer Stellenreduktion.

Die Auflösung der städtischen Beratungsstelle für das Alter hatte ebenfalls Auswirkungen auf das Vormundschaftsamt. In 25 Fällen hatte die Vormundschaftsbehörde zu prüfen, ob die Pro Senectute zur Übernahme der Finanzverwaltung ermächtigt werden konnte oder ob andere Hilfestellungen erforderlich seien. Nach Abklärung der generellen Voraussetzungen einer solchen Übernahme mit der Aufsichtsbehörde mussten zusätzlich Auskünfte zur persönlichen, gesundheitlichen und finanziellen Situation der von der Änderung betroffenen Personen beigebracht werden. Schliesslich konnte die Pro Senectute in 22 Fällen mit der Finanzverwaltung betraut werden. In drei Situationen wird gegenwärtig eine vormundschaftliche Unterstützung in Form von Altersbeistandschaften geprüft.

Umgesetzt wurden die 2005 verabschiedeten neuen Richtlinien für die Anlage und Verwaltung von Mündelvermögen. Dabei wurden der Vormundschaftsbehörde 16 von den Mandatspersonen gemeinsam mit den jeweiligen Bankinstituten erarbeitete Anlagekonzepte zur Überprüfung und anschliessenden Genehmigung vorgelegt. Zu engagierten Diskussionen führte im Bereich der vormundschaftlichen Vermögensverwaltung insbesondere auch die Ausweitung der Zusammenarbeit auf verschiedene Banken.

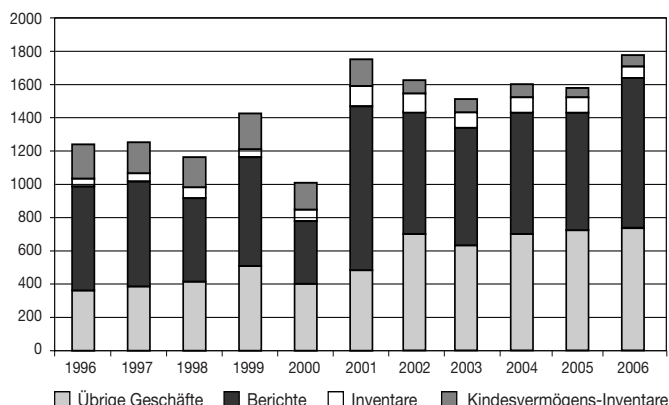
Unter Beizug eines professionellen Beraters wurde die Organisationsstruktur des Vormundschaftsamtes auf ihre Effizienz und Tauglichkeit hin überprüft und insbesondere auch unter dem Aspekt ihrer Vereinbarkeit mit gegenwärtigen und zukünftigen Veränderungen, wie der anstehenden Revision des Vormundschaftsrechtes, beleuchtet. Als Ergebnis des Reorganisationsprozesses wurden zwei Fachteams, eines für den Kindes- und Jugendschutz sowie eines für den Erwachsenenschutz, gebildet. Die neue Aufgabenteilung hat einerseits eine Spezialisierung bei den Mitarbeitenden zur Folge, andererseits soll sie verstärkt identitätsbildend wirken und mit Blick auf die Ansprechpersonen zu mehr Transparenz verhelfen. Die Neuerungen werden per Anfang 2007 umgesetzt.

Vormundschaftsbehörde

Nachdem die neuen organisatorischen Abläufe in und mit der Vormundschaftsbehörde getestet worden waren, konnte die neue Geschäftsordnung im Mai definitiv verabschiedet werden. Im Juni 2006 wurden alle fünf Behördenmitglieder vom Grossen Gemeinderat einstimmig wieder gewählt. An vier Plenarsitzungen setzte sich die Behörde u.a. mit generellen Themen wie Rechtsprechung zum Besuchsrecht, Berichtswesen, mündelsichere Vermögensanlagen und Zusammenarbeit mit den Organen der Jugend- und Opferhilfe auseinander.

Die Vormundschaftsbehörde erledigte 1771 (1582) Geschäfte, davon 410 (409) in 12 (12) Sitzungen, die übrigen auf dem Zirkulationsweg oder präsidial.

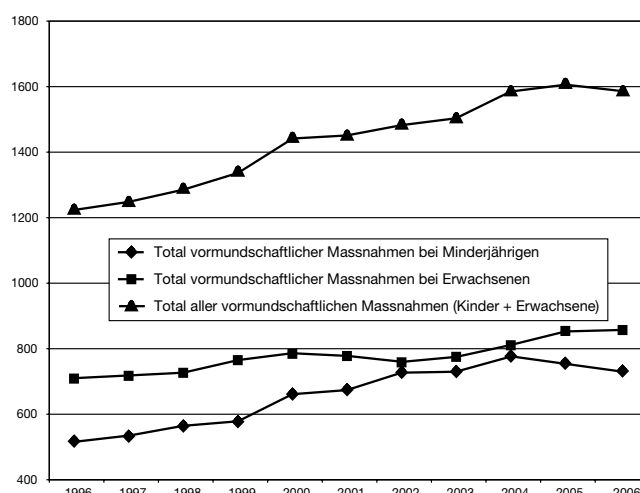
Erledigte Geschäfte



Bestehende vormundschaftliche Massnahmen

	am 31. Dezember 2006 Personen	Vorjahr Personen
Kinder		
Vormundschaften, Art. 368 ZGB	28	29
Beistandschaften		
Beistandschaften, Art. 308 ZGB	548	572
Vaterschaftsregelungen, Art. 309 ZGB	0	0
Vaterschafts- und Unterhaltsregelungen, Art. 309/308 ZGB	72	79
Vertretungsbeistandschaften, Art. 392 ZGB	61	52
Prozessbeistandschaften, Art. 146 ZGB	8	0
Verwaltungsbeistandschaften, Art. 325 ZGB	3	6
3 (6) in Verbindung mit einer Kindesschutzmassnahme	3	6
Kindesvermögenskontrollen, Art. 318 Abs. 3 ZGB	10	12
Vormundschaftliche Aufsichten, Art. 307 ZGB	3	6
Total	733	756
Erwachsene		
Vormundschaften		
Geisteskrankheit, Geistesschwäche, Art. 369	144	159
Trunksucht, Verschwendung, Misswirtschaft, Art. 370 ZGB	8	8
Eigenes Begehren, Art. 372 ZGB	63	63
Beistandschaften		
Vertretungsbeistandschaften, Art. 392 ZGB	7	9
Verwaltungsbeistandschaften, Art. 393 ZGB	4	3
Vertretungs- und Verwaltungsbeistandschaften, Art. 392/393 ZGB	466	431
Eigenes Begehren, Art. 394 ZGB	151	165
Beiratschaften, Art. 395 ZGB	13	16
Total	854	810
Kinder	733	756
Erwachsene	854	810
Total	1 589	1 610

Bestand vormundschaftlicher Massnahmen



Ende Jahr wurden 1394 (1432) Massnahmen von beruflichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, 195 (184) von Privatpersonen geführt. Für 10 (12) Aufsichten über das Kindesvermögen war das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde zuständig.

Neue Massnahmen

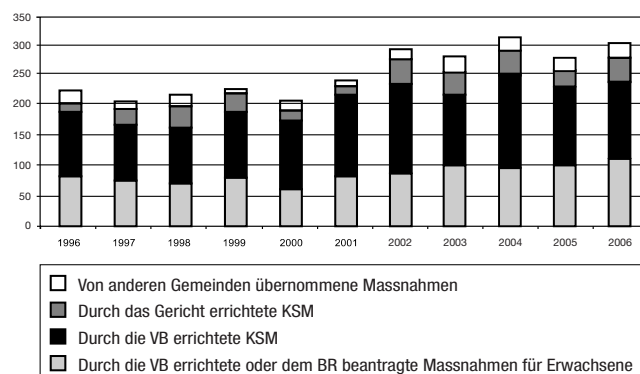
In eigener Kompetenz wurden angeordnet:

- 32 (30) Beistandschaften für Kinder zur Regelung der Vaterschaft und des Unterhaltes
- 1 (4) Beistandschaft zum Abschluss eines Unterhaltsvertrages
- 8 (15) Beistandschaften zur Überwachung des Besuchsrechtes
- 43 (43) Erziehungsbeistandschaften sowie Beistandschaften zur Regelung der finanziellen Interessen, davon 7 (5) in Verbindung mit Obhutentzug
- 33 (26) Vertretungsbeistandschaften für Kinder
- 9 (9) Vormundschaften für Kinder
- 0 (2) Kindesvermögenskontrollen
- 96 (87) Beistandschaften für Volljährige
- 2 (0) Vormundschaften für Entmündigte

Dem Bezirksrat wurden beantragt:

- 14 (13) Entmündigungen

Neue Massnahmen



Inventarwesen

73 (85) Inventare wurden aufgenommen einschliesslich Massnahmen zur Sicherung des Erbanges. Zusätzlich wurden 66 (48) Kindesvermögensinventare nach Scheidung oder Trennung sowie für Kinder nicht verheirateter Eltern aufgenommen.

In 5 (5) Fällen musste dem Bezirksrat die Ausschlagung des Nachlasses beantragt werden.

Berichtsprüfung

928 (733) Rechenschaftsberichte von Mandatspersonen und 8 (8) Elternberichte über Kindesvermögen wurden geprüft und abgenommen. Zum Teil mussten sie ergänzt, abgeändert oder ganz für den Berichtersteller oder die Berichterhalterin erstellt werden.

13 (11) Kinderkrippen-Aufsichtsberichte wurden genehmigt.

Rechtsgeschäfte

Über folgende Rechtsgeschäfte war zu beschliessen:

Liegenschaftsverkäufe	11	(8)
Erbteilungsverträge	26	(26)
Zustimmungen zur Wohnungsauflösung	5	(2)
Prozessführungen, Vergleiche, Darlehensaufnahmen usw.	19	(9)
Zustimmung zu Vermögensanlagen	16	(0)
Unterhaltsverträge	84	(90)

Adoptionen

Volladoptionen	9	(2)
Stiefkindadoptionen	5	(6)

Unterbringungen

Nach den gesetzlichen Bestimmungen der fürsorgerischen Freiheitsentziehung musste 1 (1) erwachsene Person untergebracht werden.

Gestützt auf das Kindesrecht in Verbindung mit den Vorschriften der fürsorgerischen Freiheitsentziehung wurden 6 (6) Kinder/Jugendliche in einem Heim platziert. Nach dem Kindesrecht wurden 1 (4) Spitalplätze, 2 (2) Pflegeplätze und 3 (3) Heimplätze für Kinder durch Beschluss abgesichert.

Regelung der gemeinsamen elterlichen Sorge

Nach Art. 134 Abs. 3 ZGB wurde für 6 (5) Kinder die elterliche Sorge neu geregelt.

Nach Art. 298a Abs. 1 und 2 ZGB wurde für 31 (28) Kinder das gemeinsame Sorgerecht geregelt.

Beschwerden

Die Vormundschaftsbehörde traf 3 (4) Wiedererwägungsentscheide und wies 5 (2) Beschwerden gegen die Wahl der Beistände ab. Der Bezirksrat traf im Rechtsmittelverfahren gegen Beschlüsse der Vormundschaftsbehörde folgende Entscheide: Er wies 7 (4) Beschwerden ab. 7 (9) Beschwerdeverfahren endeten durch Rückzug der Beschwerde oder wurden gegenstandslos. Das Obergericht hat 1 (1) Rekurs gegen einen Entscheid des Bezirkesrates teilweise gutgeheissen und 4 Rekurse abgewiesen. Das Bundesgericht ist auf 1 Berufung gegen ein Urteil des Obergerichtes nicht eingetreten.

Verschiedenes

Von Gerichten gingen Mitteilungen über 152 (144) Ehescheidungen sowie 3 (1) Scheidungsabänderungen und 18 (17) Beschlüsse über vorsorgliche Massnahmen ein, die zu 35 (24) Beistandschaften nach Art. 308 ZGB sowie 8 Beistandschaften nach Art. 146 ZGB führten.

10 (13) Bewilligungen zur Aufnahme eines Pflegekindes wurden erteilt.

11 (5) Betriebsbewilligungen wurden an Kinderkrippen erteilt.

Die Vormundschaftsbehörde erteilte 2 (5) Personen die nötige Hilfestellung bei der Suche nach ihrer Abstammung.

Vermögensverwaltung

Das durch den Gesetzlichen Betreuungsdienst und die privaten Mandatspersonen verwaltete Vermögen (Liegenschaften, Wertschriften usw.) betrug am Jahresende 72 172 226 Franken. Hinzu kamen 28 freie Depots mit einem Wertschriftenbestand von 125 639 Franken.

In der amtseigenen Schirmlade, in vormundschaftlichen Depots und Konti bei der Zürcher Kantonalbank und bei anderen Banken sind an Wertschriften, Sparguthaben und Wertsachen 53 469 632 Franken deponiert.

Ende Jahr bestanden 10 (12) Aufsichten über das Vermögen von Kindern, welche unter elterlicher Sorge eines Elternteils stehen. Das beaufsichtigte Kindesvermögen betrug Ende 2006 2 675 467.45 Franken.

Soziale Dienste

Nachdem im Vorjahr auf übergeordneter Ebene die Gestaltung der neuen Organisation der Sozialen Dienste mit der Kantonalisierung Jugendhilfe, die Umstellung auf die neuen SKOS-Richtlinien und die Einführung von WOV im Zentrum der Aktivitäten standen, war für das Jahr 2006 eine Konsolidierung angesagt. Dieses Vorhaben wurde dadurch begünstigt, dass die Fallzunahme zumindest bei der Sozialberatung gestoppt werden konnte. Die wichtigsten Schnittstellen zwischen den einzelnen Organisationseinheiten wurden geklärt, bereinigt und dokumentiert. Bei der Sozialberatung nahm die neue Fachstelle für junge Erwachsene ihre Tätigkeit auf und die Revisionsstelle konnte personell erweitert und so ihre Wirksamkeit erhöht werden. Der Gesetzliche Betreuungsdienst übernahm vom Vormundschaftsamt die Betreuung der privaten Mandatsträgerinnen und -träger und baute die Freiwilligenarbeit weiter aus. Zudem bot der Gesetzliche Betreuungsdienst neu nebst den Mandaten für die Vormundschaftsbehörde auch Beratungen und Hilfeleistungen für Personen, welche mit ihren persönlichen Angelegenheiten alleine nicht zurechtkommen.

Seit 1990 stiegen die Sozialhilfe-Fälle. Die Sozialberatung bewältigte jeweils Zuwachsraten von bis zu 15%. Nachdem bereits 2005 lediglich eine Fallzunahme von 3,3% zu verzeichnen war, ist sie nun sogar leicht zurückgegangen, nämlich von 2967 auf 2923 Fälle (minus 1,5%). Ein Grund für diese Entwicklung liegt sicher in der verbesserten Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nach wie vor gross ist jedoch die Anzahl der jungen Erwachsenen, welche auf persönliche und finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Hier gilt es, möglichst nachhaltige Integrationslösungen zu finden und neue Strategien zu entwickeln, wie diese junge Menschen beim Einstieg in das Erwerbsleben unterstützt werden können, so dass sie ihre finanzielle Unabhängigkeit erreichen.

Im Asylbereich war nach den verschiedenen Abbaumassnahmen der vergangenen Jahre ein normaler Betrieb möglich. Die Umsetzung des neuen Asyl- und Ausländerrechtes wird erst in einem Jahr spürbar werden und sich auf die Alltagsarbeit der Asylkoordination auswirken.

Ein grösseres Projekt stellte die Erarbeitung eines neuen Suchthilfekonzeptes für Stadt und Bezirk Winterthur dar. Unter dem Titel «Suchtpolitik Winterthur 2007–2011» wurde ein Konzept mit den entsprechenden Massnahmen erarbeitet, welches in den nächsten Jahren die inhaltliche Basis für die Arbeit der Hauptabteilung Prävention und Suchthilfe bildet. Dank der Bewilligung des entsprechenden Kredites durch den Grossen Gemeinderat können künftig verschiedene Organisationseinheiten im Suchtbereich an der Tösstalstrasse 53 zusammengefasst werden.

Sozial- und Erwachsenenhilfe

Sozialhilfe gemäss Sozialhilfegesetz

Zentrale Anlaufstelle

Die zentrale Anlaufstelle ZAS der Sozialberatung verzeichnete mit 1977 (1899) Anmeldungen zum Sozialhilfebezug wiederum einen Anstieg. Etwas mehr als die Hälfte der Neuzugänge wurden in der ZAS abschliessend behandelt, indem andere, der Sozialhilfe vorgelagerte Leistungen erschlossen wurden oder die Problemstellungen innert vier bis fünf Monaten anderweitig gelöst werden konnten. Deutlich ist der Rückgang der Fälle, bei denen Arbeitslosigkeit als Hauptgrund für die wirtschaftliche

Notlage genannt wurde (473, im Vorjahr 542). Zugenommen hat der Anmeldegrund «zu wenig Lohn» bei 483 Fällen (417), ebenso ist die Fallkategorie der Jungen Erwachsenen (259, im Vorjahr 204) weiter angestiegen.

Die bewährte Zugangssteuerung zum Sozialhilfebezug unter dem Leitgedanken «Arbeit vor Sozialhilfe» wurde fortgesetzt: Arbeitsfähigen Personen ohne Betreuungspflichten, die neu wirtschaftliche Hilfe beantragen, wird die Möglichkeit geboten, innert Monatsfrist in ein Arbeitsprojekt der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) einzusteigen, und so einen Existenz sichernden Lohn zu erwirtschaften. Während des 4-wöchigen Einsatzes werden die Integrationschancen umfassend abgeklärt und die Teilnehmenden werden bei ihren Bemühungen um eine Stellensuche intensiv begleitet. Im Berichtsjahr wurde dieses Angebot 402 (390) Personen unterbreitet, 342 (340) Personen meldeten sich bei der KAP und 291 (283) Personen leisteten einen Einsatz. Die übrigen verzichteten auf das Angebot, meldeten sich aber auch nicht mehr für den Sozialhilfebezug. 40 (37) Personen fanden aus dem Einsatz eine reguläre Stelle. 4 (5) Teilnehmende erwarben einen neuen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung und weitere 3 (12) fanden anderweitige Lösungen. 231 (197) Personen meldeten sich nach dem Einsatzmonat zum Bezug wirtschaftlicher Hilfe an. Erneut machte «Passage» deutlich, dass viele arbeitsfähige Hilfesuchende gerne Eigenverantwortung übernehmen und den Arbeitseinsatz als Chance für ihren Berufseinstieg nutzen können.

Sozialversicherungsfachstelle und Rechtsdienst

Die Sozialversicherungsfachstelle führte am Ende Jahr 340 (273) Sozialhilfefälle mit einer sozialversicherungsrechtlichen Fragestellung. In 28 (40) Fällen wurden Entscheide von Sozialversicherungsorganen mittels Einwand oder Beschwerde angefochten. An internen Weiterbildungsveranstaltungen konnten Mitarbeitende der Sozialberatung ihr Wissen im Bereich Sozialversicherungen und Arbeitsrecht auffrischen oder vertiefen. Daneben wurden Mitarbeitende der Asylkoordination und des Gesetzlichen Betreuungsdienstes sowie Private Mandatsträger bei sozialversicherungsrechtlichen Fragen beraten.

Der Rechtsdienst behandelte rund 250 Anfragen von Mitarbeitenden der Sozialen Dienste. 24 (25) Fälle wurden vom Gesetzlichen Betreuungsdienst substituiert, am 31.12.2006 waren 15 davon noch pendent, 9 konnten mit Zustimmung der Vormundschaftsbehörde abgeschlossen werden. Im Weiteren wurden 8 (11) Einspracheentscheide sowie 3 (5) Vernehmlassungen zuhanden des Bezirksrats für die Sozialhilfe sowie 5 (6) Einspracheentscheide für die Zusatzleistungen zur AHV/IV verfasst.

Work-in

Das interinstitutionelle Fachteam für berufliche Integration Work-in befasst sich mit der beruflichen Integration von arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehenden. In vier Unterteams werden die folgenden Supportleistungen angeboten:

- Die Fachberatung vermittelte den Mitarbeitenden der Sozialberatung monatlich in rund 40 Fällen Fachwissen und gab Zweitmeinungen zur Integrationsplanung ab.
- Das Abklärungsteam führte für monatlich rund 20 Fälle vertiefte Assessments durch. Monatlich etwa 10 Personen absolvierten zusätzlich den Abklärungsmonat «Kompass» mit dem Ziel, das Eingliederungspotential in einer realen Arbeitssituation zu erfassen. Das Abklärungsteam erarbeitet für jeden Fall einen Integrationsplan und leitet alle notwendigen Schritte für die Zuweisung in die geeignete Massnahme ein (Bewer-

- bungscoaching, Arbeitstraining, Qualifizierungsmassnahmen, u.a.).
- Mitarbeitende der Regionalen Arbeitsvermittlung Winterthur (RAV) prüfen in den Räumen der Sozialen Dienste mögliche Anspruchsberechtigungen auf Arbeitslosentaggelder.
 - Eine weitere, erfolgreiche Spezialität von Work-in stellt die Tandemfallführung dar. Eine RAV-Mitarbeiterin und eine Mitarbeiterin der Sozialberatung führen gemeinsam RAV- und Sozialhilfefälle. 81 Personen konnten von der intensiven Begleitung bei der Stellensuche und dem zweifachen Knowhow-Einsatz profitieren, 27 davon haben bereits eine Stelle gefunden.

Sozialhilfestatistik

	2006	2005	Differenz
Anzahl Unterstützungsfälle ¹	2 923	2 967	– 1,5 %
Anteil Alleinstehende in eigenem Haushalt	42,9%	41,4 %	+ 1,5 %
Anteil Alleinstehende in Heimen oder Pflegefamilien	21,7%	21,6%	+ 0,1 %
Anteil Alleinerziehende	16,7%	18,0%	– 1,3 %
Anteil (Ehe-/Konkubinats-)Paare	18,7%	19,0%	– 0,3 %
Anzahl Fallzugänge	1 047	1 092	– 4,1 %
Einige häufige Unterstützungsmerkmale			
Arbeitslos (ALV / ALH, Bezug oder in Abklärung)	12,1%	15,5 %	– 3,4 %
Ausgesteuert	23,1%	20,4 %	+ 2,7 %
Zu geringes Erwerbseinkommen trotz voller Erwerbstätigkeit	1,0%	1,5 %	– 0,5 %
Suchtproblematik	15,0%	14,9 %	+ 0,1 %
Scheidung, Trennung	20,6%	19,9 %	+ 0,7 %
Wohnverhältnisse			
Anteil Personen in eigenen Haushalten	84,0%	84,1 %	– 0,2 %
Anteil Personen in Heimen oder Pflegefamilien	7,3%	6,8 %	+ 0,5 %
Abschluss der Unterstützung			
Total abgeschlossene Fälle	1 069	1 074	– 0,5 %
Wichtigste Abschlussgründe			
Wiedererlangen wirtschaftlicher Selbstständigkeit	347	323	+ 7,4 %
Eingang der Sozialversicherungsleistung	310	365	– 15,1 %
Wegzug	120	128	– 6,3 %
Unterstützte Personen bezogen auf Bevölkerungszahlen insgesamt	4 904	5 090	– 3,7 %
Minderjährige	9,0%	9,7 %	– 0,7 %
18-25-Jährige	5,9%	6,8 %	– 0,9 %
Niedergelassene	9,2%	9,7 %	– 0,5 %
Kontrollpflichtige Ausländer/innen	11,0%	12,4 %	– 1,4 %

¹ Nur Fälle mit Unterstützungsbuchungen im Berichtsjahr

In den Genuss von vorübergehender Beschäftigung, Arbeitstraining und Qualifikation gelangten über Beschäftigungsprogramme der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte dieses Jahr 246 (231) Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler. 212 (281) Personen schlossen ihren Einsatz im Berichtsjahr ab. Je nach Programm konnten zwischen 14 und 23 % der Teilnehmenden im Anschluss an die Programmteilnahme eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt antreten.

88 (39) Sozialhilfebeziehende leisteten insgesamt 9966 (3029) Stunden freiwilliger Arbeit an verschiedenen Einsatzorten (Alters- und Pflegeheime, Mittagstisch, Hort) im Rahmen des Projekts «Heks-Visite».

Mitte Jahr konnte ein Projekt gestartet werden, das zum Ziel hat, mittels intensiver Beratung und engem Coaching die jungen Menschen einer Ausbildung zuzuführen (Projekt Zwei-Takt). Das Projekt stellt zugleich ein Kompetenzzentrum dar, das Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bei Fragen betreffend dieser Alterskategorie zur Seite steht. Seit Juni des Berichtsjahres wurden 25 junge Menschen in das engmaschige Projekt aufgenommen. Für 9 konnte bereits eine Lehrstelle vermittelt und Zwischenlösungen bis zum Lehrantritt erarbeitet werden. 17 fanden durch die auf sie zugeschnittene Begleitung Aufnahme in ein geeignetes Programm. Mittels punktueller Fachberatung konnten schliesslich für weitere 15 junge Menschen Wege beziehungsweise Integrationsschritte aufgezeigt werden.

Fürsorgebehörde

Die Gesamtbehörde führte im Jahr 2006 4 (4) Sitzungen durch. Von den 3056 (3372) gefällten Entscheide behandelte die Unterstützungskommission an 10 (10) Sitzungen deren 420 (505). Die Geschäftsprüfungskommission führte 3 (4) Sitzungen durch. Im Wiedererwägungsverfahren behandelte die Unterstützungskommission 56 (51) Einsprachen und die Gesamtbehörde deren 19 (11).

Die 2005 neu eingeführte Revisionsstelle der Fürsorgebehörde setzte ihre Arbeit fort und wurde im Laufe des Jahres aufgrund des sehr grossen Mehraufwandes auf eine volle Stelle aufgestockt. In den letzten 15 Monaten wurden 1772 Dossiers mittels einer vertieften, jährlichen Überprüfung auf ihre Anspruchsberechtigung unterzogen.

Aufwendungen Sozialhilfe

	2006	2005
Brutto-Unterstützungsaufwendungen	57 215 810.46	57 926 237.59
Rückerstattungen (Staatskasse, Versicherungsleistungen, Alimentenbevorschussungen, Heimatbehörden usw.)	23 962 169.79	29 988 347.17
Netto Aufwendungen	33 253 641.67	27 937 890.42

Inkasso Sozialhilfe

Insgesamt konnten 1 049 587.55 (859 128) Franken an Rückerstattungen von Klientinnen und Klienten verbucht werden. Neben dem Rückerstattungsgrund «unrechtmässiger Bezug» sind darin freiwillige Rückzahlungen von Sozialhilfe, Rückerstattungen aus Erbschaften und Nachlässen sowie Rückzahlungen von Mietzinsdepots eingeschlossen.

Gestützt auf Art. 328/329 ZGB gingen 68 572.45 (67 725.75) Franken an Verwandtenbeiträgen ein. Die aufgrund von Art. 276 ff. ZGB durch die Inkassostelle verpflichteten Eltern entrichteten 172 560.00 (93 811.20) Franken an Elternbeiträgen.

Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

Seit Anfang Jahr ist der Gesetzliche Betreuungsdienst neben der Führung von vormundschaftlichen Massnahmen für Erwachsene zusätzlich für die persönliche Betreuung (inkl. Einkommensverwaltung) von hilfsbedürftigen Personen nach Sozialhilfegesetz zuständig ist.

So wurden neu rund 50 hilfsbedürftige Personen ohne Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch die Sozialhilfe im Gesetzlichen Betreuungsdienst betreut mit dem Ziel, durch freiwillige Beratung und Betreuung die Errichtung von vormundschaftlichen Massnahmen zu verhindern. In der Regel handelte es sich um Personen mit einer IV-Rente, welche grosse Mühe haben, ihre finanziellen und administrativen Angelegenheiten selbständig zu regeln.

Per 1. Juni 2006 wechselte die Fachstelle für Private Mandate und Freiwilligenarbeit vom Vormundschaftsamt an den Gesetzlichen Betreuungsdienst. Der Wechsel wurde zum Anlass genommen, das bestehende Konzept grundlegend zu überarbeiten. Unter anderem wurde die Basisschulung für die Freiwilligen gekürzt und stattdessen deren fachliche Unterstützung und gezielte Weiterbildung erheblich ausgebaut. Durch eine massgeschneiderte Unterstützung der Freiwilligen in sozialarbeiterischen und administrativen Belangen soll Freiwilligenarbeit im Sozialbereich interessant, attraktiv und befriedigend gestaltet werden.

Durch die Übernahme der Fachstelle für Private Mandate und Freiwilligenarbeit nahmen die durch den Gesetzlichen Betreuungsdienst betreuten erwachsenen Personen um 275 beziehungsweise um 26 % auf 1043 zu. Davon waren 158 Fälle effektive Neuaufnahmen. Dabei

konnten bei rund einem Drittel der neuen Fälle (50) Private Mandatsträger und Mandatsträgerinnen oder Freiwillige eingesetzt werden.

Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der durch gesetzliche Betreuer und Betreuerinnen geführten Fälle netto um 50 beziehungsweise 6,5%. Damit stieg die Fallbelastung weiter an. Dies ist in erster Linie auf das neue Angebot der «Betreuung nach Sozialhilfegesetz» zurückzuführen, d.h. die persönliche Hilfe ohne vormundschaftliche Massnahme.

Fallzahlen Betreuungen

	2002	2003	2004	2005	2006
Per 1.1. durch gesetzliche Betreuer/innen (GB)	677	640	670	693	710
Neuaufnahmen durch GB	59	81	81	75	108
Total durch gesetzliche GB	736	721	751	768	818
davon Betreuung nach Sozialhilfegesetz / keine vormundschaftliche Massnahme	0	0	0	6	41
Per 1.1. durch Private Mandatsträger/innen (PRIMA) *)					175
Neuaufnahmen durch PRIMA					50
Total durch Private Mandatsträger/innen					225
davon Betreuung nach Sozialhilfegesetz / keine vormundschaftliche Massnahme					6
Gesamttotal Betreuungen	736	721	751	768	1 043

*) Private Mandatsträger/innen bis 2005 bei Vormundschaftsamt

Zusatzleistungen zur AHV/IV

Die Stadt Winterthur richtet Ergänzungsleistungen gemäss den Vorschriften des Bundes und Beihilfe aufgrund kantonaler Gesetze aus. Zudem gewährt sie Gemeindegzuschüsse nach den Bestimmungen der Verordnung über den Vollzug der Zusatzleistungen zur AHV/IV gemäss Beschluss des Grossen Gemeinderates.

Wie in den letzten Jahren stiegen die Fallzahlen weiter an und überschritten die Marke von 3100 Fällen. Während die Zahl der ZL-Beziehenden im AHV-Alter praktisch stabil blieb, nahm die Zahl der IV-Rentnerinnen und IV-Rentner, die Zusatzleistungen zur IV bezogen, weiter zu. Bei letzteren ist jedoch eine Verlangsamung des Wachstums zu beobachten, die Zahl der neuen Gesuche um Zusatzleistungen zur IV sank im Berichtsjahr leicht. Dies lässt

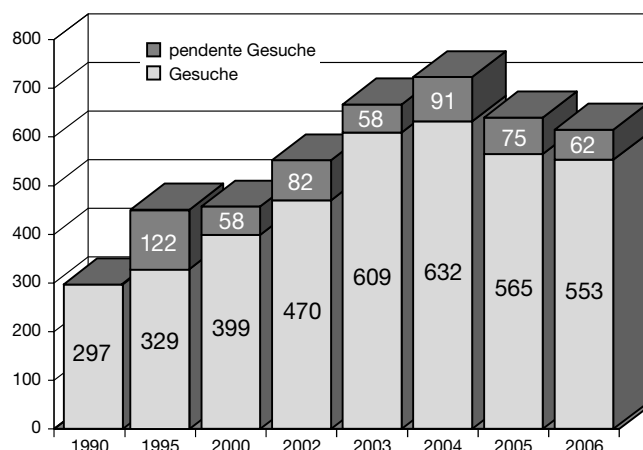
sich zum einen mit dem Rückgang von IV-Leistungsbegehren und zum andern mit einer erhöhten Ablehnungsquote aufgrund einer veränderten Praxis bei der Beurteilung durch die IV-Stellen begründen.

Fallzahlen der Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen zur AHV/IV im Vergleich

	Betagte	Behinderte	Hinterlassene	Total	Veränderung in %
2006	1 544	1 489	81	3 114	2,4 %
2005	1 545	1 418	77	3 040	5,5 %
2004	1 536	1 273	74	2 883	5,5 %
2003	1 548	1 124	61	2 733	6,8 %
2002	1 511	995	52	2 558	5,2 %
2001	1 494	890	47	2 431	4,9 %
2000	1 484	794	39	2 317	8,9 %
1995	1 508	594	25	2 127	0,4 %

Die Durchführungsstelle Winterthur übernahm zudem für 6 (6) Gemeinden – Seuzach, Thalheim an der Thur, Brütten, Dägerlen, Schlatt und Ellikon an der Thur – in insgesamt 124 (114) Fällen sämtliche Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausrichtung von Zusatzleistungen. Die Gemeinden leisten für diese Dienstleistung kosten-deckende Beiträge.

Gesuche



Leistungen der Stadt Winterthur für Zusatzleistungen zur AHV/IV im Vergleich:

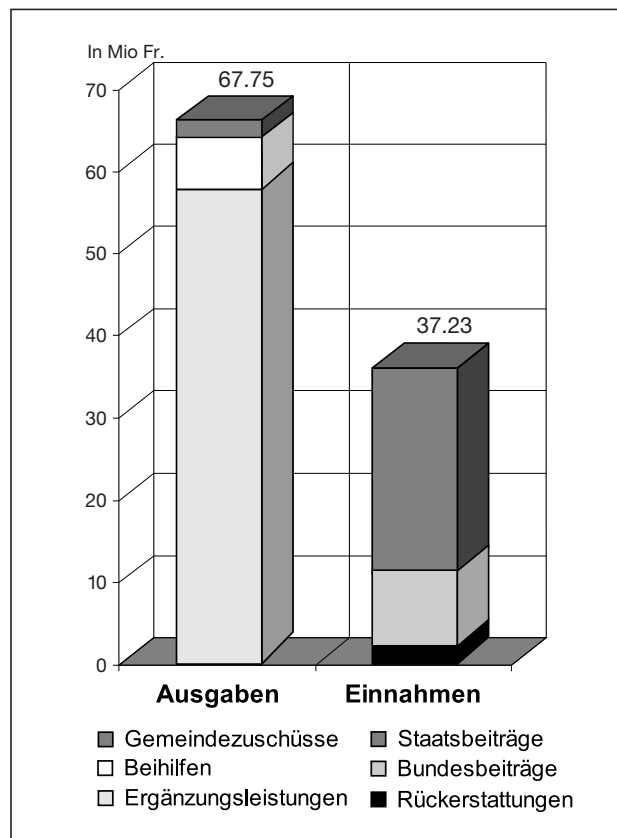
Jahr	brutto	Rück- erstattungen	netto	Beitrag Bund	Beitrag Staat	Beiträge total	zulasten Stadt	Härtekredit übrige	zulasten Stadt
2006	67 753 204	2 853 539	64 899 665	a) 10 513 120	a) 23 862 321	34 375 441	30 524 224	0	30 524 224
2005	65 850 190	2 685 527	63 164 663	a) 9 725 106	a) 23 858 076	33 583 182	29 581 481	0	29 581 481
2004	62 744 755	2 725 829	60 018 926	a) 9 079 741	a) 21 976 914	31 056 655	28 962 271	0	28 962 271
2003	56 577 767	2 705 642	53 872 125	a) 8 376 505	a) 19 730 409	28 106 914	25 765 211	500	25 765 711
2002	51 706 964	1 869 172	49 837 792	a) 7 458 713	a) 18 083 457	25 542 170	24 295 622	1 006	24 296 628
2001	47 544 716	1 916 348	45 628 368	a) 7 137 188	a) 16 684 488	23 821 676	21 806 692	445	21 807 137
2000	43 615 524	1 743 562	41 871 962	a) 6 142 308	11 570 297	17 712 605	24 159 357	3 109	24 162 466
1995	35 768 275	1 615 441	34 152 834	2 813 403	11 662 837	14 476 240	19 676 594	203 326	c) 19 878 920
1990	21 480 119	866 211	20 613 908	1 633 428	8 179 971	9 813 399	10 800 509	150 262	10 650 247

a) KVG – Subventionen von Bund und Staat für Prämienübernahmen mittels EL + BH (fürs 2000 nur Bundesanteil; kein Staatsanteil, weil noch EVO KVG gilt).

b) keine Winterzulagen ab 1999, Übernahme der AHV/IV-Beiträge für mittellose Nichterwerbstätige durch Sozialberatung per 1. Januar 2000.

c) Bus-Abo-Vergütungen ab 1994, im GZ eingeschlossen (Verbilligungsbeiträge).

Einnahmen und Ausgaben bei den Zusatzleistungen:



Krankenkassenwesen

Auf Gesuch hin wurden in 215 Fällen (292) die Nettoprämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung für einkommensschwache Personen unmittelbar an der Schwelle zur Sozialhilfe übernommen. Zudem mussten im Jahr 2006 2062 (1843) Verlustscheine für nicht einbringliche Krankenversicherungsprämien von den Krankenkassen übernommen werden. Die erneute Zunahme widerspiegelt neben der schlechten Zahlungsmoral die Tatsache, dass ein wachsender Bevölkerungsanteil nicht mehr in der Lage ist, die hohen Gesundheitskosten zu bezahlen.

Die Aufwendungen für die Prämienübernahmen von Sozialhilfebeziehenden und anderen Personen in wirtschaftlichen Notlagen sowie die Übernahme von Verlustscheinen der Krankenkassen aus uneinbringbaren Prämien von Versicherten stellen das Krankenversicherungsobligatorium sicher und werden je hälftig von Bund und Kanton finanziert.

Finanzielle Auswirkungen des Krankenversicherungsobligatoriums

	2006	2005
Aufwand Prämienübernahmen	6 499 586.–	6 416 559.–
Rückerstattungen von Prämienverbilligungen	501 621.–	673 390.–
Nettoaufwendungen für Prämienübernahmen	5 997 965.–	5 743 169.–
Nettoaufwand Übernahme von Verlustscheinen	2 505 537.–	2 296 346.–

Asylwesen

Die Zahl der Winterthur zugewiesenen Asyl Suchenden reduzierte sich im Berichtsjahr um 40 auf 514 Personen Ende Dezember 2006. Ab Dezember 2006 setzte der

Kanton zudem die Quote für die aufzunehmenden Asyl Suchenden von 0,7 % auf 0,5 % der städtischen Wohnbevölkerung herab. Aufgrund dieser Senkung erfüllte Winterthur ab diesem Zeitpunkt sein Soll für die aufzunehmenden Asyl Suchenden mit 106 %.

Die Auslastung des Nothilfeszentrums «Kloster» schwankte zwischen 63 % und 87 %. Von den maximal 85 Plätzen für Personen mit Nichteintretensentscheid (NEE) sind rund 15 bestimmt für Personen, die nur für sieben Tage zugewiesen werden. Diese Personengruppe ist schwierig in den Heimaltag zu integrieren.

In der zweiten Unterbringungsphase blieb die Zahl der betreuten Asyl Suchenden konstant bei 451 Personen. Die Öffnung des Arbeitsmarktes für Personen mit F-Bewilligung (Vorläufige Aufnahme) ermöglichte einigen Asyl Suchenden die Aufnahme einer bewilligten Erwerbsarbeit. Dadurch konnten einzelne Arbeitnehmende in die Fürsorgeunabhängigkeit oder Teilfürsorgeabhängigkeit überführt werden.

Das im vom Bund bewilligten Beschäftigungsbereich tätige «Unterhaltszentrum» hat seine Auftragslage verbessert. Die Hauswartungs-, Renovations-, Umzugs-, Räumungs-, Reinigungs- und Einlagerungsarbeiten für stadtinterne Dienststellen werden rege in Anspruch genommen. Dies hat sich positiv auf den Anteil der Eigenfinanzierung ausgewirkt.

Im Bildungsprogramm «Kursladen» wurden die Deutschkurse für junge Erwachsene von zwei Kursleiterinnen erteilt. Das Angebot wurde auch von Gemeinden in der Region genutzt. Die Kurse werden vollständig vom Bund finanziert.

Die Zahl der Gemeinden in den Bezirken Andelfingen und Winterthur, welche die Asylkoordination Winterthur mit der Betreuung der Asyl Suchenden beauftragten, blieb konstant bei 37. Leicht rückläufig ist – wie in der Stadt – die Zahl der zugewiesenen Asyl Suchenden. Im Dezember 2006 waren 309 Personen untergebracht. Die professionelle Auftragserfüllung wird von den Gemeinden geschätzt und alle Vereinbarungen laufen für 2007 weiter.

Jugend- und Familienhilfe

Im Zusammenhang mit der Kantonalisierung des Jugendsekretariates wurden vier Beratungsabteilungen (Jugend- und Familienberatung, Mütterberatung, Alimenterberatung, Fachstelle für Kinderschutz) per 1. Januar 2006 in die kantonalen Jugendhilfestrukturen überführt. Die Fachabteilung Jugendhilfe betreut die verbliebenen städtischen Jugendhilfeaufgaben.

Alimentenwesen

Die Fallzahlen blieben stabil. Für insgesamt 818 (817) Kinder wurden 4,45 Mio. (4,49 Mio.) Franken an Alimenten bevorschusst. Von diesen Bevorschussungsbeiträgen konnten über das Inkasso 1,69 Mio. (1,67 Mio.) Franken an Rückerstattungen verbucht werden. Der Inkassoerfolg betrug 38,0 % (37,2 %). Die Nettoaufwendungen belaufen sich auf 2,76 Mio. (2,82 Mio.) Franken.

Es wurde über insgesamt 920 (928) Schuldner ein Inkasso geführt. Der Inkassoerfolg belief sich auf 3,15 Mio. (3,11 Mio.) Franken. Davon gingen 1,69 Mio. (1,67 Mio.) Franken an die Alimentenbevorschussung und 1,46 Mio. (1,44 Mio.) Franken wurden an Kinder und geschiedene Ehegatten vermittelt, die keinen Anspruch auf Bevorschussung stellen konnten.

Insgesamt 151 (167) Eltern und Kinder profitierten von Kleinkinderbetreuungsbeiträgen. Die Nettoteilnehmungen betrugen 1,40 Mio. (1,50 Mio.) Franken.

Jugendkommission Stadt

Die Jugendkommission ist eine Fachkommission des Stadtrates und dient als Plattform für den regelmässigen Koordinations- und Informationsaustausch zu aktuellen Jugend- und Familienfragen zwischen den Departementen. Die Jugendkommission beschäftigte sich im vergangenen Jahr schwerpunktmässig mit Fragen zur Gewalt in Schule und öffentlichem Raum. Sie hat in einem Arbeitsausschuss ein Konzept von schulunterstützenden Massnahmen erarbeitet, welches im Frühling 2007 in einem Pilotprojekt in zwei Schulkreisen erprobt werden soll. Sie hat sich ferner mit einem neuen Integrationsprojekt für schwerstvermittelbare Jugendliche und junge Erwachsene auseinandergesetzt. Dieses Projekt soll ebenfalls im Frühling 2007 starten und auch Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen, die in der öffentlichen Schule untragbar geworden sind und von der Ausschulung bedroht sind.

Jugendförderung

Die Arbeit des Jugenddelegierten im Jahr 2006 war von folgenden Schwerpunkten geprägt:

- Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung mit der mobilen Jugendarbeit Winterthur (Verein Strassensozialarbeit Subita) für den Ausbau auf weitere Stadtgebiete.
- Abschluss neuer Leistungsvereinbarungen mit Jugendarbeitseinrichtungen für spezielle Mädchenangebote in den Stadtquartieren (nach der Schliessung des zentralen Mädchentreffs Girlande im Vorjahr). Das Mädchenangebot in der offenen Jugendarbeit konnte annähernd verdoppelt werden.
- Förderung des Ausbaus der Kinder- und Jugendangebote in Winterthur-Töss im Rahmen des Stadtteilentwicklungsprojektes Töss.
- Erarbeitung eines Kommunikationskonzeptes für die offene Jugendarbeit in Winterthur.
- Spezielle Präsentation von Jugendprojekten im Rahmen der Integrationswoche Winterthur im November 2006.

Die mobile Jugendarbeit Winterthur (Verein Strassensozialarbeit Subita) ist im Frühling 2006 neben ihrem bisherigen Einsatzgebiet im Ostteil der Stadt Winterthur, neu im Stadtquartier Wülflingen aktiv geworden. Das Jugendhaus Winterthur hat sein Angebotskonzept überarbeitet und seine Aktivitäten versuchsweise erweitert (als Grundlage für den Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung mit der Stadt 2007).

Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 32 (42) Kinder betreut. 5 (15) Kinder sind ausgetreten, 5 (11) Kinder wurden neu aufgenommen. Der Trend zu kürzeren Aufenthalten im Heim ist seit einigen Jahren deutlich spürbar. 26 (34) Platzierungen wurden im Zusammenhang mit einer vormundschaftsbehördlichen Massnahme angeordnet. 6 (8) Kinder war keine vormundschaftliche Massnahme notwendig, sie konnten vom Jugendsekretariat und im Einvernehmen der Eltern betreut werden. 15 (16) Kinder haben Wohnsitz in der Stadt Winterthur, 14 (23) in auswärtigen Gemeinden des Kantons Zürich und 3 (3) ausserhalb des Kantons. Die Bruttokosten pro Kind und Tag beliefen sich auf 243.15 (233.65) Franken. Insgesamt wurden 9999 (10 567) Belegungstage ausgewiesen. Die Auslastung lag bei 97 % (99 %).

Prävention und Suchthilfe

Das Berichtsjahr war von zwei Grossprojekten geprägt: die Erarbeitung des Strategiepapiers «Suchtpolitik Winterthur 2007–2011» und die Vorbereitung der für 2007 umzusetzenden Reorganisation der Hauptabteilung.

Im Auftrage des Stadtrates erarbeitete das Departement Soziales unter Einbezug von Vertreterinnen und Vertreter der Departemente Sicherheit und Umwelt, Schule und Sport, der Bezirksgemeinden und der Integrierten Psychiatrie Winterthur ein zukunftsweisendes, suchtpolitisches Strategiekonzept.

Im Zusammenhang mit den sich veränderten Rahmenbedingungen hat sich gezeigt, dass organisatorische Anpassungen bei der Hauptabteilung Prävention und Suchthilfe notwendig sind. Es werden verschiedene Massnahmen geprüft und Angebote auch örtlich zusammengelegt. Der Grosse Gemeinderat stimmte am 20. November 2006 dem Umbau der ehemaligen Schule für Pflegeberufe zu. Es ist vorgesehen, den Behandlungsbereich Substitution und die Abteilung Betreuung und Wohnen dorthin zusammenzuführen. Dies ermöglicht eine bessere und engere Zusammenarbeit zugunsten des mehrheitlich gleichen Klientinnen und Klienten.

Prävention

Schwerpunkte der Suchtpräventionsstelle im Geschäftsjahr 2006 bildeten Projekte im Bereich Jugendschutz (Alkohol, Tabak, Cannabis) und Frühintervention in der Schule in Stadt und Bezirksgemeinden.

Bereich Schule

Die kantonalen Stellen für Suchtprävention hatten 2006 die strukturelle Suchtprävention an (Oberstufen-)Schulen zum Jahresschwerpunkt erhoben und fokussierten dabei auf das «Regelwerk zum Umgang mit Suchtmittelkonsum» und die «Frühintervention». In diesem Zusammenhang wurden vier so genannte Best-Practice-Schulen ausgewählt, unter anderem die Sekundarschule Elgg. Sie erarbeitete mit der fachlichen Begleitung der Suchtpräventionsstelle in einem etwa eineinhalb Jahre dauernden Prozess ein «Regelwerk» und ein Frühinterventionskonzept. Parallel dazu unterstützte die Suchtpräventionsstelle Teilprozesse zum Thema «Regelwerk» und «Frühintervention» an weiteren Schulen in Stadt und Bezirksgemeinden. Daneben beteiligte sich die Stelle aktiv am Projekt «Clean teen» in Oberseen sowie am Projekt «Stufenübergreifende Sucht- und Gewaltprävention» im Schulkreis Oberwinterthur.

Bereich Jugendliche

Neben «Grasklar» und «Smoke-less» (Standortbestimmungskurse für kiffende, respektive rauchende Jugendliche) wird seit Ende 2006 neu «Klarblick», ein Kurs für männliche Jugendliche angeboten, welche Auffälligkeiten im Zusammenhang mit Alkoholkonsum zeigen.

Jugendprogramme jump und jumpina

In den beiden ambulanten Programmen waren die je 15 Plätze immer ausgebucht. Die beiden Angebote haben die Integration von belasteten Jugendlichen an der Schnittstelle von Schule und Ausbildung/Arbeit zum Ziel. Nach einem eineinhalb Jahre dauernden Versuch sprach sich der Stadtrat dafür aus, keine Beiträge der Erziehungsberechtigten an die Programmkosten zu erheben, weil der administrative Aufwand die Erträge deutlich übersteigt.

Bereich Elternbildung

Verschiedene Informationsveranstaltungen für Eltern wurden in Kombination mit Aktivitäten in den Schulen organisiert. Die in Zusammenarbeit mit der Elternbildung der Berufs- und Fortbildungsschule Winterthur und dem Jugendsekretariat Winterthur-Land durchgeführte vierteljährliche Referatsreihe zu Erziehungs- und Präventionsthemen stiess wiederum auf grosses Interesse.

Bereich Gemeinwesen

Der von der Arbeitsgruppe «Jugendschutz» erarbeitete Massnahmeplan für die Stadt Winterthur wurde 2006 umgesetzt. Um die Einhaltung des Jugendschutzes zu prüfen, wurden sowohl in Gaststätten als auch in verschiedenen Detailläden Alkohol-Testkäufe durchgeführt. Dabei fanden zum ersten Mal auch Testkäufe am Albani-Fest sowie an den verschiedenen «Dorfeten» statt.

In Zusammenarbeit mit der Dachorganisation «Safer Clubbing Schweiz» wurde die Winterthurer Sektion Safer Clubbing gegründet. Die Suchtpräventionsstelle präsidiert die Qualitätskommission, welche für den Verein im Bereich Prävention beratende Funktion hat.

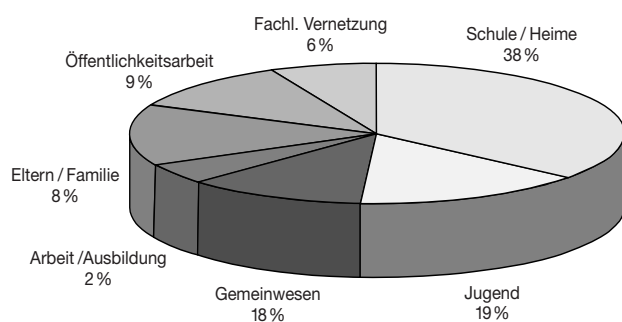
Bereich Öffentlichkeitsarbeit

Die Suchtpräventionsstelle wirkte bei der Planung und Durchführung einer Tagung zum Thema «Frühintervention – die Schulen handeln» massgeblich mit. An der Tagung nahmen über 120 Schulleiterinnen und -leiter, Schulbehördenmitglieder und Hausvorstände kantonalzürcherischer Oberstufenschulen teil.

Im Herbst wurde allen Eltern von Kindern und Jugendlichen zwischen 11 und 15 Jahren ein Flyer als Orientierungshilfe zum Thema «Ausgang und Suchtmittelkonsum» verschickt.

Jahresstatistik Suchtprävention 2006

Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Arbeitsgebiete (exkl. Administration/Organisation)



Betreuung und Wohnen

Die Abteilung Betreuung und Wohnen ist für die Platzierung von akut obdachlosen Menschen, die Klärung der Wohn- und Sozialkompetenzen und die Begleitung in eine dauerhafte Wohnsituation zuständig. Die Kooperation mit der Heilsarmee Winterthur erlaubt zudem rasche Platzierungen von zumeist Einzelpersonen.

Begleitetes Wohnen (BeWo)

Das niederschwellige Angebot des Begleiteten Wohnens bietet suchtkranken Menschen ab 18 Jahren, die obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedroht sind, eine Wohnmöglichkeit. Die Bewohnerinnen und Bewohner weisen oft Verwahrlosungstendenzen sowie Krankheits-

verläufe mit psychischen, physischen und / oder sozialen Problemen auf.

Das BeWo hat den Auftrag, die Mieterinnen und Mieter in ihrem Bemühen zu unterstützen, sich in die Gesellschaft einzugliedern und sich Sozialkompetenzen anzueignen oder diese zu verbessern (zum Beispiel Umgang mit Mitbewohnerinnen und -bewohnern, mit Behörden, Führung eines Haushaltes). Der Umfang der Begleitung ergibt sich aus den persönlichen Bedürfnissen und Situationen der Bewohnerinnen und Bewohner.

Die Klientinnen und Klienten sind in 1-Zimmer-Wohnungen, in einem Haus mit 6 Plätzen sowie in einem Haus mit 10 Plätzen dezentral in der Stadt Winterthur untergebracht. Letzteres ist für Klientinnen und Klienten vorgesehen, welche aufgrund ihrer minimalen Sozialkompetenz einen erhöhten Bedarf an Begleitung haben. Zudem wird in dieser Liegenschaft nach Möglichkeit neu eintretenden Klientinnen und Klienten ein Zimmer untervermietet.

Per Ende 2006 begleiteten die BeWo-Mitarbeitenden 78 Personen, davon 5 im Auftrag von externen Stellen.

Büro für Notwohnungen

Der Wohnungsmarkt in Winterthur war weiterhin angespannt. Der Leerwohnungsbestand betrug 2006 durchschnittlich 0,32 %, was 147 leer stehenden Wohnungen entspricht. Insbesondere Familien mit beschränkten finanziellen Mitteln, sozial auffällige Personen und Sozialhilfe Beziehende sowie auffallend viele, teils sehr hoch verschuldete Menschen waren deshalb auf die Hilfe des Büros für Notwohnungen angewiesen. Dieses bietet in erster Linie Unterstützung bei der Suche einer Unterkunft auf dem freien Wohnungsmarkt. Kann bis kurz vor dem Zügeltermin keine Wohnung gefunden werden, vermietet das Büro für Notwohnungen eine Notwohnung mit begrenztem Platzangebot und einem auf 6 Monate befristeten Mietvertrag. Obwohl die Mietzinszahlungen vor Vertragsantritt geregelt sein müssen (zum Beispiel Direktzahlungen durch Arbeitgeber, Arbeitslosenkasse, usw.), kam es im Berichtsjahr vermehrt zu Mietzinsausständen, was Sanktionen zur Folge hatte. Im Berichtsjahr wurden zwei Ausweisungen veranlasst und mehrere Notmietverträge nicht verlängert. Ein Teil dieser Mieterschaft fand eigene Wohnlösungen. Anderen Mietparteien wurde eine zumeist kleinere und billigere Wohnung zugewiesen und Abzahlungsvereinbarungen für die Mietschulden vereinbart.

Dem Büro für Notwohnungen obliegt zudem die Koordination der Notplatzierungen bei den Sozialen Diensten.

Statistik Notwohnungen

	2006	2005
Liegenschaftsbestand des Büros für Notwohnungen per 31.12.		
– Wohnungen	141	154
– Einfamilienhäuser	1	2
– Zimmer	18	17
Belegung von Notwohnungen per 31.12.		
– Erwachsene	230	226
– Kinder	237	216

Drogenanlaufstelle

Rund 28,8 Personen (31,5) nutzten durchschnittlich pro Tag die Angebote der Anlaufstelle; der Frauenanteil betrug rund 20 %. Die Klientinnen und Klienten sind zwischen 18 und 75 Jahren alt.

Besucherinnen und Besucher der Drogenanlaufstelle

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Total Besucher/innen	23 414	23 102	17 100	13 193	9 824	8 985
Anzahl Besucher/innen pro Tag	64	63	47	43	31,5	28,8

Der Rückgang erklärt sich mit der zunehmenden sozialen und gesundheitlichen Stabilisierung der Besucherinnen und Besucher. Dazu tragen sowohl die Heroin- und Methadonabgabe als auch das Begleitete Wohnen bei. Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass die Drogenanlaufstelle immer mehr zu einem Ort wird, der nicht nur süchtigen Menschen, sondern auch Personen mit psychischen Problemen eine Tagesstruktur bietet. Letztere halten sich länger in der Drogenanlaufstelle auf.

Zur Infektionsprophylaxe gegen Aids und Hepatitis wurden im Tauschverfahren 82 400 Spritzen (75 600) abgegeben. In der Drogenanlaufstelle werden Spritzen-Abszesse behandelt und die Besucherinnen und Besucher falls erforderlich an medizinische Einrichtungen weiter gewiesen.

Mit aufsuchender Sozialarbeit beim Pavillon im Stadtgarten tragen die Mitarbeitenden der Drogenanlaufstelle zusammen mit der Polizei dazu bei, dass keine offene Drogenszene entsteht. Beim Pavillon treffen sich regelmässig etwa 40 bis 80 suchtmittelabhängige Personen, vermehrt auch Jugendliche. Die wenigen suchtmittelabhängigen Eltern, die sich mit ihren Kindern beim Rondell aufhielten, wurden auf die Konsequenzen ihres Verhaltens aufmerksam gemacht.

Therapie und Behandlung

Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme wfa

Dank der öffentlich geführten Diskussion um 0,5 Promille im Strassenverkehr wurde auch der risikoreiche oder situationsunangepasste Alkoholkonsum der erwachsenen Bevölkerung thematisiert. Die vermehrten Polizeikontrollen im Strassenverkehr führten zu einer Zunahme um rund 30 Prozent der Massnahmearbeit. Konkret wurden 34 Behandlungen mit dem Ziel der provisorischen (nach einem Jahr), respektive der definitiven (nach drei Jahren) Wiedererteilung des Führerausweises durchgeführt. Weitere 29 ambulante Massnahmen nach StGB Art. 41 und 44 führte die wfa im Rahmen des Strafvollzuges des Bewährungsdienstes durch. Insgesamt wurden mit der Massnahmearbeit 48 Personen erreicht.

Die Ziele der Früherfassung und Frühintervention wurden mit dem Projekt Therapieangebot für Kinder aus Familien mit Alkohol- und anderen Suchtproblemen verfolgt. Insgesamt 22 Kinder wurden in der Einzel- oder Gruppentherapie behandelt. Die Therapie ermöglicht den Kindern, ihre Erfahrungen mit den abhängigen Eltern zu thematisieren und einzuordnen. Obwohl mit der Einführung der Gruppentherapie mehr Kinder aufgenommen werden konnten, bestand Ende Jahr erneut eine Warteliste mit 14 Kindern. Das Projekt erbrachte bereits vor Abschluss der Pilotphase den Bedarfsnachweis.

Die therapeutische Gruppe für alkoholabhängige Frauen wurde drei Mal mit insgesamt 24 Teilnehmerinnen durchgeführt und ist zu einem festen Bestandteil des Behandlungsangebotes geworden. Die Rückmeldungen der Teilnehmerinnen waren positiv.

Der Qualifizierte Ambulante Alkohol-Entzug hat den Praxistest bestanden. In einem gegliederten Wochenprogramm mit sorgfältiger Risikoabklärung und täglicher ärztlicher und psychologischer Begleitung sowie enger Zusammenarbeit mit den Hausärzten wurden 11 klinisch qualifizierte Alkohol-Entzüge durchgeführt.

Die wfa setzte die Kontaktpflege mit den Sozialbehörden von sechs Gemeinden mit Besuchen vor Ort fort. Dabei konnte sie die Erfahrungen der Behörden mit Alkoholproblemen genauer kennen lernen, die Zusammenarbeit weiterentwickeln und das Coaching-Angebot für Gemeinden mit schwierigen Fällen vorstellen.

Die wfa erhob im Rahmen der Qualitätssicherung der Integrierten Psychiatrie Winterthur die Zufriedenheit der Klientinnen und Klienten. Mit einem Wert von 3,74 von möglichen 4,00 Punkten in der Gesamtbeurteilung erreichte die wfa ein erfreuliches Resultat.

Statistik Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme

	2006	2005
Behandelte Fälle		
– Behandelte Fälle Total	362	340
– Bestand 1.1.	140	126
– Aufnahmen	222	214
– Abschlüsse	205	200
– Weiterlaufende Behandlungen 31.12.	157	140
Leistungen		
– Konsultationen Total (inkl. Gruppen)	3 269	3 337
– Therapie Erwachsene	2 802	3 037
– Therapie Kinder	443	277
– Informationsgespräche	24	23
Atemlufttest	948	1 085
Antabusabgabe	715	307

Beratungsstelle für Drogenprobleme

Die Fallzahlen der Beratungsstelle für Drogenprobleme sind seit Jahren stabil. Im letzten Jahr wurden zwar weniger behandelte Fälle und weniger neue Behandlungen ausgewiesen. Diese Abnahme erklärt sich jedoch mit der neuen Praxis, bei der einmalige Beratungen nicht mehr als eigenständige Fälle ausgewiesen werden. Ab 2006 wurden noch diejenigen erfasst, für die Akten geführt werden.

An der Beratungsstelle für Drogenprobleme wurde eine hohe Zahl von Menschen mit Heroinproblemen im Methadonprogramm behandelt. Zusätzlich nahm in den letzten beiden Jahren die Zahl der Menschen deutlich zu, die in den Spezialsprechstunden für Cannabis, Kokain und Partydrogen behandelt wurden.

Statistik Beratungsstelle für Drogenprobleme

	2006	2005
Behandelte Fälle (exkl. Gruppenteilnehmer)	407	488
Neue	171	269
Bisherige	236	219
Behandlungsabschlüsse	149	258
Weiter laufende Behandlungen	258	230
Informationen, Beratungen einmalig	398	175
Konsultationen Total	4 279	4 265
Präsentiersymptomatik		
Patient/innen mit Suchtproblematik	311	294
davon im Methadonprogramm	229	178
abgegebene Methadondosen	66 608	54 750

Zentrum für heroïn- und methadongestützte Behandlungen Ikarus 2006

Das Heroinprogramm, für das eine Warteliste besteht, war im vergangenen Jahr im Durchschnitt zu 93,6% (95%) belegt, was insgesamt 18 425 (18 472) Behandlungstagen entspricht (ohne Hospitalisation, Ferientage und Gefängnisaufenthalte). Es wurden 5 604 328 mg (5 740 710) Heroin flüssig und 13 531,75 (8377) Heroin-tabletten abgegeben. Die Darreichungsform in Tabletten stösst auf eine grosse Nachfrage bei den Patientinnen und Patienten.

Statistik heroingestützte Behandlung

	01.01.06	01.01.06 bis 31.12.06	31.12.06
Patient/innenanzahl	54		
Eintritte		9	
Austritte		10	
Patient/innenanzahl			55, davon 45 männlich, 10 weiblich

Bei der methadongestützten Behandlung wurden 1839 Behandlungstage verzeichnet. Insgesamt wurden 6 83 838 mg 10%-Methadon flüssig, 12 070 Methadon-tabletten 5 mg, 293 Methadon-tabletten 10 mg und 994 Methadon-tabletten 20 mg abgegeben.

Statistik methadongestützte Behandlung

	01.01.06	01.01.06 bis 31.12.06	31.12.06
Patient/innenzahl	18		
Eintritte		5	
Austritte		7	
Patient/innenzahl			20, davon 18 männlich, 2 weiblich

Rechtsauskunft und Institutionen mit städtischer Beteiligung

Unentgeltliche Rechtsauskunft

Wie in den Vorjahren war die Rechtsauskunftsstelle der Stadt Winterthur 2006 mit 939 (955) Anfragen stark frequentiert. Pro Sprechstunde wurden durchschnittlich 10 Fälle bearbeitet. Wiederum bildeten arbeits- und familienrechtliche (vorwiegend scheidungsrechtliche) Fragen das Schwergewicht der Beratungen. Einen weiteren grossen Anteil machen mit 20,6% diverse Rechtsproblemen aus (unter anderem vertrags- oder verwaltungsrechtliche Fragestellungen), wobei sich auch eine steigende Tendenz bei Problemen im Zusammenhang mit dem Schuldbetreibungs- und Konkursrecht feststellen lässt. Bei der unentgeltlichen Rechtsauskunft geht es teilweise nicht nur um eine rein juristische Beratung, sondern auch darum, einen praktischen Ratschlag zu erteilen, jemanden an die richtige Adresse oder Amtsstelle zu verweisen, zu vermitteln oder einfach zuzuhören. Die Komplexität der Fälle und die Erwartungshaltung der Klientinnen und Klienten haben spürbar zugenommen. Die zur Verfügung stehende Zeit reicht vielfach nicht aus, um zumindest eine juristische Ersteinschätzung vorzunehmen. Die Bevölkerung schätzt die unentgeltliche Rechtsauskunft, welche dazu beiträgt, dass Zivil- und Strafprozesse sowie verwaltungsrechtliche Verfahren verhindert oder den Parteien Wege zur Lösung ihrer (rechtlichen) Probleme aufgezeigt werden können.

Brühlgut Stiftung für Behinderte

Per 1. Juni 2006 verkaufte die Stadt der Stiftung das Gebäude an der Brühlbergstrasse 6 im Baurecht. Das Land gehört somit weiterhin der Stadt. Mit einer Vertretung der Stadt im Stiftungsrat und einer Defizitgarantie für die Werkstätten bleibt die Verbindung zur Stiftung bestehen.

Für die nächsten zehn Jahre sind Investitionen von rund neun Mio. Franken für bauliche Anpassungen vorgesehen, um einen zeitgemässen Betrieb zu gewährleisten. In einer ersten Bauetappe entstehen Arbeitsplätze im administrativen Bereich für Mitarbeitende mit Beeinträchtigungen. Für die zweite Bauetappe ab 2011 ist die Unterteilung der heute grossen Wohngruppen in kleinere Einheiten geplant.

Projekt Taglohn

Im vergangenen Jahr profitierte auch der Verein Läbesraum von der guten wirtschaftlichen Situation. Dank dem Wachstum in den Fachbereichen konnten drei neue Mitarbeiter sowie zwei Dritthjahr-Lehrlinge angestellt werden.

Im Berichtsjahr wurde erfolgreich mit dem Aufbau eines Werkbereiches begonnen, zu dem die Arbeitszweige

Brennholz, Köhlerei, Mosten und Gemüseanbau gehören. Beim Werkbereich handelt es sich um niederschwellige, meist einfache Arbeit ohne Kundenkontakt, aber mit weitreichender Betreuung.

Die Anzahl Taglohnstunden erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 394 auf 52 890 Stunden. Hingegen gingen die verlosteten Stunden um 1221 auf 8225 Stunden zurück.

Partnerschafts- und Eheberatung der Bezirke Winterthur und Andelfingen

Der Verein für Eheberatung Winterthur und Andelfingen bietet in Winterthur sowohl Paarberatung als auch Mediation bei Scheidungen an. Erstere berät Paare, die ihre Probleme in der Ehe beziehungsweise Partnerschaft lösen möchten. Die Paarberatung wurde von 166 (193) Fällen während insgesamt 1018,75 (965,5) Stunden in Anspruch genommen. Die Fachstelle Mediation hilft Paaren, die sich zur Scheidung entschlossen haben, auf faire Art auseinander zu gehen. Dabei werden besonders die Interessen der betroffenen Kinder berücksichtigt. Für die 72 (86) Fälle wurden 362,5 (344,75) Stunden aufgewendet.

Der städtische Beitrag ermöglicht auch Personen mit geringem Einkommen eine Beratung.

Frauenzentrale Winterthur

Die Frauenzentrale führt eine öffentliche Informationsstelle. 2006 fanden 3196 (3201) Kontakte mit Ratsuchenden statt. Davon betrafen 1253 (1391) Anfragen die Rechtsberatung und 541 (545) die Budgetberatung. Eine persönliche Rechtsberatung erhielten 362 (423) Frauen und Männer. Im Rahmen der Budgetberatung wurden 193 (Vorjahr 1065: einmalige Spitze aufgrund der neuen SKOS-Richtlinien) Budgetrichtlinien und -merkblätter verkauft. Insgesamt erstellten die Budgetberaterinnen nach einer persönlichen Besprechung 88 (101) schriftliche Budgets. Die Kur- und Ferienhilfe unterstützte 15 (16) finanzielle Gesuche für erholungsbedürftige Frauen. Im Laden Chriesibaum wurden von 22 (29) Heimarbeiterinnen selbstgefertigte Handarbeiten verkauft.

Frauenhaus Winterthur

Im Jahr 2006 haben 78 (102) Frauen und 83 (101) Kinder im Frauenhaus Winterthur Zuflucht vor Gewalt im sozialen Nahraum gefunden. Das ergibt insgesamt 4043 (3806) Übernachtungen, 2008 (1963) Übernachtungen von Frauen und 2035 (1843) Übernachtungen von Kindern. Im Durchschnitt hielten sich die Frauen 25,74 (19,25) Tage im Frauenhaus auf. 26 (27) Frauen und 21 (18) Kinder kamen aus der Stadt Winterthur.

2006 wurde die Begleitung der Frauen und der Kinder in zwei Bereiche aufgeteilt. Im Fachbereich «Frau» werden Wege aus gewaltgeprägten Beziehungen aufgezeigt und eingeleitet; der Fachbereich «Mutter-Kind» prüft Themen rund um das Kindeswohl und sucht nach passenden Interventionen. Zentral ist auch die Vernetzung mit anderen Fachstellen, damit ein Leben in Sicherheit auch nach dem Frauenhausaufenthalt möglichst gewährleistet ist.

Frauen Nottelefon Winterthur – Beratungsstelle für gewaltbetroffene Frauen

Das Frauen Nottelefon hat im Berichtsjahr 664 Frauen (662) beraten. Die Anzahl der Beratungen 1236 (1143) hat leicht zugenommen. Die Beratungen zum Thema «Hausliche Gewalt» machen mit über 50% der gesamten Be-

ratungstätigkeit den grössten Teil aus. Im Rahmen des «Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen» führte das Frauen Notteléfono am 25. November eine Standaktion durch und verteilte Pins «Stopp Gewalt». Ausserdem konnten zwei Wen-Do Selbstverteidigungskurse für Frauen durchgeführt werden.

Per 1. Januar 2006 trat der neue Leistungsvertrag mit dem Kanton in Kraft. Neu finanziert der Kanton nicht mehr den Betrieb, sondern kauft definierte Leistungen zu einem bestimmten Preis ein. Der Leistungsvertrag hält unter anderem fest, dass die Beratungsstelle Eigenleistungen in der bisherigen Höhe zu erwirtschaften hat. Deshalb ist das Frauen Notteléfono weiterhin auf Spendengelder und die Unterstützung durch die Stadt Winterthur angewiesen.

Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes Winterthur

Die Rechtsberatung des Gewerkschaftsbundes des Bezirks Winterthur erteilt der Bevölkerung der Stadt und des Bezirkes Winterthur Auskünfte in allen Rechtsgebieten, wobei der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit im Arbeitsrecht liegt. So betrafen die Beratungen, wie im Vorjahr, zu 90 % das Arbeitsrecht und Arbeitslosenversicherungsrecht sowie das übrige Sozialversicherungsrecht. Weiter war die Rechtsauskunftsstelle öfters mit Fragen aus dem Obligationenrecht, insbesondere aus dem Kaufrecht, Auftragsrecht, Werkvertragsrecht, dem Internetrecht, dem Erbrecht, dem Familienrecht, dem Ehe- und Scheidungsrecht und aus dem Gesellschaftsrecht sowie dem Strafrecht und dem Ausländerrecht konfrontiert.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 1986 (1971) Beratungen durchgeführt, wovon 686 persönliche, 1260 telefonische und rund 40 per E-Mail.

SelbsthilfeZentrum Region Winterthur

Das SelbsthilfeZentrum ist eine Drehscheibe bei der Förderung von Selbsthilfe, indem es die Gründung von Selbsthilfegruppen unterstützt, Interessierten Kontakte zu Selbsthilfegruppen vermittelt, bestehende Gruppen berät und ihnen Weiterbildungsmöglichkeiten anbietet sowie Infrastruktur (Gruppenräume, Infothek) zur Verfügung stellt.

In Winterthur gibt es rund 70 Selbsthilfegruppen. Davon wurden 2006 8 neu gegründet und befassen sich mit den Themen Scheidung, hochsensible Menschen, Eltern von hochbegabten Kindern, Burnout, Gewalt in der Partnerschaft, chronische Schmerzen, Trauer, AD(H)S.

Aids-Infostelle

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Aids-Infostelle Winterthur stand die sexualpädagogische Arbeit. Dies zeigt sich auch in der Statistik. Gut 180 Fachpersonen liessen sich beraten. Mit «liebesexundsoweiter2» hat die Stelle zum zweiten Mal ein buntes Jugendmagazin herausgegeben, das von Winterthurer Jugendlichen für Jugendliche erarbeitet wurde. Das Heft stiess auf eine grosse Resonanz. Mehr als 20 000 Exemplare wurden von Schulen aus der ganzen Schweiz bestellt.

Zielgruppenspezifische Präventionsprojekte wie die Aidsprävention im Winterthurer Sexgewerbe oder die Prävention für Männer, die Sex mit Männern haben, wurden im Rahmen des Vorjahres weitergeführt. Die Zahl der persönlichen Beratungen 311 liegt ebenfalls im mehrjährigen Durchschnitt.

Alter und Pflege

Die Reorganisation

Im Frühjahr 2005 wurde das Projekt «Defizitminderung Heime» mit einer Anpassung der Organisationsstruktur im Bereich Alter und Pflege begonnen und bis heute realisiert. In einem HS07 - Projekt «Gemeinsame Geschäftsführung» wurden die Alterseinrichtungen der Stadt Winterthur organisatorisch zu zwei Zentren zusammengefasst. Mit diesem Modell wurde eine zukunftstaugliche Organisation geschaffen, die bei tragbaren Kosten eine professionelle Betreuung und Pflege von betagten Menschen zusichert. Oberstes Ziel bei den zu treffenden Massnahmen war der Erhalt der Betreuungs- und Pflegequalität für die Bewohnerinnen und Bewohner. Die meisten organisatorischen Veränderungen sind heute umgesetzt, und die Führungskräfte arbeiten in den weiterführenden Teilprojekten zur Optimierung der Prozesse und Abläufe mit.

Die neue Organisation geht vom Prinzip aus, dass die Führungskräfte auf Gruppen- und teilweise auf Abteilungsebene an der Basis mitarbeiten, dass es also nur noch ausnahmsweise vollzeitliche Führungspositionen gibt. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die wichtigen Supportfunktionen wie Personal-, Finanz- und Bildungswesen den Führungskräften der Linie aller Stufen eine professionelle Unterstützung geben können. Zu diesem Zweck wurden diese Supportfunktionen gemeinsam mit dem strategischen Einkauf im Zentralen Dienst des Bereichs zusammengefasst. Die Betreuung und Pflege wird jeweils von Pflegedienstleitungen auf Zentrumsebene geführt. Ihr stehen Pflegeexpertinnen und -experten zur Verfügung. In der Hotellerie wurden pro Heimzentrum die Leitung der Wäschereien, Restaurants und des Technischen Dienstes zentralisiert. Ein Kundendienst mit Empfang steht neu pro Heimzentrum zur Verfügung.

Parallel zur Planung der neuen Organisation wurde 2006 ein Teilprojekt «Unternehmenskultur» gestartet, in dem neue Leitsätze, Ziele und Haltungen entwickelt und definiert wurden. Ein weiteres Element war die Einrichtung einer «Resonanzgruppe», in der verschiedene Mitarbeitende laufend Feedback an den Bereichsleiter geben. Festzustellen ist, dass sich eine gemeinsame Identität der Mitarbeitenden des Bereichs Alter und Pflege entwickelt, ohne dass dies absolute Konformität bedeutet. Um dies zu erreichen, wurden im ersten Halbjahr 2006 mit den Kadermitarbeitenden des Bereichs mehrere Workshops zum Thema Veränderungsmanagement durchgeführt. Neben der Vermittlung von Fähigkeiten zur Mitarbeiterführung wurde dabei das Ziel erreicht, die Vernetzung zu fördern und eine neue Kultur der selbstverantwortlichen Führung ins Leben zu rufen.

Eine Zwischenbilanz nach mehr als einem Jahr zeigt: Eine effiziente Betriebsführung und schlanke Führungsstruktur muss nicht zulasten der betagten Menschen gehen. Die Qualität der Leistungen für die Bewohnerinnen und Bewohner steht nach wie vor an erster Stelle, deshalb wurden auch keine Stellen beim Pflege- und Betreuungspersonal abgebaut. Da selbstverständlich ist, dass für das persönliche Wohlbefinden die Gastronomie eine grosse Rolle spielt und die Bedienung wichtig ist, verfügt nach wie vor jedes Heim über seinen eigenen Küchen- und Gastronomiebetrieb. Ein positives Ergebnis der Reorganisation ist schliesslich auch die Tarifstabilität im Jahr 2006. Auch für das nächste Jahr ist keine Tarifierhöhung vorgesehen.

Im Rahmen der Heimzentren bekommen die einzelnen Betriebe eine neue Identität. Direkte Kommunikation sowohl mit den Bewohnenden als auch mit dem Personal ist wichtig, deshalb sind die Geschäftsführenden eng mit

ihren Betrieben verbunden und stehen mit ihrem Führungsteam als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Reorganisation ist noch nicht abgeschlossen, wenn auch die geplanten Einsparungen bereits im Budget 2007 planmässig erzielt werden können.

Neuregelung der Zusammenarbeit mit der Pro Senectute

Die bisher von der Pro Senectute erbrachte Spitexdienstleistung «Haushilfe» wird ab 1. Januar 2007 in die bereits bestehende städtische Spitex-Organisation überführt. Der dazu nötige politische Entscheid wurde am 24. September gefällt.

In einem umfangreichen Projekt wurden Vorkehrungen für die Integration der Haushilfe getroffen, wobei konzeptionelle und organisatorische Arbeiten im Vordergrund standen. In der Geschäftsführung der Spitex wird es neu unterhalb des Geschäftsführers eine Leitung Spitex Pflege und eine Leitung Spitex Haushilfe geben, denen die entsprechenden Mitarbeitenden in den Spitexzentren unterstellt sind. Die gleiche Organisationsform setzt sich auf der Ebene der Spitexzentren fort, wo sich die Leitung Pflege und Haushilfe bei Abwesenheit gegenseitig vertreten. Ein weiterer organisatorischer Entscheid im Rahmen des Projekts führte bereits per Dezember zu einer Anpassung in den Spitexzentren. Dabei wurde der bisherige zentrale Abenddienst / Nachtwache auf die sechs Spitex Zentren aufgeteilt. Die Nachtwache wird vom Zentrum Seen aus organisiert. Mit diesen Massnahmen konnte das erforderliche Einsparvolumen erreicht werden, und die Spitex wird zukünftig besser auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren können.

Am 27. März 2006 beschloss der Grosse Gemeinderat, die Sozialberatung der BfA per 31. Dezember 2006 an die Pro Senectute auszulagern. Die Dienstleitungen der Pro Senectute wurden in einer Leistungsvereinbarung festgelegt. Zur Umsetzung des Entscheids wurde zusammen mit der Pro Senectute ein Projekt initiiert, das Mitte Jahr intensiv vorangetrieben wurde, so dass die Geschäfte am 31. Dezember 2006 übergeben werden konnten.

Ausführungsplan «Altersplanung Stand 2005»

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Fachstelle Entwicklung/Altersarbeit war die Erstellung des Ausführungsplanes. Der «Ausführungsplan Altersplanung Stand 2005» konkretisiert Empfehlungen zu 16 Themenbereichen. Im Bereich Alter und Pflege sind als Leitvision diese in die Planung aufgenommen und die Mitarbeitenden darüber informiert.

Demografische Entwicklung

Der im Jahr 2006 erstellte Bericht zur demografischen Entwicklung der älteren Bevölkerung zeigt auf, dass rund 80 Prozent der über 80-jährigen Menschen in Winterthur im eigenen Haushalt leben. Diese Zahl ist seit dem Jahr 2003 konstant geblieben. Damit ältere Menschen so lange wie möglich zu Hause wohnen können, sind Wohnkonzepte notwendig, die auf eine kleinräumige Vernetzung, Integration und Mitwirkung der Nachbarn ausgerichtet sind. In Zusammenarbeit mit den Departementen Kulturelles und Dienste und Bau ist das Modell der Quartiersbezogenen Wohnkonzepte aufgenommen worden. Im Herbst fand eine Veranstaltung zu «Wohnen im Alter in Hegi» statt. Die interessierten Teilnehmenden äusserten sich zum Thema und brachten ihre Vorschläge dazu ein, die weiterbearbeitet werden.

Lebensfragen im Alter

Die vom Bereich Alter und Pflege initiierte öffentliche Vortragsreihe zu «Lebensfragen im Alter» nahm an drei Veranstaltungen die Themen Rechtsfragen, Sicherheit im eigenen Heim und Palliativpflege auf. Die Veranstaltungen waren gut besucht und werden 2007 wieder durchgeführt.

Alters- und Pflegeheime

Im Jahr 2006 wurde an der Umsetzung der neuen Strukturen und Abläufe gearbeitet. Dabei lag der Schwerpunkt auf der Vereinheitlichung von Tätigkeiten und Prozessen, mit dem Ziel die vorhandenen Synergiepotentiale zu nutzen.

Die diesbezügliche Hauptarbeit wurde in diversen Projekten geleistet und konnte bis Ende 2006 erst teilweise in die Praxis umgesetzt werden.

Der zweite Schwerpunkt wurde auf die täglichen Dienstleistungen gelegt, mit dem Ziel, die Qualität zu erhalten. Dies ist weitgehend gelungen.

Im Zentrum Adlergarten/Neumarkt war in der Langzeitpflege das Motto «gepflegt Leben» der Schwerpunkt, der sich auch im Jahr 2006 fortsetzte. Der Trend, auch in Institutionen der Langzeitpflege vermehrt zu wohnen, deckt sich mit der Vorstellung des Bereichs Alter und Pflege, dass in allen Häusern sowohl Wohnen wie auch Pflege angeboten wird. Die Annäherung passiert auch im Bereich Langzeitwohnen, wo die Bewohnerinnen und Bewohner mehr Pflege benötigen als noch vor einigen Jahren. Die Angleichung der Angebote ist absehbar.

Im Zentrum Brühlgut/Oberi/Rosental wurde in Langzeitpflege und Langzeitwohnen vor allem an folgenden Themen gearbeitet: Dokumentation, Bezugspersonenpflege, freiheitsbeschränkende Massnahmen

Durch die Strategie des Bereichs Alter und Pflege, welche unter anderem die ambulanten Angebote gegenüber den stationären fördert, ist im Bereich des Langzeitwohnens ein Rückgang des Bedarfes erkennbar. Parallel dazu treten neue Bewohnerinnen und Bewohner bereits mit einem schlechteren allgemeinen Gesundheitszustand ein. Dies führt dazu, dass sich die Angebote der Langzeitpflege und des Langzeitwohnens immer mehr annähern, was auch auf die Aufgaben der Betreuung und Pflege Einfluss hat. Aus diesem Grund werden in der Regel inhaltliche Themen für beide Produkte einheitlich entwickelt und bearbeitet.

Bereits vor dem Projekt der Reorganisation des Bereichs wurden die Therapien und die Ärzte aus den Häusern Adlergarten und Oberi sowie die Tagesklinik zu der Abteilung «Medizinischer-Therapeutischer Dienst und Tagesklinik (MTT)» zusammengefasst. 2006 erfuhr diese Abteilung eine Erweiterung durch den Einbezug der Aktivierungstherapeutinnen aus den Häusern Rosental und Brühlgut. Daraus ergab sich der Auftrag, das Team der Aktivierungstherapie (AT) neu zu formen, ein Konzept für Aktivierungs- und Ergotherapie in allen Häusern zu erarbeiten sowie den Bereich Veranstaltungsplanung für alle Häuser aufzubauen und zu übernehmen. Das Ziel, ein gemeinsames Veranstaltungsprogramm für 2007 vorliegen zu haben, wurde erreicht.

Das Projekt «AT in allen Häusern» führte zu Verschiebungen im Team. Es wurde dabei klar zwischen therapeutischen Aufgaben und reiner Freizeitgestaltung unterschieden. Bis Ende 2006 konnten die wichtigsten ersten Schritte umgesetzt werden. Im Neumarkt ist nun neu eine Aktivierungstherapeutin verfügbar.

Folge der Anpassungen wird nun sein, dass Hausärztinnen/-ärzte Verordnungen für KVG-pflichtige Therapien (Gedächtnistraining und Ergotherapie) ausstellen können, die von dem Therapieteam übernommen werden.

Für den ärztlichen Bereich ist zu vermerken, dass die Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohnern der Überbrückungspflege eine Herausforderung darstellt und auch im administrativen Bereich Ressourcen beansprucht. Die Zusammenarbeit mit einem externen Labor konnte verbessert werden. In der Logistik hat sich die Zusammenarbeit mit der Kantonsapotheke Winterthur konsolidiert. Für die Ärztinnen und Ärzte konnten zweimal im Jahr Weiterbildungen mit dem Spitalapotheker durchgeführt werden.

Langzeitpflege

Allgemeine Langzeitpflege

In der allgemeinen Langzeitpflege zielten die Bestrebungen in den Wohngruppen des Alters- und Pflegezentrums Adlergarten darauf ab, mehr Wohnlichkeit und weniger Spitalatmosphäre zu schaffen. Vor allem bei der Ernährung und Esskultur wurden sichtbare Zeichen gesetzt (Einzelservice, Dekoration und Gestaltung der Essräume).

In der allgemeinen Langzeitpflege im Zentrum Brühlgut/Oberi/Rosental ist festzustellen, dass sich die Interpretation der Aufgabe (Pflegemodelle) dank einer Leitung Betreuung und Pflege langsam vereinheitlicht. Dies ermöglicht es nun über verschiedene Funktionen einheitliche Rahmenbedingungen zur Erbringung der Leistungen zu formulieren. Der Umgang mit freiheitsbeschränkenden Massnahmen wurde neu geregelt, geschult und umgesetzt. Dabei haben die Autonomie und die Selbstbestimmung der Bewohnenden einen hohen Stellenwert erhalten. Freiheitsbeschränkende Massnahmen werden nur noch gezielt, bewusst und unter Berücksichtigung anderer Alternativen eingesetzt und müssen zwingend in regelmässigen Abständen überprüft und angepasst werden.

Im Bereich der Dokumentation wurden Vereinheitlichungen eingeleitet und Anpassungen vollzogen. Bei der Weiterentwicklung konnten Erfahrungen und Unterlagen von bereits erfolgreich eingesetzten Dokumentationssystemen übernommen werden.

Der Umsetzungsgrad des Bezugspersonensystems war in den einzelnen Pflegewohngruppen sehr unterschiedlich. Im Laufe des Jahres wurde eine neue Grundlage erarbeitet und diese wird nun in der Praxis laufend umgesetzt.

Pflege von Menschen mit einer Demenzerkrankung

Im WPZ Oberi wurde die Pflege von Menschen mit einer Demenzerkrankung strukturell den neuen Gegebenheiten angepasst. Dabei wurde der gesamte 2. Stock organisatorisch zusammengelegt und besteht zukünftig aus einem geschlossenen und einem offenen Teil.

Bei der gezielten Platzierung der Bewohnenden wurde und wird schrittweise vorgegangen, so dass es nicht zu Umplatzierungen kam. Inhaltlich wurde an den gleichen Themen wie in der allgemeinen Langzeitpflege gearbeitet.

Langzeitwohnen

Altersheime

Die Veränderungen beim Langzeitwohnen waren im Jahr 2006 auffällig. Viele Bewohnerinnen und Bewohner benötigen mehr Pflege als früher. Auch neu Eintretende sind oft schon erhöht pflegebedürftig. Die Mitarbeitenden benötigten daher mehr Unterstützung durch Pflegefachleute, insbesondere Pflegeexpertinnen, die dank der neuen Organisation auch in den Altersheimen anwesend sind. Bisherige Arbeitsformen und Abläufe mussten über-

dacht und geprüft werden. Erfahrungen aus der Langzeitpflege konnten übernommen werden, davon profitiert das Langzeitwohnen.

Im Laufe des Jahres wurden, beginnend im Zentrum Brühlgut / Oberi / Rosental, in zwei Projekten neue Strukturen erarbeitet, welche es zukünftig ermöglichen, auf die verändernde Betreuungs- und Pflegesituation flexibel zu reagieren.

Verbunden mit den entsprechenden Anpassungen führt dies zu folgenden Verbesserungen der Dienstleistungen:

- Beim Langzeitwohnen müssen Bewohnerinnen und Bewohner zukünftig auch bei steigender Pflegebedürftigkeit in der Regel das Zimmer nicht mehr wechseln.
- Für das Langzeitwohnen gibt es keine Eintrittskriterien wie z.B. «hohe Mobilität» mehr.
- Die Mahlzeiten können bezüglich Ort (Saal oder Wohngruppe) und Zeit flexibler eingenommen werden.

Betreute Wohngruppen

In den betreuten Wohngruppen ist eine vermehrte Belegung durch Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen festzustellen. Ob dies ein genereller Trend ist, oder ob dies im Wesentlichen mit der Schliessung von Wohnangeboten in der IPW begründet ist, ist Gegenstand von laufenden Bedarfsabklärungen.

Die organisatorische Zusammenlegung der betreuten Wohngruppen Brühlgut und Museumstrasse konnte dem Konzept entsprechend umgesetzt werden und hat sich gut bewährt.

Temporäre Angebote

Überbrückungspflege

Das leicht angepasste Konzept der Wohngruppe «Überbrückungspflege» des Alters- und Pflegezentrum Adlergarten führte dazu, dass kaum noch Bewohnende aufgenommen wurden, die auf einen Platz in der Langzeitpflege warteten und verlegt werden mussten. Man konnte so auch den Ansprüchen der zuweisenden Spitäler besser gerecht werden, da meistens genügend Betten vorhanden waren. Die Schwankungen in der Auslastung waren aber dadurch hoch. Trotzdem hat es sich bewährt, auf der Überbrückungspflege fast ausschliesslich Menschen aufzunehmen, die tatsächlich nur für bestimmte Zeit vermehrte Pflege und Therapie benötigen um anschliessend nach Hause zurückkehren zu können.

Temporärheim Sunnehus

Im Temporärheim konnte im vergangenen Jahr ähnlich wie auf der Überbrückungspflege, das Konzept erstmals richtig umgesetzt werden. Die vorgesehenen drei bis sechs Monate Aufenthaltsdauer wurden nur noch selten überschritten, was dazu führte, dass das Angebot des vorübergehenden stationären Aufenthaltes mehr Menschen offen stand als früher. Meistens konnten die Bewohnerinnen und Bewohner innerhalb der vorgesehenen Zeit nach Hause zurückkehren oder es wurde ein passender Platz in einer Institution des Langzeitwohnens oder der Langzeitpflege gefunden.

Tagesklinik

In der Tagesklinik des MTT konnte erneut eine gute Auslastung erreicht werden. Veränderungen im Team werden in Zukunft zu einer Anpassung von Angeboten führen.

Ziel wird sein, mehr auf die individuellen Bedürfnisse der Besucherinnen und Besucher eingehen zu können, vor allem auch auf Aspekte des Erhaltens von Funktionen durch Unterstützung von Ergo- und Physiotherapie.

Bewohnerstatistik

	Zentrum Adlergarten / Neumarkt			Zentrum Brühlgut / Oberi / Rosental		
	Langzeit- pflege	Langzeit- wohnen	Temp. Angeb. ¹	Langzeit- pflege	Langzeit- wohnen	Temp. Angeb.
Bestand 1. Januar	169	98	79	203	234	2
Neuaufnahmen	72	24	219	89	53	25
Total	241	122	298	292	287	27
Todesfälle	64	13	16	91	22	0
Austritte	12	18	203	15	13	26
Bestand 31. Dezember	165	91	79	205	233	1
Verfügbare Plätze	169	102	50	208	235	6
Pflegelage	61 566	36 696	13 827	74 267	84 526	870
Bettenbelegung	99,80 %	98,56 %	82,4 %	97,83 %	98,55 %	39,73 %

¹ inkl. Tagesklinik

Weitere Dienstleistungen an Dritte

Restaurants

In beiden öffentlichen Restaurants des Zentrums Adlergarten / Neumarkt konnte eine höhere Frequentierung erreicht werden; einerseits dank des neuen attraktiven Verpflegungskonzeptes und der Neugestaltung des Restaurants Adlergarten, andererseits durch die offensivere Führung des Restaurants Neumarkt. Letzteres konnte zudem zusätzlich um Plätze in einem Nichtraucherbereich erweitert werden, der auch sofort beliebt und gut besucht war. Die neue Organisation hat sich bewährt, die Mitarbeitenden wurden bei erhöhtem Bedarf an Servicepersonal in beiden Häusern eingesetzt.

Die Vermietung von Sälen und Sitzungszimmern hat im vergangenen Jahr stark zugenommen. Einerseits wurden viel Sitzungszimmer intern genutzt, weil alle Gruppen des Bereichs Alter und Pflege ihre Sitzungen in den eigenen Häusern durchführen, andererseits haben aber auch Fremdvermietungen und Bankette zugenommen.

Wohnungen

Die Alterswohnungen am Fischmarkt konnten aus unklaren Gründen im vergangenen Jahr nicht immer an Seniorinnen und Senioren vermietet werden. Trotzdem soll weiterhin selbständiges Wohnen in der Nähe einer Institution des Langzeitwohnens angeboten werden.

Die Personalthäuser auf dem Areal des Alters- und Pflegezentrum Adlergarten waren begehrt. Erstmals wurden im Jahr 2006 Wohnungen an die Sozialen Dienste vermietet, die diese wiederum als Notwohnungen für Menschen in schwierigen finanziellen und sozialen Verhältnissen weitervermittelt.

In den Alterswohnungen des Wohn- und Pflegezentrums Oberi ist eine ähnliche Entwicklung wie im Langzeitwohnen festzustellen. Auch hier verschlechtert sich der allgemeine Gesundheitszustand der Bewohnerinnen und Bewohner und führt teilweise zu Problemen im sozialen Gefüge des Hauses. Zudem erfolgt immer wieder eine Vermischung mit den Angeboten der betreuten Wohngruppe und der Langzeitpflege Oberi.

Auch zu dieser Problematik wurde Ende 2006 ein Projekt gestartet, welches einerseits eine Bedarfsabklärung für die entsprechenden Angebote sowie eine Erarbeitung von Konzepten für die Alterswohnungen und die betreute Wohngruppe zum Ziel haben.

Spitex

Die Nachfrage nach ambulanten pflegerischen Leistungen stieg. Obwohl auch dieses Jahr zusätzliche Stellen eingerichtet wurden, genügte die Kapazität nicht und Pflege-Einsätze wurden an Partnerorganisationen, vor allem die konfessionellen Spitex Vereine, weitergeleitet. Die Spitex der Stadt ist für die privaten Anbieter eine wichtige Vermittlungsstelle.

Die Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, auch mit der Ärzteschaft und sozialen Stellen, ist für eine bedarfsorientierte Pflege unabdingbar und ein Bestandteil der Abklärung und Beratung. Die Abklärungen werden tendenziell komplexer und insbesondere die Betreuung von Menschen mit Hirnleistungsstörungen ist meist nicht ohne eine Vielzahl verschiedener Helferinnen und Helfer sicherzustellen. Der Betreuungsbedarf von Menschen mit einer psychosozialen Problemstellung ist eine grosse Herausforderung. Oftmals müssen Helferkonferenzen durchgeführt werden und der Organisations- und Planungsaufwand steigt für die Spitex entsprechend an.

Die Zusammenarbeit mit dem pflegerischen und sozialen Dienst des Kantonsspitals ist wichtig, zumal viele Klientinnen und Klienten nach dem Spitalaustritt von der Spitex weiter gepflegt werden. Zur Qualitätssicherung wurde im Berichtsjahr die Nahtstelle zwischen Spitex und Spitex untersucht. Die Resultate dieser Arbeit unterstützen die optimale Kooperation zwischen stationärer und ambulanter Pflege.

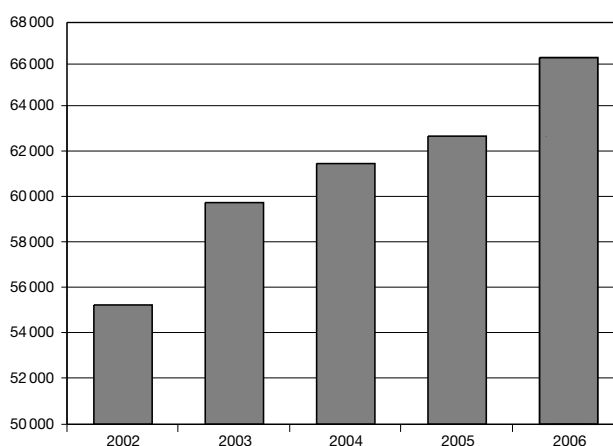
Einen Schwerpunkt bildete die Personalentwicklung, was sich auch in der Zahl der Weiterbildungen zeigte. Dabei fallen die Nachqualifikation der früher ausgebildeten Hauspflegerinnen und Hauspfleger auf den heute erweiterten Ausbildungsstand der Berufsabgängerinnen und Berufsabgänger und die Vermittlung von gerontopsychiatrischem Fachwissen für alle Mitarbeitenden ins Gewicht.

Eine grosse Veränderung gegen Ende des Jahres war die Einführung eines neuen EDV Systems mit einer integrierten elektronischen Leistungserfassung, welches die bisherige manuelle Rapportierung ablöste. Die genauere Erfassung der erbrachten Leistungen führte auch zu einer Steigerung der Erträge aus den Pflegekosten.

Verrechnete Einsatzstunden

	2002	2003	2004	2005	2006
KVG-pflichtige Stunden	49 266	53 161	54 649	55 886	59 932
nicht KVG-pflichtige Stunden	5 959	6 572	6 783	6 748	6 227
Total	55 225	59 734	61 432	62 635	66 159

Entwicklung der verrechneten Stunden für Spitex Dienstleistungen



Beratungsstelle für das Alter

Sozialberatung

Die Umsetzung des Entscheides zur Auslagerung der Sozialberatung der BfA war eine grosse Herausforderung. Dabei war die Abteilung unter der neuen Leitung bestrebt, den Betrieb reibungslos bis Ende Jahr weiterzuführen und die Klienten und Klientinnen nicht zu verunsichern.

Alle Klienten und Klientinnen wurden über den Wechsel der Trägerschaft informiert, und ihre Dossiers – Einverständnis vorausgesetzt – an die Pro Senectute übergeben. Eine grosse Mehrheit der Klientinnen und Klienten erklärte sich mit einer Fortführung der Beratung bei der Pro Senectute einverstanden. Bei Klientinnen und Klienten, welche nicht mehr urteilsfähig waren, wurden bei der Vormundschaftsbehörde entsprechende Anträge gestellt. Bei 25 Personen wurde in der Folge die Pro Senectute durch die Vormundschaftsbehörde ermächtigt, das Einkommen der Betroffenen zu verwalten.

Auch die Freiwilligendienste, der Alterstreffpunkt Königshof und der Besuchsdienst wurden weitergeführt und auf die Übergabe an die Pro Senectute vorbereitet. Im Alterstreffpunkt Königshof wirkte sich der bevorstehende Generationenwechsel bei den Freiwilligen und den Besuchenden auf die Besucherzahlen aus. Deshalb wurden für die Übergangsphase die Öffnungszeiten leicht eingeschränkt. Im Besuchsdienst haben sich die langjährigen persönlichen Beziehungen sehr positiv auf das Befinden der Besuchten ausgewirkt. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass die Besuchenden ihre ehrenamtliche Tätigkeit unter der neuen Trägerschaft fortsetzen werden.

Die Mehrheit der langjährigen Mitarbeiterinnen der Sozialberatung trat im Laufe des Jahres aus. Sie wurden jeweils von neuen Mitarbeiterinnen mit befristeter Anstellung ersetzt. Per Ende Jahr fanden von den acht Mitarbeiterinnen drei bei der Pro Senectute und drei bei den Sozialen

Diensten eine neue Anstellung; bei den übrigen wurde das befristete Arbeitsverhältnis regulär beendet.

Sozialberatung (Beratungen / Betreuungen)

Stand 31. Dezember	215	(254)
Davon Geldverwaltungen	142	(153)
Anzahl Fälle 2006 (Bestand + Anmeldungen)	470	(503)

Wohnberatung

Die Nachfrage nach Pflegeplätzen in der Langzeitpflege ist weiterhin hoch. Die Wartezeit von rund drei Monaten für einen Pflegeplatz erklärt sich aus dem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Nebst der Zahl der Pflegeplätze wird die Wartezeit auch durch die zunehmende Ablehnung von Vierbettzimmern durch die Klientinnen und Klienten sowie die speziellen Bedürfnisse von Menschen mit einer psychosozialen Problemstellung beeinflusst. So wurden im letzten Jahr allein von der IPW (Integrierte Psychiatrie Winterthur) 34 Menschen für eine Heimplatzierung zugewiesen.

Einige Pflegebedürftige ziehen eine Auswärtsplatzierung dem offerierten Mehrbettzimmer vor, und öfters behalten diese Menschen den Wohnsitz in einem auswärtigen Heim. Dies führte im Jahresverlauf zur Einführung der Übernahme des «Auswärtigenzuschlags» für eine bestimmte Zeitdauer.

Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich

Verein Pflegewohngruppen Winterthur

Ende Jahr bestand das Angebot aus insgesamt 22 Plätzen: 8 Plätze im Tägelmoo und 14 Plätze an der Schlosstalstrasse. Die Auslastung war mit 99,99 % (Vorjahr 99,91 %) wiederum gut. Das Angebot wird im Jahr 2007 um 14 Plätze an der Weststrasse erweitert.

Ambulante Dienste der Pro Senectute 2006

Der Haushilfedienst erbrachte 45 067 (44 744) Einsätze in 1344 (1317) Haushaltungen. Zur Bewältigung der 75 352 (76 117) Einsatzstunden standen 120 (125) Helferinnen bzw. 50,7 (46,8) Stellen zur Verfügung.

Der Mahlzeitendienst lieferte 58 761 (60 002) Mahlzeiten aus. Insgesamt wurden 292 (302) Haushaltungen pro Monat beliefert.

Der Reinigungsdienst leistete 518 (630 Std.) bei 174 (211) Einsätzen.

Schule für Pflegeberufe

Die Schule beendete ihr Schuljahr am 31. August 2006. Die definitive Schliessung der Schule erfolgte nach den Auflösungsarbeiten am 31. Oktober 2006. Die Schliessung der Schule wurde mit der Abschlussfeier für die letzte Klasse Diplomniveau I und die letzte Klasse Pflegeassistenz vom 18. August 2006 kombiniert. In den 32 Jahren des Schulbetriebs waren 349 Diplome, 862 Fähigkeitsausweise und 273 Kursbestätigungen abgegeben worden.

Die beiden Klassen «Fachangestellte Gesundheit» wechselten zusammen mit ihrem Klassenlehrer an das ZAG Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich in Winterthur. Der Bau wird künftig für die Zentralisierung der Prävention der Suchtberatung verwendet. Für alle Mitarbeitenden konnte die Zukunft gesichert werden.

Bei neuen Programmen hatte die Schule die Nase stets vorn. Qualitätsbeurteilungen und Vergleiche zeigten, dass sie bis am Schluss an der Spitze mithalten konnte. Die Schule hat ihren Auftrag, der Stadt genügend ausgebildetes Pflegepersonal zur Verfügung zu stellen, erfüllt.

KAP – Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte

Die Arbeitslosigkeit in der Region Winterthur ging um knapp 30 % zurück (von 2411 Personen im Januar auf 1719 Personen im Dezember) das heisst, von 4,8 % auf 3,5 %. Das auf 2006 geplante Angebot von 416 (385) Jahresplätzen wurde nicht voll ausgeschöpft.

Vom wirtschaftlichen Aufschwung profitierten vor allem besser ausgebildete und motivierte Menschen. Insgesamt nahmen 1454 (1562) Personen an den Integrationsmassnahmen teil. Dies bedeutet im Vorjahresvergleich einen durchschnittlichen Rückgang um 8 %. Von den insgesamt 1454 (1562) teilnehmenden Personen traten 1148 (1240) während des Berichtsjahres aus den Arbeitsprojekten aus. Von diesen fanden 386 (394) eine Stelle, was einem Anteil von 34 % (32 %) entspricht; jede dritte Person fand somit eine Stelle. 167 (159) Personen fanden weiterführende Lösungen, entsprechend 15 % (13 %). 595 (687) Personen, bzw. 52 % (55 %) suchten weiterhin ihre Chance auf dem Stellenmarkt.

In Beschäftigungsprogrammen nahmen 552 (702) Personen teil, in Praktika 188 (221), in Jugendprojekten hingegen 273 (246). Der Abklärungskurs Kompass war von 105 Personen belegt. Am Aufbauprogramm Töss und in Teillohnjobs nahmen 37, beziehungsweise 4 Personen teil. 295 (283) Personen arbeiteten im Projekt «Passage».

60 % (62 %) der benötigten Mittel waren Beiträge vom Bund (für ALV-Projekte und für Jugendprojekte). Der Kanton leistete einen Beitrag von 2 % (5 %) an die Programmkosten für vermittlungsfähige Ausgesteuerte. Der städtische Kostenanteil betrug 30 % (30 %), wobei 6 % (11 %) auf die Sozialhilfe und 24 % (19 %) auf die KAP fielen. Beiträge von Arbeitgebenden und Rückerstattungen von Gemeinden betrugen 8 % (2,5 %).

SVOAM-Zertifizierung durch SQS

Die KAP wurde von der Schweizerischen Vereinigung für Qualitäts- und Managementsysteme SQS geprüft und zertifiziert. Dabei hat sie ein Qualitäts-Label erhalten, das den Arbeitsprojekten eine professionelle Arbeit und ein gutes Managementsystem bescheinigt. Wichtige Erfolgsfaktoren des Qualitäts-Labels sind: Diversifizierte und zielgruppenspezifische Angebote, gute Produkte und Dienstleistungen, ein grosses Netzwerk sowie ein sorgfältiger Umgang mit den Ressourcen. Mit dem Zertifikat erfüllt die KAP auch die Anforderungen des Kantons Zürich.

Zusammenarbeit

«Work-In»

Die fachübergreifende Unterstützung von Sozialhilfe beziehenden Stellensuchenden durch Mitarbeitende des RAV, der Sozialen Dienste und der KAP wurde personell und fachlich verstärkt.

Interdisziplinäre Arbeitsgruppen

Die Zusammenarbeit der KAP mit dem Schweizerischen Verband der Organisationen von Arbeitsmarktmassnahmen SVOAM wurde auf nationaler und kantonaler Ebene gepflegt und vertieft. Regelmässiger Gedankenaustausch mit der IPW, aktive Mitwirkung beim nationalen und kantonalen Erfahrungsaustausch der Motivationssemester-Anbietenden, leitende Mitwirkung bei der Koordinationsstelle Velostationen Schweiz sind einige Beispiele für die gute Vernetzung der KAP.

Erstes Forum Arbeitsmarkt

Zum Informationsaustausch und zur Pflege des erweiterten Netzwerks Wirtschaft – Stadt wurde mit Vertretungen der lokalen Berufsverbände, der Gewerkschaften sowie der kantonalisierten Stellen Berufsberatung und RAV und dem Departement Schule und Sport das «Forum Arbeitsmarkt» gebildet. Es dient als Resonanzorgan Arbeitsmarkt-Arbeitsintegration, zur Diskussion über aktuelle Themen und als Basis für gemeinsame Projekte.

KAP – als WoV-Betrieb

Seit dem 1. Januar 2006 ist die KAP eine Hauptabteilung des Departements Soziales. Ein Rückblick auf das erste Jahr als wov-Betrieb zeigt, dass die Aufteilung des KAP-Angebots in drei Produkte, nämlich Arbeitsprojekte für ALV-Beziehende, Projekte für Sozialhilfebeziehende und Jugendprojekte, die flexible Anpassung und Entwicklung der Angebote auf die entsprechenden Bedürfnisse erleichtert.

ALV-Beziehende

Von den 312 (348) aus den Arbeitsprojekten ausgetretenen anspruchsberechtigten Erwachsenen fanden 108 (108), respektive 35 % (31 %) eine dauerhafte Anstellung.

146 (180) Personen schlossen die Praktika A-Plus, Start Job und learn + earn ab. Davon waren 104 (120) Personen bei der Stellensuche erfolgreich; die Quote lag bei 71 % (67 %)!. Es zeigte sich erneut, dass Einsätze in der Wirtschaft sehr erfolgversprechend sind.

Papiermanufaktur und Vereins-Service – Projekt für Frauen

Das Auftragsvolumen stieg stark an, insbesondere in der Papierproduktion und bei den Dienstleistungen für städtische Bibliotheken.

77 % (80 %) der Frauen waren ohne Berufsausbildung. 33 % (26 %) fanden eine Stelle oder eine andere Lösung. Fast zwei Drittel, nämlich 74 (79) resp. 60 % (49 %) der 124 (162) Teilnehmerinnen waren ausländischer Nationalität. Die Deutschkurse und das Deutschtraining am Arbeitsplatz wurden gut genutzt. Alle Teilnehmerinnen wurden intensiv in PC-Anfängerkursen für die Stellensuche geschult.

Elektrorecycling – Chance für Ältere

Im zertifizierten Zerlegebetrieb wurden die Arbeitsabläufe gestrafft und die Lagerkapazitäten erweitert. Neben den Fach- und Deutschkursen wurde das Bewerbungscoaching gefördert.

Von den 140 (149) Teilnehmenden beendeten 109 (118) ihren Einsatz, 26 (23) fanden eine Stelle, 6 (2) eine andere Lösung. Die Zahl der über 50-jährigen blieb mit 31 (38) hoch.

Velostation – ein Bedürfnis

Die Jahresvignetten waren innert Tagesfrist verkauft.

Der beliebte Dreischichtbetrieb wurde von 65 (59) Stellensuchenden bewältigt. Von den 55 (44) Personen, die ihren Einsatz abschlossen, waren 30 (19) Sozialhilfebeziehende. Der Stellenerfolg nahm massiv zu: 20 (10) Personen, d.h. 36 % (23 %) konnten eine feste Anstellung antreten.

Einzeleinsätze in der Verwaltung

Durch den anhaltend grossen Einsatz aller Beteiligten wurde für 185 (207) Personen eine geeignete Einsatzstelle gefunden. Von den 133 (155) Ausgetretenen fanden 54 (67) eine Stelle. Das entspricht einer hohen Vermittlungsquote von 41 % (43 %).

Praktikum A-Plus – Topchancen für Schwervermittelbare

Dank der guten Zusammenarbeit mit den lokalen KMU war die Vermittlungsquote erneut hoch. Mit 36 (35) Stellenantritten bei insgesamt 39 (45) beendeten Einsätzen betrug der Erfolg 92 % (78 %).

Praktikum learn & earn – Praxis für Lehabgängerinnen und -abgänger

123 (152) stellenlosen Lehabgängerinnen und -abgänger konnte zu mehr Berufspraxis und damit zu verbesserten Chancen verholfen werden. Auffällig war die breite Palette an Berufen, wobei das Schwergewicht nicht mehr bei den KV-Berufen, sondern dem Verkauf und dem Coiffeur-Beruf lag. Bei 92 (114) Austritten fanden 58 (72) Teilnehmende ein neues Arbeitsverhältnis und 16 (11) eine anderweitige Lösung. Das entspricht einer Quote von 80 % (73 %).

Start-Job – Win-win-Situation

Der Einsatz bei innovativen Jungunternehmen ermöglicht einerseits den Stellensuchenden, sich im praktischen Berufsalltag zu bewähren, andererseits erleichtert er dem Jungunternehmen den Aufbau. Knapp die Hälfte der Teilnehmenden war unter 30-jährig.

Bei 15 (20) Programmabschliessenden traten 10 (13) eine Stelle an. Andere Lösungen fanden 2 (3) Personen. Die Erfolgsquote betrug hier erneut 80 % (80 %).

Ausgesteuerte Sozialhilfebeziehende

Nach über zwei Jahren erfolgloser Stellensuche nahmen 294 (254) Personen an einem Arbeitsprojekt teil. Von den 242 (203) ausgetretenen Personen fanden 34 (24) eine feste Anstellung, was einer Quote von 14 % (12 %) entspricht.

Fabrikhalle Töss – neu ein Aufbauprojekt

Das Projekt wurde für eine neue Zielgruppe angepasst: Statt mit einer abklärenden Probezeit und einer Trainingsphase für Stellensuchende, die dem Arbeitsmarkt nahe sind, wurde es neu für schwache, wenig arbeitsgewohnte Sozialhilfebeziehende ausgerichtet. 37 Personen mit verschiedenen Arbeitsmarkthemmnissen konnten hier von der Aufbauarbeit profitieren.

Infolge geringerer Teilnehmerzahl wurde die Papierverarbeitung aufgehoben, dafür die Glasproduktion verstärkt.

Kompass – Abklärung für Sozialhilfebeziehende

An Stelle der abklärenden Probezeit in Töss und dank der langjährigen Erfahrung der Mitarbeitenden des früheren Kaleidoskops konnte der Sozialberatung ein eigenständiges Abklärungsprojekt angeboten werden. Vom einmonatigen Programm profitierten 105 Personen.

Projekt Passage

Im Projekt Passage nehmen von der Zentralen Anlaufstelle der Sozialen Dienste angemeldete Personen, welche die Bezugskriterien für Sozialhilfe erfüllen und arbeitsfähig

sind, an einem einmonatigen Arbeitseinsatz teil. Die entsprechenden Zahlen finden sich im Teil über die Sozialen Dienste.

Jugendprojekte

An den Jugendprojekten nahmen total 273 (246) Jugendliche teil, was einer Zunahme von 10 % entspricht. Von den 153 (143) ausgetretenen Teilnehmenden dieser Projekte fanden 75 (56) Personen eine Lehrstelle, 16 (19) begannen eine Vorlehre oder ein Praktikum, 10 (7) traten eine Stelle an und 10 (17) machten einen andern Weg. Somit beendeten 111 (108) Jugendliche die Projekte mit einer Lösung, d.h. 73 % (76 %).

Transit – Motivationssemester

Für Jugendliche mit guten Schulleistungen gab es eine Entlastung auf dem Lehrstellenmarkt. Viele Akteure, Schulen und Foren nahmen sich der Problematik an und organisierten vermehrt Praktika und Schnupperlehren. Für schulisch schwächere Jugendliche mit zusätzlichen Mehrfachproblematiken ist der Markt noch nicht so weit. Viele Jugendliche sind schulisch nicht nur schwach, sondern geradezu lernungsgewohnt und benötigten so vermehrte Nachschulung.

Durch die enge Zusammenarbeit und die guten Kontakte mit den Praktikabetrieben konnten auch schulisch schwache Jugendliche erste Berufserfahrungen durch Schnuppereinsätze erhalten.

transit Hegi – Konzentration der Motivationssemester

Die transit Metall-, Holz- und Malereiwerkstätte, Schulungs- und Bewerbungsräume für Schulabgänger und Schulabgängerinnen wurden im Gewerbegebiet Hegi zusammengefasst. Dadurch konnten Synergien gewonnen und eine grössere Flexibilität erreicht werden. Zudem wurden neue Möglichkeiten für Attestausbildungen geschaffen.

Transit Textil – Sprungbrett für junge Frauen

Das Motivationssemester für junge Frauen hat sich besonders gelohnt: Von den 13 (14) beendeten Einsätzen führten 13 (10), d.h. 100 % (71 %) zu einer Lehre oder andern Anschlusslösung.

Transit-Praktika – Einsatz in der Wirtschaft

Die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft bei der Ausbildung der Jugendlichen funktioniert sehr gut: 64 (49) Jugendliche konnten ihr Motivationssemester in Privatbetrieben durchführen. Von den 38 (29) Absolventen fanden 28 (23) eine weiterführende Lösung, entsprechend 74 % (79 %).

Switch – Integration durch Motivation

Im Transit-Teilprojekt für junge Migranten und Migrantinnen fanden von 16 (15) Teilnehmenden 12 (9) eine Stelle, Lehrstelle oder einen Ausbildungsplatz, was 75 % (60 %) entspricht.

Intermezzo – Chance trotz Problemen

Das Motivationssemester für 10 Jugendliche mit verschiedenen Mehrfachproblematiken war anstrengend, aber erfolgreich. Von den 26 (23) Teilnehmenden beendeten 17 (14) das Projekt. 7 (6) Personen fanden trotz schwieriger Rahmenbedingungen eine Anstellung und 1 (1) eine andere weiterführende Lösung, was 47 % (50 %) entspricht.

Transit Plus – Basislehrjahr

Für Jugendliche, die kurz vor den Sommerferien noch keine Lösung gefunden haben, führt die KAP als Lehrmeisterin das erste Attest-Lehrjahr mit umfassender Förderung und Betreuung durch, das zweite findet in einem Privatbetrieb statt. Von den 10 (9) jugendlichen Absolventinnen und Absolventen traten 8 (9) in einen Hotel- oder Gastrobetrieb über.

Projekt Trampolin

In enger Zusammenarbeit mit den Sozialen Diensten und der Hilfsgesellschaft wurde ein neues, breit abgestütztes, präventives Projekt «Trampolin» entwickelt. Darin können einerseits Jugendlichen ausserhalb der Schule Zwischenlösungen angeboten werden, andererseits wird das Projekt Jugendlichen ohne Lösungen neue Möglichkeiten bieten, den Weg zu sich und zur Berufswahl zu finden. Der Start des von der Hilfsgesellschaft mitfinanzierten niederschweligen Projekts ist auf Frühjahr 2007 vorgesehen.

Departement Technische Betriebe

Viele Dienstleistungen des Departements Technische Betriebe (DTB) sind eng verbunden mit der Infrastruktur von Winterthur und damit mit der ausgeprägten Dynamik einer wachsenden Stadt. Sowohl durch Neuerschliessungen in Quartierplangebieten wie Dätttau, Niederfeld oder Maienried als auch durch die Übernahme von Leitungsnetzen in den «Sulzerarealen» Stadtmitte und Oberwinterthur ist das Netzsystem von Stadtwerk Winterthur markant gewachsen und wird weiter zunehmen. Betrieb, Unterhalt, Überwachung und Erneuerung dieser wertvollen Anlagen schlagen sich auch in einem leicht wachsenden Personalbestand nieder. Insbesondere die genannten Quartierplangebiete am Stadtrand stellen auch für Stadtbus eine planerische Herausforderung dar, sind doch derartige Erschliessungsaufgaben mit anspruchsvollen Linienverlängerungen verbunden. Wachsende Passagierzahlen auf der bereits im Vorjahr eingeführten Buslinie 14 nach Hegi, aber auch das Weiterführen der Projektierungsarbeiten für den Eulachpark in Oberwinterthur durch die Stadtgärtnerei belegen ebenfalls eindrücklich die Wachstumsdynamik Winterthurs.

Im Departement Technische Betriebe steht der Oberbegriff «vernetzen» für vielfältige Aufgaben. Sowohl für die Vernetzung von Biotopen, welche eine Daueraufgabe des Forstbetriebs und der Stadtgärtnerei darstellt, wie auch für die Versorgungsnetze der Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung sowie von Telekom. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs muss der Vernetzung von Bahn und Bus ein stärkeres Augenmerk zukommen. Bestrebungen der Departementsleitung, in den vier Betrieben vermehrt Synergien zu nutzen, wurden verstärkt. In der Naturschutzkommission sind nebst externen, ehrenamtlich tätigen Fachleuten die Bereiche Stadtgärtnerei (Bereichsleiter und Hauptabteilungsleiter Planung und Naturschutz), Forstbetrieb (Forstmeister) und Stadtwerk (Hauptabteilungsleiter Wasser) vertreten und ist damit vielfältiges Wissen vernetzt.

Wichtige Schnittstellen oder Transferleistungen zwischen den vier Betrieben des Departements stellen auch

die Holzlieferungen des Forstbetriebes für das Energiecontracting von Stadtwerk, die Stromlieferungen für die Trolleybuslinien oder die Gaslieferungen für das Beheizen der Gewächshäuser der Stadtgärtnerei dar. Stets ist bei dieser Zusammenarbeit darauf zu achten, dass keine Querfinanzierungen resultieren.

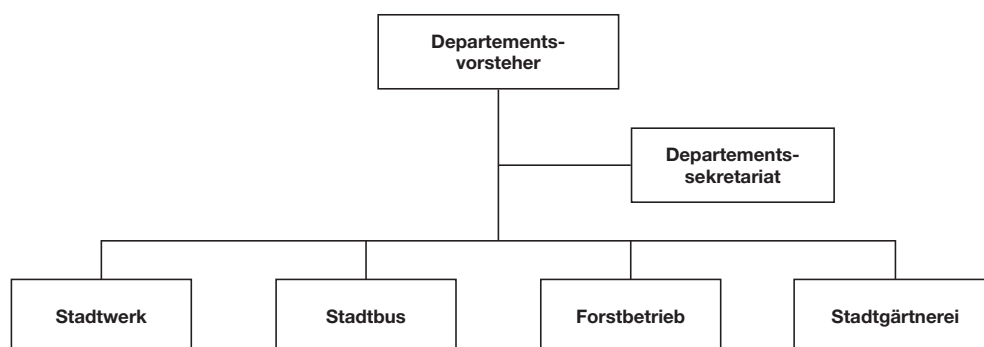
Die zweimalige Gaspreiserhöhung zeigt exemplarisch die Vernetzung und damit eine gewisse Abhängigkeit Winterthurs auch vom Ausland. Dabei dürften sich die Energiepreise der Kehrlichtverbrennungsanlage (Strom und Fernwärme) oder des einheimisch produzierten Holzes gegenüber äusseren Einflüssen als längerfristig resistenter erweisen.

Der Spielraum, Dienstleistungen auch für Gemeinden der Region anzubieten, wurde verstärkt genutzt. So bedient seit Dezember Stadtbus abwechselnd mit Bussen von Postauto Zürich die Irlchelregion auf einer Linie bis nach Rafz. Das Gebiet der Gemeinden, welche die Dienstleistungen des Krematoriums in Anspruch nehmen, reicht in die Nachbarkantone. Die Abwasserreinigungsanlage (ARA) klärt Abwässer aus Gemeinden entlang der Töss und verbrennt Klärschlamm aus umliegenden Kläranlagen.

Auf verschiedenen Ebenen wurden grosse Anstrengungen unternommen, um auf die sich abzeichnenden Probleme beim Eisenbahnengpass zwischen Effretikon und Winterthur hinzuweisen. Wichtige Entscheide über die weiteren Ausbaumöglichkeiten zur Behebung dieses Kapazitätsengpasses werden für das Jahr 2007 erwartet. Ohne raschen Ausbau dieser Strecke sind die Ziele einer weiteren Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs nicht nur für Winterthur, sondern für grosse Teile der Ostschweiz in Frage gestellt.

Personell gab es im Departement einen Kaderwechsel auf höchster Ebene. Urs Huber, Direktor von Stadtbus Winterthur, hat am 10. November von seinem Arbeitsplatz Abschied genommen. Während 20 Jahren leitete und prägte er den städtischen Busbetrieb. Am 1. Februar 2007 tritt er in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Thomas Nideröst.

Departement Technische Betriebe



Stadtwerk Winterthur

Stadtwerk Winterthur schloss das Berichtsjahr erfolgreich ab und legte eine erfreuliche Bilanz vor. Dabei liegen die Energie- und Entsorgungspreise nach wie vor deutlich unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Der Erfolg wurde auch nicht auf Kosten der Substanz erzielt. In Unterhalt und Ausbau der Infrastruktur wird denn auch laufend investiert.

Neben intensiv laufenden Tagesgeschäften war es die Vielzahl der Projekte, die in Atem hielten. Die Entwicklung eines neuen Stromprodukte- und Preissystems ist ein Beispiel. Der Abschluss der Planungen für die neue Verbrennungslinie in der KVA ein anderes.

Wasserversorgung

Rund 750 Proben bestätigten wiederum die einwandfreie Qualität des Winterthurer Trinkwassers. Im Berichtsjahr wurde ausserdem die Projektierung des Wasserreservoirs Oberwinterthur gestartet. Der unzureichende Versorgungsdruck im Brandfall in Hegi und Oberwinterthur hat dazu geführt, 2001 die Errichtung einer leistungsstarken Druckzone in die Wege zu leiten. In einer ersten Etappe wurden die Stufenpumpwerke Ohrbüel und Talwiesen sowie das Reservoir Hegiberg realisiert. In der zweiten Etappe wird nun das Reservoir Oberwinterthur gebaut. Baubeginn: Sommer 2007. Voraussichtliche Fertigstellung: Winter 2008.

Durch den Einbau von speziellen Trinkwasserturbinen in das Wasserleitungsnetz, noch vor dem Reservoir Ganzenbühl, liess sich zertifizierter Ökostrom produzieren. Trinkwasser-Kraftwerke erzeugen kaum Emissionen, beeinträchtigen die Trinkwasserqualität in keiner Weise und kommen praktisch ohne Eingriffe in die Natur aus. In einer Projektstudie, die in Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule Winterthur (ZHW) entstanden ist, hat Stadtwerk Winterthur eine Potenzialanalyse vorgenommen. Die Anlage könnte voraussichtlich Strom für 20 Einfamilienhäuser erzeugen. Aufgrund eines Vorprojekts wird entschieden, ob das Projekt 2007 realisiert wird.

Kennzahlen

	2006	2005	Veränderungen in %
Netzlänge (total; m)	425 443	424 047	+ 0,3
Absatz (abgegebene Wassermenge; Mio. m³)	8,71	8,74	- 0,3
Niederschlagsmengen	Einheit	2006	2005
Winterthur	mm	1 230	1 149
<i>Mit natürlichem Gefälle zufließendes Quell- und Grundwasser</i>			
Quellwasser	m³	291 000	332 300
Grundwasserfassung Hornsäge:			
Brunnenmesser	m³	7 759 600	7 567 000
Total mit natürlichem Gefälle zufließendes Quell- und Grundwasser	m³	8 050 600	7 899 300
<i>Gepumptes Grundwasser</i>			
Pumpwerk Hard	m³	13 300	13 400
Pumpwerk Hornwiden	m³	500 800	116 000
Pumpwerk Linsental	m³	301 000	444 400
Pumpwerk Mittlere Au	m³	155 400	107 600
Pumpwerk Weieracker	m³	93 700	288 700
Pumpwerk Sennschür	m³	146 100	209 100
Pumpwerk Obere Au	m³	157 700	355 600
Pumpwerk Stadthacker	m³	630 800	653 700
Total gepumptes Grundwasser	m³	1 998 800	2 188 500
Total Wassergewinnung	m³	10 049 400	10 087 800

	Einheit	2006	2005
Einwohnerschaft am 31.12.		97 732	96 144
<i>Wasserabgabe in 24 Stunden in Winterthur</i>			
Maximum 24.7.06	m³/Tag	37 000	34 160
Mittel	m³/Tag	25 500	25 340
Minimum 3.4.06	m³/Tag	17 830	15 370
Maximum pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter		379	355
Mittel pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter		261	264
Minimum pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter		182	160
<i>Ohne Industrie</i>			
Mittlerer Verbrauch	m³/Tag	21 700	21 109
Mittlerer Verbrauch pro Einwohnerin/Einwohner und Tag	in Liter	222	220
<i>Wasserabgabe im Jahr</i>			
Wasser in Winterthur			
Haushaltungen und Kleingewerbe	m³	6 093 900	5 997 600
Gewerbe und Industrie	m³	1 388 200	1 459 100
Öffentliche Zwecke	m³	142 100	109 000
Total in Winterthur	m³	7 624 200	7 565 700
Total an Vertragspartner (ausserhalb Winterthur)	m³	1 086 800	1 178 600
Total verrechnetes Wasser	m³	8 711 000	8 744 300

Stromversorgung

Handel mit Strom

Der Stromverbrauch nimmt schweizweit von Jahr zu Jahr zu. Eine Trendwende ist nicht auszumachen. Oft führen energietechnische Sparmassnahmen bei Gebäuden zwar zur deutlichen Reduktion des Wärmebedarfs, aber gleichzeitig wird der Strombedarf gesteigert. Auch in Winterthur ist ein Mehrverbrauch von 3,3 Prozent zu verzeichnen. Allein seit 2000 stieg der Stromverbrauch somit um 12,4 Prozent.

Im Berichtsjahr revidierte Stadtwerk Winterthur die Stromtarife. Das bisher starre Tarifsysteem wird durch ein kundenorientiertes und transparentes Produkte- und Preissysteem abgelöst. Ab 1. April 2007 wird die Kundschaft die Möglichkeit haben, den Strom frei zu wählen. Zusammenstellen lässt sich der eigene Strommix aus den sortenreinen Produkten Wasserstrom, Kernstrom, Recyclingstrom und Ökostrom. Daneben bietet Stadtwerk Winterthur auch ein Mixprodukt an: den Standard-Mix. Das neue System fördert den bewussten Umgang mit Strom. Die zweite Neuerung betrifft die Unterscheidung von Netznutzung und Stromlieferung. Nachdem Stadtwerk Winterthur bereits 2003 Netz und Handel in entsprechende Profit-Centers unterteilt hatte, werden ab Mitte 2007 Strompreis und Netznutzungskosten separat ausgewiesen. Das neue Preissysteem wird erlösneutral sein. Das Geschäftsjahr wurde geprägt von den Vorbereitungen zur Einführung des neuen Systems.

Gleichzeitig mit der Einführung der Wahlfreiheit beim Strom plant Stadtwerk Winterthur ein Modell zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energien. Unter der Bezeichnung «Stadtwerk Winterthur Klimafonds» wurde ein entsprechendes Konzept erarbeitet, das im Jahr 2007 dem Stadtrat vorgelegt wird.

Kennzahlen

	2006	2005	Veränderungen in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	567,84	550,56	+ 3,1
<i>Strombezug</i>			
Von der Axpo	Mio. kWh	Mio. kWh	
Von der KVA	506,8	495,2	+ 2,3
Von Verschiedenen	71,4	64,9	+ 9,9
	3,8	3,0	+ 24,9
Total Strombezug	581,9	563,2	+ 3,3

	2006	2005	Veränderungen in %
Stromabgabe	Mio. kWh	Mio. kWh	
Haushalt	176,3	173,6	+ 1,6
Kleingewerbe	71,5	62,3	+ 14,7
Grossindustrie	71,8	70,2	+ 2,3
Hochspannung-Sammeltarif	61,6	60,9	+ 1,2
Niederspannung-Sammeltarif	110,3	109,9	+ 0,4
Bündelkundschaft	66,3	64,0	+ 3,7
Öffentliche Beleuchtung	4,7	4,7	- 1,7
Stadtbus	5,5	5,2	+ 0,5
Elektrokessel (fakultativ)	0	0	
Verschiebung Ables-Bezugs- perioden/Messdifferenzen/Verluste	14,1	12,5	+ 12,6
Total Stromabgabe	581,9	563,2	+ 3,3

Stromnetz

Das Stromnetz in Winterthur befindet sich insgesamt in einem guten Zustand. Die Leitungsnetze im Mittel- und Niederspannungsbereich werden nicht nur grösser, sie werden auch laufend modernisiert. Die Inbetriebnahme des neuen Unterwerks Wülflingen oder die Einbindung der Sulzerareale Oberwinterthur und Stadtzentrum ins Fernwirk- und Leitsystem waren im Berichtsjahr Meilensteine. Der Einstieg in die Fernerfassung von Stromzählern über Funknetz und GPRS eröffnet neue Perspektiven.

Im Hinblick auf Arbeitssicherheit und Verhütung von Unfällen wurden die Ausbildungen nochmals intensiviert. So sensibilisierten unter anderem Kurzschlussversuche unter realen Bedingungen das Bewusstsein für die enormen Kräfte des Stroms. Neben der Arbeitssicherheit standen immer wieder Themen der Qualitätssicherung im Zentrum.

22 Jahre hat Heiner Bernhard die Hauptabteilung Technik Elektrizität geführt. Ende Jahr übergab er den Stab an Roman Friedrich. Heiner Bernhard wird als sehr erfahrener Mitarbeiter weiterhin für Aufgaben der Unternehmensentwicklung zur Verfügung stehen.

Kennzahlen

	2006	2005	Veränderungen in %
Netzlänge (total; m), ohne öff. Beleuchtung	1 062 387	1 045 731	+ 1,6
Anzahl Zähler	62 082	61 061	+ 1,7



Höhere Versorgungssicherheit im Raum Wülflingen dank des neuen Unterwerks.

Erdgasversorgung

Handel mit Erdgas

Trotz Irritationen, die anfangs Jahr der russisch-ukrainische Erdgas-Streit im Markt hervorgerufen hat, bezeichnen viele Experten Erdgas als Energieträger der Zukunft. Gegenüber Erdöl kann es mit einem höheren Wirkungsgrad in Heizenergie umgewandelt werden. Zudem wird bei der sauberen Verbrennung zu Heizzwecken – ohne Staub und nahezu russfrei – ein Viertel weniger CO₂ ausgestossen. In Winterthur ist der Verbrauch 2006 witterungsbedingt um 1,4 Prozent gesunken. Stadtwerk Winterthur konnte 2006 unter anderem das Einkaufszentrum Coop Grüze als neuen, namhaften Erdgas-Kunden gewinnen.

Die hohen Erdölpreise auf dem Weltmarkt wirkten sich auf das Erdgas Preisniveau aus. Die steigenden Beschaffungskosten zwangen auch Stadtwerk Winterthur zu Preisanpassungen auf den 1. Juli und den 1. Dezember. Insgesamt ist der Erdgaspreis um rund 10 Prozent gestiegen. Auch der Preis für den Treibstoff Naturgas – ein Gemisch aus Erdgas und Biogas – musste per 1. Oktober angepasst werden. Selbst nach diesen Preiserhöhungen bleiben Erd- und Naturgas konkurrenzfähig.

In Winterthur hat das zweite, gasbetriebene Kehrachtsammelfahrzeug seine Fahrt aufgenommen. Weitere werden folgen. Stadtwerk Winterthur selbst hat insgesamt 28 Erdgasfahrzeuge im Einsatz und unterstützt mit einer Förderaktion das Autofahren mit Erdgas aktiv.

Kennzahlen

	2006	2005	Veränderungen in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	461,512	468,106	- 1,4
angeschlossene Leistung (MW)	336	332	+ 1,2

Gasnetz

Verteilt wurde Erdgas in Winterthur durch ein Gasnetz, das aus 43 Kilometer Hochdruck- und 196 Kilometer Niederdruckleitungen bestand. Im Berichtsjahr konnten 105 neue Anschlüsse ans Netz genommen werden. Insgesamt gibt es in Winterthur zurzeit mehr als 9300 Gaskundinnen und Gaskunden.

Das Winterthurer Gasnetz ist in einem guten Zustand und weist kaum Leckagen auf. Trotzdem wird die Netzqualität systematisch überprüft und in den Netzzunterhalt laufend investiert. Im Berichtsjahr konnte die Sanierung der Versorgungsleitungen aus Grauguss abgeschlossen werden. Die technisch überholten Leitungen wurden ersetzt.

Das Projekt Druckerhöhung im Gas-Niederdrucknetz läuft auf Hochtouren. Rund 2500 neue Druckregler wurden in Hausinstallationen eingebaut. Das Ziel einer Druckerhöhung auf Herbst 2007 wird voraussichtlich erreicht werden. Die Druckerhöhung ist die grösste technische Innovation seit der Erdgas-Einführung im Jahr 1974. Davor wurde Winterthur noch mit Stadtgas versorgt. Durch die Druckerhöhung im Niederdrucknetz von 23 auf 50 Millibar wird die Leistungsfähigkeit des Winterthurer Gasnetzes massiv steigen. Die Versorgungssicherheit wird sich damit erhöhen bei gleichzeitiger Senkung der Verteilungskosten.

Kennzahlen

	2006	2005	Veränderungen in %
Netzlänge (total Rohrnetz; m)	237 705	239 728	- 0,8
Anzahl Zähler (werkeigene und private)	9 376	9 391	- 0,2

Wärme- und Energieversorgung

Fernwärmeversorgung

Fernwärme trägt zur Schadstoffreduktion bei und ist annähernd CO₂-neutral. Die Preise sind vergleichsweise günstig und seit mehreren Jahren stabil. Die Energie aus dem erneuerbaren Rohstoff Abfall steht für Versorgungssicherheit. Im Berichtsjahr wurden mit Fernwärme 6 Prozent des Wärmebedarfs in Winterthur abgedeckt.

Das Netzleitungssystem für Fernwärme ist wiederum gewachsen: von 20,183 Kilometer auf eine Gesamtlänge von 21,329 Kilometer. 12 Neukunden und Neukundinnen wurden ans Fernwärmenetz angeschlossen. Der Ring zwischen KVA und Mattenbach konnte zu zwei Drittel realisiert werden. Durch einen 135 Meter langen Leitungstunnel, der 15 Meter unter der St.Gallerstrasse durchführt, wird ein wichtiges Tor für die Fernwärmeversorgung Oberwinterthur erschlossen. Mit dessen Bau konnte planmässig im Oktober begonnen werden.

Die Integration des ehemaligen Sulzer-Wärmenetzes in Oberwinterthur ist in vollem Gange. Der Ausbau erfolgte unter anderem von der Scheideggstrasse in Richtung Hörnliststrasse. Der Netzausbau wird in den kommenden Jahren fortgesetzt. Zwei Drittel des sich um die KVA strahlenförmig ausbreitenden Fernwärmenetzes sind realisiert, ungefähr ein Drittel der geplanten Netzkapazität muss noch gebaut werden. Danach wird es um die schrittweise Verdichtung des Netzes gehen.

Der aus dem Jahr 1998 stammende Energieplan wurde den aktuellen Anforderungen angepasst. Gebietskorrekturen nahm man unter dem Gesichtspunkt einer Verbesserung der Energieeffizienz vor. Das Fernwärmegebiet wurde dabei um rund 5,5 Prozent vergrössert. Innerhalb dieses Gebiets sollen zugunsten der Fernwärme fossile Brennstoffe – auch Erdgas – weniger als bislang eingesetzt werden.

Kennzahlen

	2006	2005	Veränderungen in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	93,852	94 562	- 0,8
angeschlossene Leistung (MW)	73,39	72,29	+ 1,5
Anschlüsse	236	224	+ 5,4
Netzlänge (total;m)	21 329	20 183	+ 5,7
<i>Anteile der einzelnen Energieträger:</i>			
Dampf aus KVA	93 730 ²⁾	92 067 ²⁾	+ 1,8
Erdgas	3 889	10 616	- 63,4
Heizöl extraleicht	7 070	2 052	+ 344,5
Total	104 689	104 735	- 0,0

²⁾ inkl. Sulzer

Energie-Contracting

Das sechs Jahre junge Geschäftsfeld Energie-Contracting entwickelt sich gut und beschäftigte vier Mitarbeitende. Die unkomplizierte Energieversorgung zu wirtschaftlich interessanten Konditionen stiess auf reges Interesse. Bereits 10 Anlagen, die 90 Kundenobjekte versorgen, stehen im Einsatz. Oft wird mit Holz geheizt. Der heimische und nachwachsende Energieträger erfreut sich grosser Beliebtheit.

Die Holzschnitzelheizanlage Sennhof konnte in Betrieb genommen werden. Insgesamt wurden hier 2,8 Millionen Franken investiert. Erstmals wurde ein bestehendes Wärmenetz übernommen und in ein neues Energie-Contracting-Netz integriert. An die Anlage angeschlossen sind 100 Wohnungen der Heimstättengenossenschaft Winterthur (HGW), die Kundschaft des alten Dorfnetzes und die Fabrik Hermann Bühler AG. Auch das sich im Bau

befindende Schulhaus und noch zu realisierende Wohnungen werden in Zukunft von dieser Anlage aus beheizt.

Neu wurde der Wärmeverbund Brühlberg mit der Brühlgut-Stiftung, GAIWO und dem Altersheim Brühlgut sowie verschiedenen Wohnhäusern an die Wärmeversorgung des Sulzerareals Stadtmitte angeschlossen. Der Vertrag mit der Zimmer GmbH über die Kälteversorgung wurde verlängert. Das Potenzial für unabhängige Verbund-Energieanlagen ist nicht ausgeschöpft. Die positive Entwicklung wird Stadtwerk Winterthur erlauben, weiterhin neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Grossanlagen wie jene, die Stadtwerk Winterthur in Betrieb hat, verbrennen viel sauberer als Kleinanlagen und gewährleisten dadurch, dass die Feinstaubemissionen bereits sehr gering sind. Um eine noch weitere Verbesserung zu erzielen, plant Stadtwerk Winterthur den kostenintensiven Einbau von Filtern in den mit Energieholz betriebenen Energie-Contracting-Anlagen. Die Investitionen erfolgen, obwohl die Anlagen von Stadtwerk Winterthur nach dem aktuellen Stand der Technik erstellt sind und unter ständiger elektronischer Beobachtung stehen, so dass Unregelmässigkeiten im Betrieb und damit negative Auswirkungen auf die Emissionen rechtzeitig erkannt werden können.

Kennzahlen

	2006	2005	Veränderungen in %
Absatzmenge Wärme (Mio. kWh)	46,566	40,268	+ 15,6
Absatzmenge Kälte (Mio. kWh)	2,364	1,744	+ 35,6

Verteilung der Energieträger im Energie-Contracting

	in % 2006	in % 2005
Gasbezug	69,4	83,8
Heizölbezug	10,3	0,6
Holzschnitzelbezug	15,9	11,8
Strombezug	4,4	3,8

Kehrichtverbrennungsanlage (KVA)

Rund 1000 Personen besuchten im Oktober die KVA (Kehrichtverbrennungsanlage) von Stadtwerk Winterthur anlässlich des Tages der offenen Tür. Besucherinnen und Besucher konnten miterleben, wie aus Abfall Strom und Fernwärme entstehen und wie man Rauchgase und Abwässer nach der Verbrennung reinigt. Rund 15 Prozent des Stroms und 6 Prozent des Wärmebedarfs werden in Winterthur durch Abfallenergie erzeugt. Nach wie vor weist die KVA Winterthur die tiefsten Kehrichtverbrennungspreise im Kanton aus.

Die Planung für den Ersatz der Verbrennungslinie 1, die noch aus dem Jahre 1978 stammt, und die Ergänzung der Rauchgasreinigung konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Das 187 Millionen Franken schwere Projekt wurde vom Gemeinderat im Dezember genehmigt und wird dem Volk 2007 zur Abstimmung vorgelegt. Die neue Verbrennungslinie wird den energetischen Gesamtwirkungsgrad der KVA von 33 auf 44 Prozent erhöhen, ohne mehr Abfall zu verbrennen. Voraussichtlich im Jahre 2010 soll die modernisierte KVA den Betrieb aufnehmen.

Die KVA hat die operative Zusammenarbeit im Zürcher Abfallverwertungs-Verbund (ZAV) intensiviert. Der ZAV vereint alle fünf Betreiber von Kehrichtverbrennungsanlagen im Kanton Zürich. Mit total dreizehn Ofenlinien in sechs Werken und einer Gesamtkapazität von rund 800 000 Tonnen Abfall entsorgt und verwertet der ZAV pro Jahr mehr als ein Viertel der gesamtschweizerischen Abfallmenge. Der ZAV hat bereits für die einzelnen Betreiber Einsparungen erzielt und Synergien realisiert. So konnten Kapazitäten besser genutzt und Anlagen optimal

ausgelastet werden. Die angestrebte Betriebsgesellschaft wird diese Synergien noch umfassender nutzen. Vorerst ist ein 3-jähriger Pilotbetrieb geplant.

Kennzahlen

	2006	2005	Veränderungen in %
Verbrannte Abfälle (t)	185 359	166 648	+ 11,2
Dampfproduktion (t)	741 716	657 010	+ 12,9
Stromverkauf (Mio. kWh)	71,349	64,9	+ 9,9
Schlacke	38 045 t	34 120 t	+ 11,5
Reststoffe aus Rauchgasreinigung	4 135 t	4 049 t	+ 2,1
Turbinenbetrieb	511 178 t	499 109 t	- 2,4

Rauchgasemissionen (mg/Nm³)	2006	2005	GW LRV*
CO-Jahresmittelwert Verbrennungslinie 1	18,37	25,24	50
CO-Jahresmittelwert Verbrennungslinie 2	11,07	11,63	50
NO _x -Jahresmittelwert Verbrennungslinie 1	50,48	54,99	80
NO _x -Jahresmittelwert Verbrennungslinie 2	55,17	55,60	80
SO ₂ -Jahresmittelwert Verbrennungslinie 1	1,35	2,46	50
SO ₂ -Jahresmittelwert Verbrennungslinie 2	10,32**	5,03	50

*) Grenzwert Luftreinhalteverordnung

**) Der vergleichsweise hohe Wert ist auf ein Problem in der Rauchgasreinigung zurückzuführen, das über mehrere Monate nicht lokalisiert werden konnte. Der Grenzwert der Luftreinhalteverordnung wurde jedoch nicht überschritten, das Problem konnte zwischenzeitlich (Ende August) gefunden und behoben werden.

Abwasserreinigungsanlage (ARA)

Die ARA (Abwasserreinigungsanlage) ist ein komplexes technisches System, das laufend modernisiert werden muss, um ökologischen und ökonomischen Anforderungen gerecht zu werden; zum Beispiel wurden die Gasmotoren des Blockheizkraftwerks ersetzt und Rechen für den Regenüberlauf eingebaut. Die Qualität des gereinigten Abwassers übertraf die gesetzlichen Grenzwerte. Trotzdem gilt es, wachsam zu bleiben. So stellen beispielsweise Arzneimittel-Rückstände oder Wasserverunreinigungen im Mikro- und Nanobereich die Abwasserreinigungstechnik generell vor neue Herausforderungen.

Die Kläranlage Hard deckte ihren Wärmebedarf grösstenteils selbst ab und produzierte zudem 26 Prozent des für den Eigenbetrieb benötigten Stroms.

Die Heimstättengenossenschaft Winterthur (HGW) hat in der Tösswiese in Neftenbach eine Wohnüberbauung realisiert, die 100 Prozent ihres Wärmebedarfs aus dem gereinigten Abwasser der Kläranlage abdeckt. Benötigt wird ein geringer Anteil des gereinigten Abwassers, das mit Hilfe von Pumpen unter der Töss hindurch zur Überbauung geführt wird. Dort wird dem Abwasser mittels Wärmetauscher und Wärmepumpen die Wärmeenergie entzogen, die für das Warmwasser und die Heizung aufbereitet wird. Das um 4 bis 5 Grad Celsius abgekühlte Wasser fliesst anschliessend in die Töss zurück. Beheizt werden so insgesamt 48 Wohnungen. Im Vergleich mit Ölheizungen können dadurch grosse Schadstoffmengen vermieden werden. Während der Lebensdauer der Gebäude ist mit einer CO₂-Verminderung von 41 000 Tonnen zu rechnen.

Kennzahlen

	2006	2005	Veränderungen in %
Abwasserdurchfluss (m³)	20 135 060	17 874 690	+ 12,7
Schlammverbrennung (m³)	77 266	73 790	+ 4,7

Datennetz

Seit Juli ist das Geschäftsfeld Telekom nicht nur als Profit-Center, sondern auch als eigenständige Abteilung innerhalb der Hauptabteilung Technik Elektrizität organisiert. Das Team ist von zwei auf fünf Mitarbeiter gewachsen. Hinzugekommen ist Fachkompetenz im Bau und Betrieb von Glasfasernetzen mit aktiven Netzwerkkomponenten der IP-Kommunikation. Seit August verfügt Stadtwerk Winterthur zudem über eine Bakom-Lizenz als Fernmeldedienst-Anbieter.

In Kooperation mit Swisspower präsentierte sich die Abteilung an der Orbit-iEX 2006 in Zürich einem breiten Publikum. Mit dem CityNet bietet Stadtwerk Winterthur modernste Breitband-Kommunikation an. Damit können IP-Telefonie (Telefonie über das Datennetz), IP-TV, Video, Internet und Multimedia-Dienste über ein- und dasselbe Netz übermittelt werden.

Die Netzlänge des CityNet ist um nahezu 30 Kilometer auf über 100 Kilometer gewachsen. Realisiert wurden in der Hauptsache individuelle Punkt zu Punkt Verbindungen mit kundenspezifischen Hausanschlüssen. Auch die Anbindung an das Schweizer Telecom-Netz «Open Access Wave» von Swisspower konnte realisiert werden. Damit konnten neu feste Verbindungen nach Zürich, Basel, Bern und Genf angeboten werden. In Betrieb genommen wurde zudem eine sichere, weil redundante Gigabit-Verbindung in ein bedeutendes Zürcher Telehouse (Telehouses sind betriebsbereite und gesicherte Räume, die Firmen für deren Datenübertragungskomponenten zur Verfügung gestellt werden. Den Firmen bietet sich dadurch die Möglichkeit der Vernetzung). Ausserdem konnte der Aufbau von Partnerschaften mit Netzbetreibern und Internet Service Providern vorangetrieben werden.

Kennzahlen

	2006	2005	Veränderungen in %
Netzlänge (total)	103 000	73 000	+ 41,1
Anzahl Telehouses	6	6	0,0

Öffentliche Beleuchtung

Die Equipe, die sich bei Stadtwerk Winterthur und im Auftrag der Stadt Winterthur um die öffentliche Beleuchtung kümmert, umfasste im Berichtsjahr zehn Personen. Verkehrssicherheit und Sicherheit im öffentlichen und halböffentlichen Raum sind die zentralen Themen. Das Team hat Massnahmen der Arbeitsgruppe «Sicherheit im öffentlichen und halböffentlichen Raum» umgesetzt und wird in dieser Richtung weiterhin aktiv sein.

Die letzten Quecksilberlampen konnten durch effizientere Leuchtmittel ersetzt werden. Obwohl die Anzahl Leuchtstellen seit 1974 um zirka 3700 zugenommen hat, ist der Energieverbrauch kleiner geworden. Der massvolle Einsatz von Licht vermeidet zudem die so genannte Lichtverschmutzung (das unnötige Abstrahlen von Licht in den Nachthimmel).

Der Stadtrat hat die Beleuchtung Winterthurs zu einem Schwerpunktthema der Legislatur gemacht. Das Grundkonzept «Stadtlicht Winterthur: Städtebauliche Studie und Lichtstrategie» wurde 2006 erstellt. Darauf aufbauend wird 2007 ein Gesamtkonzept «Stadtlicht Winterthur» als Richtschnur für die konkrete Umsetzung von Erneuerungsmassnahmen zur Stadtbeleuchtung realisiert. Erste Pilotprojekte sollen ebenfalls 2007 realisiert werden. Dabei geht es nicht um mehr Licht, sondern um das richtige Licht am richtigen Ort.

Kennzahlen öffentliche Beleuchtung

	2006	2005	Veränderungen in %
Anzahl Leuchtstellen	9 469	9 403	+ 0,7
Netzlänge (m)	533 574	525 424	+ 1,6

Dienstleistungen**Haustechnik**

Im Zusammenhang mit der Druckumstellung im Gasnetz wurden mehr als 2200 Gasdruckregler eingebaut. Neben den laufenden Tagesgeschäften übernahm das Team auch den Pikettdienst und kam im Berichtsjahr bei Störungen oder Notfällen 370 Mal zum Einsatz. Der Pikettdienst ist als 24-Stunden-Service organisiert und so ausgelegt, dass in den Kompetenzfeldern Elektrizität, Sanitäranlagen und Gas immer ein Spezialist zur Stelle ist.

Kennzahlen

	2006	2005	Veränderungen in %
Anzahl Aufträge	3 514	3 726	- 5,7
Anzahl Piketteinsätze (total)	370	359	+ 3,1

Kundenzentrum

Der Energie Laden schloss am 20. Mai seine Tore. Damit ging eine 101-jährige Geschichte zu Ende. Stattdessen wurden verschiedene Anlaufstellen von Stadtwerk Winterthur zusammengefasst und ein Kundenzentrum eingerichtet, das im Juli eröffnet wurde. Damit erhielt die Privatkundschaft (rund 45 000 Haushalte) ein zentrales Auskunfts- und Informationszentrum, wie es Energieversorger auch in anderen Städten unterhalten oder planen. Mit der Eröffnungs-Ausstellung «Energie im Haushalt» nahm das Kundenzentrum seinen Betrieb auf und organisierte in der Folge verschiedene gut besuchte Informationsveranstaltungen. Die Kontaktzahlen des Kundenzentrums stiegen von Monat zu Monat und lagen nach fünf Monaten bereits bei über 5000.

Im Dezember kürzte der Grosse Gemeinderat das Budget 2007 von Stadtwerk Winterthur um 400 000 Franken mit der expliziten Aufforderung, das Kundenzentrum zu schliessen. Stadtwerk Winterthur kam dem Auftrag nach und wird das Kundenzentrum Ende Januar 2007 schliessen. Kündigungen mussten keine ausgesprochen werden, da das Kundenzentrum nicht über eigenes Personal verfügte, sondern durch Mitarbeitende aus verschiedenen Abteilungen betreut wurde.

Im Hinblick auf die Wahlfreiheit bei Stromprodukten, einem tendenziell immer breiter gefächerten Angebot und der zunehmenden Komplexität von Energiethemen dürfte die individuelle Beratung jedoch an Bedeutung gewinnen. Künftig soll deshalb ein einfacher Kundendienst an der Unteren Vogelsangstrasse den Bedürfnissen der Privatkundschaft bestmöglich gerecht werden.

Stadtbus Winterthur

Das Berichtsjahr steht für personelle, technische und betriebliche Veränderungen. Die Geschäftsleitung wurde im Sommer mit einem neuen technischen Leiter, Ernst Nef, vervollständigt. Am 10. November nahm Direktor Urs Huber von seinem Arbeitsplatz Abschied. Während zwanzig Jahren leitete und prägte er den städtischen Busbetrieb. An einer Abschiedsfeier dankten ihm der Departementsvorsteher, die Direktion des ZVV sowie die Geschäftsleitung und die Mitarbeitenden von Stadtbus für die gute Zusammenarbeit und seinen Einsatz. Offiziell tritt Urs Huber per 1. Februar 2007 in den Ruhestand.

Mit der Ausmusterung der alten Saurer-Trolleybusse geht eine Ära zu Ende. Moderne und komfortable strombetriebene Busse aus Polen stehen künftig im Einsatz. Mit der neuesten Generation von Dieselnissen, von denen drei Exemplare auf den Fahrplanwechsel geliefert wurden, konnte nochmals eine Steigerung zu Gunsten der Luftreinhaltung realisiert werden.

Mit dem Motto «Aus vier mache zwei» und dem Ziel, zusätzliche Direktverbindungen anzubieten, welche das Stadtgebiet durchqueren, wurden zwei neue Linien (3 und 5) geschaffen.

Mit der Leitstelle erhalten die Fahrgäste stets aktuelle Informationen über Anzeigetafeln und Bildschirme. Dank Videoüberwachung können Fahrgäste, welche Sachbeschädigungen usw. begehen, identifiziert und belangt werden.

Der grosse Einsatz der Mitarbeitenden zugunsten der Kundinnen und Kunden hat sich gemäss Umfrageergebnisse zur Dienstleistungsqualität gelohnt.

Aufwand und Ertrag

Die Rechnung schliesst mit einem Totalaufwand von 38 490 361.34 Franken und einem Totalertrag von 39 491 220.20 Franken ab. Der Überschuss von 1 000 858.86 Franken wird der Betriebsreserve zugewiesen. Die Einlage in die Betriebsreserve ist die Differenz zwischen budgetiertem Leistungsentgelt (Basis Gesamtaufwand ZVV-Vorschlag) und effektivem Aufwand der Laufenden Rechnung.

Die Zunahme der Personalkosten von 3 % entspricht der budgetierten Lohnentwicklung sowie Mehrkosten für Überstunden im Fahrdienst infolge tieferer Produktivität. Die gesunkene Produktivität ist das Ergebnis der Absenzenentwicklung in den Bereichen Krankheit und Unfall sowie vermehrter Pikettleistungen. Im Sachaufwand sind die Kosten für den Gebäude- und Fahrzeugunterhalt gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Kosten für den Fahrzeugunterhalt haben – infolge vermehrter Eigenschäden – massiv zugenommen. Mehrkosten verursachten der Fahrleitungsunterhalt (Baustellen und Erneuerungen) und die Haltestellen-Infrastruktur. Gestiegen sind die Kapitalkosten, da die im Rechnungsjahr getätigten Investitionen (u.a. Trolleybusse und Leitstelle) erstmals Abschreibungskosten verursachen. Aufgrund des höheren Buchwertes des Anlagevermögens sind auch die Kapitalzinsen gestiegen. Die Nebeneinnahmen entsprechen ungefähr dem Vorjahr. Mindereinnahmen waren bei den Mieterträgen zu verzeichnen, während das gute Vorjahresergebnis bei den Reklameerträgen um 5 % gesteigert werden konnte.

Die Betriebsreserve weist folgende Zahlen aus:

Betriebsreserve	Einlage Fr.	Entnahme Fr.	Saldo Fr.
Betriebsreserve per 1.1.06			1 943 463.53
Diverse Personalaktionen		– 38 068.95	
Ergebnis Rechnung 2006	1 000 858.86		
Betriebsreserve 31.12.2006	1 000 858.86	– 38 068.95	2 906.253.44

Leistungsspiegel SBW

Aufwand/Einnahmen	2005	2006	ABW %
Personalaufwand	25 050	25 802	3,0
Sachaufwand	6 738	7 707	15,3
Kapitalaufwand	3 954	4 907	24,1
Transportbeauftragter	12	11	– 8,3
Total Aufwand	35 754	38 490	7,7
Total Nebeneinnahmen	2 353	2 306	– 2,0

Gesamtaufwand pro Fahrplankilometer

Personalaufwand	Fr./km	5,71	5,83	2,1
Sachaufwand	Fr./km	1,54	1,75	13,6
Kapitalaufwand	Fr./km	0,90	1,11	23,3
Total Fahrplankilometer	Fr./km	8,16	8,69	6,5

Personalbestand per 31.12. (Anzahl Mitarbeitende)

Direktion / Verwaltung	26,00	24,00	– 7,7
Betrieb / Fahrdienst /			
Testkunden	191,00	194,00	1,6
Technik / Werkstatt	31,00	28,00	– 9,7
Lehrlinge / Praktikanten	1,00	1,50	50,0
Total Personalbestand	249,00	247,50	– 0,6

Fahrzeugbestand per 31.12.

Gelenktrolleybusse	Anzahl	31	31	0,0
Standardautobusse	Anzahl	29	30	3,4
Gelenkautobusse	Anzahl	18	15	– 16,7
Total Fahrzeuge	Anzahl	78	76	– 2,6

Fahrplankilometer

Stadt	Trolleybusse	km	1 674 573	1 709 943	2,1
	Autobusse	km	1 756 130	1 697 323	– 3,3
	Total Stadt	km	3 430 703	3 407 266	– 0,7
Region	Winterthur – Flughafen	km	512 394	525 061	2,5
	Winterthur – Elsau	km	88 728	88 893	0,2
	Winterthur – Dättlikon	km	124 912	134 692	7,8
	Winterthur – Gundetswil	km	123 182	126 415	2,6
	Brütten – Nürensdorf – Effretikon	km	90 457	89 711	– 0,8
	Nachtbusse	km	37 124	37 718	1,6
Total Region		km	976 797	1 002 490	2,6
Total Stadt und Region		km	4 407 500	4 409 756	0,1

Energieverbrauch

Fahrstrom	kWh	5 183 760	5 448 025	5,1
Dieselloil	Liter	1 327 974	1 229 810	– 7,4

Landesindex (Basis 2000 = 100 %)

Stand Dezember	Punkte	105,20	105,90	0,7
----------------	--------	--------	---------------	-----

Nachtbus: Die Geschichte eines Erfolgs

Seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2002 stellt der ZVV jeweils in der Nacht Freitag/Samstag und Samstag/Sonntag ein umfassendes Nachtangebot bereit. Dieses erfreut sich einer wachsenden Beliebtheit. Allein auf den vier von Stadtbus betriebenen Linien N61 (Winterthur–Oberwinterthur–Stadel–Sulz–Rickenbach–Ellikon), N65 (Winterthur–Oberseen–Hegi–Elsau–Wiesendangen), N66 (Winterthur–Brütten–Nürensdorf–Lindau–Kemptthal) und N67 (Winterthur–Wülflingen–Neftenbach–Pfungen–Dättlikon) werden am Wochenende durchschnittlich rund 800 Fahrgäste befördert.

Der Erfolg der ersten vier Jahre hat den ZVV bewogen, ab Dezember die Betriebszeiten um eine Stunde zu verlängern; damit verlassen die letzten Nachtbusse Winterthur um 4.30 Uhr, weniger als zwei Stunden vor der Wiederaufnahme des Tagesbetriebs.

Qualität stimmt bei Stadtbus Winterthur

Im Rahmen der alle zwei Jahre im ganzen ZVV-Gebiet einheitlich durchgeführten Umfrage zur Dienstleistungsqualität bestätigten die Fahrgäste die guten Resultate von 2004.

Mit 75 Punkten ist das Ergebnis im Bereich «Fahrleistung» erfreulich. Insbesondere dem Fahrpersonal wurde ein gutes Zeugnis ausgestellt betreffend Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft und Fahrweise. Ebenfalls wurde der Fahrkomfort als positiv beurteilt (bequemes Ein- und Aussteigen, Temperatur im Fahrzeug, geringer Lärmpegel).

Zunehmend Probleme jedoch bereitete der Aspekt «Zuverlässigkeit». Aufgrund der allgemeinen Verkehrszunahme auf den städtischen Strassen, vor allem aber infolge der Vielzahl von Störungen auf der Autobahn rund um Winterthur und dem daraus resultierenden Ausweichverkehr, litt die Pünktlichkeit der Busse. Entsprechend fiel das Ergebnis wenig erfreulich aus und muss als Aufforderung gewertet werden, geeignete Massnahmen zu suchen.

Markt

Auf den Fahrplanwechsel vom 10. Dezember wurden die Linie 3 (Rosenberg) und 6 (Oberseen) sowie die Linie 5 (Technorama) und 13 (Dätttau) miteinander verknüpft. Damit sind zwei neue Durchmesserlinien entstanden, welche Oberseen mit dem Rosenberg und Töss mit Hegi verbinden.

Die teilweise geänderten Fahrtrouten der Linien 3, 5 und 14 im Bereich der Altstadt erforderten die Verschiebung einiger Abfahrtsplätze am HB. An der Haltestelle «Gewerbeschule» wurde an der St. Galler-Strasse eine zusätzliche Haltekante für die stadteinwärts verkehrenden Busse der Linien 5 und 14 realisiert.

Mit der Eröffnung der äussersten S-Bahn-Station der Zone 20 (Winterthur), welche werktags im Halbstundentakt von der S35 bedient wird, wurde die Linie 14 entsprechend verlängert. Die Erschliessung von Hegi wird zudem mit der zusätzlichen Bushaltestelle «Hofackerstrasse» weiter optimiert.

Auf der Linie 10 (HB–Oberwinterthur) verkehren die Busse tagsüber im 15-Minuten-Takt und neu auf den Linien 1 und 2 zwischen 19 und 20 Uhr im 10-Minuten-Takt.

Zwischen Winterthur und Neftenbach kann dank einer Zusammenlegung der Leistungen der Linie 670 von Postauto und der Linie 665 von Stadtbus ohne Mehraufwand von Montag bis Freitag der Halbstundentakt eingeführt werden.

Technik

Spitzenrang dank umweltschonender Technik

Lag Stadtbus im nationalen Vergleich Anfang Jahr noch auf Platz 2 hinter Basel (alle Busse mit Abgasnachbehandlung ausgerüstet), ist inzwischen ebenfalls ein 100-prozentiger Erfüllungsgrad erreicht worden: 43 Busse sind mit CRT-Partikelfiltern, die drei neuesten Busse der Flotte mit SCR (Selective Catalytic Reduction) und einem nach-



Bereit zur Reise: Aus der Flotte ausgeschiedene Busse kommen in Rumänien zum Einsatz.

gelagerten Partikelfilter ausgerüstet. Mit der SCR-Technologie erfüllen Letztere die im Oktober vom Bund vorgegebenen Euro-4-Normen für Neufahrzeuge. Die neueste Generation von Dieseldieseln hat sich damit im Vergleich zu Gasbussen bezüglich Luftreinhaltung als ebenbürtig erwiesen.

Abschied von Saurer-Gelenktrolleybussen

Im Laufe des Jahres wurden die Saurer-Gelenktrolleybusse definitiv aus der Flotte ausgeschieden. Sie waren beinahe ein Vierteljahrhundert bei Stadtbus und leisteten je 1,2 Millionen Kilometer. Bezüglich Komfort entsprachen diese Fahrzeuge nicht mehr den heutigen Erwartungen der Kundschaft. Insbesondere fehlten der ebenerdige Einstieg, die Klimaanlage und der helle Fahrgastraum. Im Februar wurden die ersten Fahrzeuge mit den Nummern 126, 127, 128 und 129 auf dem Güterbahnhof auf Bahnwagen verladen. Zwei weitere (124 und 130) folgten im August, und die letzten Busse (122 und 125) verliessen Winterthur am 18. Dezember. Die Busse kommen nun in Rumänien zum Einsatz. Stadtbus stehen jetzt zehn modernste, in den Jahren 2005/2006 angeschaffte Solaris-Niederflur-Gelenktrolleybusse (171 bis 180) zur Verfügung, welche wie die Dieseldieseln aus Polen stammen.

Drei neue Dieseldieseln aus Polen (Ersatzbeschaffung)

Pünktlich auf den Fahrplanwechsel vom 10. Dezember hat Stadtbus drei Autobusse (Solaris 12, III) der neusten Generation erhalten.

Die Busse benötigen nebst Diesel als Betriebsmittel auch eine Harnstofflösung (Ad Blue) für den eingebauten Oxidationskatalysator (SCR-Technologie). Der Verbrauch an Harnstofflösung entspricht etwas 4 bis 6 % des Dieseldieselsverbrauchs. Mit diesem System, kombiniert mit einem Partikelfilter, wird der Stickoxyd- und Feinstaubausstoss auf ein Minimum reduziert.

Betrieb

Leitstelle: Montage der Abfahrtsanzeiger SmartInfos

Am 21. August wurde die Leitstelle in Winterthur in Betrieb genommen. Die Disponenten können nun in drei Schichten den gesamten Busverkehr von morgens um 4.30 bis nachts um 1.30 Uhr aus der Leitstelle dirigieren.

Parallel dazu wurden weitere Aufbau- und Installationsarbeiten weitgehend abgeschlossen:



Installation der SmartInfos: Abfahrtsanzeigen verbessern Fahrgastinformationen.

- Seit September sind alle Fahrzeuge umgebaut. Den Chauffeurinnen und Chauffeuren stehen Touchscreens zur Verfügung, über welche sie diverse Informationen betreffend Fahrzeiten, Anschlüsse usw. erhalten und mit der Leitstelle Kontakt aufnehmen können – schriftlich oder per Funk.
- Den Fahrgästen werden über Bildschirme die nächsten Haltestellen, Ankunftszeiten und Anschlüsse angezeigt und über Lautsprecher weitere Informationen (z.B.

kurzfristige Routenänderungen bei besonderen Vorkommnissen) in den Fahrgastraum übermittelt.

- An stark frequentierten Haltestellen (Zentren Töss und Seen, Schmidgasse, Stadthaus und Hauptbahnhof) sind Abfahrtsanzeiger (SmartInfos) installiert, welche nach Abschluss einer Testphase über die Wartezeit bis zur Abfahrt des jeweiligen Busses orientieren werden.

Der gesamte Busverkehr kann somit aus der Leitstelle überwacht werden. Bei Bedarf kann unterstützend via Funk oder per Textmeldungen eingegriffen werden. Davon profitieren Fahrpersonal und Fahrgäste gleichermassen.

In den kommenden Monaten geht es darum, Mängel auszumerzen, die Systemstabilität weiter zu verbessern und den Betrieb respektiv die Nutzung des Systems zu optimieren.

Videoüberwachung in den Bussen: Mehr Sicherheit, weniger Vandalismus!

Im Laufe des Jahres rüstete Stadtbuss Winterthur vorerst sechs Fahrzeuge mit Überwachungskameras aus (fünf Zweiachsbusse und ein Gelenkautobus). Diese wurden primär auf den Nachtlinien und im Abendverkehr eingesetzt. In der übrigen Zeit richtete sich der Einsatz nach den betrieblichen Bedürfnissen. Die Fahrzeuge wurden mit entsprechenden Piktogrammen nach innen und aussen gekennzeichnet.

Die Videoüberwachung dient dem Schutz der Reisenden, des Fahrpersonals und der Infrastruktur, welche eine durch Vandalismus verursachte Schadenssumme von 143 000 Franken aufweist. Nebst der Prävention können mittels Videoüberwachung strafbare Handlungen konsequenter geahndet werden.

Forstbetrieb

Nach dem Orkan Lothar 1999 und dem Hitzesommer 2003 war das Berichtsjahr das dritte Jahr mit extremem Witterungsverlauf: Rekordschneemengen im Februar, extreme Trockenheit und heissester Juli seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Ein dichtes Netz von neuen, bisher noch kleinen Schadenflächen mit Schneebruch, Käfer und Trockenschäden an Fichte, Tanne und Buche war die Folge. Sollte sich die Kette von Extremjahren fortsetzen, ist eine Ausdehnung der Schäden in den Altbeständen und ein Einbruch des Holzzuwachses zu befürchten.

Produktionsgrundlagen, Arbeitssicherheit und Öffentlichkeitsarbeit

Die durch den Forstbetrieb Winterthur bewirtschaftete Fläche hat im Berichtsjahr um 8922 Quadratmeter auf neu 1924 Hektaren zugenommen, davon 1901 Hektaren Wald, 17 Hektaren Kulturland und 6 Hektaren ertragsloses Land.

Mit 0,17 Unfällen pro Mitarbeitenden und 143 Ausfallstunden wegen Unfall wurden die gesteckten Sicherheitsziele erreicht. Zu verzeichnen sind 0,14 Nichtbetriebsunfälle pro Mitarbeitenden mit 68 Ausfallstunden. Bei den Arbeitsunfällen sind Unfälle mit Handwerkzeug und Unfälle infolge falsch eingeschätzter Spannungen die wichtigsten Ursachen.

Die Öffentlichkeitsarbeit hatte zum Ziel, der Bevölkerung die Bedeutung des Waldes als Rohstoff- und insbesondere Energielieferant näher zu bringen. An der HAGA präsentierte der Forstbetrieb einen viel beachteten Kohle-meiler. Einen zweiten Schwerpunkt bildete die Präsentation des Wildparkkonzepts 2020, über das unter anderem beim Forstungang orientiert wurde.

Verrechenbare Leistungen

Vom 1. September 2005 bis 31. August 2006 wurden im Stadtwald 19 200 Tfm Holz, das entspricht 86 % des Hiebsatzes (bewilligte nachhaltige Nutzungsmenge), geerntet. Aus Durchforstungs- und Lichtungsschlägen stammen 10 200 Tfm und aus Räumungen 7000 Tfm. Hinzu kommen Zwangsnutzungen beschädigter Bäume im Umfang von 500 Tfm, Schneedruckschäden 520 Tfm und 980 Tfm vom Borkenkäfer befallenes Holz. Trotz Rekordhitze und Trockenheit im Frühsommer hielten sich die Borkenkäferschäden an Fichten in Grenzen. Zahlreiche deutliche Trockenschäden und Zuwachsverluste sind bei Buchen zu verzeichnen, insbesondere auf dem Lindberg und Eschenberg.

Nutzung im Forstjahr 2006 in Tariffestmetern

Wirtschaftsteil	Fläche ha	Hiebsatz Tfm	Nutzung Tfm	± %
Eschenberg	757	10 000	8 130	- 19
Lindberg	198	1 100	1 020	- 7
Brühlberg	132	1 200	1 030	- 14
Kümburg	181	2 400	1 800	- 25
Töss	83	850	1 240	+ 46
Wülflingen	257	2 800	2 100	- 25
Wolfensberg	83	1 100	730	- 33
Seen	183	2 500	2 620	+ 5
Hornsäge	27	450	530	+ 18
Total	1901	22 400	19 200	- 14
Vorjahr	1 900	22 600	21 500	- 5

Die verkaufsfertig aufgerüsteten 18 300 m³ Holz setzen sich aus folgenden Hauptsortimenten zusammen:

Sortiment	2006 in m ³	2006 in sFr.	2005 in m ³	2005 in sFr.
Nadelstammholz	9 200	804 000	9 800	764 000
Laubstammholz	2 100	190 000	2 300	197 000
Industrieholz	300	15 000	900	42 000
Energieholz	6 700	634 000	6 800	628 000
Total	18 300	1 643 000	19 800	1 631 000

Weiterhin erfreulich entwickelt sich der Energieholzabsatz. 14 000 Schüttkubikmeter Holzschnitzel konnten im Berichtsjahr produziert und den Heizanlagen zugeführt werden. Im Januar 2006 wurde der Wärmeverbund Sennhof von Stadtwerk Winterthur in Betrieb genommen.

Mit verrechenbaren Dienstleistungen wurde ein Umsatz von 490 000 Franken erreicht. Grössere Aufträge waren: Planungsarbeiten und Sicherheitsholzerie für die SBB, Rodungsarbeiten und Bepflanzung Deponie Ried sowie Sanierungsarbeiten im Parkwald Villa Büel, Parkholzerie für Stadtgärtnerei, Kantonsspital und zahlreiche kleine Auftraggeber, Winterdienst und Bachholzerie für das Strasseninspektorat, Eibenförderungskonzept Winterthur im Auftrag des Amts für Landschaft und Natur des Kantons Zürich.

Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen

Auf dem gesamten Wegnetz wurden laufende Unterhaltsarbeiten (abranden, Ränder mulchen, Flickarbeiten und Sanierung von Durchlässen) ausgeführt. Grössere Neubekiesungen wurden zurückgestellt.

Die Verjüngung des Waldes erfolgte weiterhin mit dem Ziel, langfristig eine standortsgemässe Bestockung mit einem Nadelbaumanteil unter 50 % (aktuell 63 %) zu erreichen. Der Wald wurde zum überwiegenden Teil natürlich (mittels Versamung) verjüngt. Gepflanzt wurden im Berichtsjahr insgesamt 70 Fichten, 180 Lärchen, 270 Douglasien, 50 Ahorne, 100 Eichen, 10 Elsbeeren und 30 Erlen als Ergänzung der natürlichen Baumartenpalette sowie 600 Fichten für Christbäume. Im Laufe des Sommers wurden auf 60 Hektaren Jungwüchse und Dickungen gepflegt sowie Stangenhölzer durchforstet und wertgeastet. Auf 14 Hektaren wurde Schlagpflege ausgeführt.

Forstmeister, Förster und Forstwerte haben über 500 Stunden Exkursionen und Waldführungen für Schulklassen, Vereine und Privatpersonen geleitet oder Referate zu verschiedensten Themen gehalten.

Das Entwicklungskonzept 2020 für den Wildpark Bruderhaus wurde weiter vorangetrieben und ein Baueingabeprojekt für eine Wolfshaltung ausgearbeitet. Drei Przewalskipferde konnten im Rahmen des Europäischen Erhaltungszuchtprogrammes in den Zoo Köln respektive das Semireservat Sprakel im Emsland übersiedelt werden.

Der Tierbestand Ende 2006 umfasst:

Tierart	männlich	weiblich	Jungtiere
Rothirsch	1	4	4
Damhirsch	3	9	4
Sikahirsch	2	4	2
Mufflon	3	6	3
Wildschwein	1	2	-
Wildpferd	2	5	3
Wisent	2	3	1
Luchs	2	-	-

Im Rahmen des Waldrandpflegekonzeptes, des Inventars der kommunalen und überkommunalen Naturschutzobjekte und des Inventars der Waldstandorte von naturkundlicher Bedeutung (WNB) wurden 150 Aren lichte Wälder und 733 m² Waldränder gepflegt. Am Kohlgruben-

weg wurde ein weiteres Biotop gemäss des Nassstandortkonzepts Eschenberg realisiert.

Im ganzen Betrieb wurden 700 Stück Einzelschutz erstellt und 200 Laufmeter ausgediente Zäune entfernt.

Seit dem 1. Januar befördert der Forstbetrieb Winterthur neben Oberwinterthur und Wülflingen auch die Perimeter der Privatwaldverbände Seen und Töss. Die Zusammenarbeit mit den Privatwaldverbänden ist gut angelaufen. Bereits konnten gemeinsame Projekte, wie beispielsweise ein grosser Sicherheitsholzschlag entlang der Ricketwilerstrasse, realisiert werden. Mit den Korpo-

rationen Oberwinterthur, Hegi und Seen, die auf eigene Rechnung einen Förster beschäftigen, wurde eine Aufgabenteilung zwischen betrieblichen und hoheitlichen Leistungen vereinbart. Weiterhin selbständig und nicht im Verantwortungsbereich des Forstbetriebes bleiben die Staatswaldungen Hegi-Töss und der auf Gemeindegebiet Winterthur gelegene Teil der Staatsförsterei Kyburg.

Im Berichtsjahr wurden 28 Veranstaltungsbewilligungen, 39 Fahrbewilligungen für Veranstaltungen, 103 Fahrbewilligungen für Zufahrt zu Waldhütten und 74 Fahrbewilligungen für diverse Vorhaben im Wald erteilt.

Stadtgärtnerei

Die wichtigsten Projekte der Stadtgärtnerei waren die Kreditbewilligung des Grossen Gemeinderates für die erste Etappe des Eulachparks, die Fertigstellung und Einweihung des Juchparks, die Wettbewerbsprojekte für den Brühlgutpark und für ein neues Gemeinschaftsgrab im Friedhof Rosenberg sowie das Vernetzungsprojekt im Landschaftsraum Reutlingen / Stadel.

Hauptabteilung Planung / Naturschutz

Die Hauptabteilung Planung/Naturschutz ist für die Freiraum-, Objekt- und Naturschutzplanung zuständig. Sechs Mitarbeitende, davon ein Landschaftsbauzeichnerlehrling, bearbeiten das Aufgabenspektrum. Im Berichtsjahr beanspruchten die hoheitlichen Aufgaben (Beurteilen von Baugesuchen oder Umweltverträglichkeitsberichten) und die Grundlagenbewirtschaftung (Baum- und Grünflächenkataster) rund 40 % und die Naturschutzplanung rund 15 % der Arbeitszeit. 45 % wurden in Zusammenarbeit mit städtischen und kantonalen Verwaltungsstellen für Freiraum- und Objektplanungen aufgewendet. Die Projektbearbeitung wurde teilweise an private Büros für Landschaftsarchitektur vergeben.

Im Bereich Naturschutz war die Erarbeitung des Vernetzungsprojekts Reutlingen/Stadel von Bedeutung. Wie die bereits vom Kanton genehmigten Vernetzungsprojekte der Landschaftsräume Iberg/Eidberg, Dättelnau und Taggenberg basiert das Projekt auf dem Naturschutzkonzept der Stadt Winterthur. Es hat zum Ziel, bestehende und neue ökologische Ausgleichsflächen im Landwirtschaftsgebiet qualitativ aufzuwerten, sinnvoll anzuordnen und mit weiteren naturnahen Lebensräumen ausserhalb der landwirtschaftlichen Nutzfläche zu vernetzen. Die Pflege der bestehenden, insgesamt rund 200 Natur- und Landschaftsschutzobjekte konnte fachgerecht durchgeführt werden und erfolgte mittels Eigenleistungen sowie im Auftrag der Stadtgärtnerei durch Dritte, in erster Linie durch Landwirte, den Forstbetrieb und verschiedene Naturschutzvereine.

Bearbeitete Projekte Freiraumplanung:

- Sulzer-Allee 3. Etappe, Bäumlistrasse, Binzhofstrasse, St.Gallerstrasse (Umsetzung Alleenkonzept)
- Friedhof Töss, Ausführungsprojekt Urnennischenanlage
- Friedhof Oberwinterthur, Ausführungsprojekt Lärmschutzwand
- Juchpark Veltheim, Ausführungsprojekt Neugestaltung
- Brühlgutpark, Organisation und Durchführung Studienwettbewerb
- Schulhausanlagen Gutschick, Büelwiesen, Iberg und Tössfeld; Instandstellung Laufbahnen und Pausenplätze
- Kindergarten Emil-Klöti, Umgebungsneugestaltung
- Eulachpark Oberwinterthur, Ausführungsprojekt 1. Etappe

Bearbeitete Projekte Naturschutz:

- Vernetzungsprojekt Landschaftsraum Reutlingen / Stadel:
- Standaktionen im Wildpark Bruderhaus; «Chunisch Vögel über», «Hochstamm-Obstgärten», «Mosaikjungfer und Nixenkraut» und «Wiederansiedlung» (Luchs, Bär, Wolf)
- Dättelnauerbach, Projektmitarbeit Bachöffnung



Ein Baumpfleger der Stadtgärtnerei beim Schneiden einer Birke.

- Lehmgrube Dättelnau, Sanierung und Erweiterung Amphibienschutzanlage
- Ökologische Ausgleichsflächen; 180 Aren Buntbrachen, 20 Obsthochstämme

Hauptabteilung Grünanlagen

Die Pflege der 90 öffentlichen Anlagen, der 100 Schul- und Kindergartenanlagen, der 24 Rasensportplätze und des Verkehrsgrüns obliegt den rund 50 Mitarbeitenden der Hauptabteilung Grünanlagen. Auch Kinderspielflächen und zahlreiche städtische Naturschutzobjekte gehören zum Aufgabenbereich. Es werden 5 Anlehstellen für die Fachrichtung Gartenpflege angeboten. Eine speziell ausgebildete Baumpflegeequipe ist für die rund 13 000 Bäume in Anlagen und an Strassen verantwortlich. Diese sehr langfristig wirkende Aufgabe ist für die Sicherheit in Parkanlagen und an Strassen äusserst wichtig.

Im Berichtsjahr wurden rund 50 000 Quadratmeter – teils Landwirtschafts-, teils ehemaliges Industrieland – für den Bau des Eulachparks von der Firma Sulzer übernommen. Da dieser in vier Etappen gebaut wird, fallen bereits zum jetzigen Zeitpunkt recht umfangreiche Pflege- und Sanierungsarbeiten an. Die Stadt konnte auch die vor dem «Wohlfahrtshaus» stehende Gusskulptur «Der zerrissene Mensch» übernehmen. Die mehr als vier Meter hohe Skulptur wurde in den jetzt städtischen Parkteil versetzt.

Die Umgestaltung des Juchparks war ein weiterer Meilenstein bezüglich Wertsteigerung und Erneuerung der städtischen Parkanlagen. Zahlreiche Anwohnende nah-



Versetzen der Skulptur «Der zerrissene Mensch» in den Teil Nord des Eulachparks.



Einweihungsfeier des Juchparks am 8. Juli 2006

men am 8. Juli an der Einweihungsfeier teil. Die Anlage bietet neben einer Spielwiese einen grossen Sandhaufen in einem Wäldchen aus Zierkirschen, eine bepflanzte Pergola mit vielen Sitzbänken, ein Labyrinth aus 130 Akazienstämmen und einen Kiesplatz, auf dem Pétanque gespielt werden kann. Erste Erfahrungen mit neu gestalteten Kinderspielgeräten zeigen, dass diese noch gewöhnungsbedürftig sind. 2007 soll das Angebot nochmals überprüft werden. Eine Klasse des Schulhauses «Feld» beteiligte sich unter Anleitung des Holzkünstlers Erwin Schatzmann mit dem Schnitzen farbenfroher Holzfiguren. Ein weiterer Quartierspielplatz konnte an der Salomon Bleuler-Weg in Eigenregie gebaut werden.



Neu gestalteter Kinderspielplatz im Quartier Mattenbach (Salomon Bleuler-Weg) mit einer Spielskulptur von Erwin Schatzmann.

Hauptabteilung Friedhöfe / Gärtnerei

Die 40 Mitarbeitenden, wovon sechs Lehrtöchter, pflegen die Friedhofanlage Rosenberg, führen Kremationen und Bestattungen durch, betreuen den Blumenladen und produzieren Pflanzen für Gräber und Grünanlagen. Im Rahmen eines Projektes des Hilfswerks der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS) wurden mehrere Asylsuchende für einfache Unterhaltsarbeiten eingesetzt.

Bei den Grab- und Friedhofpflegearbeiten konnten verschiedene Erneuerungen und Verbesserungen umgesetzt werden. Im Friedhof Rosenberg wurden im Bereich der Urnenwände junge Bäume gepflanzt und dadurch die vom Sturm Lothar gerissenen Lücken wieder geschlossen. Für die Gestaltung eines neuen Gemeinschaftsgrabes führte man einen Ideenwettbewerb durch. Neue, zusätzliche Sitzbänke wurden beschafft und an verschiedenen Orten platziert. Der Pavillon im nördlichen Friedhofteil ist sanft renoviert worden und kann nun von den Besucherinnen und Besuchern als Besammlungsort genutzt werden.

Die Baumgräber sind sehr beliebt. Das im Jahr 2004 errichtete Baumgräberfeld ist fast vollständig belegt. Eine Erweiterung des Friedhofs für diese Bestattungsart ist geplant und soll 2007 realisiert werden. Für diese Bestattungsart wird eine Fläche von mindestens 9 Quadratmetern als Privatgrab für die Dauer von 40 Jahren gemietet. Zusammen mit der ersten Bestattung wird ein heimischer Waldbaum gepflanzt und die Asche bei den Wurzeln beigesetzt. Wie bei allen Privatgräbern kann in den folgenden Jahren die Asche weiterer Familienangehöriger beim gleichen Baum beigesetzt werden. Nach Ablauf der vierzigjährigen Mietdauer besteht die Möglichkeit einer Verlängerung der Miete.

Die Teilnahme der Stadtgärtnerei an der Frühlingsmesse HAGA war ein grosser Erfolg. Zahlreiche Führungen wurden im Friedhof Rosenberg, in der Aufbahrungshalle und im Krematorium durchgeführt. Kunst- und Geschichtsinteressierte, Schülerinnen und Schüler, Mitarbeiterinnen aus Pflegeberufen und Polizeiaspiranten und -kader nahmen daran teil.

In der Produktionsgärtnerei an der Hochwachtstrasse wurden etwa 213 000 Topf- und Gruppenpflanzen produziert. Zahlreiche Kübelpflanzen wurden überwintert.

Friedhofverwaltung

Die Friedhofverwaltung organisiert und koordiniert alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit einem Todesfall (870 im Berichtsjahr). Die fünf Mitarbeiterinnen beraten die Angehörigen auch betreffend Grabwahl und -bepflanzung.

Es wurden 689 Kremationen von in Winterthur Verstorbenen durchgeführt und 1456 im Auftrag verschiedener Gemeinden. 143 Urnen wurden in Nischen, 139 im Gemeinschaftsgrab und 68 in Privatgräbern beigesetzt. Zunehmend ist die Tendenz, Urnen zur Beisetzung in einer anderen Gemeinde oder in einem Garten mitzunehmen. Demgegenüber werden vermehrt auswärts Verstorbene in einem Winterthurer Friedhof bestattet.

Der Grosse Gemeinderat

Der Grosse Gemeinderat trat zu 11 Doppelsitzungen (Vorjahr 14) und zu 3 (1) einfachen Sitzung zusammen.

Die nachfolgenden Kommissionen des Grossen Gemeinderates erledigten ihre Geschäfte bis zum 16. Mai 2006 an folgenden Sitzungen:

- Ratsleitung (RL) 0 (0) (Beschlüsse erfolgten auf dem Zirkularweg)
- Erweiterte Ratsleitung (ERL) 2 (2)
- Aufsichtskommission (AK) 4 (30)
- Sachkommission Stadtentwicklung (SEK) 4 (16)
- Sachkommission Hochbau (HBK) 4 (15)
- Sachkommission Tiefbau, Umwelt, Verkehr, Ver- und Entsorgung (TUVEK) 1 (17).
- Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) 3 (19)
- Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) 3 (14)

Am 17. Mai 2006 hat der Grosse Gemeinderat die Kommissionsstrukturen geändert. Die neuen Ratsorgane erledigten ihre Geschäfte an folgenden Sitzungen:

- Ratsleitung (RL) 1
- Aufsichtskommission (AK) 17
- Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) 22
- Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) 10
- Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) 13.

Der Grosse Gemeinderat verabschiedete folgende Geschäfte:

23. Januar 2006

- I. Es wird eine Verordnung über die Pensionsversicherung der Mitglieder des Stadtrates erlassen.
- II. Vom Bericht zu den Legislatorschwerpunkten 2002 – 2006 des Stadtrates von Winterthur wird Kenntnis genommen.
- III. Die Bau- und Niveaulinien an der Dättnauerstrasse von der Nr. 82 bis zum Dorfbende werden neu festgesetzt und am Brüttenersfussweg von der Dättnauer- bis zur Hündlerstrasse gemäss Planbeilage der GGR-Weisung Nr. 2005/061 revidiert.
- IV. Die Verkehrsbaulinien an der Weststrasse vom Hinterwiesliweg bis zur Schlosserstrasse werden gemäss Planbeilage der GGR-Weisung Nr. 2005/062 revidiert.
- V. Die Verkehrsbaulinien an der Wartstrasse von der Wülflinger- bis zur Flüelistrasse und am Schloss- und Talhofweg je von der Wart- bis zur Wülflingerstrasse werden gemäss Planbeilage der GGR-Weisung Nr. 2005/076 neu festgesetzt.
- VI. Für die Projektierung des neuen 110/11 kV-Unterwerkes Tössfeld (UWT) wird ein Objektkredit von 550 000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung Elektrizität bewilligt. Der Projektierungskredit ist Teil des Rahmenkredites von 187 Mio. Franken, welcher am 27. September 1992 von den Stimmbürger/innen gutgeheissen wurde. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- und Minderkosten: 1. Juli 2005.
- VII. 1. Die Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung der Stadt Winterthur vom 27. April 1998 wird durch einen II. Nachtrag wie folgt ergänzt: (neuer) Art. 9bis Erprobung neuer Formen.
Für Projekte, welche der Erprobung neuer Formen dienen, kann der Stadtrat von dieser Verordnung ab-

weichende Bestimmungen mit einer Geltungsdauer von jeweils maximal fünf Jahren beschliessen. Es werden höchstens drei neue Formen (Projekte) gleichzeitig erprobt.

2. Der Stadtrat setzt diesen Nachtrag in Kraft.

- VIII. 1. Vom Bericht über die Beteiligung der Stadt am bundesweiten Pilotversuch «Assistenzbudget» wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Die Motion betreffend Assistenzzuschuss für Menschen mit einer Behinderung (GGR-Nr 2000/078) wird damit als erledigt abgeschrieben.
- IX. Das Postulat M. Schwager (SP) betreffend Erhöhung des Angebots von Krippenplätzen für städtische Angestellte wird an den Stadtrat überwiesen.
- X. Das Postulat N. Rickli (SVP) betreffend Offenlegung der projektbezogenen Kultur-Beiträge wird infolge Rückzug als erledigt abgeschrieben.
- XI. Die Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend Stadtentwicklung auf allen Kanälen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XII. Der Beschlussantrag H. Strahm (SP) betreffend die Stadt Winterthur als «GATS-freie Gemeinde» wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- XIII. Die Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend Planungsstand der tiefergelegten Vogelsangstrasse wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XIV. Die Interpellation J. Hofmann (FDP) betreffend Verkehrskonzept Grüzefeld und Zentrumsgebiet Oberwinterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

25 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 8 Gesuche werden um 1 Jahr zurückgestellt.

27. Februar 2006

- I. Das Geschäft GGR-Nr.1999/019 (Kredit von 2 240 000 Franken für die Neugestaltung des Wachterareals) wird infolge Rückzugs als erledigt abgeschrieben.
- II. Vom Abschlussbericht des Stadtrates zum Projekt win.03 wird Kenntnis genommen.
- III. 1. Die Geltungsdauer von § 83 (Reformbestimmung) der Gemeindeordnung wird um vier Jahre (bis längstens 8. September 2010) verlängert.
2. Zur Revidierten Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 6. Mai 2002 wird ein I. Nachtrag gemäss Entwurf im Anhang erlassen.
- IV. Der Zürcher Hochschule Winterthur (ZHAW) wird ab 2005 ein jährlich wiederkehrender Standortbeitrag von 150 000 Franken gewährt. Dieser Beschluss ersetzt die Beschlüsse der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1964 und des Grossen Gemeinderates vom 28. Februar 1990.
- V. Für die Erweiterung des Garderobengebäudes auf der Sportanlage Reitplatz wird ein Kredit von 1 784 000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Oktober 2005.
- VI. 1.a) Für die Weiterführung der zwölf bisherigen Teilautonomen Volksschulen während der beiden Schul-

jahre 2006/07 und 2007/08 wird ein Kredit von insgesamt 1 298 000 Franken bewilligt.

b) Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich dieser Bruttokredit voraussichtlich um den Staatsanteil von 649 000 Franken reduziert.

2. Für die stufenweise Einführung von zusätzlichen geleiteten Schulen während der Schuljahre 2006/07 und 2007/08 wird ein Kredit von insgesamt 1 710 000 Franken bewilligt.

VII. Die Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend Verkehrsplanung in die Offensive! wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

VIII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat E. Wettstein (SP) betreffend Velohelmschliessfächer am Hauptbahnhof wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

IX. Die Motion P. Rütimann (FDP) betreffend bessere Gestaltungsmöglichkeiten für Dachgeschosse wird an den Stadtrat überwiesen.

X. Die Interpellation G. Schmid (SP) betreffend geschlechtsspezifische Jugendarbeit wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

XI. Die Interpellation G. Schmid (SP) betreffend «mediterrane» Abteilungen in den städtischen Alters- und Pflegeheimen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

XII. Das Postulat B. Baltensberger (SP) betreffend Partizipation und Mitsprachemöglichkeit von älteren Menschen in der Stadtpolitik und Verwaltungstätigkeit wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

32 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 4 Gesuche werden um 1 Jahr, 1 Gesuch um 2 Jahre zurückgestellt und 1 Gesuch wird abgelehnt.

27. März 2006

- I. 1. Zur Gemeindeordnung vom 26. November 1989 wird ein VI. Nachtrag (Aufhebung der Bürgerlichen Abteilungen) erlassen. (Dieser Beschluss unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung.)
2. Zur Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Winterthur vom 30. März 1992 wird ein IV. Nachtrag (Aufhebung der Bürgerlichen Abteilungen und neue Bestimmungen über die Einbürgerungsgebühren) erlassen.
3. Zur Revidierten Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 6. Mai 2002 wird ein II. Nachtrag (Änderung der Bestimmungen über die Bürgerliche Abteilung) erlassen.
4. Die Nachträge gemäss Ziffern 2 und 3 werden auf den 15. Mai 2006 in Kraft gesetzt. Das Inkrafttreten des Nachtrags gemäss Ziffer 1 bestimmt der Stadtrat.
- II. 1. Es wird ein neues Reglement über die Entschädigung an Behördenmitglieder erlassen.
2. Die erheblich erklärte Motion GGR-Nr. 2001/072 betreffend Entschädigung für Behördenmitglieder wird damit als erledigt abgeschrieben.
- III. Für den Erweiterungsbau der Maurerschule am unteren Deutweg 83 wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von 9 440 000 Franken (Minergiestandard eingeschlossen) bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2005. (Dieser Beschluss unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung.)
- IV. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.

V. 1. Die Sozialberatung der Beratungsstelle für das Alter wird per 1. Januar 2007 aus dem Departement Soziales ausgegliedert und der Pro Senectute des Kantons Zürich abgetreten.

2. Der Stadtrat wird ermächtigt, mit der Pro Senectute des Kantons Zürich die entsprechende Leistungsvereinbarung abzuschliessen.

VI. 1. Die von der Pro Senectute Kanton Zürich betriebene Haushilfe wird frühestens per 1. Januar 2007 durch die Stadt übernommen und in die Spitex der Stadt Winterthur integriert.

2. Der Stadtrat wird ermächtigt, eine entsprechende Vereinbarung mit der Pro Senectute abzuschliessen. (Dieser Beschluss unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung.)

VII. 1. Der Stadtrat wird ermächtigt, mit der Brühlgut Stiftung für Behinderte, Winterthur, einen Baurechtsvertrag über die Abtretung des Behindertenheimes Brühlgut zum Preis von 1,5 Millionen Franken und dessen Fortbestand für die Dauer von 90 Jahren zu Lasten einer Teilfläche der Liegenschaft Brühlbergstrasse 6, Winterthur, zum Baurechtszins von mindestens 102 135 Franken pro Jahr abzuschliessen.

2. Die vom Grossen Gemeinderat mit Beschluss vom 13. Dezember 1993 (GGR-Nr. 1993/114) der Brühlgut Stiftung für Behinderte gewährte Defizitgarantie in der Höhe von jährlich 250 000 Franken für das Wohnheim und die Aussenwohngruppe wird ab 2006 aufgehoben.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

25 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 3 Gesuche werden um 1 Jahr zurückgestellt und 1 Gesuch wird abgelehnt.

8. Mai 2006

- I. Die Interpellation B. Baltensberger (SP) betreffend Bericht Ombudsmann zum Bereich Alter und Pflege wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Interpellation N. Rickli (SVP) und R. Werren (FDP) betreffend Kontrollstelle gegen Sozialhilfe-Missbrauch für Winterthur wird dringlich erklärt und dem Stadtrat zur schriftlichen Beantwortung überwiesen.
- III. I. Für Anlagenobjekte des Betriebes Energie-Contracting (EC) wird ein dritter Rahmenkredit von 5 Mio. Franken zu Lasten der Investitionsrechnung StWW/EC bewilligt.
II. Über die Aufteilung des Rahmenkredites in die Objektkredite entscheidet der Stadtrat.
- IV. 1. Dem privaten Gestaltungsplan «Milchküche» wird unter Vormerknahme, dass die Mindestbreite gemäss Gestaltungsplanvorschriften § 16, Abs. 1 für die öffentliche Fuss- und Velowegverbindung vom Bahnhofsweg zum Bahnhofplatz von 3,5 m auf 4 m erhöht wird, zugestimmt
2. Der Stadtrat wird eingeladen, für den privaten Gestaltungsplan «Milchküche» die Genehmigung durch die Baudirektion einzuholen.
- V. Die Verkehrsbaulinien am Bahnhofplatz von der Stadthausstrasse bis zur Unterführung Wülflingerstrasse werden neu festgesetzt.
- VI. 1. Dem mit der SBB AG vereinbarten Konzept für die Erstellung und den Betrieb eines Veloparkings mit 800 Einstellplätzen auf dem Areal Milchküche am Hauptbahnhof Winterthur wird zugestimmt und zu dessen Realisierung Folgendes bewilligt:
a) ein einmaliger Investitionsbeitrag von 1 360 000 Franken (ohne MWSt) an das Bauvorhaben Stellwerk

RailCity der SBB AG (zulasten der Investitionsrechnung des Allgemeinen Verwaltungsvermögens); Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 31. Juli 2005. sowie

b) ein laufender Nettokredit von jährlich wiederkehrend 300 000 Franken für die Übernahme und den Betrieb des erstellten Veloparkings durch die Stadt bzw. eine von ihr beauftragte Drittorganisation (zulasten der Laufenden Rechnung); dieser Nettokredit ist auf drei Jahre befristet.

2. Die Frist für die Beantwortung der am 14. Januar 2002 erheblich erklärten Motion (2001/051) für eine Velounterführung zwischen Rudolfstrasse und Bahnhofplatz Nord wird bis zur Klärung des Verkehrsregimes Rudolfstrasse (voraussichtlich bis 31. Dezember 2007) erstreckt.

VII. Die Baulinien im Bereich der Knoten Technikum-/Lagerhausstrasse und Technikum-/Turmhaldenstrasse werden revidiert.

VIII. Folgende Baulinien werden festgesetzt bzw. revidiert: Hörnlistrasse und Fussweg, Hörnlistrasse Nr. 80 bis Tösstalstrasse.

IX. Es werden drei Verpflichtungskredite abgenommen.

X. Die Interpellation D. Werner (SP) betreffend Gentechnik in Winterthur? wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

25 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 4 Gesuche werden um 1 Jahr zurückgestellt und 3 Gesuche werden abgelehnt.

15. Mai 2006

I. Als Stimmzähler für die Amtsdauer 2006/2010 werden gewählt: Edi Wettstein (SP), René Isler (SVP), Jack Heusser (FDP) und R. Weibel (EVP/EDU/GLP).

II. Als Präsidentin für das Amtsjahr 2006/2007 wird Ruth Kleiber (EVP) gewählt.

Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

ausgeteilte Stimmzettel	59
abgegebene Stimmzettel	59
leere und ungültige Stimmzettel	3
massgebende Stimmen	56
absolutes Mehr	29

Stimmen haben erhalten:

Ruth Kleiber (EVP)	52
vereinzelte Stimmen	4

III. Als 1. Vizepräsident für das Amtsjahr 2006/2007 wird Peter Rütimann (FDP) gewählt.

Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

ausgeteilte Stimmzettel	59
abgegebene Stimmzettel	59
leere und ungültige Stimmzettel	4
massgebende Stimmen	55
absolutes Mehr	28

Stimmen haben erhalten:

Peter Rütimann (FDP)	51
vereinzelte Stimmen	4

IV. Als 2. Vizepräsident für das Amtsjahr 2006/2007 wird Walter Langhard (SVP) gewählt.

Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

ausgeteilte Stimmzettel	59
abgegebene Stimmzettel	59
leere und ungültige Stimmzettel	8
massgebende Stimmen	51
absolutes Mehr	26

Stimmen haben erhalten:

Walter Langhard (SVP)	35
vereinzelte Stimmen	16

V. Als Ratssekretär für die Amtsdauer 2006/2010 wird Marc Bernhard, Stadtkanzlei, gewählt.

VI. Als Stellvertreter des Ratssekretärs für die Amtsdauer 2006/2010 wird Arthur Frauenfelder, Stadtschreiber, gewählt.

VII. Als protokollführende Ratssekretärin für die Amtsdauer 2006/2010 wird Katharina Lang gewählt.

VIII. Als Stellvertretung der protokollführenden Ratssekretärin für die Amtsdauer 2006/2010 wird Brigitte Kiss-Lüthi gewählt.

IX. Es wird die zahlenmässige Vertretung der Fraktionen in den ständigen und nichtständigen Kommissionen und Kommissionspräsidien für die Amtsdauer 2006/2010 festgesetzt.

X. Es wird die Zuweisung der Sachbereiche an die Aufsichtskommission und die Sachkommissionen festgesetzt.

XI. 1. Als Mitglieder der Aufsichtskommission für die Amtsdauer 2006/2010 werden gewählt: Yvonne Beutler (SP), Beat Stettler (SP), Paul Wernli (SP), Jack Würzler (SP), Monika Baumann (SVP), René Isler (SVP), Alex Huber (FDP), Ruth Werren (FDP), Michael Zeugin (EVP/EDU/GLP), Adrian Ramsauer (Grüne/AL) und Ursula Bründler (CVP).

2. Als Präsidentin der Aufsichtskommission für die Amtsdauer 2006/2010 wird Yvonne Beutler (SP) gewählt.

XII. 1. Als Mitglieder der Sachkommission Bau und Betriebe für die Amtsdauer 2006/2010 werden gewählt: Urs Böni (SP), Hedi Strahm (SP), Edi Wettstein (SP), Ruedi Meier (SVP), Werner Steiner (SVP), Jürg Hofmann (FDP), Rolf Weibel (EVP/EDU/GLP), Lilith C. Hübscher (Grüne/AL) und Martin Hollenstein (CVP).

2. Als Präsident der Sachkommission Bau und Betriebe für die Amtsdauer 2006/2010 wird Jürg Hofmann (FDP) gewählt.

XIII. 1. Als Mitglieder der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur für die Amtsdauer 2006/2010 werden gewählt: Nicolas Galladé (SP), Beat Gruber (SP), Eva Schlegel (SP), Josef Lisibach (SVP), Natalie Rickli (SVP), Carolyn Bodmer (FDP), Barbara Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP), Martin Stauber (Grüne/AL) und René Schürmann (CVP).

2. Als Präsident der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur für die Amtsdauer 2006/2010 wird Martin Stauber (Grüne) gewählt.

XIV. 1. Als Mitglieder der Sachkommission Soziales und Sicherheit für die Amtsdauer 2006/2010 werden gewählt: Bea Baltensberger (SP), Marianne Ott (SP), Mona Schwager (SP), Werner Badertscher (SVP), Walter Langhard (SVP), Annina Meier-Camenisch (FDP), Nik Gugger (EVP/EDU/GLP), David Berger (Grüne/AL) und Gabi Bienz-Meier (CVP).

2. Als Präsident der Sachkommission Soziales und Sicherheit für die Amtsdauer 2006/2010 wird Werner Badertscher (SVP) gewählt.

XV. Es wird die zahlenmässige Vertretung der Fraktionen in der Bürgerrechtskommission für die Amtsdauer 2006/2010 festgesetzt.

XVI. 1. Als Mitglieder der Bürgerrechtskommission für die Amtsdauer 2006/2010 werden gewählt: Andreas Daurü (SP), Pia Dennler (SP), Peter Fuchs (SVP), Heinrich Keller (SVP), Jack Heusser (FDP), Herbert Iseli (EVP/EDU/GLP) und Silv O'Brien (Grüne/AL).

2. Als Präsident der Bürgerrechtskommission für die Amtsdauer 2006/2010 wird Herbert Iseli (EDU) gewählt.

19. Juni 2006

- I. Die dringlich erklärte Interpellation N. Rickli (SVP) und R. Werren (FDP) betreffend Kontrollstelle gegen Sozialhilfe-Missbrauch für Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- II. Als Mitglieder der Fürsorgebehörde für die Amtsdauer 2006/2010 werden gewählt: Corinna Bremi (SP), Claudia Hosang (SP), Hanspeter Scheuring (SP), Paul Übersax (SP), Heinz Zentner (SP), Gabriela Böni (SVP), Michael Peterhans (SVP), Hans Steiger (SVP), Camille Meier-Camenisch (FDP), Mireille Schaffitz (FDP), Iris Kuster Anwander (CVP), Christoph Portmann (CVP), Cornelia Schär-Leutert (EVP) und Deborah Kuhn (Grüne).
- III. In die Vormundschaftsbehörde der Stadt Winterthur werden für die Amtsdauer 2006 / 2010 gewählt: Als Vizepräsident lic. iur. Urs Gürtler; als weitere Mitglieder lic. iur. Marcel Brenn, Gabriela Herzog Zah, lic. iur. Elsbeth Lehmann und Doris Schumacher.
- IV. Als drei Delegierte in den Zweckverband Regionalplanung Winterthur und Umgebung werden für die Amtsdauer 2006/2010 gewählt: Peter Rütimann (FDP), Hedi Strahm (SP) und Werner Schurter (CVP).
- V. Für die Amtsdauer 2006–2010 werden 562 Mitglieder gemäss Vorschlag des Stadtrates ins städtische Wahlbüro gewählt.
- VI. Die Jahresrechnung 2005 der Stadtgemeinde Winterthur wird wie folgt abgenommen: Die Laufende Rechnung schliesst bei 1 222 152 558.04 Franken Bruttoaufwand und 1 222 153 424.01 Franken Bruttoertrag mit einem Ertragsüberschuss von 865.97 Franken ab, der dem Eigenkapital zuzuweisen ist. Die Investitionsrechnung zeigt im Verwaltungsvermögen bei Bruttoausgaben von 96 132 299.24 Franken und Bruttoeinnahmen von 24 569 256.24 Franken eine Nettoinvestition von 71 563 043.00 Franken. Im Finanzvermögen resultiert bei Ausgaben von 10 721 587.99 Franken und Einnahmen von 33 626 605.26 Franken eine Desinvestition von 22 905 017.26 Franken. Die Bilanz weist Aktiven und Passiven von je 1 188 043 659.29 Franken aus.
- VII. Die Rechnung in Bezug auf den Globalkredit, die Netto-Zielabweichung und die Zuweisung von 20 % davon an das Reservekonto der jeweiligen Organisation sowie der Jahresbericht für das Jahr 2005 werden für folgende Pilotorganisationen der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung genehmigt: Öffentliches Bibliothekswesen, Theater am Stadtgarten, Quartierkultur und Freizeitaktionen, Steueramt, Informatikdienste, Strasseninspektorat, Vermessungsamt, Melde- und Zivilstandswesen, Materialverwaltung, Sportamt, Asylkoordination, Wohn- und Pflegezentrum Oberwinterthur, Stadtgärtnerei und Forstbetrieb.
- VIII. Der Geschäftsbericht 2005 wird genehmigt.
- IX. Der Geschäftsbericht 2005 des Ombudsmannes und des Datenschutzbeauftragten wird abgenommen.
- X. Die Interpellation E. Schlegel (SP) betreffend Prävention gegen Jugendgewalt in der Schule wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XI. 1. An der Volksschule (Primar- und Sekundarstufe) der Stadt Winterthur wird Schulsozialarbeit definitiv eingeführt. Für den Betrieb wird ab 2007 ein jährlich wiederkehrender Kredit von 960 000 Franken bewilligt.
2. In jedem Kreis werden (bei einem Stellenprozentminimum von 50 %) nach Möglichkeit weibliche und männliche Schulsozialarbeiter/innen eingestellt. In jedem Fall wird darauf geachtet, dass stadtweit möglichst eine ausgeglichene Zahl männlicher und weiblicher Schulsozialarbeiter/innen eingestellt werden.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

3 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 2 Gesuche werden um 1 Jahr zurückgestellt.

26. Juni 2006

- I. 1. Die Motion A. Peter (AL) und M. Stauber (Grüne) betreffend Konstruktives Referendum wird erheblich erklärt.
2. Die Frist zur Umsetzung der Motion wird vorsorglich erstreckt bis sechs Monate nach Inkrafttreten der erforderlichen kantonalen Gesetzesgrundlage.
- II. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat F. Scherrer (CVP) betreffend Schaffung von mehr Teilzeitzstellen wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- III. Die Interpellation N. Galladé (SP) betreffend Bilanz Liegenschaftenhandel Hölken-Areal wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- IV. Die Interpellation W. Badertscher (SVP) betreffend Erlöse aus Liegenschaften-Verkäufen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- V. Die Interpellation L.C. Hübscher (Grüne/AL) betreffend Lastenausgleich für die polizeilichen Leistungen Winterthurs wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VI. Die Interpellation A. Huber (FDP) betreffend Vergabe von Standplätzen an den Märkten in der Altstadt von Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

10. Juli 2006

- I. Die Geschäfte GGR-Nr. 2006/005 (betreffend Anbau eines Material- und Nebenraumes im Kindergarten Mattenbach) und GGR-Nr. 2006/012 (betreffend Sanierung und Erweiterung des Hortes im Kindergarten Gutschick I) werden infolge Rückzug als erledigt abgeschlossen.
- II. Als Mitglieder der Kunstkommission für die Amtsdauer 2006/2010 werden dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen: Elisabeth Hefti (SP), Markus Böni (SVP) und Stefan Piotrowski (FDP).
- III. Als Mitglieder der Sportkommission für die Amtsdauer 2006/2010 werden dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen: Edi Wettstein (SP), Nicolas Galladé (SP), Walter Langhard (SVP) und Herbert Iseli (EDU).
- IV. Als Mitglieder der Theaterkommission für die Amtsdauer 2006/2010 werden dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen: Beat Gruber (SP), Natalie Rickli (SVP), Ruth Werren (FDP) und Willy Germann (CVP).
- V. Als Mitglieder der Kommission zur Förderung des öffentlichen Verkehrs für die Amtsdauer 2006/2010 werden dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen: Paul Wernli (SP), Pia Dennler (SP), Werner Steiner (SVP), Stefan Fritschi (FDP), Werner Schurter (CVP), Susanne Stöckli (GLP) und Martin Stauber (Grüne).
- VI. Es wird eine neue Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung erlassen.
- VII. Die Interpellation U. Dolski (CVP) betreffend Stellenpool der Stadtverwaltung wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Das Postulat N. Galladé (SP) betreffend Euro 2008 und Stadtmarketing wird an den Stadtrat überwiesen.
- IX. Die Interpellation P. Fuchs (SVP) betreffend finanzielle Zuwendung an den TSV-Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- X. Das Postulat H. Strahm (SP) betreffend Minergie-Standard bei städtischen Neu- und Umbauten wird an den Stadtrat überwiesen.

- XI. Das Postulat P. Fuchs (SVP) betreffend Gebühren, Benützung des öffentlichen Grundes wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

8 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 2 Gesuche werden um 1 Jahr zurückgestellt und 1 Gesuch wird abgelehnt.

4. September 2006

- I. Als Mitglieder der Aufsichtskommission der Berufswahlschule (BWS) und der Werkjahrschule (WJS) für die Amtsdauer 2006/2010 werden gewählt: Rotraut Oertli (SP), Regula Crestani (SVP), Betty Konyo Schwerzmann (SP) und Ursula Mäder (FDP).
- II. Als Mitglieder der Aufsichtskommission für Sonderschulen für die Amtsdauer 2006/2010 werden gewählt: Kurt Lenggenhager (SP), Dorothe Schneebeli (SP), Martin Camenisch (FDP) und Regula Crestani (SVP).
- III. Als neues Mitglied der Sachkommission Bau und Betriebe für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Jack Heusser (FDP) gewählt.
- IV. Als neuer Präsident der Sachkommission Bau und Betriebe für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Jack Heusser (FDP) gewählt.
- V. Als neues Mitglied der Bürgerrechtskommission für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Christine Denzler (FDP) gewählt.
- VI. 1. Der Änderung des kommunalen Richtplanes (109 Erholungsgebiet, 10907 Sporrer, Pferdesportanlage mit Reithalle) wird zugestimmt.
2. Dem privaten Gestaltungsplan «Pferdesportanlage Sporrer» wird zugestimmt.
3. Der Stadtrat wird eingeladen, für die Änderung des kommunalen Richtplanes sowie den privaten Gestaltungsplan «Pferdesportanlage Sporrer» die Genehmigung durch die Baudirektion einzuholen.
- VII. Die Interpellation J. Hofmann (FDP), M. Hollenstein (CVP) und H. Keller (SVP) betreffend Kostenvergleich Stadtgärtnerei – Privatunternehmungen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VIII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Stadtbusse mit Erdgasantrieb wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- IX. Die Interpellation D. Berger (Grüne/AL) betreffend Rechtsgrundlage «Polis» wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- X. Das Postulat E. Schlegel (SP) betreffend Musikförderungsleitbild wird an den Stadtrat überwiesen.
- XI. 1. Vom Ergänzungsbericht des Stadtrates zum Postulat G. Beutler (SVP), R. Kleiber (EVP), C. Bodmer (FDP) und R. Schürmann (CVP) betreffend optimale Nutzung der Schulhauswartungen in Winterthur wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- XII. Die Interpellation U. Dolski (CVP) betreffend Sanierung Turnhalle Geiselweid wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XIII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat M. Schwager (SP) betreffend Prävention von sexueller Ausbeutung von Kindern im Sport wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- XIV. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat H. Strahm (SP) betreffend keine städtischen Aufträge an Lohndumper wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

32 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 4 Gesuche werden um 1 Jahr zurückgestellt und 1 Gesuch wird abgelehnt.

25. September 2006

- I. Die Interpellation M. Schwager (SP) betreffend eigene städtische Kinderkrippe im zukünftigen zentralisierten Standort der Stadtverwaltung wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. In Bestätigung der vom Stadtrat veranlassten vorsorglichen Beschwerdeerhebung an das Schweizerische Bundesgericht wird gegen den Beschluss des Regierungsrates vom 15. März 2006 betreffend Standortentschädigung KVA definitiv staatsrechtliche Beschwerde eingereicht.
- III. I. Der Stadtrat wird ermächtigt, den Arbeitspreis des Heiztarifes für Gas bis zu einer oberen Limite von 12 Rp./kWh im Rahmen einer ausgeglichenen Betriebsrechnung der Institution Gas und unter Berücksichtigung der Bezugspreise sowie der Konkurrenzfähigkeit zum Heizöl festzulegen.
II. Der Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 24. November 1986 betreffend Reduktion des Heizgastarifs / Erweiterung der Kompetenzdelegation an den Stadtrat wird aufgehoben.
- IV. 1. Es werden verschiedene Grundstücke gemäss Weisung GGR-Nr. 2006/034 umgezont.
2. Den technischen Anpassungen im Zonenplan gemäss Weisung Nr. 2006/034 wird zugestimmt.
- V. 1. Der private Gestaltungsplan «Am Schlossberg» (GGR-Nr. 1990/162 vom 25. Februar 1991) wird aufgehoben.
2. Das Departement Bau wird beauftragt, der Baudirektion die Aufhebung zur Genehmigung einzureichen.
- VI. Das «Leitbild zur Sportförderung in der Stadt Winterthur» vom 17. Mai 2006 wird – ergänzt um einen Leitsatz zur speziellen Förderung des Behindertensports – in zustimmendem Sinn zur Kenntnis genommen.
- VII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat D. Kläy (FDP) betreffend Sportförderung wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.
- IX. Für den Bau einer Kunstrasenfläche als Ersatz des Allwetterplatzes und des Rasentrainingsfeldes auf der Sportanlage Flüeli wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von 2,425 Mio. Franken bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. August 2006.
- X. Die Interpellation E. Wettstein (SP) betreffend Kunstrasenplatz in Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XI. Die Interpellation N. Rickli (SVP) betreffend islamisch-albanisches Gebetszentrum an der Mattenbachstrasse 8 wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

25 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 7 Gesuche werden um 1 Jahr zurückgestellt.

30. Oktober 2006

- I. Die Interpellation Ch. Kern (SVP) betreffend Schulhaus Sennhof wird nicht dringlich erklärt und damit als erledigt abgeschlossen.
- II. Als neues Mitglied der Aufsichtskommission für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Heinrich Keller (SVP) gewählt.
- III. Als neues Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Felix Helg (FDP) gewählt.
- IV. Als neues Mitglied der Bürgerrechtskommission für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Yves Senn (SVP) gewählt.
- V. Von den Legislatorschwerpunkten 2006–2010 des Stadtrates Winterthur wird Kenntnis genommen.
- VI. Die Vereinbarung zwischen der Sonnenberg AG Beteiligungs-Gesellschaft, Zürich (Eigentümerin der Spitalliegenschaft Lindberg), und der Stadtgemeinde Winterthur betreffend Rückzahlungsschulden aus gewährten Beiträgen; Grundpfandsicherung (unterzeichnet am 24. Mai bzw. 1. Juni 2006) wird genehmigt.
- VII. Als Beitrag an das von einer gemischtwirtschaftlichen Organisation betriebene Stadtmarketing Winterthur wird zulasten der Laufenden Rechnung ein Kredit von 1 350 000 Franken, aufgeteilt in Tranchen von jährlich 450 000 Franken, für die Jahre 2007 bis und mit 2009 bewilligt.
- VIII. Für die Erstellung der 1. Etappe des Eulachparks in Oberwinterthur gemäss Projekt «Cube» wird aus dem genehmigten Rahmenkredit von 10 250 000 Franken (Volksentscheid vom 27. November 2005) ein Objektkredit von 3 780 000 Franken (inkl. MWSt) zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2005.
- IX. Es werden acht Verpflichtungskreditabrechnungen gemäss GGR-Weisung Nr. 2006/033 abgenommen.
- X. Die Interpellation L.C. Hübscher (Grüne), N. Albl (SVP), E. Wettstein (SP) und A. Huber (FDP) betreffend Beschleunigung der Abrechnungen über Verpflichtungskredite wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XI. Die Interpellation L.C. Hübscher (Grüne/AL) betreffend Lastenausgleich für die sozialen Leistungen Winterthurs wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XII. Die Interpellation U. Bründler (CVP) und C. Bodmer (FDP) betreffend vier Jahre neue Schulbehördenorganisation wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

12 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 5 Gesuche werden um 1 Jahr zurückgestellt.

20. November 2006

- I. Die Interpellation D. Berger (Grüne/AL) und N. Galladé (SP) betreffend Engagement des Stadtrates für eine zweite Radio-Frequenz in Winterthur wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung als erledigt abgeschlossen.
- II. Die Interpellation D. Hauser (SP) betreffend Privatisierung Verkehrskontrollen, Verzicht wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung als erledigt abgeschlossen.
- III. Als neuer Stimmenzähler für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Yves Senn (SVP) gewählt.

- IV. Für den Ausbau der Bühnenanlieferung im Theater Winterthur wird ein Kredit von 375 000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und Mehrwertsteuer bedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2005.
- V. 1. Die von der Stadt geführte Schule für Pflegeberufe wird aufgelöst. (Dieser Beschluss unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung.)
2. Vorbehältlich der Bestätigung durch die Volksabstimmung (Beschluss gemäss Ziffer 1) wird der Betrieb der Schule für Pflegeberufe per 31. Oktober 2006 eingestellt und auf denselben Zeitpunkt die Verordnung über die Schule für Pflegeberufe vom 8. Juni 1998 aufgehoben.
- VI. Für Renovationen und bauliche Anpassungen am Gebäude Tösstalstrasse 53 im Stadtkreis Winterthur-Stadt wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von 840 000 Franken bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2006.
- VII. Die Motion P. Rütimann (FDP) betreffend bessere Gestaltungsmöglichkeiten für Dachgeschosse wird im Sinne des Berichts erheblich erklärt.
- VIII. Die Interpellation N. Rickli (SVP) betreffend Besetzung Sidi-Areal wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- IX. Das Postulat N. Gugger (EVP/EDU/GLP) und G. Bienz (CVP) betreffend Sicherheit und Standortmarketing wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- X. Die Motion D. Hauser (SP) und A. Ramsauer (Grüne/AL) betreffend Verbot der Verwendung von Deformationsmunition durch die Stadtpolizei wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- XI. Die Interpellation W. Badertscher (SVP) betreffend Einhaltung der Bedingungen bei Ausschreibungen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XII. Die Interpellation St. Fritschi (FDP) betreffend Steuerbefreiung der Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

16 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 1 Gesuch wird abgelehnt.

4. Dezember 2006

- I. Die Interpellation A. Ramsauer (Grüne/AL) betreffend Winterthur in allen Zügen wird dringlich erklärt und dem Stadtrat zur schriftlichen Beantwortung überwiesen.
- II. 1. Die Voranschläge über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen der Stadt Winterthur in der Laufenden Rechnung für das Jahr 2007 werden genehmigt.
2. Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Laufenden Rechnung für das Jahr 2007 des noch nicht in die wirkungsorientierte Verwaltungsführung überführten Teils der Volksschule werden genehmigt.
3. Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Stadt Winterthur in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2007 werden genehmigt.
4. Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 123 % (2006: 123 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer

(CHF 24.– pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.

5. Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Winterthur für die Jahre 2008 bis 2010 wird zur Kenntnis genommen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

18 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 1 Gesuch wird um 1 Jahr zurückgestellt.

11. Dezember 2006

- I. Für den Ersatz der Verbrennungslinie 1 der KVA Winterthur und die Ergänzung der Rauchgasreinigungsanlage mit einer vierten Verfahrensstufe (Gewebefilter) wird ein Bruttokredit von Fr. 187 Mio. (exkl. MwSt.) zu Lasten der Investitionsrechnung Stadtwerk Winterthur bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- und Minderkosten, die mittels branchenüblicher Indices erfasst werden: 31. Januar 2006.
- II. Folgende Baulinien werden gemäss GGR-Weisung Nr. 2006/050 revidiert und neu festgesetzt: Stationsstrasse, Güterstrasse, Ankerstrasse, Einfangstrasse, Dammstrasse und Tössfeldstrasse.
- III. Folgende Bau- und Niveaulinien werden gemäss GGR-Weisung Nr. 2006/051 revidiert und aufgehoben: Bullingerstrasse und Fussweg, Kreuzeggweg, Tössstal- und Weberstrasse.
- IV. Folgende Baulinie wird gemäss GGR-Weisung Nr. 2006/052 revidiert: Traubenweg.
- V. Der Festsetzungsbeschluss des GGR vom 28. Mai 1984 über die Revision der Baulinien Einmündung Wieshofstrasse/Schlosstalstrasse in Winterthur-Wülflingen wird aufgehoben. Folgende Baulinien werden gemäss GGR-Weisung Nr. 2006/053 revidiert: Wieshofstrasse Einmündung Schlosstalstrasse.
- VI. Folgende Baulinien werden gemäss GGR-Weisung Nr. 2006/054 neu festgesetzt: Ibergstrasse und Weierstrasse.
- VII. Die Interpellation L. C. Hübscher (Grüne/AL) betreffend Feinstaub in Winterthur wird aufgrund der städtischen Antwort als erledigt abgeschrieben.

Initiativen und parlamentarische Vorstösse

Abschreibungen nachgeführt bis 31. Dezember 2006

Pendente Vorstösse

Volksinitiativen

keine pendenten Geschäfte

Einzelinitiativen

keine pendenten Geschäfte

Beschlussanträge

keine pendenten Geschäfte

Motionen

Erheblich erklärte

1. Ergänzung der Abstellplatzverordnung (Nr. 87-104).
Eingereicht von Stefan Schwerzmann (POCH) am 29. Juni 1987.
Erheblich erklärt am 12. September 1988.
2. Integriertes Verkehrs- und Nutzungskonzept für das Bahnhofgebiet Winterthur (Nr. 89-012).
Eingereicht von Hans Rudolf Lacher (EVP) am 23. Januar 1989.
Erheblich erklärt am 12. März 1990.
3. Bau eines Veloweges zwischen dem Grüntal und dem Schulhaus Büelwiesen (Nr. 89-123).
Eingereicht von Ernst Wohlwend (SP) am 2. Oktober 1989.
Erheblich erklärt am 29. Oktober 1990.
4. Ersatz für die Biotopfunktion des Toggenburgerweiher und Abklärung des möglichen Erholungspotentials (Nr. 99-029).
Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/LdU/DaP), David Hauser (SP) und Stefano Terzi (EVP) am 15. März 1999.
Überwiesen am 17. Mai 1999.
Vom Stadtrat beantwortet am 3. November 1999.
Erheblich erklärt am 10. Januar 2000.
Am 9. Juli 2001 Frist bis 30. Juni 2004 erstreckt.
Am 15. November 2004 Frist bis zum Vorliegen eines ausführungsfähigen und kreditrechtlich bewilligten kantonalen Projekts «Rückhalteraum Hegmatten» erstreckt.
5. Velounterführung am Hauptbahnhof Nord (Nr. 01-051).
Eingereicht von Haymo Empl (CVP), Matthias Gfeller (Grüne), Edi Wettstein (SP) und Rolf Weibel (EVP) am 14. Mai 2001.
Überwiesen am 9. Juli 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 12. Dezember 2001.
Erheblich erklärt am 14. Januar 2002 und Frist erstreckt bis Ende 2003.
Am 5. November 2003 weitere Fristverlängerung bis 31. Dezember 2005 beantragt mit Kreditantrag von Fr. 485 000.– für die Projektierung Veloparkhaus Milchküchenareal SBB AG und die erste Etappe Radwegunterführung.
Am 21. Juni 2004 Projektierungskredit bewilligt und Frist erstreckt bis 31. Dezember 2005.
Am 8. Mai 2006 weitere Fristverlängerung bis 31. Dezember 2007.
6. Konstruktives Referendum (Nr. 05-021).
Eingereicht von Anja Peter (AL) und Martin Stauber (Grüne) am 21. März 2005.
Überwiesen am 29. August 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 15. März 2006.
Erheblich erklärt am 26. Juni 2006 und Frist erstreckt bis sechs Monate nach Inkrafttreten der erforderlichen kantonalen Gesetzesgrundlage.
7. Bessere Gestaltungsmöglichkeiten für Dachgeschosse (Nr. 05-096).
Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 5. Dezember 2005.
Überwiesen am 27. Februar 2006.
Vom Stadtrat beantwortet am 23. August 2006.
Erheblich erklärt am 20. November 2006.

Motionen

Vom Grossen Gemeinderat noch nicht erheblich erklärt

1. Wiedereinführung Lunch-Checks (Nr. 06-074).
Eingereicht von Urs Meyer Flückiger (SP) und Barbara Günthard Fitze (EVP) am 30. Oktober 2006.
Noch nicht überwiesen.
2. Einführung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubes für städtische Mitarbeiter (Nr. 06-076).
Eingereicht von Beat Stettler und Mona Schwager (SP), Martin Stauber (Grüne/AL) und Nik Gugger (EVP) am 30. Oktober 2006.
Noch nicht überwiesen.

Postulate

1. Einführung eines Waldkindergartens (Nr. 05-019).
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 21. März 2005.
Überwiesen am 3. Oktober 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 13. September 2006.
2. Erhöhung des Angebots von Krippenplätzen für städtische Angestellte (Nr. 05-020).
Eingereicht von Mona Schwager und Gabriella Schmid (SP) am 21. März 2005.
Überwiesen am 23. Januar 2006.
Vom Stadtrat beantwortet am 8. November 2006.
3. Einführung von öffentlichen Tagesschulen (Nr. 05-059).
Eingereicht von Beat Gruber, Mona Schwager und Beatrix Baltensberger (SP) am 29. August 2005.
Überwiesen am 3. Oktober 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 20. September 2006.
4. Preissenkung für Ökostromprodukte (Nr. 05-073).
Eingereicht von Daniela Werner und Hedi Strahm (SP) am 3. Oktober 2005.
Überwiesen am 21. November 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 15. November 2006.
5. Neue Linienführung der Buslinie 4 (Nr. 05-080).
Eingereicht von Josef Lisibach (SVP) am 31. Oktober 2005.
Überwiesen am 21. November 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 15. November 2006.
6. Musikförderungsleitbild (Nr. 05-092).
Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 21. November 2005.
Überwiesen am 4. September 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
7. Minergie-Standard bei städtischen Neu- und Umbauten (Nr. 06-023).
Eingereicht von Hedi Strahm, Daniela Werner und Edi Wettstein (SP) am 27. März 2006.
Überwiesen am 10. Juli 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
8. Euro 2008 und Stadtmarketing (Nr. 06-031).
Eingereicht von Nicolas Galladé und Edi Wettstein (SP) am 8. Mai 2006.
Überwiesen am 10. Juli 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.
9. Kinderfreundliche Gemeinde (Nr. 06-061).
Eingereicht von Mona Schwager (SP) am 25. September 2006.
Noch nicht überwiesen.
10. Handwerkerpark (Nr. 06-062).
Eingereicht von Urs Böni (SP) und Martin Stauber (Grüne/AL) am 25. September 2006.
Noch nicht überwiesen.

11. Impuls im familienergänzenden Betreuungsangebot dank Pragmatismus (Nr. 06-083).

Eingereicht von Barbara Günthard-Maier und Alexander Huber (FDP) am 20. November 2006.
Noch nicht überwiesen.

12. Seniorenfreundliche Stadt (Nr. 06-094).

Eingereicht von Barbara Bünthard Fitze (EVP) und Mona Schwager (SP) am 11. Dezember 2006.
Noch nicht überwiesen.

Interpellationen**1. Reintegration der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule (Nr. 06-009).**

Eingereicht von Annina M. Meier-Camenisch (FDP) am 23. Januar 2006.
Vom Stadtrat beantwortet am 5. Juli 2006.

2. Winterthurer Denkmalpflege (Nr. 06-038).

Eingereicht von Martin Hollenstein und Werner Schurter (CVP) am 26. Juni 2006.
Vom Stadtrat beantwortet am 20. Dezember 2006.

3. Ausgangsregelung für Jugendliche (Nr. 06-040).

Eingereicht von Gabi Bienz-Meier (CVP) und Nik Gugger (EVP/EDU) am 10. Juli 2006.
Vom Stadtrat beantwortet am 20. Dezember 2006.

4. Rentenalter beim städtischen Personal (Nr. 06-049).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 4. September 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

5. Gesunde «Pausenkioske» (Nr. 06-057).

Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) am 25. September 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

6. Tempo 30: Fussgängerstreifen bei Schulhäusern und Betreuungseinrichtungen (Nr. 06-058).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 25. September 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

7. Baubewilligung nur mit «Parkplatzbewirtschaftung» (Nr. 06-059).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 25. September 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

8. Schulhaus Sennhof (Nr. 06-070).

Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 30. Oktober 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

9. Standortentschädigung KVA (Nr. 06-071).

Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 30. Oktober 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

10. Arch-Areal (Nr. 06-072).

Eingereicht von Walter Langhard (SVP) am 30. Oktober 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

11. Sexueller Missbrauch durch Hauswart vom Stadthaus Winterthur (Nr. 06-073).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 30. Oktober 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

12. Aufwertung von ÖV und Langsamverkehr im Sulzer Areal Oberwinterthur (Nr. 06-082).

Eingereicht von Hedi Strahm und Oliver Seitz (SP) am 20. November 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

13. Winterthur in allen Zügen (Nr. 06-088).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne/AL) am 4. Dezember 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

14. Zukunft der Buslinie 8 (Lindenplatz – Schlosstal – Zentrum Töss – Rosenau – Steig/Dättelnau) (Nr. 06-090).

Eingereicht von Felix Helg (FDP) am 4. Dezember 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

15. Übergewicht in Winterthur (Nr. 06-091).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne/AL) am 4. Dezember 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

16. Bewilligung für vorübergehende Sonntagsarbeit (Nr. 06-092).

Eingereicht von Beat Stettler und Hedi Strahm (SP) am 4. Dezember 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Schriftliche Anfragen**1. Abstimmung über die Auflösung der Schule für Pflegeberufe (Nr. 06-089).**

Eingereicht von Felix Helg (FDP) am 4. Dezember 2006.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Erledigte**Volksinitiativen**

keine erledigten Geschäfte

Einzelninitiativen

keine erledigten Geschäfte

Beschlussanträge**1. Die Stadt Winterthur als «GATS-freie Gemeinde» (Nr. 05-083).**

Eingereicht von Hedi Strahm (SP) am 7. November 2005.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 23. Januar 2006.

Motionen**1. Assistenzzuschuss für Menschen mit Behinderung (Nr. 00-078).**

Eingereicht von Nina Dorizzi (SP) am 3. Juli 2000.
Überwiesen am 11. September 2000.
Vom Stadtrat beantwortet am 7. März 2001.
Erheblich erklärt am 12. November 2001.
Am 14. April 2003 Frist erstreckt bis 30. Juni 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 22. Juni 2005.
Mit dem Bericht über die Beteiligung der Stadt am bundesweiten Pilotversuch «Assistenzbudget» abgeschrieben am 23. Januar 2006.

2. Entschädigung für Behördenmitglieder (Nr. 01-072).

Eingereicht von Marianne Ott (SP), Adrian Ramsauer (Grüne/DaP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Haymo Empl (CVP) am 9. Juli 2001.
Überwiesen am 27. August 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 20. Februar 2002.
Erheblich erklärt am 6. Mai 2002.
Vom Stadtrat ein neues Reglement vorgeschlagen am 5. November 2003.
Am 26. April 2004 Vorschlag für neues Reglement an den Stadtrat zurückgewiesen.
Am 15. November 2004 Frist für Zweitvorlage erstreckt bis Ende Februar 2005.
Mit dem Neuerlass des Reglements erledigt abgeschrieben am 27. März 2006.

3. Verbot der Verwendung von Deformationsmunition durch die Stadtpolizei (Nr. 06-075).

Eingereicht von David Hauser (SP) und Adrian Ramsauer (Grüne/AL) am 30. Oktober 2006.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 20. November 2006.

Postulate

1. Sportförderung (Nr. 02-091).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 23. September 2002.
Erledigt abgeschlossen am 25. September 2006.

2. Optimale Nutzung der Schulhausabwartungen in Winterthur (Nr. 03-006).

Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP), Carolyn Bodmer-Gilgen (FDP), Rolf Schürmann (CVP) am 20. Januar 2003.
Erledigt abgeschlossen am 4. September 2006.

3. Schaffung von mehr Teilzeitstellen (Nr. 04-015).

Eingereicht von Franz Scherrer (CVP) am 23. Februar 2004.
Erledigt abgeschlossen am 26. Juni 2006.

4. Velohelmschliessfächer am Hauptbahnhof (Nr. 04-065).

Eingereicht von Edi Wettstein (SP) am 21. Juni 2004.
In zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen und erledigt abgeschlossen am 27. Februar 2006.

5. Prävention sexueller Ausbeutung von Kindern im Sport (Nr. 04-120).

Eingereicht von Mona Schwager (SP) am 6. Dezember 2004.
Erledigt abgeschlossen am 4. September 2006.

6. Offenlegung der projektbezogenen Kultur-Beiträge (Nr. 05-005).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 24. Januar 2005.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 23. Januar 2006.

7. Keine städtischen Aufträge an Lohndumper (Nr. 05-035).

Eingereicht von Hedi Strahm (SP) am 18. April 2005.
Erledigt abgeschlossen am 4. September 2006.

8. Stadtbusse mit Erdgasantrieb (Nr. 05-047).

Eingereicht von Stefan Fritschli (FDP) am 27. Juni 2005.
Erledigt abgeschlossen am 4. September 2006.

9. Partizipation und Mitsprachemöglichkeit von älteren Menschen in der Stadtpolitik und Verwaltungstätigkeit (Nr. 05-081).

Eingereicht von Beatrix Baltensberger und Mona Schwager (SP) am 31. Oktober 2005.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 27. Februar 2006.

10. Gebühren, Benützung des öffentlichen Grundes (Nr. 05-093).

Eingereicht von Peter Fuchs (SVP) am 21. November 2005.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 10. Juli 2006.

11. Sicherheit und Standortmarketing (Nr. 06-060).

Eingereicht von Nik Gugger (EVP/EDU/GLP) und Gabi Bienz-Meier (CVP) am 25. September 2006.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 20. November 2006.

4. Verkehrsplanung in die Offensive! (Nr. 05-018).

Eingereicht von Peter Rütimann und Jürg Hofmann (FDP) am 21. März 2005.
Erledigt abgeschlossen am 27. Februar 2006.

5. Stadtentwicklung auf allen Kanälen (Nr. 05-032).

Eingereicht von Peter Rütimann und Jürg Hofmann (FDP) am 18. April 2005.
Erledigt abgeschlossen am 23. Januar 2006.

6. Prävention gegen Jugendgewalt in der Schule (Nr. 05-034).

Eingereicht von Eva Schlegel und Beat Gruber (SP) am 18. April 2005.
Erledigt abgeschlossen am 19. Juni 2006.

7. Finanzielle Zuwendung an den TSV-Winterthur (Nr. 05-042).

Eingereicht von Peter Fuchs (SVP) am 20. Juni 2005.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juli 2006.

8. Lastenausgleich für die polizeilichen Leistungen Winterthurs (Nr. 05-052).

Eingereicht von Lilith C. Hübscher (Grüne/AL) am 11. Juli 2005.
Erledigt abgeschlossen am 26. Juni 2006.

9. Lastenausgleich für die sozialen Leistungen Winterthurs (Nr. 05-053).

Eingereicht von Lilith C. Hübscher (Grüne/AL) am 11. Juli 2005.
Erledigt abgeschlossen am 30. Oktober 2006.

10. Rechtsgrundlage Polis (Nr. 05-054).

Eingereicht von David Berger (Grüne/AL) am 11. Juli 2005.
Erledigt abgeschlossen am 4. September 2006.

11. Geschlechtsspezifische Jugendarbeit (Nr. 05-055).

Eingereicht von Gabriella Schmid (SP) am 11. Juli 2005.
Erledigt abgeschlossen am 27. Februar 2006.

12. Mediterrane Abteilungen in den städtischen Alters- und Pflegeheimen am 11. Juli 2005 (Nr. 05-056).

Eingereicht von Gabriella Schmid und Edi Wettstein (SP) am 11. Juli 2005.
Erledigt abgeschlossen am 27. Februar 2006.

13. Gentechnik in Winterthur? (Nr. 05-070).

Eingereicht von Daniela Werner (SP) am 19. September 2005.
Erledigt abgeschlossen am 8. Mai 2006.

14. Sanierung Turnhalle Geiselweid (Nr. 05-079).

Eingereicht von Ursula Dolski-Gebendinger (CVP) am 31. Oktober 2005.
Erledigt abgeschlossen am 4. September 2006.

15. Erlöse aus Liegenschaften-Verkäufen (Nr. 05-089).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 21. November 2005.
Erledigt abgeschlossen am 26. Juni 2006.

16. Vergabe von Standplätzen an den Märkten in der Altstadt von Winterthur (Nr. 05-090).

Eingereicht von Alexander Huber (FDP) am 21. November 2005.
Erledigt abgeschlossen am 26. Juni 2006.

17. Stellenpool der Stadtverwaltung (Nr. 05-091).

Eingereicht von Ursula Dolski-Gebendinger (CVP) am 21. November 2005.
Erledigt abgeschlossen am 10. Juli 2006.

18. Einhaltung der Bedingungen bei Ausschreibungen (Nr. 05-095).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 5. Dezember 2005.
Erledigt abgeschlossen am 20. November 2006.

19. Feinstaub in Winterthur (Nr. 06-007).

Eingereicht von Lilith C. Hübscher (Grüne/AL) am 23. Januar 2006.
Erledigt abgeschlossen am 11. Dezember 2006.

20. Kostenvergleich Stadtgärtnerei – Privatunternehmungen (Nr. 06-008).

Eingereicht von Jürg Hofmann (FDP), Martin Hollenstein (CVP) und Heinrich Keller (SVP) am 23. Januar 2006.
Erledigt abgeschlossen am 4. September 2006.

21. Kunstrasenplatz in Winterthur (Nr. 06-010).

Eingereicht von Edi Wettstein und Nicolas Galladé (SP) am 23. Januar 2006.
Erledigt abgeschlossen am 25. September 2006.

Interpellationen

1. Bilanz Liegenschaftenhandel Hölken-Areal (Nr. 04-046).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 7. Juni 2004.
Erledigt abgeschlossen am 26. Juni 2006.

2. Planungsstand der tiefergelegten Vogelsangstrasse (Nr. 05-016).

Eingereicht von Peter Rütimann und Jürg Hofmann (FDP) am 21. März 2005.
Erledigt abgeschlossen am 23. Januar 2006.

3. Verkehrskonzept Grüzefeld und Zentrumsgebiet Oberwinterthur (Nr. 05-017).

Eingereicht von Jürg Hofmann und Peter Rütimann (FDP) am 21. März 2005.
Erledigt abgeschlossen am 23. Januar 2006.

22. Islamisch-albanisches Gebetszentrum an der Mattenbachstrasse 8 (Nr. 06-011).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 23. Januar 2006.
Erledigt abgeschlossen am 25. September 2006.

23. Vier Jahre neue Schulbehördenorganisation (Nr. 06-019).

Eingereicht von Ursula Bründler-Krismer (CVP) und Carolyn Bodmer (FDP) am 27. Februar 2006.
Erledigt abgeschlossen am 30. Oktober 2006.

24. Besetzung Sidi-Areal (Nr. 06-022).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 27. März 2006.
Erledigt abgeschlossen am 20. November 2006.

25. Bericht Ombudsmann zum Bereich Alter und Pflege (Nr. 06-028).

Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) am 8. Mai 2006.
Erledigt abgeschlossen am 8. Mai 2006.

26. Kontrollstelle gegen Sozialhilfe-Missbrauch in Winterthur (Nr. 06-029).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) und Ruth Werren (FDP) am 8. Mai 2006.
Erledigt abgeschlossen am 19. Juni 2006.

27. Beschleunigung der Abrechnungen über Verpflichtungskredite (Nr. 06-030).

Eingereicht namens der HBK-Kommission Lilith C. Hübscher (Grüne/AL), Norbert Albi (SVP), Alexander Huber und Jakob Heusser (FDP), Urs Böni, Andreas Daurü und Edi Wettstein (SP) am 8. Mai 2006.
Erledigt abgeschlossen am 30. Oktober 2006.

28. Steuerbefreiung der Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte (Nr. 06-037).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 26. Juni 2006.
Erledigt abgeschlossen am 20. November 2006.

29. Eigene städtische Kinderkrippe im zukünftigen zentralisierten Standort der Stadtverwaltung (Nr. 06-056).

Eingereicht von Mona Schwager (SP) am 25. September 2006.
Erledigt abgeschlossen am 25. September 2006.

30. Schulhaus Sennhof (Nr. 06-069).

Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 30. Oktober 2006.
Erledigt abgeschlossen am 30. Oktober 2006.

31. Engagement des Stadtrates für eine zweite Radio-Frequenz in Winterthur (Nr. 06-080).

Eingereicht von David Berger (Grüne/AL) und Nicolas Galladé (SP) am 20. November 2006.
Erledigt abgeschlossen am 20. November 2006.

32. Privatisierung Verkehrskontrollen, Verzicht (Nr. 06-081).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 20. November 2006.
Erledigt abgeschlossen am 20. November 2006.

Schriftliche Anfragen

1. Bewirtschaftung der weissen Parkfelder als zentralörtliche Abgeltung (Nr. 05-086).

Eingereicht von Lilith C. Hübscher (Grüne/AL) am 11. November 2005.
Erledigt abgeschlossen am 1. Februar 2006.

2. Wachsaues Auge (Nr. 06-021).

Eingereicht von David Berger (Grüne/AL) am 22. März 2006.
Erledigt abgeschlossen am 21. Juni 2006.

3. Tempo-30-Zonen (Nr. 06-048).

Eingereicht von Ursula Bründler-Krismer (CVP) am 4. September 2006.
Erledigt abgeschlossen am 29. November 2006.

Behördenverzeichnis

(Stand Ende Dezember 2006)

Grosser Gemeinderat

Amts-dauer 2006 – 2010

Präsidentin:	Kleiber Ruth, Handarbeitslehrerin (EVP)
1. Vizepräsident:	Rütimann Peter, lic. iur., Rechtsanwalt (FDP)
2. Vizepräsident:	Langhard Walter, Betriebsleiter (SVP)
Stimmen-zähler/in:	Heusser Jakob, Eidg. Dipl. Hafnermeister (FDP) Senn Yves, Bijoutier (SVP) Weibel Rolf, Typograf (EVP) Wettstein Edi, Werkstatt-Lehrer (SP)
Ratssekretär:	Bernhard Marc, Assistent Stadt-schreiber

Mitglieder:

- * Badertscher Werner, Kapo ZH / Zivilangestellter (SVP)
- * Baltensberger Beatrix, Eidg. Dipl. Sozialvers.-Fachfrau (SP)
- Berger David, Informatiker (AL)
- * Beutler Yvonne, Redaktorin / lic. iur. / Friedensrichterin (SP)
- Bienz-Meier Gabi, lic. iur. Rechtsanwältin (CVP)
- * Böni Urs, Gartenbauer (SP)
- * Bründler-Krismer Ursula, Kinderkrankenschwester / Hausfrau (CVP)
- * Daurù Andreas, dipl. Psychiatriepfleger DN II (SP)
- * Denzler Christine, Anaesthesie-Pflegefachfrau / Familienfrau (FDP)
- Dennler Pia, lic. iur., Rechtsanwältin (SP)
- * Dolski-Gebendinger Ursula, Personalberaterin (CVP)
- * Fritschi Stefan, Dipl. Betriebs- u. Produktionsing. ETH (FDP)
- * Fuchs Peter, Unternehmer (SVP)
- * Galladé Nicolas, Kaufm. Angestellter / Journalist (SP)
- * Gruber Beat, Projektleiter Bauwesen (SP)
- Gugger Niklaus, Jugend- und Schulsozialarbeiter (EVP)
- Günthard Fitze Barbara, Spitex-Leiterin (EVP)
- Günthard-Maier Barbara, Journalistin (FDP)
- * Hauser David, lic. phil. I, Historiker (SP)
- * Helg Felix, lic. iur. (FDP)
- * Heusser Jakob, Eidg. Dipl. Hafnermeister (FDP)
- Hollenstein Martin, Dipl. Gärtnermeister (CVP)
- * Huber Alexander, Dr. sc. nat., Wissenschaftler (FDP)
- Hübscher Lilith C., Redaktorin (Grüne)
- * Iseli Herbert, Techn. Kaufmann (EDU)
- * Isler René, Polizist (SVP)
- * Keller Heinrich, Geschäftsführer ZGS (SVP)
- * Kern-Weber Christa, Kaufm. Angestellte / Hausfrau (SVP)
- * Kleiber Ruth, Handarbeitslehrerin (EVP)
- * Langhard Walter, Betriebsleiter (SVP)
- * Lisibach Josef, Kantonspolizist (SVP)
- * Martinelli-Weidmann Ursula, Krankenschwester (EVP)
- * Meier-Camenisch Annina Martina, lic. iur. (FDP)
- * Meier Rudolf, Landwirt (SVP)
- Meyer Flückiger Urs, Bibliothekar / Typograf (SP)
- * O'Brien Silv, Betreuerin (Grüne)
- * Ott Marianne, Rechtsanwältin (SP)
- * Ramsauer Adrian, Rechtsanwalt (Grüne)

- Rickli Natalie, Kaufm. Angestellte (SVP)
- * Rütimann Peter, lic. iur., Rechtsanwalt (FDP)
- * Schlegel Eva, Klavierlehrerin (SP)
- * Schürmann René, Personalchef (CVP)
- Schurter Werner, Regionalleiter, dipl. Ing. ETH/SIA (CVP)
- * Schwager Mona, Krankenschwester / Hebamme (SP)
- * Seitz Oliver, Amtsvormund / Mittelschullehrer (SP)
- Senn Yves, Bijoutier (SVP)
- * Stauber Martin, Kulturingenieur ETH (Grüne)
- * Steiner Werner, Dipl. Bauing. ETH/SIA, Geschäftsführer (SVP)
- Stettler Beat, Gewerkschaftssekretär (SP)
- Stierli Silvio, lic. iur., Staatsanwalt (SP)
- Stöckli Susanne, Sachbearbeiterin Bundesverwaltung (GLP)
- * Strahm Hedi, Programmiererin (SP)
- * Stutz Marcel, Eidg. dipl. El. Inst. (SD)
- Tender Chimie, kfm. Angestellte / Studentin KME (Grüne)
- Weibel Rolf, Typograf (EVP)
- * Wernli Paul, Einsatzleiter Arbeitsprojekte (SP)
- * Werren Ruth, Einkäuferin / Prokuristin (FDP)
- * Wettstein Edi, Werkstatt-Lehrer (SP)
- * Würigler Hans Ulrich, Rechtsanwalt (SP)
- Zeugin Michael, Stud. Internationale Beziehungen (GLP)

Die mit * bezeichneten Mitglieder sind Winterthurer Bürger/innen.

Austritte im Berichtsjahr:

Künsch Ursula (FDP), Werner Daniela (SP), Schmid Gabriella (SP), Schmid Kilian (SP), Weiler Heinz (SVP), Kläy Dieter (FDP), Albi Norbert (SVP), Schär Stefan (SVP), Schwengeler René (SD), Hofmann Jürg (FDP), Baumann Monika (SVP), Bodmer Carolyn (FDP).

Parlamentarische Kommissionen

Ratsleitung (RL)

Präsidentin:	Kleiber Ruth (EVP)
Mitglieder:	Rütimann Peter (FDP) Langhard Walter (SVP)

Aufsichtskommission (AK)

Präsidentin:	Beutler Yvonne (SP)
Mitglieder:	Bründler-Krismer (CVP) Huber Alexander (FDP) Isler René (SVP) Keller Heinrich (SVP) Ramsauer Adrian (Grüne) Stettler Beat (SP) Wernli Paul (SP) Werren Ruth (FDP) Würigler Hans Ulrich (SP) Zeugin Michael (GLP)

Sachkommission Bau und Betriebe (BBK)

Präsident: Heusser Jakob (FDP)

Mitglieder: Böni Urs (SP)
 Hollenstein Martin (CVP)
 Hübscher Lilith C. (Grüne)
 Meier Rudolf (SVP)
 Steiner Werner (SVP)
 Strahm Hedi (SP)
 Weibel Rolf (EVP)
 Wettstein Edi (SP)

Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK)

Präsidentin: Stauber Martin (Grüne)

Mitglieder: Galladé Nicolas (SP)
 Gruber Beat (SP)
 Günthard Fitze Barbara (EVP)
 Helg Felix (FDP)
 Lisibach Josef (SVP)
 Rickli Natalie (SVP)
 Schlegel Eva (SP)
 Schürmann René (CVP)

Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)

Präsident: Badertscher Werner (SVP)

Mitglieder: Baltensberger Bea (SP)
 Berger David (AL)
 Bienz-Meier Gabi (CVP)
 Gugger Niklaus (EVP)
 Langhard Walter (SVP)
 Meier-Camenisch Annina M. (FDP)
 Ott Marianne (SP)
 Schwager Mona (SP)

Bürgerrechtskommission (BüK)

Präsident: Iseli Herbert (EDU)

Mitglieder: Daurù Andreas (SP)
 Dennler Pia (SP)
 Denzler Christine (FDP)
 Fuchs Peter (SVP)
 O'Brien Silv (Grüne)
 Senn Yves (SVP)

**Parteilpolitische Zusammensetzung
des Grossen Gemeinderates**

Sozialdemokratische Partei	SP	19
Schweizerische Volkspartei	SVP	11
Freisinnig-demokratische Partei	FDP	9
Christlich-demokratische Volkspartei	CVP	6
Evangelische Volkspartei	EVP	5
Grüne Partei	Grüne	5
Grünliberale	GLP	2
Eidgenössische Demokratische Union	EDU	1
Schweizer Demokraten	SD	1
Alternative Liste	AL	1
Total Mitglieder		60

Stadtrat

Stadtpräsident: Ernst Wohlwend
 Vizepräsidentin: Verena Gick
 Mitglieder: Walter Bossert
 Michael Künzle
 Pearl Pedernana
 Maja Ingold
 Dr. Matthias Gfeller
 Stadtschreiber: Arthur Frauenfelder

Departement Kulturelles und Dienste

Ernst Wohlwend

Stellvertreterin: Verena Gick

Stadtkanzlei
 Personalamt
 Stadtarchiv
 Stadtentwicklung
 Kultur
 Rechtspflege:
 Betreibungsämter
 Friedensrichteramt

Departement Finanzen

Verena Gick

Stellvertreter: Ernst Wohlwend

Finanzkontrolle
 Finanzamt
 Steueramt
 Informatikdienste
 Liegenschaftenverwaltung

Departement Bau

Walter Bossert

Stellvertreter: Dr. Matthias Gfeller

Stadtplanungsamt
 Tiefbau
 Hochbau
 Vermessungsamt
 Baupolizeiamt

Departement Sicherheit und Umwelt

Michael Künzle

Stellvertreterin: Pearl Pedernana

Stadtpolizei
 Polizeirichteramt
 Feuerwehr
 Zivilschutz
 Melde- und Zivilstandswesen
 Umwelt- und Gesundheitsschutz

Departement Schule und Sport

Pearl Pedernana

Stellvertreterin: Maja Ingold

Bildung
 Berufsbildung
 Zentrale Dienste
 Sport

Departement Soziales*Maja Ingold**Stellvertreter: Michael Künzle*

Vormundschaftsamt
 Soziale Dienste
 Alter und Pflege
 Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte

Departement Technische Betriebe*Dr. Matthias Gfeller**Stellvertreter: Walter Bossert*

Stadtwerk Winterthur
 Stadtbuss Winterthur
 Stadtgärtnerei
 Forstbetrieb

Stadträtliche Ausschüsse**Wahlbüro**

Präsident: Ernst Wohlwend
 Vizepräsidentin: Verena Gick

Personalausschuss

Präsident: Ernst Wohlwend
 Vizepräsidentin: Verena Gick
 Mitglied: Maja Ingold
 Ersatz: Walter Bossert

Grundsteuerausschuss

Präsidentin: Verena Gick
 Vizepräsidentin: Pearl Pedergrana
 Mitglied: Dr. Matthias Gfeller
 Ersatz: Ernst Wohlwend
 Michael Künzle

Bauausschuss (Baubehörde)

Präsident: Walter Bossert
 Vizepräsident: Ernst Wohlwend
 Mitglieder: Dr. Matthias Gfeller
 Michael Künzle
 Ersatz: Verena Gick

Finanz- und Investitionsausschuss

Präsidentin: Verena Gick
 Vizepräsident: Ernst Wohlwend
 Mitglied: Walter Bossert
 Ersatz: Dr. Matthias Gfeller

WOV-Ausschuss

Präsidentin: Verena Gick
 Vizepräsident: Ernst Wohlwend
 Mitglied: Walter Bossert

Schulbehörden**Zentralschulpflege**

Präsidentin/Präsident: Pearl Pedergrana, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Dora Weigold, Kreisschulpflegepräsidentin

Mitglieder:

Felix Müller	Präsident Kreisschulpflege Altstadt
Ruedi Ehram	Präsident Kreisschulpflege Mattenbach
Toni Patscheider	Präsident Kreisschulpflege Oberwinterthur
Susanne Haelg	Präsidentin Kreisschulpflege Seen
Bea Schläpfer	Präsidentin Kreisschulpflege Töss
Dora Weigold-Maurer	Präsidentin Kreisschulpflege Veltheim
Martin Hasenfratz	Präsident Kreisschulpflege Wülflingen

Kreisschulpflegen**Altstadt**

Präsident: Felix Müller, dipl. Architekt ETH
 1. Vizepräsidentin: Iris Brom, Lehrbeauftragte Gestaltung
 2. Vizepräsident: Hans Peter Gisler, lic. phil. I

Mitglieder:

Reinhard Bartsch, lic. phil. I, Personalfachmann
 Christa Benz-Meier, Primarlehrerin
 Jürg Berger, Controller
 Iris Brom, Lehrbeauftragte Gestaltung
 Robert Demuth, Betriebsingenieur ETH
 Dorothea Dubs-Sommer, lic. jur.
 Marlene Dünner Leu, Schulverwaltungsleiterin
 Jacqueline Engler-Beauverd, Sprachlehrerin
 Barbara Eppler, Unternehmensberaterin
 Hans Peter Gisler, lic. phil. I
 Vinzenz Glaus, dipl. Naturwissenschaftler ETH
 Alfred Lanz, Dr. phil., Medienfachmann
 Anne-Käthi Matter-Messerli, Familienfrau/
 Hauswirtschaftslehrerin
 Esther Mötteli-Sigg, Familienfrau/Lehrerin
 Christian Müller, Pädagoge
 Felix Müller, dipl. Architekt ETH
 Heidi Müller, kaufm. Angestellte
 Peter Oertel, Informatiker FA
 Luca Rosario Roth, Kulturmanager
 Roger Schmid, Servicetechniker
 Marcel Volkart, Rechtsanwalt

Mattenbach

Präsident: Ruedi Ehram, Werklehrer
 1. Vizepräsidentin: Kristin Ljungberg, dipl. Übersetzerin
 2. Vizepräsidentin: Ruth Trachsler, Sekretärin

Mitglieder:

Alfred Artho, Bahnhofassistent SBB
 Franco Cazzato, eidg. dipl. Malermeister
 Eduard Denzler, Mechaniker
 Ruedi Ehram, Werklehrer

Sabine Flach, Physiotherapeutin
 Gaby Fritz, Familienfrau
 Andrea Knasmillner, kaufm. Angestellte
 Kristin Ljungberg, dipl. Übersetzerin
 Roger Meier, Chemiker FH
 Martin Meyer, Personalvermittler
 Gian Paul Pescatore, Architekt
 Dominique Schraft, Geografen
 Martha Stutz-Bassler, Apothekerin
 Susanne Tobler, Primarlehrerin
 Ruth Trachsler, Sekretärin
 Christian Ulrich, lic. oec. HSG
 Vakanz

Oberwinterthur

Präsident: Toni Patscheider, El. Ing. HTL
 1. Vizepräsidentin: Vreni Gross-Güntensperger, Familienfrau
 2. Vizepräsidentin: Annemarie Gluch-Bosshard, Ernährungsberaterin

Mitglieder:

Stephen Bosshard, Jurist
 Hansjürg Büchi, Informatiker Anwender SIZ
 Zeno Dähler, Maschinenzeichner
 Ingrid Gabriele, Familienfrau
 Annemarie Gluch-Bosshard, Ernährungsberaterin
 Vreni Gross-Güntensperger, Familienfrau
 Helena Harlacher-Gisler, Familienfrau
 Corinne Imark, Kindergärtnerin
 Walter Kübler, Ing. HTL
 Regina Kurzen-Fuchs, Arztgehilfin
 Barbara Lattmann, Rhythmiklehrerin
 Anna Lüdi-Kluz, Krankenschwester/Hausfrau
 Daniel Oswald, Ingenieur HTL
 Toni Patscheider, El. Ing. HTL
 Fritz Renfer, Mathematiker
 Regula Salm, Familienfrau
 Sonja Sartor-Mettler, Legasthenie-Therapeutin
 Andrea Schär, Köchin
 Sonja Scholz-Krügel, Sozialpädagogin
 Maria Zehnder, Ökonomin
 Angela Zoske, Behindertenbetreuerin

Seen

Präsidentin: Susanne Haelg, Kauffrau
 1. Vizepräsident: Peter Flückiger, Hausmann
 2. Vizepräsidentin: Maya Früh-Huber, med. Praxisassistentin

Mitglieder:

Esther Althaus, Buchhändlerin
 Irene Arnold, Familienfrau
 Beat Böckli, Lehrer
 Emil Bodenmann, Betriebsfachmann
 Claudia Braun, Familienfrau
 Peter Flückiger, Hausmann
 Monika Frei-Mattenberger, Familienfrau/Kindergärtnerin
 Maya Früh-Huber, med. Praxisassistentin
 Susanne Haelg, Kauffrau
 Nelly Iseli, Stenodaktylografen
 Betty Konyo Schwerzmann, Buchhalterin
 Markus Kopp, El. Ing. HTL
 Markus Läderach, EDV-Operator
 Andrea Lorca, Familienfrau/med. Praxisassistentin
 Angelika Neukomm-Riesen, Kindergärtnerin
 Theresia Rutz Mätzler, Krankenschwester/Hausfrau

Karin Astrid Sönnichsen-Bärtschi, Primarlehrerin
 Maja Studer, Familienfrau/Turn- und Sportlehrerin ETH
 Cornelia Wyss Hartmann, Marketingplanerin/Familienfrau

Töss

Präsidentin: Bea Schläpfer, kfm. Angestellte
 1. Vizepräsidentin: Monika Frey, Familienfrau
 2. Vizepräsident: Werner Burger, Projektleiter

Mitglieder:

Daniel Altenbach, Amtsvormund
 Cornelia Brunner, Hauswartpartnerin
 Werner Burger, Projektleiter
 Franziska Dusek, Primarlehrerin/Familienfrau
 Monika Frey, Familienfrau
 Tatjana Gottsponer, Pflegefachfrau DN I/Familienfrau
 Annegret Jeger, Familienfrau/Buchhändlerin
 Bea Schläpfer, kaufm. Angestellte
 Urs Spiess, Stationsleiter
 Richard Stadelmann, Dipl. Masch.-Ing. ETH
 Thomas Thalmann, Innendekorateur
 Luzia Toppan-Seiler, kaufm. Angestellte
 Beat Meier, Personalleiter

Veltheim

Präsidentin: Dora Weigold-Maurer, Hausfrau/Sekretärin
 1. Vizepräsidentin: Susanne Trost Vetter, Theaterschaffende
 2. Vizepräsidentin: Annelise Wehrli Gisler, lic. phil. I

Mitglieder:

Hans Brunner, kaufm. Angestellter
 Anna Dubach-Kaufmann, kaufm. Angestellte
 Rahel Finger, Co-Leiterin Suchtpräventionsstelle
 Hans Rudolf Gossweiler, alt Mittelschullehrer
 Christoph Magnusson, Allfinanzberater
 Sylvia Schwob-Häberli, Arztgehilfin/Hausfrau
 Helena Siegrist, Sachbearbeiterin
 Ursula Staufer-Schüle, Elektrophysiologisch-Technische Assistentin
 Susanne Trost Vetter, Theaterschaffende
 Novica Vannuca, Buschauffeur
 Annelise Wehrli Gisler, lic. phil. I
 Dora Weigold-Maurer, Hausfrau/Sekretärin
 Christine Weilenmann, Hauswirtschaftslehrerin

Wülflingen

Präsident: Martin Hasenfratz, Bereichsleiter-Stv.
 1. Vizepräsident: Andreas Both, Unternehmer
 2. Vizepräsidentin: Isabella Matzinger, kaufm. Angestellte/Familienfrau

Mitglieder:

Andreas Both, Unternehmer
 Patricia Brander Capaul, Sekundarlehrerin phil. I
 Regula Crestani, Damenschneiderin
 Martin Hasenfratz, Bereichsleiter-Stv.
 Cécile Krättli-Derendinger, Geschäftsfrau
 Felix Landolt, Architekt
 Isabella Matzinger, kaufm. Angestellte/Familienfrau
 Helena Meier-Suter, Familienfrau
 Bernhard Moser, Informatiker
 Eva Müller-Angst, kaufm. Angestellte

Herbert Sommerhalder, Betriebsleiter
 Doris Steiner, Hausfrau
 Sylvia Stöckli, Lehrerin
 Michel Vallat, Fachlehrer
 Monika Vogel-Wertli, Lehrerin
 Vakanz

Fürsorgebehörde

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Heinz Zentner, Grafiker
 Sekretärin: Daniela Moro

Mitglieder:

Gabriela Böni, Kaufmännische Angestellte
 Corinna Bremi, Sozialarbeiterin
 Claudia Hosang, Studentin
 Deborah Kuhn, Lehrerin
 Iris Kuster Anwander, lic. oec. HSG / Familienfrau
 Camille Meier, Rechtsanwalt
 Michael Peterhans, Jurist lic. iur.
 Christoph Portmann, IT-Berufsbildungsverantwortlicher
 Mireille Schaffitz, Oberrichterin
 Conny Schär, Dipl. Pflegefachfrau / Gassenarbeiterin
 Hanspeter Scheuring, Hortleiter
 Hans Steiger, Technischer Angestellter
 Paul Übersax, Kaufmännischer Angestellter / Diakon

Vormundschaftsbehörde

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Urs Gürtler, Jurist

Mitglieder:

Marcel Brenn, Jurist
 Gabriela Herzog Zah, dipl. Sozialarbeiterin FH
 Elsbeth Lehmann, Juristin
 Doris Schumacher, dipl. Sozialarbeiterin FH

Städtische Kommissionen und beratende Gremien

Departement Kulturelles und Dienste

Verwaltungskommission der Pensionskasse

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin

Mitglieder:

Dominik Agosti, Polizeibeamtenverband
 Eugen Kindhauser, PVW
 Silvia Nef, VPOD
 Flurina Pescatore, VPOD
 Christoph Pohl, VPOD
 Claudio Rima, PVW
 Susanne Tanner, PVW

Ersatz:

Alice Maltempi, PVW
 Urs Meyer, VPOD
 Silvio Tortelli, Polizeibeamtenverband

Beratende Stimme:

Martin Duttweiler, Leiter Pensionskasse
 Dr. Fritz Lang, Personalchef

Personalkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Beisitzerin: Maja Ingold, Stadträtin
 Ersatz: Walter Bossert, Stadtrat

Mitglieder:

Brigitte Berginz, Kindergärtnerinnenkonvent
 Eugen Kindhauser, PVW
 Reinhard Linder, VPOD
 Helmut Pfeifer, PVW
 Peter Rütimann, Polizeibeamtenverband
 Käti Schneider, VPOD
 Dr. Daniel Schneller, PVW
 Jorge Serra, VPOD
 Silvio Tortelli, Polizeibeamtenverband

Beratende Stimme:

Dr. Fritz Lang, Personalchef
 Helena Stäheli, Beauftragte für Gleichstellung
 Christian Suter, stv. Personalchef

Theaterkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Aktuar: Ernst Jäggi, Theater Winterthur

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
 Willi Germann (CVP) *
 Gian Gianotti, Künstlerischer Leiter
 Beat Gruber (SP) *
 Sylvia Hirschele **

Dieter Lang ****
 Andreas Moss ***
 Nathalie Rickli (SVP) *
 Paul Schnewlin
 Ruth Werren (FDP) *

* Vertreter/innen Grosser Gemeinderat
 ** Vertreterin Theaterverein
 *** Vertreter Kanton
 **** Vertreter Regionsgemeinden

Kunstkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Sekretärin: Judith Bodmer

Mitglieder:

Markus Böni (SVP) *
 Werner Wal Frei **
 Othmar M. Gnädinger
 Elisabeth Hefti (SP) *
 Oliver Krähenbühl **
 Stefan Piotrowski (FDP) *
 Dr. Dieter Schwarz, Kunstmuseum

* Vertreter/innen Grosser Gemeinderat
 ** Vertreter Künstlergruppe

Beratende Stimme:

Walter Büchi, Kultursekretär

Literaturkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
 Stefan Busz, Redaktor Landbote
 Dr. Angelika Maass, Redaktorin Landbote
 Denise Sorba-Mosimann, Lehrerin
 Wolfgang Vogel, Buchhändler

Integrationskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Pearl Pederghana, Stadträtin
 Mitglied: Maja Ingold, Stadträtin
 Ersatz: Michael Künzle, Stadtrat

Weitere Mitglieder:

Regula Forster, Departementssekretärin Schule und Sport
 Silvia Schilter Gander, Leiterin Abklärung und Support,
 Soziale Dienste
 Nadja Witzemann, Integrationsdelegierte
 Mark Würth, Leiter Stadtentwicklung

Ständiger Gast:

Hans-Jakob Mosimann, Präsident Ausländer/innen-Beirat

Stadtentwicklungskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Mitglied: Walter Bossert, Stadtrat
 Sekretär: Andreas Schönbächler

Fachmitglieder:

Dieter Bachmann, Stadtmarketing
 Regula Forster, Departementssekretärin Schule und Sport
 Ruedi Haller, Stadtplaner
 Christoph Pohl, Leiter Fachstelle Arbeitsintegration
 Erik Schmausser, Leiter Umwelt- und Gesundheitsschutz
 Dr. Fridolin Störi, Bausekretär
 Christian von Burg, Direktor Stadtwerk Winterthur
 Mark Würth, Leiter Stadtentwicklung

Ausländer/innen-Beirat

Präsident: Dr. Hans-Jakob Mosimann

Mitglieder:

Vertreter/innen der Ausländerorganisationen:

Toufic Abdallah	Libanon
Shefqet Cakolli	Kosovo
Arlete De Castro Baumann	Brasilien
Giuseppe Diana	Italien
Giordano Facchin	Italien
Snežana Fritschi-Stanic	Serbien-Montenegro
Ana Ivanovic-Jularic	Bosnien
Giovanna Maiorano Del Grosso	Italien
Umberto Mastrogiuseppe	Italien
Mbuina Willy Mayunda	Kongo
Darja Mikulicic	Kroatien
Tülün Yanardöner	Aleviten
Yücel Yildirim	Türkei
Özkan Yongaci	Türkei

Vertreter/innen der Schweizer Organisationen:

Dr. Cornelia Bachmann	KMU
Georges-Alfred Braunschweig	Ev.-Ref. Landeskirche
Regula Forster Erzinger	DSS
Luigi Fucntese	Gewerkschaftsbund
Silvia Schilter Gander	DSO
Peter Uhlmann	Handelskammer
Ineke Wiederkehr	Röm.-Kath. Landeskirche

Ersatzmitglied:

Vanaja Sribavan	Sri Lanka
-----------------	-----------

Beratende Stimme:

Nadja Witzemann, Integrationsdelegierte

Fachbeirat Uhrensammlung

Präsident: Urs Zimmermann

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
 Max Denzler
 Kriss Reinhart
 Andreas Strehler
 Andrea Tiziani
 Brigitte Vinzens,
 Konservatorin Uhrensammlung Kellenberger

Wissenschaftlicher Beirat Münzkabinett

Präsident: Hans-Ulrich Geiger, Universität Zürich

Mitglieder:

Dr. Beat Eberschweiler, Leiter
Denkmalpflege/Archäologie, ARV, Baudirektion Zürich
Prof. Dr. Beat Näf,
Historisches Seminar, Universität Zürich
Hortensia von Roten, lic. phil. MAS,
Schweiz. Landesmuseum, Zürich
Benedikt Zäch, lic. phil., Leiter Münzkabinett und
Antikensammlung

Funktionsbewertungskommission

Präsident: Fritz Lang, Personalchef
Vizepräsident: Christian Suter, stv. Personalchef

Ständige Mitglieder:

Verena Anliker, VPOD
Judith Bodmer, PVW
Helmut Pfeifer, PVW
Jorge Serra, VPOD
Alice Maltempi, Beauftragte für Gleichstellung

Wechselnde Mitglieder (je nach zu beurteilender Funktion):

Vorsteher/in des betroffenen Departementes oder
andere/r Delegierte/r der Departementsleitung
Leiter/in des betroffenen Amtes, Betriebes oder der
betroffenen Hauptabteilung

Ersatzmitglieder:

Eugen Kindhauser, PVW
Käti Schneider, VPOD
Helena Stäheli, Beauftragte für Gleichstellung

Departement Finanzen**Landwirtschaftskommission**

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin
Stellvertreter: Michael Künzle, Stadtrat
Aktuar: Ueli Gnehm, Liegenschaftenverwaltung

Mitglieder:

Markus Briner, Landwirt, Winterthur
Gert Brunner, Landwirt, Winterthur
Adrian Buchli, Flur-/Umweltpolizei
Erich Dürig, Liegenschaftenverwaltung
Hans-Rudolf Hofer, Landwirt, Winterthur
Markus Moser, Landwirt, Winterthur
Martin Nussbaumer, Landwirt, Winterthur
Hans Schwab, Landwirt, Birchhof, Hegi
Urs Schweingruber, Betriebsleiter Volg
Jakob Weidmann, Landwirt, Winterthur-Stadel

Departement Bau**Arbeitsgruppe Velo**

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat
Geschäftsführer: Herbert Ernst, Stadtplanungsamt,
Stv. Leiter Verkehrsplanung

Mitglieder:

Stadtverwaltung:

Beat Kammermann, Leiter Verkehrslenkung
Max Reifler, Leiter Tiefbau
Ueli Rüsch, Stadtplanungsamt, Leiter Verkehrsplanung

Veloparlamentarier:

Heinrich Keller (SVP)
Oliver Seitz (SP)
Martin Stauber (Grüne)
Stefan Fritschi (FDP)
Rolf Weibel (EVP)
ACS: Harald Walser, Neftenbach
IG Velo: Bernhard Fiedler, Winterthur
SC: Josef Bollhalder, Winterthur
TCS: Susanne Ballauf, Kollbrunn
VCS: Kurt Egli, Winterthur

Fachgruppe Stadtgestaltung

Leitung interim.:
Max Romann, Projektleiter Stadtgestaltung

Mitglieder:

Lisa Ehrensperger, dipl. Arch. ETH/SIA/BSA, Zürich
Ruedi Haller, Leiter Stadtplanungsamt
Martin Rapold, Stadtgärtnerei, Hauptabteilungsleiter
Planung/Naturschutz
Hans Rohr, dipl. Arch. ETH/SIA/BSA, Dättwil AG
Astrid Staufer, dipl. Arch. ETH/BSA/SIA, Frauenfeld
Christian Sumi, dipl. Arch. ETH/BSA/SIA, Zürich

Fachgruppe Denkmalpflege

Leitung:
Dr. Daniel Schneller, Hochbau, Leiter Denkmalpflege

Mitglieder:

Ruedi Haller, Stadtplaner
Eduard Müller, lic. phil. I, Seelisberg
Silvio Schmed, Arch. BSA/SWB, Zürich
Ernst Strebel, dipl. Arch. ETH/BSA/SIA, Zürich
1 Vakanz

Arbeitsgruppe Sauberkeit

Leitung: Dr. Jürg Stünzi, Tiefbau, Leiter Entsorgung

Mitglieder:

Walter Heim, Stadtpolizei
Beat Kunz, Forstmeister
Hannes Schneider, Stadtgärtnerei, Hauptabteilungsleiter
Grünanlagen
Jörg Wirth, Tiefbau, Strasseninspektorat

Departement Sicherheit und Umwelt

Arbeitsgruppe Altstadt

Präsident: Michael Künzle
 Vizepräsident: Walter Bossert

Mitglieder:

Daniel Beckmann, Verwaltungspolizei
 Alfred Bruhin, Bewohnerverein Altstadt
 Bruno Diezi, Interessen-Gemeinschaft Graben
 Beat Eisen, Interessen-Gemeinschaft Obergasse
 Renato Giovanelli, Junge Altstadt
 Remo Hahn, Gemeinschaft Marktgasse
 Beat Kammermann, Verkehrslenkung
 Paul Lehmann, Bewohnerverein Altstadt
 Wolfram Leschke, Bewohnerverein Altstadt
 Max Reifler, Leiter Tiefbau
 Eduard Schenk, Verein zur Förderung der Steinberggasse
 Heinz Schudel, Untertor Vereinigung
 Dr. Fridolin Störi, Leiter Baupolizeiamt
 Hedi Strahm, Bewohnerverein Altstadt

Kommission Umwelt und Energie

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Vizepräsident: Erik Schmausser,
 Leiter Umwelt- und Gesundheitsschutz

Mitglieder:

Ruedi Haller, Leiter Stadtplanungsamt
 Beat Kunz, Leiter Forstbetrieb
 Fridolin Störi, Leiter Baupolizeiamt
 Dr. Jürg Stünzi, Tiefbau, Leiter Entsorgung
 Christian von Burg, Direktor Stadtwerk Winterthur

Fachgruppe Umwelt

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Vizepräsident: Erik Schmausser,
 Leiter Umwelt- und Gesundheitsschutz

Mitglieder:

Angelique Daniel, Leiterin Fachstelle Umwelt
 Ulrich Dinkelacker, Baupolizeiamt,
 Leiter Fachstelle Energieberatung
 Herbert Ernst, Stadtplanungsamt,
 Stv. Leiter Verkehrsplanung
 Urs Buchs, Stadtwerk Winterthur,
 Hauptabteilungsleiter Technik Gas und Wasser
 Beat Kunz, Leiter Forstbetrieb
 Eugen Meile, Stadtwerk Winterthur,
 Hauptabteilungsleiter Wärme und Entsorgung
 Claudine Merz, Baupolizeiamt, Baujuristin
 Martin Rapold, Stadtgärtnerei,
 Hauptabteilungsleiter Planung / Naturschutz
 Dr. Jürg Stünzi, Tiefbau, Leiter Entsorgung

Fachgruppe Energie

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Vizepräsident: Erik Schmausser,
 Leiter Umwelt- und Gesundheitsschutz

Mitglieder:

Ulrich Dinkelacker, Baupolizeiamt,
 Leiter Fachstelle Energieberatung
 Fredi Keller, Stadtwerk Winterthur,
 Hauptabteilungsleiter Markt und Kunden
 Beat Kunz, Leiter Forstbetrieb

Eugen Meile, Stadtwerk Winterthur,
 Hauptabteilungsleiter Wärme und Entsorgung
 Paul Welti, Hochbau, Leiter Fachstelle Haustechnik

Departement Schule und Sport

Sportkommission

Präsidentin: Pearl Pedergnana, Stadträtin

Mitglieder:

Nicolas Galladé (SP) ***
 Kurt Hess **
 Herbert Iseli (EDU) ***
 Walter Langhard (SVP) ***
 Emil Manser *
 Hansjörg Siegenthaler *
 Edi Wettstein (SP) ***
 Urs Wunderlin, Leiter Sportamt

* Vertreter Dachverband Sport Winterthur
 ** Vertreter Behindertensport Winterthur
 *** Vertreter Grosser Gemeinderat

Departement Soziales

Jugendkommission Stadt

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Mitglied: Pearl Pedernana, Stadträtin
 Sekretär: Heinz Häusermann,
 Fachabteilung Jugendhilfe

Weitere Mitglieder:

Dr. Bernadette Frei,
 Leiterin Schulpsychologischer Dienst
 Christine Gäumann,
 Co-Leiterin Prävention und Suchthilfe
 Walter Heim, Leiter Jugenddienst Stadtpolizei
 Rolf Heusser, Jugenddelegierter
 Susanne Keller, Quartierentwicklung
 Michael Neidhart, Kantonaler Regionalleiter Jugendhilfe
 Ernst Schedler, Leiter Soziale Dienste
 Nadja Witzemann, Integrationsdelegierte
 Urs Wunderlin, Bereichsleiter Sport
 Reto Zubler, Bereichsleiter Bildung

Drogenkommission

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Mitglied: Pearl Pedernana, Stadträtin

Weitere Mitglieder:

nach Bedarf aus Sozialen Diensten, Stadtpolizei,
 Polizeirichteramt, Bezirksanwaltschaft, Kantonspolizei
 und Bezirksgemeinden

Arbeitsmarktkommission

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin
 Weitere Mitglieder:

Peter Baltensberger,
 Leiter Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)
 Ernst Schedler, Leiter Soziale Dienste
 Matthias Schlumpf, Leiter Berufsberatung
 Franz Trottmann, Leiter Berufsbildung
 1 Vertretung KMU (z. Z. Peter Uhlmann)
 1 Vertretung HAW, Handelskammer (z. Z. Christian Modl)

Kommission Gesundheit und Prävention

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin
 Mitglied: Michael Künzle, Stadtrat

Weitere Mitglieder:

Dr. Teresa Leisebach, Leiterin Abteilung Schulgesundheit
 Andreas Paintner, Leiter Bereich Alter und Pflege
 Ernst Schedler, Leiter Bereich Soziale Dienste
 Erik Schmausser, Leiter Umwelt- und Gesundheitsschutz
 Heidi Liechti, Leitung Fachstelle Gesundheit
 Vertretung des Kantonsspitals Winterthur
 Vertretung der Integrierten Psychiatrie Winterthur
 Vertretung der Ärztesellschaften der Bezirke
 Winterthur und Andelfingen
 Vertretung der Apotheker/innen Winterthur
 Vertretung der Vereinigung der Winterthurer
 Zahnärzte/innen
 Vertretung der Schulärzteschaft
 Urs Wunderlin, Leiter Sportamt

Departement Technische Betriebe

Kommission «Förderung des öffentlichen Verkehrs»

Präsident: Dr. Matthias Gfeller, Stadtrat

Mitglieder:

Pia Dennler (SP) *
 Stefan Fritschi (FDP) *
 Willy Germann, Kantonsrat (CVP)
 Urs Huber, Direktor Stadtbus
 Beat Kammermann, Stadtpolizei, Leiter Verkehrslenkung
 Dr. Dieter Kläy, Kantonsrat (FDP)
 Ueli Rüsch, Stadtplanungsamt, Leiter Verkehrsplanung
 Kurt Schönauer, Stadtbus
 Werner Schurter (CVP) *
 Jorge Serra, Kantonsrat (SP)
 Martin Stauber (Grüne) *
 Werner Steiner (SVP) *
 Susanne Stöckli (GLP) *
 Paul Wernli (SP) *

* Vertreter/in Grosser Gemeinderat

Naturschutzkommission

Präsident: Dr. Matthias Gfeller, Stadtrat
 Aktuar: Martin Rapold, Stadtgärtnerei,
 Hauptabteilungsleiter Planung/Naturschutz

Mitglieder:

Ernst Bachmann, Landwirt
 Urs Buchs, Stadtwerk Winterthur, Hauptabteilungsleiter
 Technik Gas und Wasser
 Hermann Dähler, vormals Stadtplanungsamt
 Dr. Jakob Forster, ehem. Seminarlehrer
 Ueli Gnehm, Liegenschaftenverwaltung
 Beat Kunz, Forstmeister
 Werner Rüeger, Landschaftsarchitekt BSLA
 Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei
 Marco Pietro Sacchi, Projektleiter

Grabmalkommission

Präsident: Dr. Matthias Gfeller, Stadtrat
 Aktuar: Ueli Bertschinger, Stadtgärtnerei

Mitglieder:

Daniel Isler, Bildhauer
 Dr. Daniel Schneller, Hochbau, Leiter Denkmalpflege
 Walter Weiss, Künstlergruppe
 Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei
 1 Vakanz, Bildhauer

Vertretungen der Stadt Winterthur in handels- rechtlichen Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen, Kommissionsen, Verbänden usw. (Stand 31.12.06)

Stiftungen

Stiftung Altersheim St. Urban	Max Romann
	Martin Hasenfratz
Stiftung Fotomuseum Winterthur	Ernst Wohlwend
Stiftung für Kleinsiedlungen	Verena Gick
Stiftung Greater Zurich Area	Ernst Wohlwend
Stiftung H. + F. Müller-Roth	Silvia Schilter Gander
Stiftung Internationales Baumarchiv	Ernst Wohlwend
Stiftung Jakob Briner	Martin Haas
Stiftung Oskar Reinhart	Ernst Wohlwend
Stiftung Technorama	Ernst Wohlwend
Stiftung Winsport	Pearl Pedergrana
Stiftung Winterthur – La Chaux-de-Fonds	Hans Peter Haeberli
	Elsbeth Leschke
	Regula Forster
Arnold Schenkel-Stiftung	Maja Ingold
Brühlgut-Stiftung	Ernst Schedler
Ehrat-Stiftung	Maja Ingold
Generationen-Dialog	Maja Ingold
Hans Vogel-Stiftung	Maja Ingold
Institut für Verwaltungsmanagement, ZHW	Dr. Fritz Lang
Pro Senectute Kanton Zürich	Andreas Paintner
Schweizerische Technische Fachschule Winterthur	Pearl Pedergrana
Wölfflin Stiftung Winterthur	Walter Bossert
	Heinz Häusermann
Zürcher Filmstiftung	Ernst Wohlwend

Genossenschaften

Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen (GAIWO)	Verena Gick
	Maja Ingold
Genossenschaft Sportplatz Schützenwiese	Urs Wunderlin
Flurgenossenschaft Wülflingen	Ueli Gnehm
Heimstättengenossenschaft	Peter Barandun
Saalbaugenossenschaft Oberwinterthur	Peter Barandun
	Walter Bossert
Schwimmbadgenossenschaft Oberwinterthur	Urs Wunderlin
Schwimmbadgenossenschaft Töss	Urs Wunderlin
Schwimmbadgenossenschaft Veltheim	Urs Wunderlin
Schwimmbadgenossenschaft Wülflingen	Urs Wunderlin
Strassen- und Kanalisationsgenossenschaft Weiherhöhe, Winterthur-Seen	Hansjörg Weidmann
Unterhaltsgenossenschaft Hegi – Reutlingen – Stadel	Harri Marti
Unterhaltsgenossenschaft Töss-Wülflingen	Beat Kunz
Waldweggenossenschaft Seen	Beat Kunz

Vereine

Verein Aids-Infostelle	Ernst Schedler
Verein Energiestadt	Erik Schmausser
Verein Ehe- und Familienberatung	Monika Philipp
Verein Familien- und Jugendhilfe	Heinz Häusermann
Verein Frauenhaus Winterthur	Silvia Schilter Gander
Verein Hülfe für ältere Arbeitsfähige	Verena Gick
Verein «Läbesraum»	Monika Meillaud
Verein Lehrlingsforum Winterthur	Franz Trottmann
Verein Musikkollegium Winterthur	Ernst Wohlwend
	Maja Ingold
Verein Schulheim Elgg	Heinz Häusermann
Verein Studentisches Wohnen in Winterthur	Mark Würth
Kunstverein Winterthur	Ernst Wohlwend
Standortförderung Region Winterthur	Ernst Wohlwend
Trägerverein Subita	Rolf Heusser
Trägerverein Villa Flora	Ernst Wohlwend

Verbände und Kommissionen

Aufsichtskommission Berufs- und Fortbildungsschule	Pearl Pedergrana
Aufsichtskommission für die kantonalen Akutspitäler	Maja Ingold
Aufsichtskommission für die kantonalen psychiatrischen Kliniken	Maja Ingold
Betriebskommission Dachladen	Daniela Moro
Fachschulkommission des Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich (ZAG)	Maja Ingold
Interessengemeinschaft Rettungsdienst Region Winterthur	Michael Künzle
Jugendkommission des Bezirks Winterthur	Regula Forster
	Heinz Häusermann
Jugendkommission Winterthur (Bezirk)	Maja Ingold
Kantonale Wohnbaukommission	Peter Brandun
Kommission für Landwirtschaftliche Berufsbildung des Kantons Zürich KLB	Verena Gick
Regionalplanungsgruppe Nordostschweiz	Walter Bossert
Regionalplanung Winterthur und Umgebung	Ausschussmitglieder: Ernst Wohlwend Walter Bossert
	Delegierte: Dr. Matthias Gfeller
Reiter-Weg-Kommission Winterthur – Elsau	Beat Kunz
Schweizerischer Städteverband	Ernst Wohlwend
Verkehrsverbund des Kt. Zürich, ZVV	Dr. Matthias Gfeller

Aktiengesellschaften

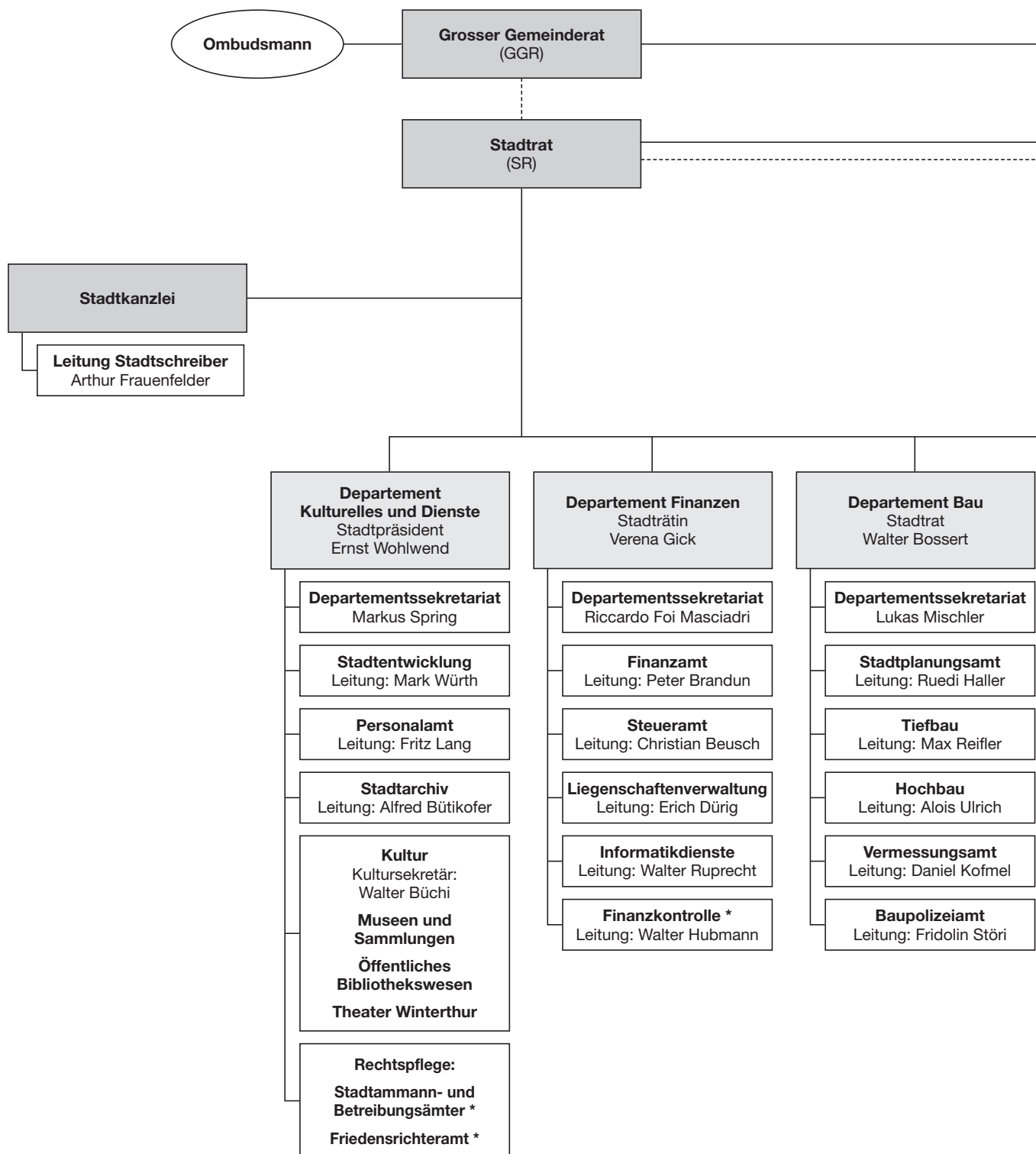
EGO Erdgas Ostschweiz AG	Dr. Matthias Gfeller
Eulachhallen AG	Pearl Pedernana
	Samuel Schwitter
Fortuna Obertor AG	Ernst Wohlwend
	Verena Gick
InstaControl AG	Dr. Matthias Gfeller
	Christian von Burg
Parkhaus Winterthur AG	Michael Künzle
Swisspower AG	Christian von Burg
Technopark Winterthur AG	Ernst Wohlwend

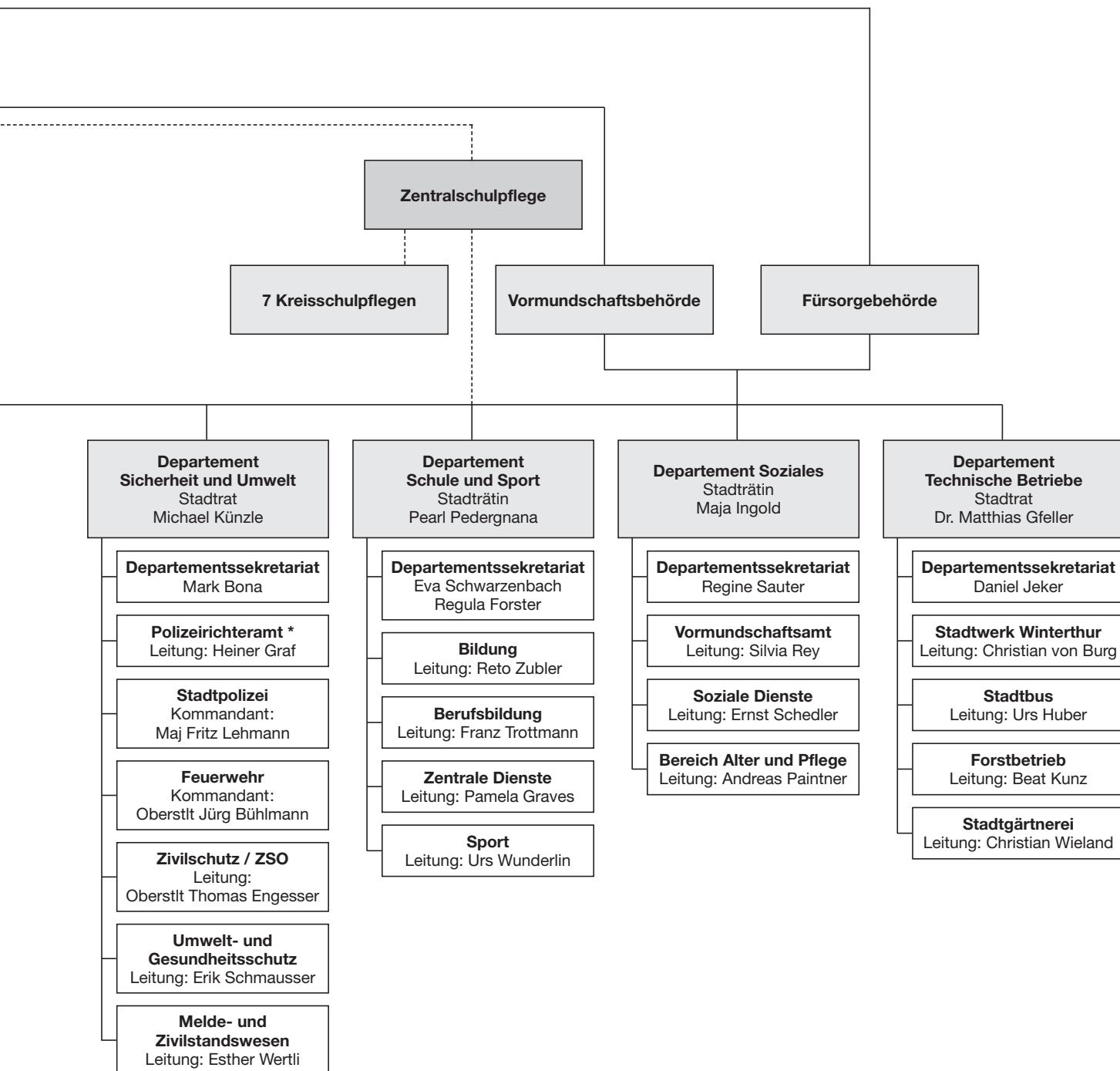
Zürcher Hochschule Winterthur	Ernst Wohlwend
--------------------------------------	----------------

Diverses

eCH (Internet)	Walter Ruprecht
Fachstelle Schuldensanierung	Daniela Moro
Interessengemeinschaft EDV	
Zürcher Gemeinden (IG EDV)	Walter Ruprecht
Interessengemeinschaft kommunaler	
Polizeivorstände	Michael Künzle
Kantonale Informationsplattform	
Risiko und Sicherheit	Erik Schmausser
Klimabündnis	Erik Schmausser
Konferenz städtischer Polizeidirektoren	Michael Künzle
Konsultative Konferenz für die	
Diskussion von Flughafenfragen	Michael Künzle
Plattform zur Zusammenarbeit der	
Klimabündnis-Städte der Schweiz	Michael Künzle
Radio- und Fernsehgenossenschaft	
Zürich RFZ	Heiri Vogt
Region Ost	Michael Künzle
Schweizerische Vereinigung	
des Rates der Gemeinden und	
Regionen Europas	Reinhard Stahel
Städteinitiative Bildung Volksschule	Pearl Pedernana
Städteinitiative Sozialpolitik	Maja Ingold
Zürcher Arbeitsgemeinschaft der	
Ligen und Heimstätten für chronische	
Krankheiten (ZKALK)	Heidi Liechti

Organigramm der Stadtverwaltung





* Nur administrativ dem Departement unterstellt

Inhaltsverzeichnis

	Seite		Seite
Stadtrat, Stadtkanzlei	5	Departement Schule und Sport	69
Der Stadtrat	5	Behörden	69
Stadtkanzlei	6	Bildung	71
Abstimmungen 2006	7	Zentrale Dienste	73
		Berufsbildung	74
		Sport	75
Departement Kulturelles und Dienste	9		
Projekt Fokus	10	Departement Soziales	77
Kultur	11	Vormundschaftsamt	78
Stadtentwicklung	17	Soziale Dienste	81
Personalamt	20	Alter und Pflege	90
Rechtspflege	24	KAP – Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte	94
Stadtarchiv	25		
		Departement Technische Betriebe	97
Departement Finanzen	27	Stadtwerk Winterthur	98
Finanzamt	28	Stadtbus Winterthur	103
Steueramt	31	Forstbetrieb	106
Informatikdienste (IDW)	34	Stadtgärtnerei	108
Liegenschaftenverwaltung	36		
		Der Grosse Gemeinderat	111
Departement Bau	41		
Stadtplanungsamt	42	Initiativen und parlamentarische Vorstösse	119
Tiefbau	43		
Hochbau	46	Behördenverzeichnis	123
Vermessungsamt	49		
Baupolizeiamt	50	Vertretungen der Stadt in handelsrechtlichen Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen, Kommissionen, Verbänden usw.	132
Departement Sicherheit und Umwelt	53	Organigramm der Stadtverwaltung	134
Umwelt- und Gesundheitsschutz	55		
Polizeirichteramt	59		
Stadtpolizei	60		
Feuerwehr	64		
Zivilschutz	66		
Melde- und Zivilstandswesen	68		